

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
STAATLICHE ZENTRALVERWALTUNG FÜR STATISTIK
- Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte -

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER STATISTIK
DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Berlin
1982

Inhalt

	<u>Seite</u>
I. Einleitung	I-VIII
II. Aufgaben der Statistik beim Aufbau der antifaschistisch- demokratischen Ordnung und Maßnahmen zur Schaffung eines Statistischen Dienstes nach Zerschlagung des Faschismus bis zur Gründung der DDR - 1945 bis 1949	1- 51
III. Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik 1945 bis 1949	53-113
IV. Entwicklung und Organisation der Industriestatistik 1945 bis zum Abschluß des Zweijahrplanes 1950	115-139
V. Entwicklung und Organisation der Investitionsstatistik 1945 bis 1960	141-164
VI. Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946	165-201
Detaillierte Inhaltsübersichten zu den einzelnen Haupt- abschnitten sind diesen jeweils vorangestellt.	

Berlin, den 15.2.1982

Redaktionskommission

Gerd Füge

Albert Kindlberger

Siegfried Meyrich

Beiträge zur Geschichte der Statistik der DDR

- Folge 1 -

Seite

I. Einleitung

- | | |
|---|----|
| 1. Zur Aufgabenstellung, ihrer Konkretisierung
und der Art und Weise ihrer Lösung. | I |
| 2. Zielstellung und Prinzipien der Erarbeitung
der Geschichte der Entwicklung der Statistik
der DDR zu einer sozialistischen Statistik. | IV |
| 3. Die Hauptetappen der Entwicklung der
sozialistischen Statistik in der DDR. | VI |

I. E i n l e i t u n g

1. Zur Aufgabenstellung, ihrer Konkretisierung und der Art und Weise ihrer Lösung

Anfang des Jahres 1981 beauftragte der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) Gen.Prof.Dr. Donda drei nicht mehr im aktiven Arbeitsprozeß stehende ehemalige leitende Mitarbeiter der SZS, sich mit Untersuchungen und Darlegungen zur Entwicklung der Statistik in der DDR zu befassen. Die Genossen Gerd Füge (ehemaliger Stellvertreter des Leiters der SZS), Albert Kindelberger (ehemaliger Leiter der Abteilung Presse und Publikationen der SZS und Chefredakteur der Zeitschrift "Statistische Praxis") und Siegfried Meyrich (ehemaliger Leiter der Bezirksstelle Dresden der SZS) übernahmen diese Aufgaben und konstituierten sich als Arbeitsgruppe Betriebsgeschichte der SZS. Sie stellten zunächst folgende Aufgaben für die Arbeitsgruppe:

- Herausarbeitung der wichtigsten Hauptabschnitte einer solchen Entwicklung einschließlich der Art und Weise ihrer Abhandlung
- Organisation notwendiger Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der einzelnen Abschnitte der Ausarbeitungen (z.B. mit den Abteilungen der SZS, deren gesellschaftlichen Organisationen sowie dem Kombinat Datenverarbeitung) und deren einheitliche Darstellung
- Gewinnung und Unterstützung von Autoren für die Bearbeitung der einzelnen Abschnitte
- Materialsammlung für die Darstellung durch das Studium in Archiven (Zentralarchiv und Archiv der SZS vor allem), bereits vorliegender Dissertations- und Diplomarbeiten, Aussprachen mit ehemals leitenden Mitarbeitern auf dem Gebiet der Statistik und sie berührender Gebiete, Sammlung alter Formblätter und Anweisungen zu Berichterstattungen (wobei die Arbeitsgruppe auch große Unterstützung durch eine Vielzahl von Kreis- und Bezirksstellen der SZS erhielt)
- Studium und Auswertung bereits vorliegender chronologischer Quellen über die Entwicklung im Bereich der SZS (z.B. Chronik der Kampfgruppenhundertchaft der SZS unter Redaktion des Genossen Klaus Müller, Chronik der FDJ - Grundorganisation der SZS, herausgegeben 1979)

II

- Zusammenarbeit mit der Abteilung "Betriebsgeschichte und örtliche Arbeiterbewegung" des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
- verantwortliche redaktionelle Bearbeitung der Hauptabschnitte und deren technischer Ausführung einschließlich der endgültigen Herausgabe

Die Arbeit der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe wurde wesentlich durch die Festlegung des Leiters der SZS gefördert, der am 14.7.1981 sämtliche Struktureinheiten der SZS beauftragte, deren Mitarbeitern ständige Unterstützung zu geben.

Nach vielen Beratungen über die Art und Weise der Herausgabe der Studien zur Geschichte der Statistik wurde die in der vorliegenden 1. Folge gefundene Darstellungsweise für am zweckmäßigsten erachtet. Danach werden die historischen Studien nicht in einem Band abgehandelt, was auch rein technisch kaum möglich wäre, sondern in sog. Folgen, von denen jährlich etwa eine herausgegeben werden sollte. Die mit römischen Ziffern gekennzeichneten Hauptabschnitte beinhalten jeweils unterschiedliche Themenkreise, je nach vorliegendem endgültig redaktionell bearbeitbaren Materials.

Die Folgen sollen in jeweils 2 Bänden herausgegeben werden, wobei der Band 2 die zu den Hauptabschnitten gehörenden Anlagen (z.B. zur 1. Folge: Befehle der SMAD, Formblattsammlungen u.ä.) enthält. Damit wird nicht nur redaktioneller technischer Bearbeitung des Materials gedient, sondern dem Leser auch zu einem schnelleren und leichteren Erfassen des Gesamtproblems verholfen.

Als Orientierung der Leser auf die Hauptabschnitte, die in späterer Zeit im Rahmen der Beiträge zur Geschichte der Statistik noch Behandlung finden sollen, (andere Vorschläge oder Ergänzungen erbittet die Redaktion) schlägt die Arbeitsgruppe "Betriebsgeschichte" folgende vor:

- Entwicklung und Organisation der Statistik der Versorgung der Bevölkerung
- ... der Bauwirtschaft
- ... der Materialwirtschaft
- ... der Entwicklung von Wissenschaft und Technik
- ... Entwicklung der Grundfonds

III

- ... der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
- Chronologische Weiterführung der in vorliegender Folge 1 begonnenen Abhandlungen zur Gesamtentwicklung des statistischen Dienstes, zur Industrie- und Landwirtschaftsstatistik sowie zur Statistik der Investitionen und der Volks-, Berufs- und Wohnraumzählungen

Folgende Themenkreise sollen mehr oder minder querschnittartig Behandlung finden:

- Internationale, speziell RGW-Statistik
- Die Herausbildung und Rolle der Einheit von Rechnungsführung und Statistik in der DDR
- Die Hauptformen zur Qualifizierung der Informationsarbeit gegenüber der Partei und Regierung sowie ihre Entwicklung
- Die Spezialisierung der Statistik auf methodischem und aufbereitungstechnischem Gebiet
- Die Entwicklung der materiell-technischen Basis der SZS
- Die Entwicklung von Datenspeichern und die wachsende Rolle der SZS bei der volkswirtschaftlich rationellen Anwendung der EDV
- Die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der SZS
- Das Qualifizierungs- und Weiterbildungssystem für die Kader der SZS
- Die Herausbildung eines gesonderten Bereiches "Territorialstatistik" in der Zentralstelle der SZS und seine Bedeutung

Die hier genannte Reihenfolge der Stabstriche stellt keine Wertigkeit der abzuhandelnden Themenkreise dar. Diese werden auch dann erst Behandlung finden können, wenn dafür die entsprechenden persönlichen Voraussetzungen bestehen. Die Darlegung der Themenkreise läßt den Leser aber erkennen, was in etwa insgesamt alles in Beiträgen zur Entwicklung der Geschichte der Statistik in der DDR behandelt werden müßte.

Die Redaktion dankt den vielen nicht genannten Mitarbeitern der SZS, die uns in mannigfaltigster Art bei unserer Arbeit, dem Entstehen dieser Folge 1 und bei der Lösung der weiteren Aufgaben Hilfe und Unterstützung gaben und geben.

2. Zielstellung und Prinzipien der Erarbeitung der Geschichte der Entwicklung der Statistik der DDR zu einer sozialistischen Statistik

Grundlage aller Ausführungen ist der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7.6.1977 über "Richtlinien zur Erforschung und Propagierung der Betriebsgeschichte". Die Ausführungen beinhalten gleichfalls die wichtigsten Quellen, die für ihre Erarbeitung benutzt wurden und stellen gemeinsam mit diesen Quellen das historische Material über die Entwicklung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) und der sozialistischen Statistik in der DDR dar.

Die Zielsetzung zur Lösung der Gesamtaufgabenstellung kann im wesentlichen wie folgt formuliert werden:

- Erforschung und Darlegung der Betriebsgeschichte sowie der Geschichte der inhaltlichen Entwicklung der staatlichen Statistik in der DDR, mit dem Zweck ihrer (auch teilweisen) Propagierung und Auswertung, der Förderung der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, aber auch des persönlichen Stolzes auf die erreichten Arbeitsergebnisse und der persönlichen Verbundenheit mit den zu lösenden Aufgaben bei den Mitarbeitern in den statistischen Organen.
- Darlegung des engen Zusammenhanges der Entwicklung der Statistik der DDR mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung unseres Staates und der Entwicklung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse in ihm.
- Schaffung von Grundlagen- und Ausgangsmaterialien für junge, in der Praxis tätige Hoch- und Fachschulkader, die für leitende Funktionen weitergebildet werden sollen und für deren späteren Einsatz (z.B. als Berater in Entwicklungsländern u.ä.) ein Grundwissen über die historische Entwicklung der Statistik in der DDR eine wichtige Voraussetzung darstellt.
- Zurverfügungstellung eines entsprechenden Materials zur Unterstützung der Ausbildung von Hoch- und Fachschulkadern an den Sektionen und Institutionen der Hoch- und Fachschulen der DDR.

- Darlegung der Art und Weise der Lösung statistischer Aufgaben, die nur von Zeit zu Zeit (in ähnlicher Form) wiederkehren, deren prinzipieller Lösungsweg aber jeweils bei Wiederholungen bekannt sein sollte.

Folgende wichtigste Prinzipien der Lösung der Aufgabenstellung und der Darstellung wurden den Ausführungen zugrunde gelegt bzw. sind beim Studium des Materials zu beachten:

- Die Darstellung, die Auswahl der einbezogenen Schwerpunkte u. a. erfolgt unter dem Aspekt der Gegenwart und unter heutiger parteilicher Wertung.
- Bei der Behandlung der Schwerpunktaufgaben der Statistik aus historischer Sicht wird von der Einheit zwischen zentraler und territorialer (regionaler) Lösung der Aufgaben ausgegangen und versucht, die Lösung der Aufgabenstellung aus gesamtstaatlicher Sicht darzulegen; auch unter Beachtung der Tatsache, daß besonders in den ersten Jahren nach 1945 viele gesamtstaatliche statistische Aufgaben nicht unter Federführung der SZS, sondern anderer zentraler staatlicher Organe standen.
- Im allgemeinen wird zunächst eine im wesentlichen historisch-chronologisch abgehandelte Darstellung vollzogen. Ohne straf- fe periodische Einordnung wird aber auch die Entwicklung der Statistik der DDR anhand (z.T. ebenfalls chronologisch verarbeiteter) entscheidender inhaltlicher Schwerpunkte behandelt. Als derzeitiger Stand der staatlichen Arbeit auf dem Gebiet der Statistik wird davon ausgegangen, daß dieser in den 11 Entwicklungsbänden zum Stand der Arbeit der Statistik in der DDR für die Weiterbildung kubanischer Statistiker¹⁾ dargelegt ist bzw. nur noch auf den neuesten Stand ergänzt zu werden brauchte.
- Die "Beiträge ..." werden ferner ergänzt durch eine Aufstellung und Kurzcharakterisierung der Leiter der SZS seit 1945 und ihrer langjährigen Stellvertreter sowie durch eine Aufstellung verdienter Mitarbeiter, die auf dem Gebiet der Statistik als Pioniere gelten können, ohne daß für diese Aufstellung der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden kann.

1) "Rechnungsführung und Statistik in der DDR", herausgegeben für den Dienstgebrauch in der SZS, 1979

- Die "Beiträge ..." enthalten zur Vervollständigung und historisch richtigen Wertung des weiteren Ergänzungen, die z.T. in den Hauptteil einfließen und aus monographischer Sicht als Aussagen wichtiger an der Entwicklung der Statistik der DDR mitarbeitender "Autoren" zu werten sind (z.B. ehemaliger Kreisstellenleiter der SZS).

3. Hauptetappen der Entwicklung der sozialistischen Statistik in der DDR

Will man die Entwicklung der sozialistischen Statistik in der DDR chronologisieren, dann ergibt sich, daß die Hauptetappen engstens verbunden sind mit denen unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und später des sozialistischen Staates sowie der in ihm führenden Partei der Arbeiterklasse. Die Geschichte der sozialistischen Statistik in der DDR, ihre Entwicklung, ihre sich ständig erweiternde und durch neue Aufgaben charakterisierte Aufgabenstellung und Arbeitsweise stimmt dabei vor allem überein mit der Entwicklung der sozialistischen Planung in der DDR, in deren ständiger Qualifizierung und verbesserten Lösung der Aufgabenstellung ein Schwerpunkt der Arbeit der sozialistischen Statistik lag und liegt.

Gemäß dieser prinzipiellen Feststellung kann man zeitlich die Entwicklung der sozialistischen Statistik in der DDR nach folgenden Hauptetappen untersuchen¹⁾:

- I. Die Aufgaben der Statistik beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die Maßnahmen zur Schaffung eines statistischen Dienstes nach der Zerschlagung des Faschismus bis zur Gründung der DDR (1945 - 1949)
- II. Die Auswirkungen der Gründung der DDR, des Beginns der sozialistischen Planung und der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sowie insgesamt des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus auf die Entwicklung der Statistik der DDR bis 1955
- III. Der Beitrag der Statistik beim weiteren Aufbau der Grundlagen des Sozialismus und beim Kampf um den Sieg sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR (1956 - 1960)

¹⁾ Vergleiche auch "Geschichte der SED", Abriß; Dietz-Verlag Berlin 1975

VII

IV. Die Rolle und Qualifizierung der sozialistischen Statistik beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR (1961 - 1965)

V. Die Mithilfe der Statistik bei der weiteren Errichtung und Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (1966 - 1970)

VI. Der Beitrag der sozialistischen Statistik zur Verwirklichung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED 1971 und ihrer konsequenten Realisierung in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (1971 - Jetztzeit)

Diese Chronologisierung nach Hauptetappen entspricht im wesentlichen der in dem Abriß der "Geschichte der SED" vorgenommenen. Besonders die Parteitage der SED charakterisierten die jeweiligen Etappen und gaben richtungsweisende Vorschläge für den nächsten historischen Abschnitt. Das zeigt sich nicht nur in der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik, sondern auch in deren Widerspiegelung, Darstellung und Analyse durch die Statistik.

Gemäß den genannten Hauptetappen und unter Beachtung der auf den Parteitag und Parteikonferenzen der SED gezogenen Bilanz über die vergangene Entwicklung und die Herausarbeitung der neuen gesellschaftspolitischen, ökonomischen und kulturellen Aufgaben wurde auch in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und ihren Organen vor einem jeden Parteitag Bilanz über die Lösung der vorangegangenen Aufgaben gezogen. Entsprechend den neuen Beschlüssen wurde die Aufgabenstellung für das Gebiet der Statistik konkretisiert und formuliert, um seitens der Statistik den Erfordernissen der Entwicklung in unserem Staat und der durch die Partei gegebenen Zielstellung zu entsprechen.

In zunehmendem Maße gab es in der SZS eine gemeinsame Arbeit der Staatlichen Leitung, der gesellschaftlichen Organisationen unter Führung der SED-Betriebsparteiorganisation, um richtige Schlussfolgerungen für die Lösung der kommenden Aufgaben zu ziehen, deren Verwirklichung und Kontrolle zu sichern und alle Mitarbeiter des statistischen Dienstes einheitlich dafür zu mobilisieren und zu initiieren. Neben den Wahlversammlungen in den SED-Grundorga-

VIII

nisationen vor jedem Parteitag, die vor allem für eine gründliche Analyse der vergangenen Arbeit mit Schlußfolgerungen für das künftige Handeln genutzt wurden, erfolgten nach Parteitag in den verschiedensten Formen Beratungen und Veranstaltungen, um auf effektivste Weise und unter Mitarbeit aller die speziell auf statistischem Gebiet absteckbaren Ziele zu erreichen, die der Parteitag stellte. Funktionärskonferenzen mit den Leitern aller Ebenen der SZS, ihren gesellschaftlichen Funktionären, Wochentagungen mit demselben Kreis von Mitarbeitern waren u.a. wichtige Formen der Auswertung von Parteitag. In ähnlicher Form waren auch wichtige zwischenzeitliche Ereignisse, wie etwa ZK-Tagungen, Wirtschaftskonferenzen o.ä. Grundlage für umfassende Auswertungen. Staatliche und Leitung der Betriebsparteiorganisation der SED gaben dabei im allgemeinen durch gemeinsam gefaßte Beschlüsse die erfolgversprechendste Orientierung.

Da in dieser und in den kommenden Folgen der "Beiträge zur Entwicklung der Statistik in der DDR" entsprechend der vorstehenden Chronologisierung zeitlich in einem Hauptabschnitt die allgemeine Entwicklung der SZS und ihrer Organe, deren Organisation und Struktur gesondert behandelt werden soll, wird davon abgesehen, bereits an dieser Stelle den unmittelbaren Zusammenhang zu erklären, der sich zwischen den jeweils durch die Partei im Staat gegebenen Hauptaufgabenstellungen und der Arbeitsweise der Statistik ergab. Das wird darüber hinaus nicht nur aus der allgemeinen Entwicklung der Statistik deutlich, sondern auch an der aller Zweigstatistiken (Industrie, Landwirtschaft usw.), findet aber auch seinen unmittelbaren Niederschlag in der Herausbildung und Bearbeitung solcher Thematiken wie z.B. der Entwicklung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik.

II. Aufgaben der Statistik beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und Maßnahmen zur Schaffung eines Statistischen Dienstes nach Zerschlagung des Faschismus bis zur Gründung der DDR

1945 - 1949

1. Gewinnung statistischer Unterlagen für die Lösung der vor der sowjetischen Besatzungsmacht und den entstehenden deutschen Verwaltungsorganen stehenden Aufgaben beim Wiederingangsetzen der Wirtschaft durch Sammeln und Neuaufbereiten vorhandener Materialien und erste Zählungen und Erhebungen	3
2. Leitung und Kontrolle der statistischen Arbeiten durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD)	12
3. Schaffung der personellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für die Lösung der statistischen Aufgaben in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)	17
3.1. Herausbildung des Statistischen Dienstes als Informations- und Kontrollinstrument der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung	17
3.2. Schaffung einer zentralen statistischen Verwaltung für die SBZ	20
3.3. Die regionalen statistischen Organe und ihre Aufgaben	24
3.3.1. Die Statistischen Landesämter als Informationsorgane der Länderverwaltungen und Bindeglied zwischen dem Statistischen Zentralamt und dem Statistischen Dienst der Stadt- und Landkreise	26
3.3.2. Die Entwicklung der Berliner Statistik unter den besonderen politischen Bedingungen der Stadt	28

3.4. Der Aufbau statistischer Organe in den Stadt- und Landkreisen - eine vollkommen neue Aufgabenstellung	32
3.4.1. Organisation und personelle Besetzung der Statistischen Kreisämter	33
3.4.2. Probleme der Lösung der Aufgaben der Statistischen Kreisämter unter den Bedingungen einer starken Dezentralisation der Erfassung	37
3.4.3. Versuche zur Schaffung besserer Erfassungsbedingungen durch Aufbau eines Berichtserstatterdienstes	41
4. Vorstellungen und Maßnahmen zur Einschränkung und Rationalisierung des statistischen Berichtswesens	45
4.1. Anmeldepflicht ab Juli 1948	47
4.2. Deklarationspflicht ab Januar 1949	49
4.3. Genehmigungspflicht ab Oktober 1949	50

Autor: Albert Kindelberger

Quellen: Monatszeitschrift "Statistische Praxis", insbes. Jahrgang 1 - 5; Archiv der SZS; Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Sammlung von SMAD-Befehlen; "Weltgeschichte in Daten", Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1973; persönl. Unterlagen und Gespräche.

1. Gewinnung statistischer Unterlagen für die Lösung der vor der sowjetischen Besatzungsmacht und den entstehenden deutschen Verwaltungsorganen stehenden Aufgaben beim Wiederingangsetzen der Wirtschaft durch Sammeln und Neuaufbereiten vorhandener Materialien und erste Zählungen und Erhebungen

Die großen Zerstörungen des Krieges an Produktionsstätten und Produktionsmaterialien, an Verkehrseinrichtungen und Wohnungen, die darniederliegende Landwirtschaft, die starke Fluktuation der Bevölkerung, die außerordentlichen Schwierigkeiten, die damit dem Kampf gegen Hunger und der allmählichen Normalisierung des Lebens entgegenstanden, die ständig auftauchenden neuen Fragen, die mit der Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Überführung der Betriebe der Monopole und Kriegsverbrecher in Volkseigentum, der Zerschlagung des Großgrundbesitzes durch die Bodenreform, in jeder Verwaltungsebene auftraten, machen den großen und dringenden Bedarf der unmittelbaren Nachkriegszeit an statistischen Materialien und Informationen verständlich.

Da praktisch keine statistische Arbeit mehr existierte, die für die Organisation der statistischen Arbeit notwendigen Unterlagen zum großen Teil von den hitlerischen Beamten vernichtet wurden, als sie das Ende der faschistischen Herrschaft kommen sahen, oder bei den Kriegshandlungen zerstört worden waren, kam es für die Organe der sowjetischen Besatzungsmacht und die antifaschistisch-demokratischen Kräfte, die beim Wiederingangsetzen der Wirtschaft und der allmählichen Normalisierung des Lebens unter Führung der Kommunisten tatkräftig mithalfen, zunächst darauf an, aus der Zahl derer, die auf dem Gebiet der Statistik gearbeitet hatten oder Hinweise geben konnten, wo man diese oder jene Materialien suchen sollte, den Neubeginn einer statistischen Arbeit zu organisieren, die Archive zu ermitteln und zu sichten, brauchbare statistische Materialien entsprechend den neuen Anforderungen neu aufzubereiten.

"Das erwies sich als sehr schwierig", schreibt in seinem Rückblick auf diese Arbeit Lew Markowitsch Zyrlin, leitender Mitarbeiter des Statistischen Büros der SMAD und einer für den Aufbau der

Statistik in der SBZ verdienstvollsten sowjetischen Statistiker¹⁾. "Erst nachdem den Mitarbeitern die große Bedeutung der Organisation der statistischen Arbeit für die Normalisierung des Lebens der Bevölkerung erläutert wurde, gelang es, einige wertvolle Hinweise zu erhalten, wo von den Faschisten versteckte wichtige Unterlagen zu finden waren. Verschiedene für die Wiederaufnahme der Arbeit unbedingt notwendige statistische Materialien fand man in den Dienststellen des ehemaligen Wirtschaftsministeriums, in den Gruppenorganisationen der faschistischen Wirtschaftsleitung, in den Verwaltungen der Monopolvereinigungen und in einer Reihe weiterer Einrichtungen und Organe sowie auch bei Privatpersonen. Es gab aber auch Mitarbeiter, die durch lügnerische Informationen die Suchenden auf falsche Spuren lenkten. Es kam vor, daß man an den angegebenen Orten, die nicht selten ziemlich weit von Berlin lagen, keinerlei Unterlagen fand.

Als eine gewisse Grundlage für die Organisation der Arbeit geschaffen war, wurde beschlossen, ein statistisches Sammelwerk für das Territorium der heutigen DDR zu erarbeiten. Die aufgefundenen Materialien wurden geprüft, bearbeitet und systematisiert und zu statistischen Übersichten zusammengestellt. Das Sammelwerk (Damalige innerdienstliche Bezeichnung: 'Zyrlin-Band' d. V.), das im August 1945 abgeschlossen wurde, enthielt allgemeingültige Materialien zu Fragen der Demografie, zusammengefaßte volkswirtschaftliche Kennziffern, Angaben über die natürlichen Ressourcen und über alle Zweige der Volkswirtschaft. Besondere Aufmerksamkeit wurde den methodischen Erläuterungen gewidmet." ("Statistische Praxis" 1965/5)

Neben diesem Sichten und Neuaufbereiten statistischer Ergebnisse, vor allem dort, wo - wie in Berlin, in den Hauptstädten der Länder und in einigen weiteren Großstädten - vorher statistische Ämter bestanden, traten zugleich erste grundlagenschaffende Erhebungen und Zählungen, die von der SMAD befohlen, geleitet und kontrolliert wurden.

Die neuen Verhältnisse, die wirkliche Lage auf den verschiedensten Gebieten konnten in erster Linie nur durch neue statistische Informationen widerspiegelt werden. So hatten die Evakuierungen, Zwangsumsiedlungen und Zwangsverschleppungen während der Kriegszeit, die

1) Eine kurze Lebensbeschreibung des 1896 geborenen langjährigen Leiters der Abteilung Auslandsstatistik der Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR L.M. Zyrlin enthält Heft 4/1975 der "Statistischen Praxis".

Flucht der Bevölkerung aus den zerbombten Großstädten und die Umsiedlungen der Nachkriegsjahre zu erheblichen Veränderungen der Bevölkerungszahlen und der Bevölkerungsstruktur und damit auch der Zahl und Struktur der Arbeitskräfte der Kommunen und Länder geführt. Deren genaue sowohl für eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung als auch für den Arbeitskräfteeinsatz außerordentlich wichtige Kenntnis war 1945 nur durch eine neue Zählung zu gewinnen, ebenso die Kenntnis der vorhandenen Industriekapazitäten und der Produktionsbedingungen der Landwirtschaft. Zugleich wurden erste Schritte getan, um durch periodische Erhebungen und eine laufende Berichterstattung Informationen über die Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion und die Versorgungslage der Bevölkerung zu gewinnen, im Interesse einer geplanten Produktionsentwicklung und planmäßigen Normalisierung der Lebenslage der Bevölkerung.

Für Berlin wurde bereits am 12. August 1945 durch das Statistische Zentralamt eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung durchgeführt. Sie war so gestaltet, daß sie nicht nur statistisches Erhebungsmaterial, sondern auch Karteiunterlagen für die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialämter lieferte. Die gleiche Methode wurde dann für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in der gesamten SBZ mit dem Stichtag 1. Dezember 1945 angewandt. Die Zählung wurde mit einer Personenstandsaufnahme für steuerliche Zwecke verknüpft, die den Finanzämtern die erforderlichen Unterlagen zu liefern hatte. Der Fragebogen war daher gekoppelt: Die beiden ersten Seiten waren für die genannte Personenstandsaufnahme bestimmt und wurden den Finanzämtern zugeleitet. Die dritte und vierte Seite betrafen die eigentliche Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Dabei waren zugleich auch Fragen eingefügt, die für den Arbeits-einsatz und die Arbeitslenkung seitens der Arbeitsämter operative Bedeutung hatten. Die wenigen Fragen zum Komplex Betriebszählung lieferten lediglich erste Größenvorstellungen und vor allen Dingen ein Adressenmaterial für die bewirtschaftenden und planenden Stellen. Im Interesse gerade dieser Stellen war man in erster Linie an einer schnellen Aufbereitung interessiert. Auf zeitraubende Rückfragen wurde daher verzichtet, daraus entstehende Fehlerquellen in Kauf genommen.

Während so die Zählung von 1945 sich auf wenige statistische Merkmale beschränkte, um erst einmal einen Überblick zu gewinnen, kann die nachfolgende Zählung vom 29.10.1946 als erste eigentliche Volks- und Berufszählung nach dem Kriege angesehen werden. (Siehe dazu: VI. Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone)

Zur Herbeiführung eines planmäßigen Arbeitseinsatzes der arbeitsfähigen Bevölkerung beauftragte die SMAD durch Befehl Nr. 65 vom 15. September 1945 die Deutsche Zentralverwaltung (DZV) für Arbeit und Sozialfürsorge "Nachweisformen und einheitliche Zählmethoden der arbeitenden und der arbeitsfähigen nichtarbeitenden Bevölkerung auszuarbeiten sowie die Altersgrenzen der Bevölkerung beider Geschlechter, die der Erfassung und Registrierung durch die Arbeitsämter unterliegen, festzusetzen...". Mit diesem Befehl wurden die Vorarbeiten für die nach 1945 aufgebaute Arbeitsstatistik aufgenommen. Sie beruhte auf der Registrierpflicht entsprechend dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar 1946, wonach alle männlichen Personen im Alter von 14 bis 65 Jahren und alle weiblichen Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren bei den Dienststellen der Arbeitsverwaltungen zu erfassen waren, wobei hier auch die erwerbstätigen und die arbeitssuchenden Personen über diese Altersgrenze hinaus registriert wurden. In sogenannten Arbeitsbuch-Karteikarten waren alle notwendigen Merkmale erfaßt, so daß durch manuelle Gruppierung der Karten die notwendigen arbeitsstatistischen Übersichten gewonnen werden konnten. Diese Aufgabe oblag eigenen statistischen Dienststellen der Ämter für Arbeit und Sozialfürsorge, die ihrerseits von der statistischen Abteilung der DZV für Arbeit und Sozialfürsorge (spätere Hauptverwaltung der Deutschen Wirtschaftskommission) über die entsprechenden Länderministerien angeleitet wurden.

Durch Befehl Nr. 72 vom 25. 9. 1945 hatte die SMAD die Erfassung sämtlicher Industriebetriebe der SBZ angeordnet, mit Ausnahme der Brennstoffindustrie, deren Betriebe bereits gemäß SMAD-Befehl Nr. 7 vom 14. 7. 1945 erfaßt worden waren. Zu erfassen hatten die Bürgermeister der Städte und die Landräte alle Industriebetriebe mit mehr als 10 Beschäftigten oder einer Produktion, die 1944 mehr als 100 000 RM betrug. Zur Charakterisierung dieser Betriebe waren die Warenproduktion des Haupterzeugnisses, auf das sich der Betrieb

spezialisiert hatte, seine Arbeitskräfte und seine technische Ausrüstung, Energiequellen und Verkehrsverbindungen zu melden. Die Erfassungsergebnisse nach dem Stand vom 10. Oktober 1945 waren an die SMA des Landes bzw. der Provinz und an die Industrieabteilung der SMAD zu übersenden sowie an die deutsche Landes- bzw. Provinzverwaltung und die DZV für Industrie.

Eine statistische Erfassung der Vorräte an Industrierohstoffen in Betrieben, stillgelegten Werken, Lagern und Depots sowie bei den Handelsfirmen erfolgte durch Befehl Nr. 65 der SMAD vom 2. März 1946.

Die Erfassung sämtlicher Landwirtschaftsbetriebe der SBZ wurde nach dem Stand vom 1. Januar 1946 durch Befehl der SMAD Nr. 144 vom 19. 11. 1945 durchgeführt. Der Erfassung unterlagen alle Wirtschaften, die Landwirtschaft, Viehwirtschaft oder Gartenbau betrieben bzw. ihr Land verpachteten; als bezahlte Landarbeiter tätige, die weder Boden noch eine eigene Wirtschaft, aber im Dorf ihr eigenes Haus mit Anwesen hatten (landlose Bauern); Haushalte, die bereits Land durch die Bodenreform erhalten hatten. Die Erfassung lag in Händen der Bürgermeister. Es war ihnen freigestellt, den Betriebsinhaber entweder ins Gemeindebüro zu beordern oder eine Besichtigung des Betriebes und Befragung an Ort und Stelle vorzunehmen.

Um einen ständigen Überblick über die Versorgungslage zu erhalten, forderte der Befehl der SMAD Nr. 86 vom 2. 10. 1945 die Einrichtung einer operativen Berichterstattung (alle 5 oder 10 Tage, telegrafisch oder durch Kurier) über erfaßte Mengen an pflanzlichen und tierischen Produkten und ihre Bestände bei den Erfassungsorganisationen.

Über die Entwicklung der Statistik auf den damals entscheidenden Gebieten der statistischen Arbeit von 1945 bis 1949 über die Entwicklung der Landwirtschafts- und Industriestatistik wird in den Hauptabschnitten III und IV ausführlich berichtet. Ergänzend soll daher hier nur auf die Wiederaufnahme einzelner anderer Statistiken in den Jahren 1949 eingegangen werden.

Bei der starken Fluktuation der Bevölkerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit standen einer Fortschreibung der Bevölkerungszahlen außerordentlich große Schwierigkeiten entgegen, zumal damals die

Wanderungsbewegung einen stärkeren Einfluß auf die Bevölkerungsveränderung als die natürliche Bevölkerungsbewegung hatte. Welch große Probleme aber selbst deren Erfassung aufwarf, zeige ein kurzer Bericht aus dem Berlin des Jahres 1945:

Zur Wiederaufnahme der Statistik der standesamtlichen Meldungen über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle mußten, da noch kein Briefzustellungsdienst bestand, die Mitarbeiter des Statistischen Amtes durchweg in langen Fußmärschen die 38 Standesämter einzeln aufsuchen. Nur wenige Standesämter hatten mit dem Ausfüllen der statistischen Zählkarten wieder begonnen, einige waren arbeitsmäßig dazu nicht in der Lage, bei anderen waren die Zählkarten und Unterlagen durch den Krieg vernichtet. Man war vielfach auf Schätzungen angewiesen. So hat es fast ein Jahr gedauert, bis in Berlin eine einigermaßen ordnungsgemäße Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung aufgebaut war.

Fortschreibungsversuche verschiedener Behörden - der Polizei mittels der Einwohnermeldekartei, der Arbeitsämter, der Ämter für Handel und Versorgung auf der Grundlage der Lebensmittelkartenausgabe - führten zu sehr unterschiedlichen Bevölkerungszahlen. Es war daher eine der ersten Aufgaben, die den in den Kreisen entstehenden statistischen Dienststellen zugewiesen wurde, eine monatliche Fortschreibung der Bevölkerungszahlen ihres Gebietes vorzunehmen. Dabei wurden jedoch sehr langsame und territorial sehr unterschiedliche Fortschritte erzielt. Auf Beratungen der Bevölkerungsstatistiker der statistischen Landesämter und der Großstädte im Oktober 1947 im Statistischen Zentralamt in Berlin und im August 1948 in Dresden ging es vor allem um ein einheitliches Verfahren und um die Klärung, inwieweit nun die Voraussetzungen für eine monatliche Fortschreibung gegeben waren. Dabei ergab sich ein noch sehr unterschiedlicher Stand der Vorarbeiten. Abgesehen vom Land Sachsen, in dem man die beste Vorarbeit geleistet hatte und die Fortschreibung auf der Volkszählung 1946 aufbaute, fehlte in den übrigen Ländern die Grundlage für eine Fortschreibung. Eine einmalige Auszählung der Meldekarteien war vorerst nicht durchführbar, da solche Karteien in vielen Kreisen noch nicht aufgestellt oder nicht bereinigt waren. Es fehlten einheitliche Richtlinien, geeignetes Personal und auch Papier. Teilweise war es auch noch nicht zu einer Zusammenarbeit zwischen Volkspolizei und Statistik gekommen.

Das Land Sachsen hatte in Zusammenarbeit mit der Volkspolizeibehörde des Landes und der Landesfinanzbehörde erreicht, daß die polizeilichen An- und Abmeldescheine von den Einwohnermeldeämtern über den Kreisstatistiker durch Kurierpost an das Landesamt gingen und von hier nach der maschinellen Bearbeitung an die Finanzämter. Vorher waren die Finanzämter die Erstempfänger. Die Statistik mußte bis zu einem halben Jahr warten. Das Material war nicht mehr vollständig, ganze Pakete mit An- und Abmeldescheinen gingen auf dem Transport verloren. Der Kreisstatistiker hatte jetzt nach Eingang der Meldescheine die Umzüge innerhalb seines Kreises auszusortieren und die übrigen zusammen mit den Eheschließungs-, Geburten- und Sterbefallzählkarten an das Statistische Landesamt zu geben.

Die Statistik der Haushaltsrechnungen wurde ab 1947 vom Statistischen Zentralamt in Zusammenarbeit mit dem FDGB wieder durchgeführt. Gewonnen wurden etwa 1 200 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, die für das IV. Quartal 1947, die Monate November und Dezember 1948 und seit Januar 1949 monatlich über ihre Einnahmen- und Ausgabengestaltung berichteten. Die Werbung und Auswahl der Haushalte hatte der FDGB, die Aufbereitung und Auswertung das Statistische Zentralamt übernommen.

Auf der Grundlage eines Kontrollratsbeschlusses vom 18. März 1946 wurde durch Befehl der SMAD Nr. 45 vom 26. Februar 1947 in der SBZ sie seit 1922 in Deutschland durchgeführte vierteljährliche Lohnstatistik wieder aufgenommen. Es wurden durch die Statistischen Landesämter in Zusammenarbeit mit dem FDGB insgesamt rund 6 000 Betriebe ausgewählt, die für 90 Fabrikationszweige aller Industriebereiche repräsentative Ergebnisse über die Arbeitszeit, die Brutto- und Nettolohnsummen für einzelne Arbeitergruppen und 60 typische Berufe liefern sollten. Hinzu kamen wechselnde Einzelfragen, die für lohn- und sozialpolitische Maßnahmen operative Bedeutung hatten.

Im Frühjahr 1946 begannen beim Statistischen Zentralamt die Arbeiten auf dem Gebiet der Handelsstatistik. Es wurde eine laufende Berichterstattung über den Umsatz und die Arbeitskräfte organisiert, die etwa 10 000 Groß- und Einzelhandelsbetriebe erfaßte. Zur Untersuchung der Kosten- und Rentabilitätsverhältnisse im Handel hatten davon 1946 etwa 2 700 und 1947 rund 3 500 private Handelsbetriebe zusätzlich über die Wareneingänge und -bestände sowie Betriebskosten zu berichten. Auswahl, Aufbereitung und Auswertung erfolgten durch das Statistische Zentralamt. (1948 wurde mit der Währungsreform diese letztere Statistik eingestellt.)

Auf dem Gebiet der Verkehrsstatistik wurde seit Juni 1945 der Kraftfahrzeugbestand monatlich nach Fahrzeugarten statistisch erfaßt, seit Dezember 1945 auch nach der Einsatzfähigkeit der Kraftfahrzeuge. Der Umfang und der Zustand des Straßennetzes wurden ab September 1945 monatlich nachgewiesen, der Güterverkehr mit Kraftfahrzeugen seit April 1946 und der entsprechende Personenlinienverkehr seit Juni 1946. Durchgeführt wurden diese Statistiken von der Generaldirektion Kraftverkehr und Straßenwesen.

Bei der Fülle neuer Aufgaben, die 1945 an die amtliche Statistik herantraten, blieb das Handwerk zunächst unberücksichtigt. Die Handwerkskammern waren vorerst die einzigen Träger der Handwerksstatistik. Ihrer Initiative blieb es überlassen, was sie erfaßten. In Sachsen-Anhalt wurden 1948 z.B. Angaben aus der Bilanz und über die geleisteten Arbeitsstunden - getrennt nach Produktion und Reparatur - verlangt. 1949 fielen diese Fragen allerdings wieder fort. Es blieb aber bei der schon 1947 eingeführten Aufbereitung der Zahl der Betriebe nach Größenklassen. Die Aufgliederung der Beschäftigten wurde verbessert. Der Umsatz erfuhr eine Trennung nach Produktion, Bauleistungen, Reparaturen, Dienstleistungen und Handel. Verträge und Aufträge für öffentliche Auftraggeber wurden gesondert ausgewiesen, und zwar getrennt nach Abschluß und Realisierung. Erst nach 1949 wurde die Handwerksberichterstattung wieder Aufgabe des Statistischen Dienstes.

Im Oktober 1948 wurde eine erste schulstatistische Erhebung durchgeführt, für allgemeine Schulen über Schulen, Schüler, Lehrer und den fremdsprachigen Unterricht, für Berufsschulen über Klassen, Schüler, Lehrer und Lehrwerkstätten.

Um einen detaillierten Einblick in die Entwicklung der Wirtschaft zu erhalten, wurde mit Beginn des Jahres 1947 eine monatliche Umsatzsteuerstatistik eingeführt. Die Steuerämter hatten monatlich die Umsatzsummen der Betriebe auf der Grundlage der Umsatzsteuerüberwachungsliste in eine mit einem Register ausgestattete und nach Gewerbezweigen gegliederte Arbeitskartei einzutragen und auf einem Meldebogen für das Statistische Zentralamt die Zahl der Steuerpflichtigen und die Umsatzsummen nach Gewerbezweigen zu erfassen. Das wurde ihnen dadurch erleichtert, daß der bisherigen Steuernummer des jeweiligen Betriebes eine dreistellige Nummer der statistischen Betriebssystematik vorgeschaltet wurde.

Erst im Frühjahr 1949 begann die planmäßige Vorbereitung einer neuen Finanzstatistik. Dazu wurde in Zusammenarbeit vom Statistischen Zentralamt und der Hauptverwaltung Finanzen der DWK eine finanzstatistische Arbeitsgemeinschaft gebildet, die für die öffentlichen Verwaltungen eine Personalbestands- und Personalausgabenstatistik für das Jahr 1949 und eine Haushaltsstatistik für 1950 vorzubereiten hatte.

Auf zahlreichen Gebieten der Statistik wurden so durch umfassende Erhebungen und deren periodische Wiederholung sowie den Beginn laufender Berichterstattungen erste Anfänge für eine Statistik geschaffen, die von Jahr zu Jahr besser in der Lage war den Organen der Besatzungsmacht und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wesentliche Informationen zur Verfügung zu stellen. Dabei zeigten sich auf vielen Gebieten erste Ansätze

- einer zunehmenden Aktualisierung der statistischen Ergebnisse und ihrer Zuverlässigkeit durch Erhöhung der Berichtsdisziplin, eine beginnende Ordnung des Berichtswesens und durch Zentralisierung entscheidender Berichterstattungen beim Statistischen Dienst
- einer engeren Verbindung von Statistik und Planung sowohl hinsichtlich der Informationsbereitstellung für die Planaufstellung als auch der laufenden statistischen Plankontrolle
- einer Aufnahme sozialökonomischer Betrachtungsweisen in die Beobachtungs- und Auswertungsprogramme, die von den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispolitik ausgingen.

Bereits im Sommer 1946 konnte der Leiter des Statistischen Büros bei der Obersten Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland, Logatschew, auf einer Tagung in Berlin feststellen, er beobachte aufmerksam die Arbeit deutscher Statistiker in der sowjetischen Besatzungszone und sehe, daß sie sich in den Verfahrensarten und Methoden ihrer Aktualisierung den neuen Zeitaufgaben für Planung und Wirtschaftsaufbau anzupassen bemühe. Er riet, die eingeschlagene Richtung beizubehalten, gewonnene Erkenntnisse zu vertiefen und in der Arbeit nicht zu erlahmen; denn, so betonte er: "Wir betrachten die Statistik als eine Waffe, die uns in den Stand setzt, unser Leben zu erhalten oder zu vernichten, je nachdem wir sie führen", und dem "deutschen Volke wäre diese Waffe belassen worden, sich ihrer mit Vorteil zu bedienen". ("Statistische Praxis" 1946/1)

2. Leitung und Kontrolle der statistischen Arbeiten durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland

Die Hoheitsgewalt der vier alliierten Besatzungsmächte wurde nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschen Reiches in ihren Besatzungszonen von den Oberbefehlshabern auf Weisung ihrer Regierung ausgeübt. Administratives Organ des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungsarmee in Deutschland war die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD).¹⁾ Sie übte in der SBZ alle entscheidenden Verwaltungsfunktionen aus. Leitung und Kontrolle der statistischen Arbeiten in der SBZ lagen generell in Händen des Statistischen Büros der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD. Dieses Statistische Büro versorgte einerseits die SMAD mit den erforderlichen statistischen Informationen und beauftragte andererseits, in der Regel durch Befehle der SMAD, die Chefs der deutschen Länder- bzw. Provinzverwaltungen (später Ministerpräsidenten) mit der Durchführung der dazu notwendigen Zählungen und Erhebungen sowie die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik (Statistisches Zentralamt) mit der Bearbeitung und der Auswertung der Ergebnisse dieser Zählungen und Erhebungen.

Das Statistische Büro der SMAD hatte dabei die allgemeine und methodische Führung und übte die zentrale Kontrolle aus. In die allgemeine Führung und Kontrolle der Durchführung der Zählungen und Erhebungen durch die Chefs der deutschen Länder- bzw. Provinzverwaltungen (unmittelbar ihrer Statistischen Landesämter) waren die regionalen Organe der SMAD²⁾, die SMA der Länder bzw. Provinzen und die Militärkommandanturen einbezogen, die ihrerseits auch Informationsempfänger waren. Zur Verdeutlichung dieses Verwaltungsmecha-

1) Nachdem mit der Gründung der DDR die Verwaltungsfunktionen der SMAD auf die Regierung der DDR übertragen worden waren, trat 1949 an die Stelle der SMAD die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), die ihrerseits 1953 durch Beschluß des Ministerrates der UdSSR aufgelöst wurde.

2) Der SMAD-Befehl Nr. 109 vom 13. Mai 1947 enthält z.B. folgenden Passus: "Befehle ich ... den Chefs der Verwaltungen der SMA der Provinzen und Länder, dem Militärkommandanten des sowjetischen Sektors der Stadt Berlin und dem Leiter des Statistischen Büros der SMAD die Kontrolle für die Durchführung der Erhebungen und die Aufbereitung des statistischen Materials zu gewährleisten." (deutsche Übersetzung)

nismus soll hier der betreffende Inhalt von zwei SMAD-Befehlen¹⁾ dargelegt werden:

Der Befehl der SMAD Nr. 330 vom 25. November 1946 verpflichtete den Präsidenten des Statistischen Zentralamtes und die Präsidenten der Länder und Provinzen der SBZ "zwecks Erlangung von Daten über das vorhandene Vieh, Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie gleichfalls von Daten über die Winteraussaaten für die Ernte 1947" eine Zählung zum Stichtag 3. Dezember 1946 durchzuführen.²⁾ Dazu traf der Befehl hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung dieser Zählung sowie des Berichtsweges und der Berichtstermine für die Zählergebnisse folgende Festlegungen:

Für die Organisation der Zählung und das Frageprogramm waren der Chef des Statistischen Büros der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD (Gen. Logatschew) und der Chef der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft der SMAD verantwortlich. Druck und Versand der Zählungspapiere hatte das Statistische Zentralamt zu veranlassen. Die Chefs der SMA der Länder bzw. Provinzen hatten für die Durchführung der Zählung einen verantwortlichen Leiter zu bestimmen und zur Instruktionsbesprechung an das Statistische Büro der SMAD zu kommandieren. Diese hatten ihrerseits Instruktionsbesprechungen in den Bezirks- und Stadtkommandanturen durchzuführen. Die Anleitung der deutschen Verwaltungen der Stadt- und Landkreise erfolgte unmittelbar durch das Statistische Landesamt, die Anleitung der Bürgermeister auf einer Besprechung, die gemeinsam vom Landrat und dem Militärkommandanten durchzuführen war, die Schulung der Zähler durch die Bürgermeister.

Die allgemeine Leitung der Durchführung der Zählung lag in Händen des Chefs des Statistischen Büros der SMAD, die Kontrolle über die Durchführung des Befehls bei den Chefs der SMA der Länder bzw. Provinzen. Das Statistische Zentralamt hatte in jedes Land einen verantwortlichen Mitarbeiter zur Hilfeleistung zu entsenden. Die Präsidenten der Länder hatten die notwendigen Transportmittel und den erforderlichen Treibstoff zur Verfügung zu stellen.

1) Die Auswertung dieser Befehle erfolgte auf der Grundlage ihrer deutschen Übersetzungen, wie sie in der (nicht lückenlosen) Sammlung von SMAD-Befehlen des Zentralen Staatsarchivs (Potsdam) vorliegen.

2) Siehe dazu auch Hauptabschnitt III

Die Zählergebnisse über den Viehbestand und die Winteraussaat hatten die Bürgermeister am 13. 12. 1946 und über die Traktoren- und Maschinenbestände am 20. 12. 1946 an den Landrat zu geben. Die Kreisergebnisse hatte der Landrat dem Statistischen Landesamt mit Visum des Militärkommandanten bis 24. 12. 1946 bzw. 3. 1. 1947 zu übergeben. Das Statistische Landesamt seinerseits übermittelte das Landesergebnis am 5. 1. 1947 bzw. 13. 1. 1947 in dreifacher Ausfertigung an den Chef der SMA des Landes, in zweifacher Ausfertigung an den Präsidenten des Landes und in einfacher Ausfertigung an das Statistische Zentralamt. Die Chefs der SMA der Länder übermittelten bis 10. 1. bzw. 18. 1. 1947 das Landesergebnis mit Erläuterungen an die Planwirtschaftliche Abteilung und die Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft der SMAD. Das Statistische Zentralamt faßte die Länderergebnisse zum Gesamtergebnis für die SBZ zusammen und übergab es bis 13. 1. bzw. 23. 1. 1947 dem Statistischen Büro der SMAD. Außerdem waren noch Schnellmeldungen über die Viehbestände und die Winteraussaat vom Statistischen Landesamt (12. 12. 1946 über Viehbestand, 19. 12. 1946 über Winteraussaat) an die SMA des Landes und das Statistische Zentralamt sowie vom Statistischen Zentralamt (14. bzw. 20. 12. 1946) an das Statistische Büro der SMAD befohlen.

Die gesamte Leitung und die Ausarbeitung des Materials der Volkszählung in der SBZ mit dem Stichtag 29. Oktober 1946 wurde durch den Befehl der SMAD Nr. 277 vom 13. September 1946 dem Statistischen Büro der SMAD (Gen. Logatschew) übertragen, die Kontrolle der Durchführung den regionalen Dienststellen der SMAD. Die Unterweisung der Bürgermeister erfolgte zusammen mit den Landräten durch die Militärkommandanten. Die Durchführung der Zählung selber hatte durch den Präsidenten des Statistischen Zentralamtes und die Präsidenten der Länder zu erfolgen. Ihnen wurden durch die SMAD folgende Termine gestellt: Vorlage der vorläufigen "Gesamtziffern" durch die Zähler an den Bürgermeister am 4. November, durch die Bürgermeister an den Landrat am 7. November, durch die Landräte an den Präsidenten des Landes (Statistisches Landesamt) am 9. November. Dieser hatte das Landesergebnis am 11. November an die Verwaltung der SMA des Landes, an das Statistische Zentralamt und das Statistische Büro der SMAD einzureichen. Das Gesamtergebnis der Gesamtziffern der SBZ hatte das Statistische Zentralamt am 12. November 1946 dem Statistischen Büro der SMAD und das vollständige Gesamtergebnis der Volkszählung bis 1. Januar 1948 zu übergeben.

Neben diesem generellen Ablauf statistischer Erhebungen gab es auch Zählungen, die von anderen Abteilungen der SMAD ausgingen und in die das Statistische Zentralamt nicht einbezogen war. So waren für die Leitung der Erfassung der Industriebetriebe (Befehl Nr. 72 vom 25. 9. 1945) die SMAD-Abteilung Industrie und die Deutsche Zentralverwaltung für Industrie verantwortlich.

Statistische Aufgaben, die auf der Grundlage von Befehlen des Alliierten Kontrollrates in allen vier Besatzungszonen einheitlich durchzuführen waren, koordinierte die Koordinierungsstelle des Kontrollrates in Berlin, so z.B. die Durchführung des Befehls des Alliierten Kontrollrates Nr. 33 vom 20. Juli 1946 über die Durchführung einer Volkszählung in Deutschland. Die unmittelbare Leitung lag jedoch bei den Militäradministrationen der einzelnen Besatzungszonen. Beratende Funktion über das jeweilige Besatzungsgebiet hinaus hatten spezielle "Arbeitskreise der deutschen Sachverständigen für Statistik in den vier Besatzungszonen Deutschlands", in die die Statistischen Verwaltungen der einzelnen Besatzungszonen Vertreter entsandten.

Die ersten Besprechungen und Verhandlungen für eine einheitliche Volkszählung in allen Besatzungszonen fanden in einem hierfür von der Koordinierungsstelle des Kontrollrates gebildeten Ausschuß im Herbst 1945 statt. Deutsche Stellen wurden im Dezember 1945 davon unterrichtet. Zu einer ersten interzonalen Beratung deutscher Statistiker kam es im Juni 1946 in Berlin, an der allerdings keine Vertreter aus der französischen Besatzungszone teilnahmen. Die dortigen Statistiker waren offensichtlich von ihrer Militärregierung überhaupt noch nicht informiert worden, daß eine Volkszählung stattfinden soll.

Diese Beratung bildete den Auftakt für die danach in Abständen von 2 bis 4 Monaten stattfindenden Zusammenkünfte, bei denen die Haushaltungsliste, das Tabellenprogramm und Fragen der Koordinierung sowie einheitliche Richtlinien beraten wurden. Als schwierig erwies sich dabei vor allem eine Einigung auf das Tabellenprogramm, bei der es lediglich zu einem einheitlichen Minimalprogramm kam. Auf das Fragenprogramm selber hatten die deutschen Sachverständigen keinen Einfluß. Sie erhoben zwar gegen die Erfassbarkeit einiger Fragen Bedenken, denen jedoch seitens des Kontrollausschusses kein Gehör geschenkt wurde. Lediglich hinsichtlich des Zählungstichtages konnten sie ihrer Auffassung Geltung verschaffen. Der Kontrollrat hatte als ursprünglichen Stichtag den 1. Juni 1946 vorgesehen, ihn aber wegen

der zu kurzen Vorbereitungszeit und wegen des noch völlig labilen Bevölkerungsstandes (Umsiedler, Rückkehr von Kriegsgefangenen) verschoben und dafür endgültig den 29. Oktober 1946 festgelegt.

Ebenfalls auf einen ursprünglichen Beschluß des Alliierten Kontrollrates ging die landwirtschaftliche Betriebszählung vom 15. Juni 1949 zurück. Zur Koordinierung der Vorarbeiten wurde 1947 der "Arbeitskreis der deutschen Sachverständigen für Statistik" gebildet, der im Auftrag der Besatzungsmächte das Frageprogramm und die Organisation der Durchführung vorzuschlagen hatte. Dabei zeigte sich jedoch sehr bald, daß die fortschreitende Einbeziehung der Westzonen in einen gegen die Sowjetunion gerichteten imperialistischen Block und dessen aggressive Politik des kalten Krieges eine sachliche Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Statistik immer unfruchtbarer werden ließ. Daher wurde die weitere Vorbereitung der Zählung in der SBZ selbständig vorgenommen.

3. Schaffung der personellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für die Lösung der statistischen Aufgaben in der SBZ

3.1. Herausbildung des Statistischen Dienstes als Informations- und Kontrollinstrument der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung

Auf dem Gebiet der DDR wurden bereits wenige Wochen nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetarmee und seiner bedingungslosen Kapitulation statistische Dienststellen gebildet, die den Organen der sowjetischen Besatzungsmacht und den entstehenden zunächst kommunalen und regionalen und später auch zentralen deutschen Verwaltungen notwendige statistische Materialien zu beschaffen hatten, zunächst vor allem dort, wo - wie in Berlin, in den Hauptstädten der Länder und in einigen weiteren Großstädten - vorher statistische Ämter bestanden hatten. Es bestand dabei aber von Anfang an das Ziel der SMAD nicht nur für die zentralen Belange und für die Aufgaben der Länderverwaltungen statistische Dienststellen zu schaffen, wo man in bestimmtem Maße auf Statistiker, Unterlagen und Einrichtungen vorher bestandener statistischer Ämter zurückgreifen konnte, sondern auch für die Verwaltungsorgane der Kreise, um so einen möglichst tiefgegliederten und eng mit dem Leben an der Basis verbundenen statistischen Apparat zu erhalten.

Damit wurde die Grundidee der heutigen vertikalen Dreigliederung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik - Zentralstelle, Bezirksstellen, Kreisstellen - verwirklicht und wurde unter den damaligen Bedingungen der Statistische Dienst in seiner Dreigliederung Statistisches Zentralamt - Statistische Landesämter - Statistische Kreisämter bereits in den ersten Jahren nach dem Kriege geschaffen.

(Der darüber hinaus gehende Gedanke, die Arbeit besonders der neu zu begründenden Statistischen Dienststellen in den Kreisen durch den Aufbau eines breitgefächerten Dienstes ehrenamtlicher Berichtserstatter aus Gemeinden und Betrieben zu unterstützen, stieß bei seiner Realisierung auf erhebliche Schwierigkeiten und wurde später im wesentlichen aufgegeben.)

So sehr verständlicherweise für das Ingangsetzen der statistischen Arbeit organisatorische Aufgaben, die Schaffung der personellen und materiellen Bedingungen, im Vordergrund standen, so ging es doch auch von vornherein um das Bemühen, der Statistik einen neuen Inhalt zu

geben, sie voll in den Dienst der neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu stellen und hier vor allem, die beginnende Planung allseitig und aktuell zu unterstützen. Die statistische Arbeit mußte dabei mit Menschen aufgenommen werden, die zwar in ihrer Masse gewillt waren, ihre Kräfte für die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzusetzen, von denen aber die wenigsten Vorstellungen von den Aufgaben hatten, die unter den neuen Bedingungen an die Statistik gestellt wurden.

Ohne die Hilfe der sowjetischen Genossen der SMAD und ihrer Länder- und Kreisverwaltungen - der Kommandanturen - wäre das schnelle Ingangsetzen der statistischen Arbeit nicht möglich gewesen. Diese Genossen lehrten die Statistiker der SBZ, die "alten" und die "werdenden", das Abc einer sozialistischen Statistik, die Bedeutung ihrer Wahrhaftigkeit und Parteilichkeit, ihrer Arbeit mit den Menschen für den Menschen.

Die damaligen Statistiker der SBZ mußten sehr bald erkennen, daß mit den Arbeitsverfahren der Vergangenheit die Probleme der Gegenwart nicht zu lösen waren, daß sich die Statistik unter Verzicht auf traditionelle Gewohnheiten der bürgerlichen Statistik bereits in der Fragestellung auf die aktuellen Aufgaben der Planung vorzubereiten hatte, sich aktualisieren mußte, um auf die Vielzahl konkreter planbedingter Fragen aktuelle Antworten geben zu können. Diese gänzlich neue Aufgabe konnte nicht ohne die Unterstützung durch die sowjetische Statistik und das Studium ihrer Erfahrungen gelöst werden.

Nicht alle der damaligen Mitarbeiter der Statistik haben die neuen Bedingungen von vornherein bejaht. Viele konnten durch den verständnisvollen Rat bewährter Antifaschisten aber dafür gewonnen werden. Andere verließen ihren Arbeitsplatz und suchten in den anderen Besatzungszonen ihnen gemäße Bedingungen. Einige wurden nach einer Zeit des Lavierens und der Tarnung zu Verrätern am friedlichen Aufbauwerk der Arbeiter und Bauern. Doch schon in den ersten Jahren reihten sich neue, energische und fähige Kräfte, mit der Sache der Arbeiterklasse und ihrer Partei fest verbundene Kader, in den Sta-

tistischen Dienst ein. ¹⁾ L. M. Zyrlin konnte in einem Rückblick 1965 feststellen: "Die Erinnerung an die damalige Zeit zeichnet das Bild der einmütigen Arbeit gerade dieser jungen Kräfte, deren Wirken schließlich der Aufbau einer sozialistischen Statistik zu verdanken ist." ("Statistische Praxis" 1965/5)

Wie auf dem Gebiet der DDR wurden auch in den anderen Besatzungszonen die statistischen Dienste wieder aufgebaut, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß durch die Einsetzung reaktionärer und rechtsopportunistischer Kräfte seitens der westlichen Besatzungsmächte in die leitenden Funktionen eine demokratische Entwicklung verhindert wurde. Dadurch wurde auch die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Statistikern, die u. a. infolge der Einrichtung einer Koordinierungsstelle beim Interalliierten Kontrollrat notwendig war, immer schwieriger und fruchtloser. Als im Zuge der Spaltungspolitik die amerikanische und britische Besatzungszone ab 1. Januar 1947 zur Bizone zusammengeschlossen wurden und das von beiden Militärregierungen eingerichtete Bipartite Statistical Office in Wiesbaden die Gründung eines entsprechenden deutschen Amtes - des Statistischen Amtes der Vereinigten Wirtschaftsgebiete - vorantrieb, das schließlich im Mai 1949 mit der Gründung der BRD zum Statistischen Bundesamt avancierte, war damit auch die deutsche Statistik gespalten.

In der BRD ist die Statistik entsprechend dem Charakter des Bonner Staates Instrument der Ausbeuterklassen geblieben. In der DDR entwickelte sie sich zu einer sozialistischen, dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden Statistik, wurde unter der weit-sichtigen Führung der Partei der Arbeiterklasse, gestützt auf die Erfahrungen der sowjetischen Statistik, und mit der selbstlosen Hilfe vieler sowjetischer Statistiker in den Jahren des schweren Anfangs der Grundstein gelegt für die leistungsfähigste Statistik, die es je auf deutschem Boden gegeben hat.

1) In seinem Befehl Nr. 142 vom 11. November 1948 hat beispielsweise der Chef der Verwaltung der SMA des Landes Thüringen dazu aufgefordert, die damals durchgeführte Verminderung des Personalbestandes zur Säuberung der Verwaltungen von unfähigen und reaktionären Elementen auszunutzen zur "furchtlosen Beförderung" Werktätiger, die sich als aktive Anhänger der Demokratisierung Deutschlands erwiesen haben.

3.2. Schaffung einer zentralen statistischen Verwaltung für die SBZ

In Berlin wurden Mitte Mai 1945 durch die SMAD etwa 500 Mitarbeiter des ehemaligen Statistischen Reichsamtes und Statistiker aus anderen Behörden in zwei Gebäuden in der Klosterstraße (Sitz der SZS bis 1964) sowie in der heutigen Hans-Beimler-Straße (jetzt Sitz des Präsidiums der Deutschen Volkspolizei, bis 1945 Sitz des Statistischen Reichsamtes) zusammengefaßt.

Das Statistische Reichsamt - gegründet am 23. Juli 1872 als "Kaiserliches Statistisches Amt" und aus dem "Zentralbureau des Zollvereins" von 1833 hervorgegangen - hatte seit 1933 seine Arbeit ganz in den Dienst der faschistischen Unterdrückungs- und Eroberungspolitik gestellt. Es entwickelte sich zu einem staatsmonopolistischen Regulierungsorgan, dessen generelle Aufgabe es war, "statistische Unterlagen für die autoritäre Lenkung des Volks-, Staats- und Wirtschaftslebens (zu) liefern" ("Wirtschaft und Statistik" 1941, S. 1).

Zu Beginn des 2. Weltkrieges hatte es über 7 000 Mitarbeiter, von denen 200 eine wissenschaftliche Ausbildung hatten. Bis 1. April 1945 war die Zahl der Mitarbeiter des Reichsamtes auf weniger als 1 700 zurückgegangen (Archiv der SZS). Mit der bedingungslosen Kapitulation des Faschismus war auch seine Existenz beendet.

Die zur Wiederaufnahme der statistischen Arbeit bereiten Mitarbeiter - Präsident und Direktoren waren Nazis und hatten sich in andere Besatzungszonen abgesetzt - mußten zunächst die Trümmer beseitigen, die Arbeitsräume reparieren und die Arbeitsplätze wieder herrichten. Zugleich wurde mit der Arbeit an der Ermittlung und Sammlung der Archive sowie der Neuaufbereitung vorhandener Materialien begonnen.

Aufgabenstellung und Kontrolle der Arbeit der neuen zentralen deutschen statistischen Dienststelle der SBZ erfolgten durch das Statistische Büro der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD.

Verwaltungsmäßig unterstellt wurde die neue Dienststelle dem Magistrat der Stadt Berlin, für den sie wichtige statistische Aufgaben durchführte, zu denen das Statistische Amt der Stadt Berlin damals weder personell noch materiell selber in der Lage war.

Nachdem Ende Juli 1945 in der SBZ mit der Errichtung deutscher Zentralverwaltungen begonnen worden war (SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. 7. 1945), verfügte der Befehl Nr. 105 vom 19. Oktober 1945

des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration, des Oberbefehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungsarmee in Deutschland, Marschall der Sowjetunion G. Shukow, für "die Bearbeitung und Auswertung statistischer Erhebungen und für die Gewinnung statistischer Unterlagen" die Bildung der "Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone mit dem Sitz in der Stadt Berlin". Mit der Übernahme der "allgemeinen und methodischen Führung und Kontrolle" der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik, deren Etat zunächst mit 190 Mitarbeitern genehmigt wurde, verpflichtete der Befehl das Statistische Büro der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD. Dieser Befehl Nr. 105 war sozusagen die "Geburtsurkunde" des statistischen Dienstes der DDR, der heutigen Zentralverwaltung für Statistik. (Anlage 1) Er bildete die administrative Voraussetzung für die spätere Bildung eines zentral organisierten statistischen Apparates.

Organisatorisch gliederte sich 1946 das neue Amt in folgende 6 Abteilungen (Anlage 2):

- Abteilung A: Verwaltung (einschließlich der maschinellen Einrichtungen, 27 zum Teil völlig veraltete Hollerith-Maschinensätze) mit 185 Mitarbeitern, darunter 58 in der "Hollerithgruppe"
- Abteilung B: Bevölkerungsstatistik (einschließlich Betriebszählung, Medizinal-, Kriminal-, Kultur- und Sozialstatistik) mit 137 Mitarbeitern
- Abteilung C: Landwirtschaftsstatistik (einschließlich Forst-, Fischerei-, Betriebs- und Ernährungsstatistik) mit 51 Mitarbeitern
- Abteilung D: Wirtschaftsstatistik (einschließlich Statistik der Bauwirtschaft, des Wohnungswesens, der Preise und Löhne sowie der Wirtschaftsplanung) mit 95 Mitarbeitern
- Abteilung E: Handels- und Verkehrsstatistik (einschließlich Statistik des Handelsgewerbes) mit 33 Mitarbeitern
- Abteilung F: Finanzstatistik mit 41 Mitarbeitern.

Zusammen mit 7 Personen der sog. Amtsleitung waren das 549 Mitarbeiter, von denen nach den Unterlagen im Archiv der SZS 228 eine Planstelle hatten. Der Betrag der Löhne und Gehälter betrug 1946 monatlich 85 000 RM, wozu noch monatlich 68 000 RM für Zuschläge kamen nach (SMAD-Befehl Nr. 68 vom 5. 3. 1946). Der Kostenvoranschlag

für das I. Quartal 1946 sah Ausgaben in Höhe von 770 000 RM vor (nach SMAD-Befehl Nr. 20 vom 22. 1. 1946).

Die innere Organisation des "Statistischen Zentralamtes" - diese Kurzbezeichnung für die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik fand allgemein Verwendung -, die Gliederung und Geschäftsverteilung, war bei Erlass des Befehls Nr. 105 bereits im großen und ganzen erfolgt.

Der organisatorische Aufbau des Zentralamtes widerspiegelte einerseits noch den traditionellen Aufbau der bürgerlich-statistischen Ämter¹⁾. Er entsprach so auch durchaus der Geisteshaltung des damaligen Präsidenten, der immer wieder betonte, daß es sich bei dem Amt um keine Neugründung handele, sondern daß es aus den Resten des Statistischen Reichsamtes hervorgegangen sei und an dessen Tradition anknüpfe. Andererseits war der Aufbau aber auch Ausdruck der damaligen Aufgabenstellung des Statistischen Dienstes der SBZ, bei dem die Bevölkerungsstatistik und die Landwirtschaftsstatistik von vornherein zentralisiert waren, während die Industriestatistik zum großen Teil Angelegenheit der Verwaltungsorgane der Industrie selber war.

Die Leitung des Zentralamtes rekrutierte sich mit Ausnahme des Präsidenten aus Angestellten des ehemaligen Statistischen Reichsamtes. Der Präsident selber - der berühmte Professor Gleitze, der im Lager des westdeutschen Revanchismus zu einem der skrupellosesten Verleumder der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR wurde - kam im Juli 1945 aus der Industrie, da nach seinen eigenen Worten "der Kopf fehlte" (Protokoll eines Pressegesprächs).

1) Das Statistische Reichsamt bestand 1940 aus folgenden Abteilungen: I. Allgemeine Verwaltung, II. Handels- und Verkehrsstatistik, III. Sozialstatistik, IV. Bevölkerungs- und Betriebsstatistik, Kultur- und Medizinalstatistik, V. Finanz- und Steuerstatistik, VI. Allgemeine Wirtschaftsstatistik, VII. Landwirtschafts-, Forst-, und Fischereistatistik, VIII. Industrielle Produktionsstatistik. Diese Abteilung VIII war 1935 gegründet, im Zuge der Kriegsvorbereitung 1938 als "Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung" (am späteren Sitz der SZS in der Klosterstraße) verselbständigt und 1940 wieder in das Reichsamt zurückgegliedert worden. - Nach: U. Roeske "Die amtliche Statistik des Deutschen Reiches 1872 bis 1939" im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1978/IV.

Fast alle der damals leitenden Kader des Zentralamtes haben später, die meisten Mitte 1949, die SBZ verlassen. Der im April 1948 als Vizepräsident eingesetzte Professor Dr. Gerhard Bondi hat nach der Republikflucht von Gleitze im Januar 1949 die Leitung des Amtes übernommen und diese Funktion bis Ende März 1951 ausgeübt.¹⁾ An die Stelle der nach und nach Ausgeschiedenen traten im Kampf der Arbeiterklasse bewährte Marxisten, klassenbewußte, eng mit ihrer Partei verbundene Arbeiter und fortschrittliche, für die neuen Aufgaben der Statistik aufgeschlossene Kräfte.²⁾

Nach Erlass des Befehls Nr. 105 vom 29. Oktober 1945 konnte auch mit der äußeren Organisation des statistischen Dienstes begonnen werden, konnten sich die bisher nur losen Beziehungen zu den Statistischen Landesämtern festigen. Damit konnte auch mit der dringend notwendigen zentralen Schulung der statistischen Kader und dem umfassenden Erfahrungsaustausch begonnen werden. Die ganze SBZ interessierende statistische Fragen wurden auf den Tagungen des Statistischen Zentralausschusses, eines Kreises von Fachstatistikern aller Ebenen und Organe, beraten. (Dieser Zentralausschuß war keine Folgeeinrichtung des lediglich gleichnamigen Organs des Reichsamtes. Jener Zentralausschuß hatte den Charakter einer Genehmigungsstelle für statistische Erhebungen) Im Oktober 1946 war vor allem zur Unterstützung der Fortbildung der Statistiker vom Statistischen Zentralamt die "Statistische Praxis" als Monatszeitschrift für theoretische und angewandte Forschungs-, Verwaltungs- und Betriebsstatistik gegründet worden.

Günstigere Bedingungen für ein abgestimmteres Vorgehen bei statistischen Untersuchungen und die Koordinierung der Wünsche der Zentralverwaltungen nach statistischen Informationen ergaben sich ab Juni 1947 durch die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), die auf Befehl der SMAD die Arbeit der Zentralverwaltungen

1) Während der Zeit des Faschismus war G. Bondi nach Großbritannien emigriert. Nach seiner Tätigkeit als Präsident des Statistischen Zentralamtes übte er eine Lehrtätigkeit an der Verwaltungsakademie der DDR und später der Martin-Luther-Universität Halle im Fach Politische Ökonomie aus.

2) Als Stellvertreter des Leiters des Statistischen Zentralamtes wurde am 1. Juni 1949 Genossin Dr. Johanna Heß eingesetzt. Sie war seit 1. September 1946 Leiterin des Statistischen Landesamtes Sachsen.

und der Landesregierungen zu koordinieren hatte. Die Zentralverwaltungen wurden Hauptverwaltungen der DWK, die Zentralverwaltung für Statistik "Statistisches Zentralamt der DWK". Der Präsident des Zentralamtes wurde Mitglied der DWK.

Vom 30. November bis 2. Dezember 1948 fand in Berlin in der Klosterstraße 80/85, dem Sitz des Statistischen Zentralamtes, die erste zentrale Statistikertagung der SBZ statt, an der etwa 160 Statistiker aller Verwaltungsebenen teilnahmen. Zwei Hauptthemen bestimmten den Inhalt der Tagung: Die Statistik in der Planwirtschaft, insbesondere im Zweijahrplan, sowie die Rationalisierung der Statistik.

Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949, der Übergabe der Verwaltungsfunktionen der SMAD an die Provisorische Regierung der DDR am 10. Oktober und dem Gesetz der Provisorischen Volkskammer zur Überleitung der Verwaltung an die Regierung der DDR am 11. Oktober wurden die Hauptverwaltungen der Deutschen Wirtschaftskommission in die neuen Ministerien eingegliedert. Die Hauptverwaltung Planung und das Statistische Zentralamt bildeten zusammen das Ministerium für Planung. (Die Statistik arbeitete unter der Bezeichnung "Statistisches Zentralamt - Ministerium für Planung".) Diese zeitweise administrative Verbindung von Planung und Statistik war notwendig geworden, um die statistischen Arbeiten mehr auf die Erfordernisse der Ausarbeitung, Durchführung, Kontrolle und Abrechnung der Pläne, insbesondere des begonnenen Zweijahrplanes, zu konzentrieren. Damit begann die entscheidende Wandlung der Statistik im Gebiet der DDR in ein Instrument der sozialistischen Planwirtschaft.

3.3. Die regionalen statistischen Organe und ihre Aufgaben

Neben der zentralen statistischen Dienststelle des ehemaligen Deutschen Reiches, dem Statistischen Reichsamt in Berlin, gab es vor 1945 als sozusagen regionale Instanz für statistische Arbeiten die Statistischen Landesämter am Sitz der Landesregierungen sowie mit einer gewissen Sonderstellung das Statistische Amt der Reichshauptstadt. Zunächst noch relativ selbständig in ihren Territorien arbeitend, waren den Landesämtern ab 1933 nach weitgehender Zentralisierung der Reichsstatistik jedoch wesentliche Aufgaben genommen worden. Das ist insofern erwähnenswert, als es Einfluß auf Personalbestand und technische Ausrüstung hatte, die 1945 - ganz abgesehen von den erheblichen Kriegseinwirkungen - für

den statistischen Wiederaufbau zur Verfügung standen.

Auf dem Gebiet der DDR gab es 1945 neben den ehemaligen preußischen Provinzen Sachsen und Mark Brandenburg die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg (mit Vorpommern) und dementsprechend das Statistische Landesamt des Landes Sachsen in Dresden (1850 gegründet, gehörte es zu den traditionsreichsten deutschen Landesämtern¹⁾), das Thüringische Statistische Landesamt in Weimar und das Mecklenburgische Statistische Landesamt in Schwerin, die in neuer Form, mit neuem Aufgabengebiet und teils auch unter neuem Namen bis zur Auflösung der Länderverwaltungen 1952 bestanden. Daneben existierte 1945 zunächst auch noch das kleine Anhaltische Statistische Landesamt in Dessau, das jedoch mit der baldigen Bildung der Provinz Sachsen-Anhalt aus der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen (ohne den Regierungsbezirk Erfurt, der zum Land Thüringen kam) und aus dem Land Anhalt zu bestehen aufhörte. Ein Preußisches Statistisches Landesamt gab es seit 1934 nicht mehr. Seine Aufgaben waren am 1. Oktober des genannten Jahres im Zuge der Zusammenlegung der preußischen Ressortministerien mit den entsprechenden Reichsministerien vom Statistischen Reichsamt übernommen worden. Bei den preußischen Provinzialverwaltungen - auf dem Territorium der DDR die der Provinz Mark Brandenburg und der Provinz Sachsen - bestanden jedoch statistische Abteilungen, so in Potsdam und Halle.

"Bestanden" bedeutet natürlich auch hier, daß 1945 nur ein kleiner Kreis von Mitarbeitern dieser Ämter vorhanden und unbelastet genug war, bei den neuen statistischen Aufgaben mitzuwirken. Aber immerhin gab es Arbeitsunterlagen, Zahlenmaterialien, Fachkenntnisse und Einrichtungen, die von den Dienststellen der SMAD und den Anfang Juli 1945 errichteten Provinzial- und Landesverwaltungen genutzt werden konnten, um dringender erforderliche statistische Informationen zu erhalten. Im ganzen waren die Bedingungen nicht grundsätzlich anders als in Berlin. Der Krieg hatte überall große Zerstörungen hinterlassen. So sank in Dresden in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 das Gebäude des Statistischen Landesamtes Sachsen in Schutt und Asche. Die in vielen Jahren aufgebaute Bibliothek mit rund 160 000 Bänden wurde ein Raub der Flammen. Nur wenige verlagerte Arbeitsunterlagen blieben erhalten.

1) Vgl. "Hundert Jahre amtliche Statistik in Sachsen" in "Statistische Praxis" 1950, Seite 112.

Bevor in den Landesämtern wieder mit der eigentlichen Arbeit begonnen werden konnte, mußte erst enttrümmert werden - auch in den Köpfen -, und nicht alle, die 1945 mit der Arbeit begannen, sind den Weg zu einer sozialistischen Statistik mitgegangen. Vor allem in den leitenden Funktionen herrschte eine große Fluktuation. Nur in einem ständigen Klassenkampf auch auf Landesebene konnten die fortschrittlichen Kräfte - geleitet durch die Partei der Arbeiterklasse - Aufgabe und Inhalt der statistischen Arbeit bestimmen. Sie erhielten dabei ständige Anleitung und Unterstützung durch die Mitarbeiter der SMAD.

3.3.1 Die Statistischen Landesämter als Informationsorgane der Länderverwaltungen und Bindeglied zwischen dem Statistischen Zentralamt und dem statistischen Dienst der Stadt- und Landkreise

Bald nach der Konstituierung des Statistischen Zentralamtes entsprechend dem Befehl Nr. 105 der SMAD vom 19. Oktober 1945 wurde den Provinzial- bzw. Landesverwaltungen durch die SMAD die Anweisung gegeben, die Statistischen Landesämter wieder voll arbeitsfähig zu machen bzw. Statistische Landesämter einzurichten (Rund-erlaß des Statistischen Zentralamtes vom 24.11.1945), die einem Direktor als Leiter unterstellt und entsprechend dem Aufbau des Statistischen Zentralamtes in sechs Abteilungen gegliedert werden sollten.

Als Hauptaufgaben wurden den Statistischen Landesämtern übertragen

- die Befriedigung der Bedürfnisse der provinziellen Selbstverwaltungen nach statistischen Unterlagen,
- die Durchführung der von der SMAD oder dem Statistischen Zentralamt für die gesamte Besatzungszone angeordneten Erhebungen,
- die Aufsicht über die bezirklichen und kommunalen statistischen Dienststellen.

Zur letzten Aufgabe ist zu bemerken, daß damals gleichzeitig angeordnet wurde, bei den Landräten der Kreise bzw. Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte statistische Referate zu bilden und, soweit in den Ländern oder Provinzen Bezirksverwaltungen (entsprechend den ehemaligen Regierungsbezirken) bestanden, statistische "Ämter" einzurichten, die mindestens mit einem Leiter und einem hauptamtlich

angestellten Sachbearbeiter besetzt sein sollten. (Nach den Unterlagen ist das offensichtlich aber nur in den Bezirken Brandenburgs und Sachsen-Anhalts geschehen. Mitte 1947 wurden die Bezirksverwaltungen aufgelöst. Ihre statistischen "Ämter" hatten also nur eine kurze Lebensdauer.)

Es waren Statistische Landesämter neu zu organisieren oder einzurichten

- für die Provinz Mark Brandenburg (ab 1947 Land Brandenburg) in Potsdam
- für das Land Mecklenburg (zunächst Mecklenburg-Vorpommern genannt) in Schwerin
- für die Provinz Sachsen-Anhalt (ab 1947 Land Sachsen-Anhalt) in Halle
- für das Land Sachsen in Dresden
- für das Land Thüringen in Weimar.

Im Land Sachsen war das Statistische Landesamt von Anbeginn eine selbständige dem Präsidenten der Landesverwaltung bzw. ab 1947 dem Ministerpräsidenten der Landesregierung direkt unterstellte Dienststelle. In den übrigen Ländern und Provinzen waren die Landesämter zunächst statistische Abteilungen der Landes- oder Provinzialverwaltungen (in der Mark Brandenburg Unterabteilung der Abteilung Inneres). Mitte 1947 besaßen außer Sachsen auch Sachsen-Anhalt und Thüringen Statistische Landesämter. Von der Landesregierung Brandenburg erhielt die Abteilung Statistik Ende 1947 die Bezeichnung Statistisches Landesamt, das aber zunächst dem Minister des Inneren unterstellt blieb. In Mecklenburg war die Abteilung Statistik der Landesregierung auch Mitte 1948 noch nicht in ein Landesamt umbenannt.

Die Statistischen Landesämter waren also Organe der Landesregierungen. Das Statistische Zentralamt hatte keine direkte Weisungsbefugnis und damit auch keinen direkten Einfluß auf Organisation und Kaderpolitik dieser Ämter. Es mußte sich auf Empfehlungen beschränken, deren Wirksamkeit in hohem Maße eine Frage des persönlichen Kontaktes der Statistiker war. Lediglich bei Erhebungen, mit deren Durchführung das Statistische Zentralamt durch die SMAD beauftragt war, hatten sich die Landesämter im Interesse einer für das gesamte Besatzungsgebiet einheitlichen methodischen und

terminlichen Durchführung an die Durchführungsbestimmungen des Zentralamtes zu halten.

Die Arbeitsbedingungen in den Statistischen Landesämtern selbst waren sehr unterschiedlich. Günstiger als in Berlin wurden sie Ende 1945 für Halle, Weimar und Dresden eingeschätzt. Zunächst konnten die Landesämter nur durch Neuaufbereitung und Auswertung von noch vorhandenem statistischen Material aus der Kriegs- und Vorkriegszeit erste Grundlagen für die Arbeit der neuen Verwaltungen schaffen. Erst allmählich traten in zunehmendem Maße neue Erhebungen hinzu. Im Vordergrund standen dabei die Bevölkerungsstatistik und die Landwirtschaftsstatistik. Die Industriestatistik und die Versorgungsstatistik waren auf die Fachverwaltungen dezentralisiert. Erst ab 1948 übernahmen die Statistischen Landesämter die monatliche Industriebereichterstattung. Die Industriestatistik rückte damit immer mehr in den Vordergrund. Voraussetzung dafür war das Erreichen eines stabilisierten Apparates mit einem geschulten Mitarbeiterbestand und verbesserter maschineller Ausrüstung. So konnte beispielsweise das Statistische Landesamt Sachsen Anfang 1946 eine eigene Hollerithabteilung einrichten. Die Planstellen des Amtes wurden im September 1946 von 59 auf 78 erhöht und Mitte 1947 weiter auf 121.

3.3.2. Die Entwicklung der Berliner Statistik unter den besonderen politischen Bedingungen der Stadt

Das Statistische Amt der Stadt Berlin - es war 1862 als erstes selbstständiges statistisches Amt einer deutschen Stadt gegründet worden - hatte mit Ende des zweiten Weltkrieges praktisch aufgehört zu existieren. Das Amtsgebäude mit der gesamten Maschinenausrüstung, fast allen Arbeitsunterlagen und Akten sowie einer Spezialbücherei mit rund 12 000 Bänden waren zerstört.

Nachdem am 17. Mai 1945 in Berlin eine neue demokratische Verwaltung gebildet und der Magistrat von Groß-Berlin eingesetzt worden war, wies dessen Hauptverwaltungsamt den wenigen Mitarbeitern des ehemaligen Statistischen Amtes der Stadt, die zur Wiederaufnahme der statistischen Arbeit geeignet waren, neue Diensträume im sowjetischen Sektor (in der heutigen Liebknechtstraße) an und unterstellte das nun praktisch wiedergegründete Statistische Amt der Stadt seiner Abteilung für Personalfragen und Verwaltung.

Bedingt durch den geringen Personalbestand und die fehlende maschinelle Ausrüstung, war das Aufgabengebiet des neuen Amtes jedoch sehr begrenzt. Nachdem die zugewiesenen Diensträume von den Mitarbeitern notdürftig instand gesetzt waren, begannen zunächst sekundärstatistische Auswertungen, so z.B. die Ermittlung der Zahl der Einwohner Berlins auf der Grundlage der von den Bezirksernährungsämtern ausgegebenen Lebensmittelkarten sowie eine Statistik der Einzelhandelspreise der auf Karten abgegebenen Nahrungs- und Genußmittel. Vielfach hatten die einzelnen Fachverwaltungen des Magistrats und auch Bezirksämter damit begonnen, sich die ihnen für ihre Arbeit notwendig erscheinenden statistischen Unterlagen selbst zu beschaffen, da alle bisherigen Zahlenangaben entweder vernichtet oder durch die Ereignisse überholt waren. Die Magistratsabteilungen für Wirtschaft, für Handel und Handwerk sowie für Arbeitseinsatz bauten sich eigene statistische Bereiche auf.

Um die so drohende Zersplitterung der statistischen Arbeiten sowie Doppelarbeiten zu vermeiden, erließ der Oberbürgermeister am 25. Juli 1945 eine Verfügung, die eine gewisse erste Ordnung der Berliner Statistik herstellte. Als zentrale Stelle der Stadt Berlin für alle statistischen Arbeiten innerhalb der Stadtverwaltung wurde das Statistische Amt erklärt, dem "nach Maßgabe der ihm dafür zur Verfügung gestellten Mittel grundsätzlich die Durchführung und Bearbeitung aller einmaligen und laufenden statistischen Erhebungen oblag, soweit es sich nicht um reine Geschäfts- und Betriebsstatistiken handelt." Die Abteilungen der Hauptverwaltung und die Bezirksämter hatten dem Statistischen Amt auf Verlangen die für die Durchführung von Erhebungen erforderliche Hilfe zu leisten und ihm auf Anforderung die Ergebnisse der von ihnen selbst durchgeführten statistischen Arbeiten mitzuteilen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch nochmals darauf hinzuweisen, daß sich das Statistische Amt im ersten Jahr im wesentlichen neben der Bevölkerungsstatistik auf Statistiken rein kommunalen Charakters beschränkte. Die laufenden wirtschaftsstatistischen Aufgaben lagen vor allem in den Magistratsabteilungen. Größere Erhebungen führte für die Stadt Berlin zunächst das im Aufbau begriffene Statistische Zentralamt durch, so die Berliner Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung vom 12. August 1945 wie auch verschiedene wirtschaftsstatistische Erhebungen. Das Statistische Amt der Stadt Berlin war hier lediglich an den Auswertungsarbeiten beteiligt.

Erst mit der Bildung der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik gingen die bis dahin vom Zentralamt für die Berliner Stadtverwaltung übernommenen Arbeiten auf das Statistische Amt der Stadt Berlin über. Sein Personalbestand wurde erhöht, als maschinelle Hilfsmittel wurden eine Anzahl von Loch-, Sortier- und Tabelliermaschinen, System Powers, angeschafft. In den Stadtbezirken wurde mit der Errichtung besonderer statistischer Dienststellen begonnen. Die Eingliederung dieser stadtbezirksstatistischen Dienststellen wie auch der bei den Hauptverwaltungen des Magistrats bestehenden besonderen statistischen Abteilungen in die Gesamtorganisation der Statistik innerhalb der Berliner Stadtverwaltung unter Leitung des Statistischen Amtes wurde vorbereitet. Nach Abschluß dieser organisatorischen Aufbauphase wurde das Amt Anfang 1946 aus der Abteilung für Personalfragen und Verwaltung herausgelöst und als "Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin" konstituiert. Zeitweilig fungierte es zusätzlich als Hauptwahlamt.

Eine der wichtigsten Aufgaben war jetzt der Ausbau des Amtes zu einem einsatzfähigen Instrument der Stadtverwaltung, um allen an die Statistik einer Stadt von der Größe Berlins gestellten Anforderungen gründlich und schnell genügen zu können. Ausgebaut wurden alle Bereiche der Kommunalstatistik, vor allem auf den Gebieten des Ernährungs- und Bauwesens, der Versorgung, des Verkehrs und der Sozialstatistik. Um auch die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen der Berliner Statistik vertraut zu machen, begann 1946 die Wiederausgabe des Taschenbuchs "Berlin in Zahlen", zunächst mit einer gedrängten zahlenmäßigen Übersicht über die Entwicklung Berlins von 1925 bis Kriegsende - als Ersatz für verlorengegangene Veröffentlichungen -, später mit Fortschreibungen der laufenden Jahre. Ebenfalls 1946 begann die Herausgabe der Monatszeitschrift "Berliner Statistik", deren letzte Nummer Ende 1950 erschien.

Die Entwicklung der Berliner Statistik dieser Jahre muß in enger Verbindung mit der damaligen politischen Situation in Berlin gesehen werden. Die von der Sowjetunion befreite Hauptstadt wurde bekanntlich 1945 Sitz des Alliierten Kontrollrates, und in Verbindung damit wurden Truppen der vier Hauptmächte der Antihitlerkoalition in Berlin stationiert. Im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen behinderten jedoch die USA, Großbritannien und Frankreich in den von ihnen besetzten Westsektoren der Stadt eine antifa-

schistisch-demokratische Entwicklung. So wurden, um nur zwei Beispiele zu nennen, das Gesetz der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Februar 1947 zur Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum von den westlichen Besatzungsmächten in ihren Sektoren hintertrieben, die Verordnung zur Einbeziehung von Vermögenswerten der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis nur im demokratischen Sektor Berlins verwirklicht. Diese Situation mußte sich naturgemäß auf die Berliner Statistik auswirken. Sie blieb in ihrer Aufgabenstellung, ihrer Methodik und auch kademäßig hinter der Entwicklung der Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone zurück.

Als schließlich die Spaltungspolitik der Westmächte am 16. Juni 1948 zur Einstellung der Tätigkeit der Interalliierten Militärkommandantur der Stadt Berlin führte, die westlichen Besatzungsmächte am 23. Juni im Zusammenhang mit der separaten Währungsreform in den Westzonen die Einführung der DM-West in den Berliner Westsektoren verkündeten, provozierten sie gemeinsam mit reaktionären deutschen Politikern die "Berlinkrise" und leiteten die Spaltung Berlins ein. Reaktionäre Kräfte der CDU, LDPD und SPD sprengten am 6. September 1948 die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin und bauten in den Westsektoren eine separate Stadtverwaltung auf. Daraufhin beschloß die Außerordentliche Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin die Absetzung des Magistrats wegen Mißachtung der Lebensinteressen Berlins und seiner Bevölkerung und bildete am 30. November einen neuen demokratischen Magistrat mit Friedrich Ebert als Oberbürgermeister. Das Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin begann nun seine Arbeiten voll in den Dienst des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus zu stellen.

In Westberlin wurde eine separate statistische Dienststelle geschaffen, die sich entsprechend dem rechtswidrigen Bestreben, Westberlin in die BRD einzugliedern, "Statistisches Landesamt Berlin" nennt. Hier fanden die Berliner Statistiker, die nicht gewillt waren, den Weg der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung mitzugehen, bereitwillig Aufnahme. Unter reaktionärer Leitung stellte sich das Amt ganz in den Dienst der gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten gerichteten "Frontstadtpolitik".

Um die rechtswidrige Einbeziehung Westberlins in die BRD weiter zu untermauern und die zahlreichen in Westberlin wohnenden mittleren statistischen Kader, an denen es in Wiesbaden mangelte, zu nutzen, wurde außerdem in Westberlin eine Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden eingerichtet.

3.4. Der Aufbau statistischer Organe in den Stadt- und Landkreisen - eine vollkommen neue Aufgabenstellung

Um einerseits eine breite Basis für eine sachlich und rechnerisch richtige sowie termingemäße Durchführung statistischer Erhebungen zu erhalten und andererseits die vielfältigen Anforderungen nach statistischen Unterlagen und Informationen seitens der Kommandanturen der sowjetischen Besatzungsmacht und der neuen demokratischen Kreisverwaltungen befriedigen zu können, gab schon 1945 die SMAD die Anregung, entsprechend der bewährten Praxis in der Sowjetunion auch auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland auf Kreisebene statistische Dienststellen einzurichten.

Die Statistischen Landesämter widmeten einen erheblichen Teil ihrer Arbeit und Aufmerksamkeit dem Aufbau dieses Statistischen Dienstes auf Kreisebene und der Schulung eines geeigneten Kreises dafür zu gewinnender Mitarbeiter sowie auch dem Aufbau eines Berichterstattdienstes unterhalb der Kreisebene.

Dabei war natürlich die damalige Rechtslage in Betracht zu ziehen: Das Selbstverwaltungsrecht der Kreise konnte beim Aufbau des Statistischen Dienstes nicht unbeachtet bleiben. Dieses Recht bedeutete z.B., daß den Kreisen keine bindenden Anweisungen hinsichtlich Stellenbesetzung, Besoldung und Kaderauswahl erteilt werden konnte. Die Statistischen Landesämter konnten nur Vorschläge machen oder durch kollegiale Zusammenarbeit mit Landräten versuchen, daß die Kreistage entsprechende Beschlüsse faßten. Das führte zu schwierigen Problemen der Kaderauswahl und Kaderschulung, insbesondere einer kontinuierlichen Ausbildung. So hatte beispielsweise im Land Sachsen im Laufe des Jahres 1947 fast ein Viertel der Kreisstatistiker gewechselt. Das unterstreicht die Bedeutung immer neuer Anstrengungen der Landesämter, durch vielfältige Schulungsmaßnahmen - Tagungen, Lehrgänge, Schulungsbriefe - eine gewisse Stabilität und Kontinuität in der statistischen Arbeit ihres Gebietes zu erreichen. Bedenkt man die damalige materielle Situation

und die schwierige Verkehrslage, anerkennt man den bedeutenden Arbeitsaufwand, der mit den Schulungen verbunden war. Gewiß mangelte diesen Schulungen ein systematischer Aufbau, auch waren sie teilweise noch stark mit bürgerlich-statistischem Denken belastet, aber immerhin wurde damit das erste statistische Grundwissen an einen neuen Stamm von Mitarbeitern der Statistik herangetragen, die fest mit dem gesellschaftlichen und politischen Leben an der Basis verbunden waren und als "Kreisstatistiker" eine wesentliche Kaderreserve beim Aufbau einer sozialistischen Statistik in der DDR bildeten.

Der ursprüngliche Plan war, in jedem Kreis unter einem Kreisstatistiker bei den Landräten der Kreise bzw. Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte statistische Referate zu bilden und in den Großstädten die statistischen Referate zu statistischen Ämtern zu entwickeln, da sie neben den Aufgaben der statistischen Referate auch die Kommunalstatistik zu betreuen hatten. In einigen Großstädten, so beispielsweise in Dresden, Halle und Leipzig, bestanden solche statistischen Ämter bereits vor dem Kriege.

Auf Vorschlag des Statistischen Zentralamtes führten im November 1947 die Landesregierungen durch Erlaß für die statistischen Dienststellen in den Kreisen die Bezeichnung "Statistisches Kreisamt" bzw. "Statistisches Amt der Stadt" ein. (Anlage 3)

3.4.1. Organisation und personelle Besetzung der Statistischen Kreisämter

Mit der Einrichtung statistischer Referate wurde im wesentlichen ab März 1946 begonnen. Im ganzen ging der Aufbau nur sehr schleppend vonstatten. Am 1. Januar 1947 wurde die Stelle eines Kreisstatistikers bei insgesamt 52 Stadtkreisen in 2 Stadtkreisen und bei insgesamt 126 Landkreisen in 5 Landkreisen als noch nicht besetzt gemeldet. Einzelne Landräte meldeten dabei, daß die Referate gebildet waren, diese arbeiteten aber nicht und hatten noch nicht einmal Planstellen. Am 1. Mai 1947 bestanden entsprechend einer Erhebung des Zentralamtes (Archiv der SZS) in 30 Prozent der Stadt- und Landkreise Statistische Ämter, in 44 Prozent statistische Referate, in 15 Prozent Verwaltungsdienststellen, in denen Planung und Statistik zusammengefaßt waren, vor allem im Land

Sachsen-Anhalt. In 11 Prozent der Kreise gab es noch keine spezielle statistische Verwaltungsstelle.

Art der in den Kreisen bestehenden statistischen Dienststellen
am 1. 5. 1947

Kreise mit	Branden- burg	Mecklen- burg	Sachsen- Anhalt	Sachsen	Thüringen
einem statistischen Amt	9	2	16	14	12
einem statistischen Referat bzw. Abt.	17	14	12	20	16
einer Dienststelle, in der Planung und Statistik zusammen- gefaßt sind	2	1	22	1	1
keiner speziellen statistischen Dienststelle	2	10	2	-	5
Kreise insgesamt	30	27	52	35	34
darunter Stadtkreise	9	6	19	6	12

Erhebliche Unterschiede wies auch die personelle Besetzung der statistischen Dienststellen in den Kreisen auf. Am 1. Mai 1947 waren in 10 Prozent der Kreise die Kreisstatistiker ganz auf sich allein gestellt, in 30 Prozent der Kreise hatten sie einen Stellvertreter oder eine Bürokraft zur Unterstützung, in 21 Prozent einen Stellvertreter und eine Bürokraft und in 39 Prozent der Kreise mehr als zwei Mitarbeiter, wobei die Kreise in Mecklenburg und der Mark Brandenburg die geringsten Besetzungszahlen hatten.

Personelle Besetzung der statistischen Dienststellen in den Kreisen am 1. 5. 1947

Kreisstatistiker arbeitet	Brandenburg	Mecklenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
allein	8	2	4	2	1
mit einem Stellvertreter	8	16	11	5	-
mit einer Bürokraft	2	1	6	1	3
mit einem Stellvertreter und einer Bürokraft	4	4	14	10	6
mit einem Stellvertreter, einer Bürokraft und weiteren Mitarbeitern	8	4	17	17	24
Kreise insgesamt	30	27	52	35	34
=====					

Die Schaffung einer arbeitsfähigen statistischen Dienststelle wurde von vielen Landräten unterschätzt. Die Referate wurden von den Kreisverwaltungen häufig als "Verlagerungsstellen" für andere Verwaltungsaufgaben betrachtet. So berichtete das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt, daß noch 1948 ein Kreisstatistiker "nebenher" als Sachbearbeiter für Hebammen- und Gesundheitswesen wirkte, ein anderer für die Erfassung pflanzlicher und tierischer Produkte verantwortlich war. Groß war auch die Fluktuation unter den Kreisstatistikern. Kaum hatten sie sich eingearbeitet, wurden sie in vielen Fällen innerhalb der Kreisverwaltung an einen anderen Arbeitsplatz gesetzt.

Es waren jedoch nicht nur und sicher nicht in erster Linie subjektive Gründe, die den Aufbau arbeitsfähiger Statistischer Kreisämter teilweise sehr langsam voranschreiten ließen. In erster Linie waren es objektive Gründe, der Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Fehlte es schon in Berlin und in den Landeshauptstädten an genügend fachlich erfahrenen und politisch geeigneten Statistikern, so mußte in den Kreisen, in denen mit Ausnahme weniger Städte bisher keine statistischen Dienststellen bestanden, dieser Mangel entscheidend bedeutungsvoller sein. Im Frühjahr 1948 war in zwei Ländern bei 32 (darunter 3 Frauen) Kreisstatistikern - das waren 49 Prozent aller

damaligen Kreisstatistiker in der sowjetischen Besatzungszone - der erlernte oder früher hauptsächlich ausgeübte Beruf erfragt worden: 52 dieser Kreisstatistiker (63 %) waren vorher bereits Verwaltungsangestellte bzw. kaufmännische Angestellte, brachten also eine gewisse Büropraxis als Vorbildung mit. Rund ein Fünftel entstammte rein handwerklichen Berufen, darunter Schlosser, Zimmerer, Kupferschmiede, Tischler und auch ein Gastwirt. Lediglich 17 Prozent hatten eine Fach- oder Hochschulbildung als Juristen, höhere Verwaltungsangestellte und Ingenieure, und ganze vier Kreisstatistiker waren fachlich ausgebildete Statistiker. Diese 17 Prozent waren zum großen Teil als Leiter größerer Statistischer Ämter der Städte eingesetzt.

Auch mit Beginn des Jahres 1948 war der Aufbau der Statistischen Kreisämter noch nicht beendet. Für das I. Quartal des Rechnungsjahres 1948/49 liegen für zwei Länder die Stellenpläne vor. Im Land Thüringen waren von 33 Kreisämtern 10 unterbesetzt, in einem Kreisamt der Aufbau noch nicht abgeschlossen. Im Land Sachsen-Anhalt waren von 52 Ämtern 29 unterbesetzt und weitere 2 nur nebenamtlich besetzt. Dabei lag die Beschäftigtenzahl je nach Größe, Einwohnerzahl und Wirtschaftsstruktur des Kreises zwischen 1 und 14 Personen je Amt. Es waren besetzt

Mit ... Personen	in Thüringen	in Sachsen-Anhalt
	Zahl der Statistischen Kreisämter	
0	1	3
1 oder 2	3	22
3 bis 6	21	23
7 bis 10	7	2
11 bis 14	2	2
Zusammen	34	52
=====		

In den anderen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone mögen die Zahlen nicht entscheidend anders ausgesehen haben. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß damals in den Statistischen Kreisämtern ein erheblicher Teil manueller Aufbereitungsarbeiten anfiel, vor allem auf den Gebieten Landwirtschaftsstatistik und Bevölkerungsstatistik, da ja die Industrieberichterstattung erst ab 1949 auf die Kreisämter übergang.

Die innere Struktur eines Kreisamtes soll am Beispiel eines durchschnittlich besetzten Amtes, des Statistischen Kreisamtes Prenzlau, illustriert werden. Neben dem Kreisstatistiker und einer Stenotypistin arbeiteten hier, auf drei Sachgebiete aufgeteilt, Anfang 1948 folgende Mitarbeiter:

Sachgebiet Bevölkerungs- und Gemeindestatistik	1 Sachbearbeiter
Sachgebiet Landwirtschafts- statistik	1 Landwirtschaftsstatistiker 1 Sachbearbeiter 1 Hilfskraft
Sachgebiet Wirtschafts- und Verkehrsstatistik	1 Sachbearbeiter 1 Hilfskraft

(Außerdem wurde- und das war sicher eine Ausnahme - hier noch ein technischer Zeichner beschäftigt, vor allem für das Sachgebiet Landwirtschaft. Allerdings muß auch hinzugefügt werden, daß damals in vielen Statistischen Kreisämtern auf dem Gebiet der grafischen Darstellung Außerordentliches geleistet wurde.)

3.4.2. Probleme der Lösung der Aufgaben der Statistischen Kreisämter unter den Bedingungen einer starken Dezentralisation der Erfassung

Es wurde eingeschätzt, daß in den Jahren 1946 und 1947 nur wenige Kreisstatistiker befähigt waren, das ihnen vorgegebene Arbeitsprogramm voll durchzuführen. Zuversicht und guter Wille - beide waren sicher vorhanden - genügten nicht, um die Aufgaben der Kreisstatistik zu erfüllen. So blieben Kreismappe, Monats-, Vierteljahres- und Jahresberichte bis auf einige gute Beispiele weitgehend Theorie. Hierin lag auch wohl eine wesentliche Ursache, daß eine wichtige Aufgabe der Statistischen Kreisämter - die in den Kreisverwaltungen von den unterschiedlichsten Fachabteilungen bearbeiteten Statistiken zu koordinieren und für eine umfassende statistische Information im Kreis auszuwerten - nicht erfüllt wurde, geschweige denn, daß die Informationen zentralisiert wurden, wie es bereits in einem Rundschreiben des Statistischen Zentralamtes vom Juni 1946 an die Präsidenten der Landes- bzw. Provinzialregierungen empfohlen worden war. Aus vom Statistischen Zentralamt aufgestellten Listen über registrierte und genehmigte Erhebungen, Berichte und Abrechnungen geht hervor, daß damals kaum 5 Prozent durch das Statistische Kreisamt bearbeitet wurden, eine sehr große Zahl aber von

den Fachabteilungen der Kreisverwaltung. So waren Differenzen zwischen den Zahlen der Statistik und denen der Fachabteilungen bei gleichen Tatbeständen nicht selten.

Am 1. Mai 1947 betrug der Anteil von im Kreis anfallenden und von hauptamtlich statistisch Tätigen zu erledigenden statistischen Arbeiten, der außerhalb der eigentlichen statistischen Dienststelle des Kreises lag, in nur 21 Prozent der Kreise höchstens 30 Prozent, in 43 Prozent der Kreise aber über 61 Prozent; letzteres war besonders typisch für die Mehrzahl der Kreise in Mecklenburg und Brandenburg.

Anteil der außerhalb der statistischen Dienststellen in den Kreisen von hauptamtlich statistisch tätigen Verwaltungsangestellten erledigten statistischen Arbeiten am 1. 5. 1947

Außerhalb der statistischen Dienststellen lagen .. % aller im Kreis von hauptamtlich statistisch Tätigen zu erledigenden statistischen Arbeiten	Brandenburg	Mecklenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
höchstens 30 %	3	-	12	12	11
31 bis 45 %	3	3	12	3	7
46 bis 60 %	5	4	7	4	7
61 und mehr %	19	20	21	16	9
Kreise_insgesamt	30	27	52	35	34
=====					

Das bedeutete natürlich, daß von den hauptamtlich statistisch arbeitenden Verwaltungsangestellten nur 31 Prozent in der statistischen Dienststelle des Kreises arbeiteten und 69 Prozent außerhalb, davon 42 Prozent in anderen Dienststellen der Kreisverwaltung und 27 Prozent in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, wobei sich die Höhe des letzten Anteils vor allem durch die anzuzweifelnden Angaben über die Verhältnisse in Mecklenburg ergab.

Verteilung der hauptamtlich statistisch arbeitenden Verwaltungsangestellten auf die Verwaltungsorgane der Kreise am 1. 1. 1947

Von den hauptamtlich statistisch arbeitenden Verwaltungsangestellten arbeiteten	Brandenburg	Mecklenburg	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
in den statistischen Dienststellen der Kreise	78	91	255	191	194
in anderen Dienststellen der Verwaltung des Kreises	195	212	248	251	189
in den Gemeindeverwaltungen	38	463 (?)	62	111	23
Hauptamtlich statistisch arbeitende Verwaltungsangestellte insgesamt	311	766 (?)	565	553	406
=====					

Von den außerhalb der statistischen Dienststelle des Kreises hauptamtlich statistisch Tätigen arbeiteten ca. 40 Prozent auf dem Gebiet Handel und Versorgung, rund 20 Prozent auf dem Gebiet Landwirtschaft und etwa 15 Prozent auf dem Gebiet Erfassung. Die restlichen 25 Prozent arbeiteten vor allem auf den Gebieten Gesundheits- und Sozialwesen und Industrie.

Die Arbeit des Statistischen Dienstes im Kreis war bis 1949 durch folgende Faktoren wesentlich gehemmt:

- Es fehlte an Kadern mit ausreichender statistischer Vorbildung.
- Viele Kreisstatistiker hatten, vor allem dadurch, aber auch durch die starke Dezentralisierung bedingt, noch nicht den notwendigen Überblick über die Daten ihres Kreisgebietes.
- Sie konnten sich deshalb oft nicht im gewünschten Ausmaß innerhalb der Kreisverwaltung durchsetzen und für ihre Arbeit die notwendige Anerkennung gewinnen.
- Die Folge war, daß sie vielfach durch andere Aufgaben der Kreisverwaltung von ihrer eigentlichen statistischen Arbeit abgelenkt wurden.

Der Angelpunkt, um aus diesem fehlerhaften Kreislauf herauszukommen, war eine systematische Auswertung der Arbeit der erfolgreich arbei-

tenden Kreisämter, die Verbreitung ihrer Erkenntnisse durch einen organisierten Erfahrungsaustausch und die kontinuierliche Schulung als Voraussetzung für ein allmähliches Anheben des Gesamtniveaus. Dazu wurden in den einzelnen Ländern unterschiedliche Maßnahmen ergriffen. Während vorher die Kreisstatistiker im wesentlichen für spezielle Erhebungen geschult und auch Kreisstatistiker zur Beratung der Leiter der Landesämter hinzugezogen wurden, so z.B. durch die Bildung eines statistischen Beirates beim Statistischen Landesamt Thüringen Ende 1947, gingen ab 1948 vor allem die Statistischen Landesämter Sachsen und Sachsen-Anhalt zu einer umfassenden Schulung über.

In Sachsen wurde ein Kreisstatistiker-Ausschuß gebildet. Seine Mitglieder waren Vertreter der Kreisstatistiker der früheren fünf Bezirksverwaltungen des Landes. Der Ausschuß galt als "Lehrkörper" für die Schulung der übrigen Kreisstatistiker. Seinen Mitgliedern wurden monatlich im Landesamt theoretische und praktische Kenntnisse vermittelt und diese so in die Lage versetzt, die erworbenen Kenntnisse anhand von Schulungsmaterialien an die Kollegen ihrer Nachbarkreise weiterzugeben. Ähnlich ging man in Sachsen-Anhalt vor und schuf hier zehn Arbeitsgemeinschaftsbezirke für Kreisstatistiker, in denen von einem Leitkreis Schulungstagungen mit Referenten aus dem Landesamt organisiert wurden. Auch das Statistische Zentralamt führte in Berlin mehrtägige Schulungskurse für Kreisstatistiker durch.

Für die Städtestatistiker und den für sie so notwendigen Erfahrungsaustausch auf dem vielfältigen Gebiet der Kommunalstatistik wurde bereits im Dezember 1947 im Rahmen des Statistischen Zentralausschusses und mit Genehmigung des Chefs des Statistischen Büros der SMAD eine "Arbeitsgemeinschaft der Städtestatistik" mit mehreren Arbeitsausschüssen (Bevölkerungs-, Gesundheits- und Sozialstatistik, Bau- und Wohnungsvesen, Schul- und Kulturstatistik, Finanz- und Steuerstatistik) gebildet, die sich umfangreiche Aufgaben, vor allem auf dem Gebiet des Städtevergleichs, stellte.¹⁾

1) Die Vereinigungen deutscher Städtestatistiker hatten in der bürgerlichen deutschen Statistik eine große Tradition. Die Kongresse des 1879 gegründeten "Verbandes Deutscher Städtestatistiker" waren vor allem um die Jahrhundertwende ansehnliche Versammlungen von Männern mit Rang und Namen. Aus ihren Reihen kam der wohl bedeutendste antifaschistisch-demokratische deutsche Statistiker René Robert Kuczynski (1876 - 1947). Nach dem zweiten Weltkrieg nahm der Verband in Westdeutschland seine Arbeit wieder auf. Seine Jahrestagungen 1947 in Köln und 1948 in München wurden auch von Städtestatistikern der SBZ besucht.

3.4.3. Versuche zur Schaffung besserer Erfassungsbedingungen durch Aufbau eines Berichterstatterdienstes

Um eine über die statistischen Dienststellen in den Kreisen hinausgehende Basis für die Durchführung statistischer Erhebungen und Berichterstattungen zu erhalten, wurde in der gesamten SBZ ein breites Netz von ehrenamtlichen "Berichterstattern" geschaffen. Nach einer Richtlinie des Statistischen Zentralamtes von Ende 1945 sollte allmählich aus freiwilligen ehrenamtlich tätigen und geeigneten Männern und Frauen ein statistischer Berichterstatterdienst aufgebaut werden. Es sollten eingesetzt werden:

- Gemeindeberichterstatter als Berater und Helfer der Bürgermeister in allen statistischen Fragen und bei der Organisation großer Zählungen
- Betriebsberichterstatter, die für die Durchführung der periodischen Berichterstattung der Industriebetriebe zu sorgen hatten und beratend und anregend tätig sein sollten
- Saatenstands- und Ernteberichterstatter mit der Aufgabe, den Stand der Saaten und die Ernte in den von ihnen betreuten Berichtsbezirken zu beurteilen
- Milcherzeugungsberichterstatter als Vorsitzende der Schätzungskommissionen für die Milcherzeugung
- Berichterstatter für eine repräsentative Erhebung landwirtschaftlicher Betriebe, die sog. Agrarberichterstattung.

Die Landräte sollten ihre Landkreise für diese Berichterstatter in entsprechende Berichtsbezirke einteilen. Das System der Berichterstatter war so organisiert, daß die zuletzt genannten Agrarberichterstatter ihre Berichte beim Statistischen Zentralamt zur zentralen Aufbereitung und Auswertung einzureichen hatten, die Milcherzeugungsberichterstatter, zu denen später noch die Milchkontroll-Berichterstatter traten, für das Statistische Landesamt tätig zu sein hatten, die übrigen Berichterstatter, die Gemeinde- und Betriebsberichterstatter sowie die Saatenstands- und Ernteberichterstatter, zu denen noch die Obst- und Gemüseberichterstatter hinzukamen, unmittelbare Helfer der Statistischen Kreisämter waren.

Anzahl der ehrenamtlichen Berichterstatter (ohne "Agrarbericht-
erstatter") am 1. Mai 1947

Land (Zahl der Landkreise)	Saaten- stands- u. Ernte- bericht- erstatter	Obst- u. Gemüse- bericht- erstat- ter	Berichter- statter f. Milcher- zeugung u. -kon- trolle	Gemeinde- bericht- erstatter	Betriebs- bericht- erstatter
Brandenburg (21)	1288	457	168	104	66
Mecklenburg (21)	748	270	244	341	200
Sachsen-Anhalt (33)	1618	854	748	2463	156
Thüringen (22)	1142	966	1588	45	-
Sachsen (29)	553	947	325	718	235
Sowj. Besatzungs- zone	5349	3494	3073	3671	657

(Aus "Statistische Praxis" 1947, Seite 93)

Während man beim Aufbau des gesamten landwirtschaftlichen Bericht-
erstattungsdienstes auf Arbeitserfahrungen und -materialien ent-
sprechender Einrichtungen der Vorkriegs- und Kriegszeit aufbauen
konnte (Siehe Hauptabschnitt III), betrat der Statistische Dienst
bei der Schaffung von Gemeindeberichterstattern und Berichterstattern
der Industrie vollkommenes Neuland.

Bei der Errichtung statistischer Dienststellen bei den Kreisverwal-
tungen, den späteren Statistischen Kreisämtern, wurde davon ausge-
gangen, daß sie nur erfolgreich arbeiten können, wenn auch die
kleinste Verwaltungseinheit, die Gemeinde, über statistisch ge-
schulte Fachkräfte verfügt. Daher sollten, abgesehen von den Städ-
ten, in denen hauptamtlich tätige Statistiker vorhanden waren, in
den Gemeinden ein oder mehrere ehrenamtlich tätige Gemeindebericht-
erstatter dem durch andere Verwaltungsaufgaben überlasteten Bür-
germeister Helfer und Ratgeber sein. Kleinere Gemeinden sollten
sich zu Berichtsbezirken mit einem ehrenamtlich tätigen Berichter-
statter zusammenschließen. Diese Gemeindeberichterstatter hatten

neben ihren Arbeiten bei Erhebungen und größeren Zählungen auch die sog. "Gemeindemappe" zu führen, eine Kartei (unter Federführung des Statistischen Zentralamtes entworfen), in der das wichtigste statistische Zahlenmaterial der Gemeinde zusammengestellt wurde. (Siehe hierzu "Die Gemeindekartei" in "Statistische Praxis" 1947, Seite 107.)

Die Idee des Gemeindeberichterstatters ist jedoch im ganzen nicht konsequent verwirklicht worden und konnte es wohl auch nicht werden. Dafür gab es die unterschiedlichsten Gründe. Der Gedanke zur Schaffung eines Gemeindeberichterstattdienstes fußte auf der Annahme, die Idee der ehrenamtlichen Saatenstands- und Ernteberichterstattung auf andere Bereiche zu übertragen. Während jedoch der landwirtschaftliche Berichterstatte, wenn er z.B. den Ernteertrag schätzte, sich sein Urteil in der Regel bei seiner täglichen landwirtschaftlichen Berufsarbeit bilden konnte, außer dem Ausfüllen der Berichtskarten also kaum zusätzliche Arbeit zu leisten hatte, mußte der Gemeindeberichterstatte - vielfach sollten Lehrer dafür gewonnen werden - erst zum Gemeindebüro gehen, um dort Einblick in die Verwaltungsarbeit zu nehmen, also in eine Arbeit, die außerhalb seiner eigentlichen beruflichen Tätigkeit lag. Häufig haben aber auch die Bürgermeister den Gemeindeberichterstatte erst gar nicht in ihre Arbeit Einblick nehmen lassen und konnten es auch nicht, wenn es sich um vertrauliches Material handelte. Hinzu kam, daß vielfach statistische Arbeiten keinen Aufschub bis zum Abend duldeten, an dem erst der ehrenamtliche Gemeindeberichterstatte zur Verfügung stand.

Eine Erhebung des Statistischen Zentralamtes vom 1. Mai 1947 ergab, daß im Land Brandenburg bei 30 Kreisen es nur 3 mit Gemeindeberichterstatte gab, in Sachsen bei 35 nur 7 und in Thüringen bei 34 nur 2. Lediglich in Mecklenburg und Sachsen-Anhalt meldete die Mehrzahl der Kreise den Einsatz von Gemeindeberichterstatte. Das Statistische Zentralamt selber hatte dem Aufbau und der Weiterentwicklung des Gemeindeberichterstattdienstes keine andauernde Aufmerksamkeit geschenkt. Das kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß die vom Statistischen Zentralamt im April 1948 herausgegebene erste Nummer der "Nachrichten für den statistischen Berichterstatte (Ausgabe für Gemeindebericht- und Industrieberichterstatte)" auch die letzte blieb.

Um den Bedenken der Bürgermeister bezüglich des vertraulichen Charakters des Zahlenmaterials Rechnung zu tragen, wurde bereits 1947

vom Statistischen Landesamt Sachsen damit begonnen, vorwiegend Gemeindeangestellte mit der Funktion eines Gemeindeberichterstatters zu betrauen. Der Erfolg konnte jedoch nicht groß gewesen sein, denn Ende 1949 gab es praktisch keine hauptamtlichen Gemeindestatistiker mehr, es sei denn, daß der eine oder andere Bürgermeister einer kreisangehörigen Stadt die Statistik so schätzte, daß er eine Planstelle seiner Verwaltung mit einem Statistiker besetzte.

Der Betriebsberichterstatter - ebenfalls eine Neuschöpfung nach 1945 - hatte die Aufgabe, das statistisch-methodische Wissen des Industriesachbearbeiters des Statistischen Kreisamtes durch seine speziellen Branchenkenntnisse zu ergänzen. Der Vorschlag des Statistischen Zentralamtes von Ende 1947 ging dahin, daß die Kreisstatistiker sich zur fachlichen Unterstützung in Fragen der Industrieberichterstattung ehrenamtliche Berichterstatte entsprechend den industriellen Hauptzweigen des Kreises heranziehen, in einem Teil des Kreises, in dem die Textilindustrie vorherrschte, demnach einen Textilfachmann. Die Einrichtung hatte sich vielfach bewährt. Besonders in sog. "Industrierversammlungen", wo Vertreter von Industriebetrieben Fragen der Industrieberichterstattung erörterten, konnten diese ehrenamtlichen Betriebsberichterstatte wertvolle Arbeit leisten. Allerdings gab es sie nur in sehr wenigen Kreisen, in Brandenburg nur in 3, in Sachsen-Anhalt nur in 6, in Sachsen nur in 13, in Thüringen in keinem.

Die Aufgabenstellung der Betriebsberichterstatte wurde schließlich durch die sozialökonomische Umgestaltung der Industrie überholt. Mit der Bildung der "Vereinigungen Volkseigener Betriebe" im Jahre 1948 wurden hier hauptamtliche Statistiker beschäftigt, die die fachliche Verbindung zum Statistischen Dienst übernehmen konnten. Auch waren die volkseigenen Betriebe selber angehalten, hauptamtliche Betriebsstatistiker einzusetzen - eine Forderung, der die VEB aus Mangel an Fachkräften aber nur sehr langsam nachkommen konnten. Ausgehend von einer Ende Februar 1947 in Berlin auf der 4. Finanztagung der Zentralen Finanzverwaltung erhobenen Forderung nach Ausbau der Betriebsstatistik wurde beim Statistischen Zentralamt als koordinierender Stelle ein ständiger Ausschuß für Betriebsstatistik gebildet, in dem Vertreter aus Wissenschaft, Verwaltung und Betrieben Fragen der betriebsstatistischen Arbeitsverfahren und des statistischen Betriebsvergleiches beraten sollten.

4. Vorstellungen und Maßnahmen zur Einschränkung und Rationalisierung des statistischen Berichtswesens

Das Fehlen an noch verwendbaren statistischen Unterlagen, der Zwang zur Bewirtschaftung von fast allem, was zur Wiederingangsetzung der Produktion und zur Sicherung des Lebensnotwendigsten für die Bevölkerung beitragen konnte und die noch mangelnden Erfahrungen der in den neuen demokratischen Verwaltungsorganen und wirtschaftsleitenden Stellen Tätigen ließ in den unmittelbaren Nachkriegsjahren das Berichts- und Meldewesen zu einer die Betriebe und Gemeinden stark belastenden Papierflut anschwellen. Zwar enthielten die zentralen Berichtsansforderungen der SMAD, insbesondere auf den Gebieten der Produktion und Versorgung, klare Regelungen für das Berichtswesen und die SMAD schritt auch gegen Verstöße ein, die Belastung der Betriebe und Gemeinden resultierte aber vor allem aus dem umfangreichen und ungeordneten Meldewesen operativen und kontrollierenden Charakters seitens deutscher Stellen, an dessen Regulierung das Statistische Zentralamt und die Statistischen Landesämter zu sehr zögernd herangingen.

In seinem Befehl Nr. 357 vom 26.12.1946 über die Regelung der laufenden statistischen Industrieberichterstattung legte beispielsweise der Oberste Chef der SMAD u.a. fest: " Die Chiefs der fachlichen Industrieverwaltungen der SMAD, die Chiefs der Verwaltungen der SMA der Provinzen und Länder haben selbst keine statistischen Berichte, die nicht durch meine Befehle genehmigt sind, von den Betrieben anzufordern und müssen ihrerseits den Kreis- und Bezirkskommandanten sowie den deutschen fachlichen Industrieverwaltungen untersagen, derartige Berichte anzufordern". Und: "Es wird festgelegt, daß Fragen betr. Einführung neuer oder Abänderungen geltender Berichtsvordrucke mir zur Bestätigung nur mit einem Gutachten des Statistischen Büros der Planökonomischen Abteilung der SMAD vorzulegen sind".

Im Befehl Nr. 276 vom 13.9.1946 - um ein weiteres Beispiel zu nennen - sprach die SMAD Disziplinarstrafen gegen deutsche Verwaltungsfunktionäre aus, die gegen Festlegungen zur Abrechnung und Berichterstattung über die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte verstoßen hatten (z.B. tägliche statt wie vorgeschrieben zehntägliche Meldungen). Die Klagen der Betriebe und Gemeinden richteten sich sowohl gegen die große Menge der Fragebogen und Meldungen an sich, als auch gegen Doppelbefragungen - gleiche Fragen wurden von den unterschiedlichsten Stellen gestellt, über gleiche Tatbestände wurden Zahlen der

unterschiedlichsten Abgrenzung gefordert - und gegen die übermäßige Terminballung um den Ultimo des Monats. Schließlich wurde von den Betrieben auch darüber geklagt, daß sie das Gefühl unnötiger statistischer Arbeit haben, wenn Fragesteller wiederholt dieselben Fragen beantwortet wissen wollten, und vor allem, wenn ein Betrieb durch die von ihm gegebenen Meldungen Notstände erkennen ließ, ohne daß seitens des Fragestellers auch nur die geringste Reaktion erfolgte.

Das Statistische Zentralamt schätzte 1947 aufgrund von Kontrollen, daß die Betriebe monatlich zwischen 60 und 120 Meldungen abzugeben hatten. Eine Stichprobe vom gleichen Jahr, die über 20 Betriebe verschiedener Industriezweige umfaßte, hatte ergeben, daß diese Betriebe 1947 etwa 200 "verschiedene Arten von Statistiken zu fertigen hatten", davon mehr als die Hälfte monatlich und mehr als ein Viertel häufiger als einmal im Monat. Im Durchschnitt entfielen auf einem Betrieb 24 verschiedene Monatsmeldungen. Doch gab es Betriebe mit 75 und mehr Meldungen, wovon einige täglich abzugeben waren. An den statistischen Meldungen und Erhebungen war der Statistische Dienst selber jedoch nur zu 10 bis 12 Prozent beteiligt. Hauptquelle der Fragebogenflut waren das sog. operative Berichtswesen und Kontrollmeldungen übergeordneter und anderer Verwaltungsorgane, auf die nahezu 90 Prozent der Meldungen entfielen.

Neben den Betrieben waren vor allem auch die Gemeinden von der Fragebogenflut betroffen, und zwar zunehmend mit der Größe der Gemeinde. Die ermittelten Höchstzahlen betrugen für großstädtische Gemeinden 340 Meldungen im Monat, für Gemeinden in Landkreisen 170. Der Anteil der operativen Meldungen zu Fragen der Erfassung, Verwaltung, Kontrolle war auch hier mit rund 90 Prozent entscheidend. Verständlich, daß unter diesen Bedingungen der Ruf nach einer Regulierung des Berichtswesens immer eindringlicher wurde. Hinsichtlich der Frage nach dem Wie bestanden dabei zwei Auffassungen: "Gesetzliche Reglementierung" durch Einführung einer Genehmigungspflicht oder "demokratische Ordnung" durch Beschränkung auf Einführung einer Anmeldepflicht.

4.1. Anmeldepflicht ab Juli 1948

Die 5. Tagung des Statistischen Zentralausschusses der SBZ befaßte sich am 24. Juni 1947 in Berlin unter dem Tagesordnungspunkt "Gesetzliche Reglementierung oder demokratische Ordnung des statistischen Erhebungswesens" mit dieser Frage und sprach sich für eine "möglichst baldige Einführung einer Anmeldepflicht" aus. Gegen die Einführung einer Genehmigungspflicht wehrte sich vor allem das Statistische Zentralamt. Es befürchtete, mit der alten Praxis der Genehmigungspflicht den Erfordernissen der Gegenwart nicht gerecht zu werden und daß möglicherweise nur eine bürokratische Überwachung zustande käme, deren Hauptaufgabe darin bestehe, nach formalen Gesichtspunkten zu drosseln und einzusparen. Die Entscheidungsgewalt darüber, ob eine statistische Befragung vorgenommen werden soll oder nicht, solle daher denjenigen Organisationen, Verwaltungen oder Personen überlassen bleiben, die die betreffende Aufgabe "nicht als Statistik, sondern als Sache schlechthin zu vertreten haben". Ihre Aufgabe sei es zu überlegen, ob sie das Erhebungsmaterial für ihre operative Tätigkeit tatsächlich benötigen. Zum Schutz gegen unnötige Befragungen solle sozusagen als "Leistungskontrolle" durch den Statistischen Dienst eine Anmeldepflicht eingeführt werden. (Nach dem Tagungsbericht in "Statistische Praxis" 1947/7.)

Damals herrschte also die Auffassung vor, daß die Anmeldepflicht genügen würde, das statistische Berichtswesen auf das notwendige Maß zu begrenzen, ohne es in hemmende Fesseln zu legen und seinen operativen Charakter zu gefährden. Durch den Beschluß S 91/48 des Sekretariats der Deutschen Wirtschaftskommission vom 16. Juni 1948 - Anordnung der Deutschen Wirtschaftskommission über die Anmeldepflicht statistischer Erhebungen - wurde festgelegt, daß alle laufenden oder geplanten statistischen Erhebungen ab 1. Juli 1948 anzumelden sind. (Anlage 4) Entsprechend dieser Anordnung und der vom Statistischen Zentralamt dazu am 1. Juli 1948 erlassenen 1. Durchführungsbestimmung wurden alle Befragungen (auch formlose) oder sonstigen zahlenmäßigen Feststellungen anmeldepflichtig, die sich an eine Vielzahl von Befragten wenden und - das war für die Anmeldepflicht das entscheidende Kriterium - bei denen eine statistische Aufbereitung vorgesehen war. Ausgenommen waren vor allem Erhebungen innerhalb eines Betriebes (einschließlich seiner

Zweigniederlassungen) und innerhalb einer Betriebsvereinigung sowie Umfragen, die zwar zahlenmäßige Feststellungen erforderten, aber nur der Bearbeitung von einzelnen Fällen dienten und nicht einer statistischen Aufbereitung.

Im Statistischen Zentralamt wurde im Juli 1948 eine Anmeldestelle für statistische Erhebungen eingerichtet, bei der die Erhebungen anzumelden waren, mit Ausnahme solcher Erhebungen, die sich auf einen Teil eines Landes erstreckten, also vor allem Erhebungen durch Gemeinde-, Stadt- und Kreisräte. Deren Anmeldung hatte beim zuständigen Statistischen Landesamt zu erfolgen.

Man erwartete von der Anmeldepflicht einen umfassenden Überblick über sämtliche statistischen Erhebungen, um auf dessen Grundlage unnötige Erhebungen auszuschalten und Doppelerhebungen vermeiden zu können. Damit verbunden war die Zielstellung, durch Beratung und fachmännische Unterstützung sachlich systematische und methodisch gute und richtige Erhebungen durchzusetzen und aufeinander abzustimmen.

Dabei war man sich im klaren, daß diese Aufgaben erst nach und nach zu verwirklichen waren. Ein Zwischenbericht der Anmeldestelle des Statistischen Zentralamtes von Mitte Oktober 1948, also rund 15 Wochen nach dem 1. Juli, stellte fest: "Die ersten unter denen, die angemeldet haben, waren natürlich Veranstalter statistischer Erhebungen, die sich sehen lassen konnten. Inzwischen melden sich auch diejenigen, die einen guten Grund hatten, vorerst einmal abzuwarten. Es wird jetzt das Bemühen der Statistischen Ämter darum gehen, der faulen Kunden habhaft zu werden, die sich mit allen Ausflüchten darum drücken, der fachlichen Überprüfung Rede und Antwort zu stehen. Wenn nichts anderes hilft, wird man vor scharfen Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen."

("Statistische Praxis" 1948, Seite 155)

Im genannten Zwischenbericht meldete die Anmeldestelle des Statistischen Zentralamtes folgenden Anmelde- bzw. Bearbeitungsstand:

	Erfolgte Anmeldungen	abgeschlossene Fälle			Schwebende Fälle
		unbeantwortet bestätigt	Verbesserung vorgeschlagen	als Doppel- oder unnötige Erhebung festgestellt	
15. 8.	52	9	-	1	42
15. 9.	214	30	9	2	173
15.10.	381	106	15	7	253

Etwas mehr als ein Viertel der angemeldeten Erhebungen wurden also in diesem Zeitraum unbeanstandet bestätigt, nur wenige wurden verbessert oder eingestellt. Die unverhältnismäßig hohe Zahl unerledigter Fälle läßt darauf schließen, daß trotz schleppender Eingänge die Anmeldestelle nicht in der Lage war, die Überprüfungsaufgaben zügig zu bewältigen.

Nach Ablauf eines halben Jahres schätzte das Statistische Zentralamt, daß durch den Erlass der Anordnung seit Juli 1948 der "Fragebogendurchlauf" um 25 bis 30 Prozent eingeschränkt werden konnte. Zwar ging man davon aus, daß allein der Erlass verschiedene Veranstalter veranlaßte, Erhebungen einzustellen, ohne sie erst anzumelden. Geprüfte Mitteilungen von Berichtspflichtigen ergaben aber, daß ein hoher Anteil von anmeldungspflichtigen Erhebungen nicht angemeldet wurde. Man sah sich daher zu einer Verschärfung der Anmeldevorschriften genötigt.

4.2. Deklarationspflicht ab Januar 1949

Durch die "Zweite Anordnung über die Anmeldepflicht statistischer Erhebungen" vom 19. November 1948 verfügte die Deutsche Wirtschaftskommission (Beschluß S 289/48-ZVO Bl. S. 544) ab 1. Januar 1949 die Deklaration der Anmeldung. Von diesem Termin ab mußten alle statistischen Erhebungspapiere (mit Ausnahme derjenigen des Statistischen Zentralamtes) einen Vermerk über die vollzogene Anmeldung tragen, andernfalls sie von den Befragten nicht mehr zu beantworten waren (Anlage 5).

Die zweite Anordnung stellte außerdem fest, daß Verstöße gegen die Anmeldebestimmungen Zuwiderhandlungen im Sinne der Wirtschaftsstrafverordnung waren und auf Verlangen des Statistischen Zentralamtes einer Strafverfolgung unterlagen. Damit war durch die 2. Anordnung einmal die Überwachung der Anmeldepflicht auf den Befragtenkreis selber ausgedehnt worden, zum andern wurden durch die Anwendung der Wirtschaftsstrafordnung Rolle und Bedeutung der Statistik in der beginnenden Planwirtschaft deutlich hervorgehoben.

Mittels der Deklarationspflicht konnten mit Unterstützung der Berichtspflichtigen jetzt zwar bessere Erfolge in bezug auf die Koor-

dinierung und Vereinfachung des statistischen Berichtswesens erzielt werden. Das reichte aber nicht aus, weil entsprechend dem Inhalt der 1. und 2. Anordnung nicht das gesamte Melde- und Abrechnungswesen in die Reglementierung einbezogen war, so nicht die zahlreichen Berichtsanforderungen auf dem Gebiet der operativen Lenkung und Kontrolle, die die Fragebogenflut wesentlich mitbestimmten. Die Hoffnung, durch die Anmeldepflicht die Fragebogenflut wirksam einzudämmen, konnte sich daher nur teilweise erfüllen. Nach wie vor nahmen die unterschiedlichsten wirtschaftsleitenden und Verwaltungsorgane über denselben Erhebungsgegenstand und bei der gleichen Erhebungseinheit Erhebungen vor, deren Fragen bei den Betrieben und Gemeinden zu Bergen anwuchsen: Erhebungen, deren Erfassungsgebiete sich überschnitten, deren Termine sich nicht deckten und deren Begriffsabgrenzungen oft variierten oder verschwommen waren.

4.3. Genehmigungspflicht ab Oktober 1949

Diese noch immer unbefriedigende Situation führte zu einem neuen Beschluß der Deutschen Wirtschaftskommission, zum Beschluß S 147/49 vom 19. Mai 1949 über die Vereinheitlichung und Vereinfachung des Erhebungs-, Berichts-, Melde- und Abrechnungswesens. Wie darin angeordnet, wurde eine Prüfungskommission gebildet mit dem stellvertretenden Leiter des Statistischen Zentralamtes als Vorsitzendem und je einem Vertreter der Organisationsabteilung der DWK sowie der Deutschen Verwaltung des Innern als ständigen Mitgliedern. Sie begann am 29. Juni 1949 mit der zentralen Überprüfung des Fachbereiches Land- und Forstwirtschaft. Dabei zeigte sich jedoch bereits, daß das Beschaffen des gesamten Erhebungsmaterials einschließlich der Nachweise über die angeforderten Berichte, Meldungen und Abrechnungen nicht zu dem erwarteten Ergebnis führte. Infolge der räumlichen Entfernung der Prüfungskommission (Sitz in Berlin) von den lokalen Erhebungsveranstaltern (Gemeinde, Kreis, Land) war die so wichtige Vollständigkeitskontrolle und die Klärung mit den Erhebungen zusammenhängender Fragen schwer zu erreichen. Es wurden daher neben der zentralen Kommission Landes- und Kreiskommissionen gebildet. Den Vorsitz führte hier der Leiter des Statistischen Landesamtes bzw. der Kreisstatistiker.

Mitglieder waren je ein Vertreter des Ministeriums des Innern des Landes bzw. der Abteilung Inneres des Kreises, des FDGB und des jeweils zu prüfenden Organs.

Es waren wohl mit die Erfahrungen dieser Prüfungskommissionen, welche die ursprünglichen Bedenken gegen eine Genehmigungspflicht immer mehr zurückdrängten. Jedenfalls faßte schon knapp zwei Monate nach Beginn der Überprüfungsarbeiten, am 21. September 1949, das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission den Beschluß S 313/49, der alle Erhebungen, Meldungen, Berichte und Abrechnungen genehmigungspflichtig machte (Anlage 6). Die bisherige Anmeldestelle des Statistischen Zentralamtes wurde zur zentralen Genehmigungsstelle. Sie konnte sich bei der Prüfung und Bearbeitung der eingehenden Anträge auf die Arbeit der Prüfungskommissionen stützen, deren Ergebnisse den Übergang von der Anmelde- zur Genehmigungspflicht erleichterten.

Nun dachten viele so wie der damalige Leiter der Genehmigungsstelle: "Mit der Einführung der Genehmigungspflicht - und dieses Moment schlägt alle Gegenargumente aus dem Felde - wird es endlich möglich sein, das Berichts- und Abrechnungswesen der SEZ endgültig von allen Doppelbefragungen und unzweckmäßig gestalteten Erhebungen zu säubern und die vielerorts schon als Landplage empfundene Statistik wieder zu Ehren zu bringen." ("Statistische Praxis" 1949, Seite 150) Heute wissen wir, daß dem nicht so war, daß der Kampf um die Ordnung und Rationalisierung des Berichtswesens eine ständige Aufgabe des Statistischen Dienstes sein muß, deren Zielstellung bis in die Gegenwart die gleiche ist, deren Lösungswege sich aber den Bedingungen des jeweiligen Entwicklungsstandes anzupassen hatten und auch sich verändernde rechtliche Regelungen erfordern.

III. Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik 1945 bis 1949

	<u>Seite</u>
<u>1. Allgemeines zur Agrarpolitik und Agrarstatistik</u>	55
1.1. Schwerpunkte der Agrarpolitik	55
1.1.1. Sicherung der Ernährung des Volkes	55
1.1.2. Bodenreform und Sicherung ihrer Ergebnisse	55
1.2. Aufgaben der Agrarstatistik und ihre Besonderheiten	59
1.2.1. Zentralisierte und fachliche Agrarstatistik	59
1.2.2. Hauptaufgaben der zentralisierten Agrarstatistik	60
1.2.3. Berücksichtigung sozialökonomischer Merkmale in der Agrarstatistik	60
1.2.4. Weitere Besonderheiten der Agrarstatistik	62
<u>2. Statistik der Pflanzenproduktion</u>	63
2.1. Bodenbenutzungserhebung	63
2.2. Ernteermittlung	68
2.3. Obstbaumzählung	75
<u>3. Statistik der Tierproduktion</u>	77
3.1. Viehzählung	77
3.2. Statistik der Schlachtungen und Schlachtgewichte einschl. Veterinärstatistik	83
3.2.1. Schlachtungs- und Veterinärstatistik	83
3.2.2. Schlachtgewichtsstatistik	85
3.3. Statistik der Milcherzeugung	86
3.4. Statistik der Eier-, Wolle- und Honigerzeugung	88

	<u>Seite</u>
<u>4. Landwirtschaftliche Betriebszählung</u>	89
4.1. Aufgabenstellung	89
4.2. Umfang und Inhalt	92
4.3. Organisation der Erhebung	94
4.4. Gruppierungs- und Tabellenprogramm	97
4.5. Erfahrungen bei der Aufbereitung	101
<u>5. Berichterstattung zur Erfassung landwirtschaftlicher Produkte</u>	102
<u>6. Operative Kontrolle der Anbaupläne sowie der Bestellungs- und Erntearbeiten</u>	108
<u>7. Forststatistik</u>	111
7.1. Forsterhebung	111
7.2. Forstwirtschaftliche Produktionsstatistik	113

Autoren: Dr.Hans Raehse
Gerd Füge

Quellen: SMAD-Befehl Nr.86, Nr.276, Anweisung zur Abrechnung und Berichterstattung der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der SBZD als Anlage zum Befehl Nr.276; Kollektiv unter Leitung von Gerhard Grüneberg: Broschüre "Von der gegenseitigen Bauernhilfe zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR", Dietz Verlag Berlin, 1965; Prof.Dr.habil.Walter Schmidt: "Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart, I, 1945 bis 1952", VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag, 1960; Zeitschrift "Statistische Praxis"; Alte Aufzeichnungen, Dissertation, Vortragsmanuskripte u.ä. von Dr.Raehse; Konsultationen mit Mitarbeitern des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft und des Instituts für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft beim Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft; Formulare und Anweisungen für Erhebungen und Berichterstattungen (siehe Anlagenband)

III. Entwicklung und Organisation der Agrarstatistik 1945 - 49

1. Allgemeines zur Agrarpolitik und Agrarstatistik

1.1. Schwerpunkte der Agrarpolitik

1.1.1. Sicherung der Ernährung des Volkes

Nachdem der Faschismus zerschlagen war, gingen die Arbeiter und Bauern mit den ersten Schritten zur Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Machtverhältnisse unverzüglich daran, die Volksernährung zu sichern. Die durch den Krieg und seine Auswirkungen behinderte Frühjahrsbestellung mußte zu Ende geführt und gleichzeitig die erste Nachkriegsernte vorbereitet werden. In den Dörfern entstanden antifaschistische Selbstverwaltungsorgane.

Die Totalablieferungspflicht wurde abgeschafft und ein System der Teilablieferung auf der Grundlage einer differenzierten Veranlagung eingeführt, das die Bauern anregte, ihre Produktion zu erhöhen. Die gesetzliche Voraussetzung dafür bildeten die Befehle der Sowjetischen Militäradministration vom 18.6. und 29.7.1945. Die Ablieferungspflicht zu festen Preisen blieb auf einen allerdings großen Anteil der erzeugten Mengen an Agrarprodukten beschränkt. Sie wurde so festgelegt, daß den Bauern bei guter Arbeit ein Überschuß blieb, über den sie frei verfügen und den sie zu sog. freien Preisen, die über den Pflichtablieferungspreisen lagen, verkaufen konnten. Die Höhe der Pflichtablieferung richtete sich nach der Bodenqualität sowie der sozialen Lage der Bauern; Kleinbauern hatten je Hektar weniger abzuliefern als Mittelbauern und diese wiederum einen geringeren Teil als die Großbauern. Dieses differenzierte Ablieferungssystem ließ klar erkennen, daß die neue Landwirtschaftspolitik bewußt den Interessen der werktätigen Bauern diene (siehe Berichtserstattung dazu, Abschnitt III/5).

1.1.2. Bodenreform und Sicherung ihrer Ergebnisse

Obwohl fast 90 % aller Betriebe Klein- und Mittelbauern gehörten, bewirtschafteten sie kaum 40 % des Bodens. Das politische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern erforderte, die ökonomische Abhängigkeit der Klein- und Mittel-

bauern von den kapitalistischen und zu einem Teil noch feudalen Kräften auf dem Lande zu beseitigen bzw. zunächst stark einzudämmen. Ein großer Teil der Landarbeiter und landlosen Bauern erhob die Forderung nach der Durchführung einer demokratischen Bodenreform. Diese Forderung wurde vor allem auch von vielen Umsiedlern, die als Folge des Krieges völlig landlos geworden waren, unterstützt. Sie forderten mit Recht, daß ihnen und ihren Familien durch Bodenzuteilung die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Existenz geschaffen würde. Die Forderung nach der demokratischen Bodenreform fand die Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung, die in der Zerschlagung des Großgrundbesitzes eine wichtige Voraussetzung für die friedliche Entwicklung Deutschlands erkannte; denn die Güter der Junker und Großgrundbesitzer waren eine bedeutsame ökonomische Grundlage für den Militarismus und Faschismus. In den in der zweiten Hälfte 1945 von den Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone erlassenen Verordnungen über die Bodenreform wurde festgelegt, daß folgender Grundbesitz mit allen darauf befindlichen Gebäuden, lebendem und totem Inventar und anderem landwirtschaftlichen Vermögen enteignet wird:

- der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen, der Naziführer und aktiven Verfechter der Nazipartei und deren Gliederungen, unabhängig von der Größe der Wirtschaft
- der gesamte feudal-junkerliche Boden und Großgrundbesitz über 100 Hektar.

Das enteignete Land erhielten

- bereits bestehende Bauernhöfe unter 5 ha
- landlose Bauern, Landarbeiter und kleine Pächter
- Umsiedler
- Arbeiter, Angestellte und Handwerker zum Zwecke des Gemüsebaues auf kleinen Grundstücken
- landwirtschaftliche Lehranstalten, Forschungsstätten usw.

Dem Bodenfonds der Bodenreform wurden 3,3 Mio ha Land zugeführt, darunter 2,5 Mio ha aus privaten Betrieben über 100 ha. Daraus erhielten bis zum 1. Januar 1950 insgesamt ca. 560 000 Bewerber Landzuteilungen. Die durch die Bildung und Aufteilung des Bodenfonds der Bodenreform bewirkte Veränderung der Betriebsgrößenstruktur in der Landwirtschaft der damaligen sowjetischen Besatzungszone zeigen folgende Zahlen:

Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Größengruppen der Wirtschaftsfläche bei Betrieben mit landwirtschaftl. Nutzfläche

Größengruppen der Wirtschaftsfläche	1939	1949
Sämtliche Größengruppen	100	100
0,5 bis unter 5 ha	8,1	8,1
5 " " 10 "	9,1	23,3
10 " " 20 "	19,3	32,8
20 " " 100 "	33,8	31,9
100 ha und mehr	29,7	3,9 +)

+) Boden der landwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen, der Versuchsanstalten und Lehranstalten; Boden der Stadtverwaltungen zur Versorgung der Stadtbevölkerung; Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer

Die Durchführung der demokratischen Bodenreform erforderte größere statistische Erhebungen, die zu dieser Zeit - die Statistischen Kreisstellen waren noch nicht eingerichtet - von den Selbstverwaltungsorganen der Kreise ausgeführt werden mußten. Die entsprechenden Weisungen erhielten sie von den Landes- bzw. Provinzialverwaltungen. Zunächst mußte der Großgrundbesitz über 100 ha statistisch erfaßt werden, wozu die Gemeindeverwaltungen folgende Angaben zu machen hatten:

- Eigentümer,
- Land (insgesamt) in ha, unterteilt nach Nutzungs- und Kulturarten,
- Arbeitsvieh nach Arten,
- Rindvieh nach Arten,
- Andere Tierarten,
- Wohn- und Wirtschaftsgebäude in qm, unterteilt nach Wohngebäuden, Ställen nach Tierarten, Scheunen und anderen Gebäuden,
- Technische Nebenbetriebe, z.B. Brennereien, Stärkefabriken,
- Inventar und landwirtschaftliche Maschinen nach Arten,
- Vorhandene Siedlungsanwärter.

Außer dem feudal-junkerlichen Boden und Grundbesitz über 100 ha wurde auch der Boden bis zu 100 ha aufgenommen, sofern er Kriegsverbrechern gehörte oder von seinen Besitzern verlassen worden war, da diese Flächen ebenfalls der Enteignung unterlagen. Durch Summierung wurde der Gesamtumfang der zu enteignenden Bodenflächen in den Kreisen bzw. Ländern ermittelt. In der damaligen

sowjetisch besetzten Zone wurden 35 % des Bodens, der land- und forstwirtschaftlichen Betrieben mit 0,5 und mehr ha Gesamtfläche gehörte, enteignet und neu verteilt.

Nachdem diese Inventur durchgeführt war, wurden in den Gemeinden Kommissionen gebildet, deren Aufgabe es war, die Aufteilung des Bodenfonds vorzunehmen. Diese Kommissionen wurden von den Kreisorganen und demokratischen Parteien angeleitet. Zu diesem Zwecke wurden ebenfalls Statistiken aufgestellt, die personelle Angaben über die zu enteignenden Güter und die Zusammensetzung der örtlichen Bodenreformkommissionen enthielten.

Mit der demokratischen Bodenreform entstanden Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe, denen Maschinen und Geräte, Zuchtvieh und Verarbeitungsbetriebe übergeben wurden. Die Maschinen und Geräte sollten in der Mehrzahl gemeinsam benutzt werden. So wurde das in der schweren Notlage der ersten Nachkriegsjahre unumgängliche Zusammenwirken, insbesondere der Neubauern, gefördert. Auch beim Arbeitsviehausgleich bewährte sich die gegenseitige Hilfe. Nach eingehender Beratung mit den antifaschistisch-demokratischen deutschen Organen erließ die SMAD 1949 den Befehl Nr. 209 über "Maßnahmen zur wirtschaftlichen Einrichtung der Neubauernwirtschaften". Er legte vor allem genaue Maßnahmen für notwendige Bautätigkeiten in der Landwirtschaft fest.

In den Jahren 1948/1949 hatten im Gebiet der DDR die gesamte Volkswirtschaft und die bäuerlichen Betriebe einen solchen Stand erreicht, daß folgende neue Aufgaben der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den werktätigen Bauern gestellt und im wesentlichen gelöst werden konnten:

- Friedens-Hektarerträge und Vorkriegsstand im Viehbesatz
- eine höhere Stufe des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und werktätigen Bauern durch die Bildung von Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) und von volkseigenen Erfassungs- und Aufkauf-Betrieben (VEAB) sowie durch ein weiterentwickeltes Erfassungs- und Aufkaufsystem landwirtschaftlicher Produkte.

1.2. Aufgaben der Agrarstatistik und ihre Besonderheiten

Die im Abschnitt 1.1. geschilderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben und die zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen spiegeln sich folgerichtig in der Agrarstatistik der ersten Jahre nach dem Krieg wider. Eine erste große Bewährungsprobe bestand sie bei den Arbeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der demokratischen Bodenreform (siehe 1.1.2.).

1.2.1. Zentralisierte und fachliche Agrarstatistik

Eine ständige Hauptaufgabe der staatlichen Tätigkeit ist die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigen Nahrungsgütern, was damals zeitbedingt von erstrangiger Bedeutung war. Die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte wurde zu dieser Zeit von der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung geleitet; die Produktion wurde von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft betreut. Neben der Statistik in diesen beiden Organen unterstanden außerdem der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik bedeutende Teile der damaligen Agrarstatistik. Es war also der Zustand gegeben, daß ein Organ, das hauptsächlich auf dem Gebiet der Erfassung tätig war, Planung und Statistik hinsichtlich der Bedarfsdeckung betrieb; ein anderes Organ, das sich direkt mit der Produktion befaßte, dasselbe von der Erzeugungsseite her tat; während das dritte Organ speziell für die Durchführung von statistischen Erhebungen und Berichterstattungen verantwortlich war.

Die vom Statistischen Zentralamt mit Hilfe der Statistischen Landesämter veranlaßten zentralisierten Statistiken, z.B. die Bodenbenutzungserhebung, die Viehzählung, die Ernteberichterstattung, wurden zunächst in den Kreisen auch von Fachdienststellen durchgeführt und erst nach und nach von den ab 1946 eingerichteten Statistischen Kreisstellen übernommen.

Der Anbau auf dem Ackerland, der Fortgang der Bestellung, die Bestände an Vieh, die Produktionsergebnisse, die Ablieferung usw. waren darüberhinaus auch Gegenstand kurzfristiger Befragungen seitens der örtlichen Organe, da diese oft die zentralisierten Statistiken für ihre operative Tätigkeit nicht für ausreichend hielten.

1.2.2. Hauptaufgaben der zentralisierten Agrarstatistik

In der zentralisierten Agrarstatistik stellte die Bodenbenutzungs-erhebung 1946 den ersten Versuch dar, eine allgemeine Übersicht über die landwirtschaftlichen Kultur- und Nutzungsarten des Bodens in der damaligen sowjetisch besetzten Zone zu gewinnen. Die Angaben über die landwirtschaftliche Nutzfläche und über die Viehbestände wurden nach betrieblichen Größengruppen aufbereitet.

Zur Ermittlung der Ernteerträge bediente man sich bis 1949 der Mitarbeit freiwilliger Berichterstatter aus bäuerlichen Kreisen, die mittels Schätzungen über den Saatenstand und die Ernteergebnisse die Statistischen Landesämter informierten.

Über die Produktion von Schlachtvieh wurde die Berichterstattung des Veterinärdienstes und der Schlachthöfe herangezogen; über die Produktion und Primärverwendung von Milch erarbeiteten sog. Milchschätzungsausschüsse der Kreise statistische Informationen. Über die Erzeugung von Eiern, Woll- und Honig berichteten im repräsentativen Umfang Bauern, die gleichfalls als Saatenstandsberichterstatter fungierten.

Um eine Aussage zur Gesamtstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten, bedurfte es einer "Landwirtschaftlichen Betriebszählung", die im Jahre 1949 durchgeführt wurde. Sie allein war in der Lage, die wesentlichsten Produktionsvoraussetzungen der landwirtschaftlichen Betriebe darzustellen, um daraus deren Bedarf zur weiteren Steigerung der Produktion abzuleiten. Mit ihrer Hilfe wurden die durch die demokratische Bodenreform hervorgerufenen starken strukturellen Veränderungen umfassend und komplex sichtbar.

1.2.3. Berücksichtigung sozialökonomischer Merkmale in der Agrarstatistik

Die seit 1945 praktizierte Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse enthielt bereits erste Differenzierungen nach der sozialökonomischen Lage der Bauern. Nach der Bodenreform unterschieden sich die landwirtschaftlichen Privatbetriebe hinsichtlich ihres Klassencharakters nach

- Kleinbauern
 - Mittelbauern
 - Großbauern bzw. kapitalistische Betriebe
- } = werktätige Bauern

Die Unterscheidung dieser Kategorien wurde in erster Linie und am einfachsten durch den Umfang der Bodenfläche der landwirtschaftlichen Betriebe vorgenommen. Deshalb erfolgte die Einstufung für die Pflichtablieferung nach dem Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, wobei Betriebe bis 10 ha LN als Kleinbauern, Betriebe über 10 bis 20 ha LN als Mittelbauern und Betriebe über 20 bis 100 ha LN als Großbauern galten.

Um diesen sozialökonomischen Erfordernissen Rechnung zu tragen, erfolgte erstmalig die Aufbereitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bodenbenutzungserhebung 1946 neben der üblichen regionalen Zusammenfassung auch nach Betriebsgrößengruppen. Da die Bodenreform jedoch noch nicht abgeschlossen war, konnten die Ergebnisse nur mit Vorbehalt verwendet werden.

Zur Ermittlung der Viehbestände und zur Schaffung einer statistischen Unterlage über den Viebesatz in den verschiedenen Gebieten wurden die Viehzählungen vom Juni 1947 und Dezember 1948 ebenfalls nach Größengruppen aufbereitet.

Bei diesen Aufbereitungen wurden nicht nur die o.g. Hauptgruppen gebildet, sondern innerhalb der Hauptgruppen noch Untergruppen, um die Struktur differenzierter zu erhalten. Die landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 gruppierte die Betriebe nicht nur nach Größengruppen der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sondern auch nach der gesamten Betriebsfläche der Betriebe; außerdem nach folgenden sozialökonomischen Merkmalen:

- Öffentliche und Privatbetriebe
- die öffentlichen Betriebe nach
 - volkseigenen Betrieben
 - Betrieben der Kirchen usw.
 - sonstigen öffentlichen Betrieben
- die Privatbetriebe nach Altbauern und Neubauern und nach Eigentums-, Pacht- und gemischten Betrieben

Innerhalb dieser sozialökonomisch bestimmten Gruppen erfolgten weitere Vertiefungen, z.B. durch Auszählungen der Zahl der Betriebe nach der Zahl der gehaltenen Tiere der einzelnen Tierarten. Verschiedene Gruppierungsmerkmale wurden kombiniert.

Es sei an dieser Stelle bewußt vermerkt, daß das Merkmal des Umfangs der landwirtschaftlichen Nutzfläche allein nicht erschöpfend die Klassenlage der bäuerlichen Betriebe charakterisierte; weitere wesentliche Merkmale waren das Ausmaß der Verwendung von Lohnarbeit oder auch der Produktionsumfang, der mit von der Bodengüte beeinflußt wird. In den ersten Jahren nach 1945 jedoch, in denen die sozialökonomische Komponente erst in die Agrarstatistik eingeführt wurde, war die Gruppierung nach der Bodenfläche für sozialökonomische Untersuchungen das wichtigste Kriterium, zumal sie auch in der Planung und Veranlagung als Grundlage diente.

1.2.4. Weitere Besonderheiten der Agrarstatistik

Es wird schon an dieser Stelle erwähnt, daß es der Agrarstatistik nicht auf allen Gebieten möglich ist, völlig genaue Ergebnisse mittels Totalerhebungen zu gewinnen. Grund dafür waren u.a. die damals noch vorhandene große Zahl landwirtschaftlicher Privatbetriebe (ca. 800 000 auf dem Gebiet der DDR) und sind auch heute noch die von der Natur beeinflussten Produktionsbedingungen, die z.B. die Genauigkeit der Ernteeinschätzungen erheblich beeinflussen. Produktionsstatistische Erhebungen beruhten deshalb in der Landwirtschaft in großem Umfang auf der repräsentativen Methode, weil aus sachlichen Gründen keine Totalerhebung durch Auszählung bzw. Messung durchgeführt werden konnte. Die auf landwirtschaftlichem Gebiet durchgeführten Erhebungen waren und sind auch heute noch häufig mit Schätzungen gekoppelt. Dabei wurden oft Methoden angewandt, bei denen Total- und Teilerhebungen kombiniert waren. Das gilt vor allem für produktionsstatistische Erhebungen. Die Erntemengen wurden z.B. ermittelt, indem die auf einer Totalerhebung basierenden ermittelten Anbauflächen der einzelnen Fruchtarten mit Hektarerträgen multipliziert wurden, die auf Teilerhebungen, verbunden mit Schätzungen, beruhten. Oder die erzeugte Schlachtmasse wurde berechnet, indem die aufgrund der Veterinärstatistik total erfaßten Schlachttiere mit durchschnittlichen Lebend- bzw. Schlachtgewichten multipliziert wurden, die die in Schlachthöfen geschlachteten Tiere aufwiesen. Das Gewicht der Hausschlachtungen wurde und wird immer noch eingeschätzt. Auch die Erzeugungsmenge der tierischen Produkte Milch, Eier, Wolle und Honig konnte nicht mit einer Totalerhebung ermittelt werden.

Die so gewonnenen zahlenmäßigen Ergebnisse waren also zwangsläufig mit gewissen Unsicherheiten behaftet, denen man sich bewußt sein mußte. Eine der wichtigsten Aufgaben der Statistik allgemein und unter Beachtung besonderer Schwierigkeiten auch der Agrarstatistik ist es jedoch, die Ergebnisse mit einer höchstmöglichen Genauigkeit bereitzustellen.

2. Statistik der Pflanzenproduktion

2.1. Bodenbenutzungserhebung

Der Übergang zur Wirtschaftsplanung setzte in stärkerem Maße als vorher für die Landwirtschaft und insbesondere auf dem Gebiet des Ackerbaus die genaue Kenntnis des Umfangs der vorhandenen Ackerflächen voraus. Um brauchbare Unterlagen zum Aufstellen des Planes für die Landwirtschaft zu erhalten, wurde auf Befehl der damaligen SMAD am 1. Januar 1946 die "einmalige Erfassung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" durchgeführt. Diese Erhebung war eine Inventur, die Klarheit über die noch vorhandenen Bestände an Vieh, Maschinen und Geräten und vor allem über die Anbauflächen erbringen sollte. Es ist verständlich, daß das Ergebnis einer so umfassenden Befragung, die in verhältnismäßig kurzer Zeit nach dem Ende des Krieges erfolgte, noch mit zahlreichen Fehlern und Mängeln behaftet war. Die Not der Zeit zwang aber zu schnellem Handeln, und so mußte auf diesen Unterlagen aufgebaut werden.

Eine Berechnung des Statistischen Zentralamtes auf Grund vorhandener Unterlagen vom Jahre 1938 ergab zwar auch nur ungefähre Größen, trotzdem zeigte aber diese Berechnung, daß eine weit größere Ackerfläche vorhanden sein mußte, als die Erhebung vom 1. Januar 1946 und die folgenden Bodenbenutzungserhebungen nachgewiesen hatten. Die planenden Stellen drängten deshalb auf Maßnahmen zur Feststellung der wirklich vorhandenen Flächen.

Seit 1946 führte das Statistische Zentralamt jährlich eine Bodenbenutzungserhebung durch. Die in diesen Erhebungen ausgewiesenen Ackerflächen wurden von Jahr zu Jahr größer; ein Beweis dafür, daß die Flächen zunehmend genauer ermittelt wurden. Vor allen Dingen wirkte sich die Vermessung der Bodenreformländereien stabilisierend

auf die Genauigkeit der statistischen Ermittlung der Flächenverhältnisse aus. Nach wie vor bestand aber eine erhebliche Differenz zwischen den vom Statistischen Zentralamt errechneten Ackerflächen und denen, die durch die Bodenbenutzungserhebung festgestellt wurden.

Die Bodenbenutzungserhebungen stützten sich nur auf die Angaben der Bauern. Eine wirksame Kontrolle dieser Angaben war praktisch nicht möglich. Eine solche Kontrolle wäre nur über Angaben der Kreis-Katasterämter möglich gewesen, deren Liegenschaftskataster über die Größe und Nutzungsarten der betrieblichen Bodenflächen aber zum großen Teil nicht fortgeschrieben und deshalb für diesen Zweck unbrauchbar war.

Bis 1948 wurden die Bodenbenutzungserhebungen nach dem sog. Belegenheits- (Kataster) - Prinzip durchgeführt, was in der praktischen Durchführung zu erheblichen Mängeln führte. Die Flächen wurden in der Gemeinde gezählt, in deren kommunaler Abgrenzung sie lagen. So war es möglich, daß ein Betrieb in den Zählbezirkslisten mehrerer Gemeinden mit seinen jeweiligen Flächen erschien, obwohl er eine wirtschaftliche Einheit darstellte und bei der Anbauplanung auch als solcher behandelt wurde. Eine vollständige Erfassung der sogenannten Verzahnung durch Austauschlisten zwischen Wirtschaftsgemeinden und Belegenheitsgemeinden gelang in der Praxis nicht immer. Unter diesen Voraussetzungen erbrachte die Aufbereitung der Bodenbenutzungserhebung von 1946 nach Größengruppen, die auch den durch die Bodenreform vollzogenen Strukturwandel in der Landwirtschaft aufzeigen sollte, ein fragwürdiges Ergebnis.

In der Erkenntnis, daß durch die Anwendung des Katasterflächenprinzips die Ergebnisse der Bodenbenutzungserhebung mit dem Anbauplan nie voll vergleichbar sein würden, ging man 1949 bei ihrer Vorbereitung und Durchführung zum Wirtschaftsflächenprinzip über.

Danach gab nun jeder Betrieb ab 0,5 ha seine gesamte bewirtschaftete Fläche am Betriebsort an, auch wenn sie sich auf mehrere Gemeinden verteilte. Die Verzahnung der Flächen wurde im März 1949 durch eine besondere Vorerhebung über die Wirtschaftsflächen geklärt. Die Vorerhebung sollte eine einwandfreie Feststellung der Wirtschaftsflächen jedes landwirtschaftlichen Betriebes ermöglichen. Dadurch, daß sich die Wirtschaftsflächen der landwirtschaftlichen Betriebe nicht mit den Verwaltungsgrenzen deckten, war ein System von sogenannten Austauschlisten von Gemeinde zu Gemeinde, Kreis und Land nötig. Die

Ergebnisse dieser Vorerhebung, in der die Gesamtwirtschaftsfläche und außerdem gesondert die Flächen des Ackerlandes, des Grünlandes (Wiesen und Weiden), der übrigen landwirtschaftlichen Nutzung und der Forsten und Holzungen anzugeben waren, bildeten den Ausgangspunkt für die Bodenbenutzungserhebung und die landwirtschaftliche Betriebszählung im Juni 1949.

Aber auch die Umstellung vom Belegenheits- zum Wirtschaftsflächenprinzip, die zweifellos von großem Vorteil für die Verwendung der Bodenbenutzungserhebung für die Anbauplanung war, brachte nicht die Klärung der Flächendifferenzen zwischen Bodenbenutzungserhebung und berechneter LN des Statistischen Zentralamts aufgrund früherer Zahlen. Durch den Beschluß S 39/49 vom 9. 2. 1949 der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission, in der die Zentralverwaltungen zusammengefaßt waren, wurde die Durchführung einer Wirtschaftsflächenerhebung angeordnet. In diesem Beschluß wurde u.a. festgelegt, daß für alle landwirtschaftlichen Betriebe von 0,5 ha Wirtschaftsfläche und darüber und beim Erwerbsgartenbau auch der Betriebe unter 0,5 ha die gesamte Betriebsfläche und die Flächen der in den einzelnen Gemeinden vorhandenen Nutzungsarten durch die Katasterämter vermessungstechnisch zu ermitteln waren und daß alle Änderungen, die nach der Durchführung der Wirtschaftsflächenerhebung in der Gesamtfläche oder bei den Nutzungsarten eintraten, bei den Landwirtschaftsabteilungen der Kreise anzeigepflichtig waren, denen die Katasterämter damals unterstanden. Seitdem werden die Ergebnisse der Wirtschaftsflächenerhebung fortgeschrieben.

Wie nachfolgende Zahlen über die Entwicklung der LN zeigen, hat die Wirtschaftsflächenerhebung einen wertvollen Beitrag zur Klärung der seit der Vorkriegszeit vorhanden gewesenen Flächendifferenzen geleistet:

Landwirtschaftliche Nutzfläche	
Jahr	im jetzigen Gebiet der DDR
	1000 ha
1938	66561
1946	6347
1947	6359
1948	6384
1949	6390
1950	6528

Für die Zwecke der Planung der Anbauflächen hatte die Bodenbenutzungserhebung eine doppelte Bedeutung. Zunächst diente sie für das laufende Jahr der Planabrechnung, ob die geplante Anbaufläche insgesamt bestellt und das geplante Verhältnis der Fruchtarten eingehalten worden war. Auswinterungsschäden, Hochwasser und andere Naturereignisse konnten gewisse Verschiebungen im Anbauverhältnis bedingen. Die Zahlen der Bodenbenutzungserhebung waren aber auch die Grundlage für die Anbauplanung des kommenden Jahres, wobei Neulandgewinnung, z.B. Umwandlung von Ödland zu Grünland, Kulturartenveränderungen, z.B. Umbruch von Grünland zu Ackerland, zu berücksichtigen waren.

Die Bodenbenutzungserhebungen fanden jährlich - zusammen mit der Sommerviehzählung - am 3. Juni statt, also zu einem Zeitpunkt, an dem in der Regel die gesamten Bestellungsarbeiten auf dem Ackerland abgeschlossen waren. Sie ermittelte die Gesamtfläche des Territoriums, also einschl. aller Flächen, die außerhalb der Land- und Forstwirtschaft vorhanden waren, z.B. Straßen, Plätze usw. Die dabei festgestellte Fläche des Ackerlandes mußte mit der Gesamtfläche der einzelnen Fruchtarten übereinstimmen. Befragt wurden alle Landwirtschafts-, Garten-, Obst- und Weinbau-, Baumschul-, Korbweiden-, Forst- und Fischereibetriebe mit einer gesamten Wirtschaftsfläche von 0,5 ha und darüber sowie sämtliche Erwerbsgartenbaubetriebe, gleich welcher Größe. Nur die landwirtschaftlichen Kleinstbetriebe mit weniger als 0,5 ha Gesamtfläche blieben einer Schätzung der Gemeindeverwaltung überlassen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Positionen der Nomenklatur der Bodenbenutzungserhebung aufgeführt:

Wirtschaftsfläche

Betriebliche gesamte von den jeweiligen Betrieben bewirtschaftete Fläche einschl. Gebäude- und Hofflächen sowie Wirtschaftswege; ab 1949 Wirtschaftsfläche, d.h. unabhängig, in welcher Gemeinde sie gelegen ist.

unterteilt nach Nutzungsarten

- Landwirtschaftliche Nutzfläche
- Forsten und Holzungen
- Ödland und kulturfähige Moorflächen
- Abbauland
- Unland
- Gewässer, soweit nutzbar
- Übrige Gewässer
- Gebäude, Hofflächen
- Öffentliche Plätze, Straßen, Eisenbahnen, Friedhöfe, Parkanlagen, Sportplätze usw.

Ab 1970 werden die Nutzungsarten, außer der LN, nicht mehr in der Bodenbenutzungserhebung nachgewiesen, sondern nur noch in der Wirtschaftsflächenerhebung des Liegenschaftsdienstes der Katasterämter.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird unterteilt nach Kulturarten

- Ackerland (einschl. Feldgemüsebau und Freilandanteil des Erwerbsgartenbaues)
- Erwerbsgartenbau (Erwerbsgartenland und Anbau unter Glas)
- Gartenland (ohne Erwerbsgartenbau)
- Obstanlagen
- Rebland
- Baumschulen
- Wiesen
- Viehweiden
- Korbweidenanlagen (später selbständige Nutzungsart)

Hauptbestandteile des Ackerlandes nach Fruchtarten

- Getreide
 - Weizen
 - Roggen
 - Gerste
 - Hafer
 - Menggetreide, Mischfrucht, Buchweizen
 - Körnermais
 - Speisehülsenfrüchte
 - Futterhülsenfrüchte
 - Faserpflanzen
 - Ölfrüchte ohne Faserpflanzen
 - Winterölfrüchte
 - Sommerölfrüchte
 - Gemüse und andere Gartengewächse (einschl. Erdbeeren)+)
 - Zuckerrüben
 - Kartoffeln
 - Futterhackfrüchte
 - Feldfutterpflanzen
 - Hopfen
 - Tabak
 - Heil-, Gewürz- und Duftpflanzen
 - Gründüngung als Hauptfrucht
 - Sonstige Kulturen
- +) nur Gemüse und Erdbeeren, die der Veranlagung unterliegen; Gemüse und Erdbeeren die überwiegend in Haus- und Kleingärten angebaut werden, sind unter Gartenland enthalten und dort gesondert ausgewiesen.

2.2. Ernteermittlung

Die Erntestatistik beansprucht ein besonderes Interesse nicht nur wegen der Bedeutung, die der Versorgung mit Nahrungsmitteln und der Landwirtschaft selbst mit Futtermitteln zukommt, sondern auch wegen ihrer eigenartigen Organisation, die ihrerseits wieder durch die Eigenart ihres Gegenstandes bedingt ist. Dazu kam bei der Vielzahl landwirtschaftlicher Produzenten der damaligen Produktionsweise die Schwierigkeit, praktisch sogar die Unmöglichkeit einer genauen statistischen Ermittlung der produzierten Mengen. Es war nicht möglich, die gesamte Ernte zu verwiegen. Der besondere

Gegenstand dieser Statistik führte zu einer Organisation, die bis 1949 auf Meldungen ehrenamtlicher Berichterstatter beruhte. Sie wurden für besonders zu diesem Zwecke gebildete Berichtsbezirke eingesetzt und meldeten dem zuständigen Statistischen Landesamt für die einzelnen Fruchtarten den von ihnen eingeschätzten Saatenstand bzw. die durchschnittlichen Hektarerträge in ihrem Berichtsbezirk. Nach diesen Angaben errechneten die Statistischen Landesämter mit Hilfe der in der Bodenbenutzungserhebung festgestellten Anbauflächen die gesamte Ernte der Feldfrüchte für die Kreise und das Land. In ähnlicher Weise wurde die Erntemenge für Gemüse und Obst ermittelt.

Ihrem Wesen nach war also die Berichterstattung zur Ermittlung der Erntemengen an Feldfrüchten, Gemüse und Obst eine Totalerhebung; ihrer praktischen Durchführung nach stellte sie jedoch eine stark auf Schätzungen beruhende Repräsentativerhebung dar. Demzufolge konnten nur Ergebnisse für die einzelnen Kreise, Länder bzw. die gesamte sowjetische Besatzungszone ermittelt werden, nicht für die Gemeinden und Betriebe, wie es bei der Bodenbenutzungserhebung möglich ist. Die Kreisergebnisse wiesen - bedingt durch das repräsentative Verfahren - eine relative Unsicherheit auf. Eine Besonderheit der Erntestatistik besteht darin, nicht nur - wie es üblicherweise Aufgabe statistischer Erhebungen und Berichterstattungen ist - festzustellen, wie hoch die tatsächlich eingebrachte Erntemenge ist, sondern schon während des Heranwachsens der Früchte einzuschätzen, wie der voraussichtliche Ernteertrag sein wird.

Das ist notwendig, um rechtzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln und des Viehs mit Futtermitteln beurteilen und im Zusammenhang mit notwendig werdenden Importen von Nahrungs- und Futtermitteln eine möglichst genaue Versorgungsplanung vornehmen zu können. In der Nachkriegszeit mit ihren beschränkten Produktionsmitteln war das eine der notwendigsten Aufgaben der Besatzungsmacht und der staatlichen Organe. Eine Einschätzung des Saatenstandes und der voraussichtlichen Erntemengen wurde nicht nur sachlich durch die große Zersplitterung der Produktion erschwert, sie war und ist außerdem relativ unsicher, da das Pflanzenwachstum sehr stark von der Witterung abhängig ist. All dies zeigt, daß die Statistik der voraussichtlichen Ernte mit großen Unsicherheiten behaftet ist.

Beim Neuaufbau der Ernteberichterstattung in der sowjetischen Besatzungszone Anfang 1946 wurde die Schätzungsmethode für den Saatenstand auf eine neue Basis gestellt. Es wurde nicht mehr das bisher verwandte Bewertungssystem mit den Noten 1 bis 5 für die Prädikate sehr gut, gut, normal, gering und sehr gering angewandt, weil es ein sehr ungenaues Wertungssystem war. Das neue System mußte einfach, aber deutlich und bestimmt sein. Die Berichterstatter mußten von einer Normalernte, die gleich 100 gesetzt wurde, ausgehen und den voraussichtlichen Ernteertrag je ha Anbaufläche der einzelnen Fruchtarten mit Hilfe von Prozentzahlen einschätzen. Eine halbe Normalernte war gleich 50 %, ein völliger Ausfall der Ernte gleich 0 %, eine doppelte Normalernte gleich 200 %. Um von diesen Angaben ausgehend, die dahinterstehenden Erntemengen berechnen zu können, wurde im März 1947 von den einzelnen Berichterstattern die Festlegung der von ihnen für 1947 erwarteten Normalernte der verschiedenen Fruchtarten für ihren Berichtsbezirk verlangt. Im Juni 1947 hatten die Berichterstatter gleichzeitig eine Erntevorschätzung in dt je ha und eine Saatenstandsermittlung in Prozent der Normalernte anzugeben, aus der mit Hilfe der im März gemeldeten Normalernte ebenfalls die tatsächlich erwartete Ernte berechnet werden konnte. Die Ergebnisse beider Fragestellungen wichen aber bei vielen Berichterstattern voneinander ab, ein Beweis dafür, daß diese keine richtige Vorstellung vom Begriff der Normalernte hatten.

An einem Zahlenbeispiel soll die Problematik verdeutlicht werden:

Ein Berichterstatter meldete folgendes:

im März Normalernte	15 dt/ha
im Juni Ernteerwartung	12 dt/ha
im Juni Saatenstandsbeurteilung	60 %

Bei einer - angenommen - richtigen Ernteerwartung von 12 dt/ha und Saatenstandsbeurteilung von 60 % einer Normalernte im Juni hätte im März eine Normalernte von 20 dt/ha angegeben werden müssen.

Zweifellos hat die Tendenz bestanden, die Normalernte möglichst niedrig anzugeben, weil viele Berichterstatter annahmen, daß sich ihre Angaben auf die Höhe der Pflichtablieferung dann günstig auswirken würde. Die Angaben der einzelnen Berichterstatter waren den Ablieferungsorganen aber nicht zugänglich. Die Berichterstatter infor-

mierten die Statistischen Landesämter direkt oder über die Statistischen Kreisstellen auf Postkarten bzw. in Briefen auf vorgedruckten Formularen. Diese wurden nicht einzeln ausgewertet, sondern dienten nur als Urmaterial für die statistische Konzentration der Ergebnisse.

Da offensichtlich zu erkennen war, daß das Prozentsystem kein wahrheitsgemäßes Bild über die Entwicklung des Saatenstandes vermittelte, wurde mit Beginn des Berichtsjahres 1948 im Gebiet der jetzigen DDR die Methode der Berichterstattung verbessert. Es wurde von der Beurteilung in Relationen übergegangen zu der Beurteilung in absoluten Zahlen in dt je ha, d.h. welchen Hektarertrag der Saatenstand zum Zeitpunkt der Beurteilung bei künftig normalen natürlichen Voraussetzungen (Witterung, Pflanzenschädlinge usw.) und den bestehenden Betriebsbedingungen erwarten ließ.

Zu dieser Zeit wurden die Ernteerträge als Roherträge, d.h. ohne Abzug der Ernteeinbringungsverluste, angegeben. Erst später ging man zur Ermittlung der Reinerträge über.

Innerhalb des ganzen Berichtsbezirks standen die Saaten sehr verschieden. Unterschiede in der Bodengüte, in der Bodenbearbeitung und -pflege, im Schädlings- und Krankheitsbefall führten dazu, daß jeder Schlag ein etwas anderes Bild bot. Der Berichterstatter mußte aus all diesen Beobachtungen einen Durchschnitt für den gesamten Berichtsbezirk feststellen. Hierzu teilte er zweckmäßigerweise seinen Bezirk in Wachstumsgebiete ein, die im wesentlichen durch die Bodengüte bestimmt waren. Seine Aufgabe war es, für die einzelnen Wachstumsgebiete durchschnittliche Hektarerträge einzuschätzen und für seinen Berichtsbezirk einen mit der Anbaufläche der einzelnen Fruchtarten gewogenen Durchschnitt für den gesamten Berichtsbezirk zu berechnen. Viele Berichterstatter werden allerdings nicht die Zeit und Mühe aufgewandt haben, so korrekt die Einschätzung ihres Berichtsbezirkes durchzuführen.

Nicht nur das methodische Herangehen bei der Beurteilung des Saatenstandes und der Ernte wurde 1946 und die folgenden Jahre verändert, auch die Anzahl und die Zusammensetzung der Berichterstatter erfuhr beim Neuaufbau in den Nachkriegsjahren eine wesentliche Veränderung. Das war schon durch die sozialökonomischen Veränderungen im Zusammenhang mit der Bodenreform notwendig. Viele neuernannte Berichterstatter brachten keine für dieses Amt notwendige Erfahrungen

und politische Reife mit. Es wurde deshalb seitens des Statistischen Zentralamtes eine ständige schriftliche Anleitung mit monatlichen Aufgabenstellungen vorgenommen, und Mitarbeiter der Statistischen Landesämter führten in den Wintermonaten in jedem Kreis Schulungen mit einem Erfahrungsaustausch der Berichterstatter durch, wobei die Saatenstands- und Ernteberichterstatter und die Gemüse- und Obstberichterstatter getrennte Anweisungen erhielten.

Zahl der Ernte-, Gemüse- und Obstberichterstatter im Mai 1947

Land	Anzahl		Auf 1 Berichterstatter entfielen			
			LN (ha)		Gemeinden	
	S/E	G/O	S/E	G/O	S/E	G/O
Mark Brandenburg	1288	457	1079	3300	1,7	4,7
Mecklenburg	748	270	2320	6440	2,5	6,9
Sachsen-Anhalt	1618	854	848	1600	1,0	1,8
Thüringen	1142	966	736	870	1,7	2,0
Sachsen	553	947	2055	1200	4,1	2,4
SBZ	5349	3494	1214	1860	1,8	2,8

S/E = Berichterstatter für Saatenstand und Ernte

G/O = Berichterstatter für Gemüse und Obst

Die Zahl der Berichterstatter wurde in den darauffolgenden Jahren noch erhöht. So stieg die Zahl der Saatenstands- und Ernteberichterstatter von 5349 im Jahre 1947 auf 6976 im Jahre 1949. Damit entfielen im Gebiet der jetzigen DDR durchschnittlich rund 900 ha auf einen Berichterstatter. Gegenüber der Vorkriegszeit waren Ende 1948 72 % aller Ernteberichterstatter neu in ihrem Amt tätig. Von den einzelnen Ländern der sowjetischen Besatzungszone hatte Mecklenburg den größten Anteil neuer Berichterstatter. Nur ein Zehntel der ehrenamtlichen Berichterstatter war hier schon vor 1945 tätig. Dies erklärt sich daraus, daß hier die Bodenreform die größten Umwälzungen herbeigeführt hatte. In Mecklenburg war der Anteil der großen Güter, die 1945 aufgeteilt worden waren, größer als in den anderen Ländern. Da die Berichterstattung früher meist in den Händen von Angestellten großer Güter lag, mußten hier in noch größerem Umfang als in den anderen Ländern neue Berichterstatter eingesetzt werden.

Die Aufgaben, die den Saatenstands- und Ernteberichterstattem in den einzelnen Monaten gestellt wurden, zeigt für die landwirtschaftlichen Hauptfrüchte die folgende Aufstellung:

Saatenstands- und Ernteberichterstattung über landwirtschaftliche Hauptfrüchte 1948

	Ende des Monats							
	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Jan. 1949
Wintergetreide	S	V	V	V		S 1)	S 1)	E
Winterraps	S	V			E	S 1)	S 1)	
Klee, Luzerne	S	V	S	V	S	E	S 1)	
Wiesen	S	V	S	V	S	E		
Sommergetreide	S	V	V	V				E
Hülsenfrüchte		S	S	V		E		
Spätkartoffeln			S	S	V	E		
Frühkartoffeln		S	V	E				
Zuckerrüben			S	S	V		E	
Futterrüben				S	V		E	
Sommerraps		V	V		E			
Mohn, Senf					E			
Tabak				V			E	

S = Ermittlung des Saatenstandes

V = Erntevorschätzung

E = Endgültige Ernteermittlung

1) Aussaat im Herbst 1948; es wurde erfragt:

a) Wann wurde die Aussaat beendet? (nur im Oktober)

b) Wann sind die Saaten aufgegangen?

c) Wieviel % der Saaten sind bereits aufgegangen?

Die Eigenart der Ernteberichterstattung setzte eine gute Repräsentation der eingehenden und verwertbaren Berichte voraus. Dafür waren erforderlich:

- vollständige Besetzung der Berichtsbezirke
- vollständige und rechtzeitige Beteiligung am Berichtsdienst
- vollständige und sachlich richtige Ausfüllung der Berichtsbogen.

Am Jahresende 1949 waren z.B. in Sachsen die Berichtsbezirke

bei Saatenstand und Ernte zu 96 %

bei Gemüse zu 89 %

bei Obst zu 90 %

besetzt. Da die Mitarbeit auf ehrenamtlicher Grundlage erfolgte, war es für die Kreisstatistiker immer schwierig, geeignete und willige Fachleute als Berichterstatter zu gewinnen. Viele Berichterstatter waren nicht davon überzeugt, daß ihre Berichte nur zu statistischen Zwecken verwandt und keinen anderen Dienststellen zugänglich gemacht wurden. Auf der anderen Seite warfen Außenstehende den Berichterstattern vor, für Maßnahmen in ihrer Gemeinde verantwortlich zu sein, an denen sie als Berichterstatter jedoch uneteiligt waren.

Neben der nicht vollständigen Besetzung der Berichtsbezirke mit Berichterstattern bzw. einer häufigen Fluktuation, beteiligten sich nicht alle Berichterstatter an der Berichterstattung. Die Beteiligung am Berichtsdienst betrug im Jahre 1949 im Durchschnitt der SBZ bei den Saatenstands- und Ernteberichterstattern nur 71 %, bei den Gemüseberichterstattern nur 58 %.

Die Beteiligung bei der Gemüseberichterstattung- und ähnlich war es auch bei der Obstberichterstattung - lag weit unter der der Saatenstands- und Ernteberichterstatter. Das hatte folgende Gründe: Einmal befanden sich unter den Saatenstandsberichterstattern eine größere Anzahl langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter, während bei der Gemüse- und Obstberichterstattung eine größere Fluktuation vorherrschte. Weiter war die Gemüse- und Obstberichterstattung komplizierter als die Saatenstandsberichterstattung. Auch sachlich ist die Einschätzung der Gemüse- und Obsterträge schwieriger und mit erheblich größeren Schwankungsbreiten behaftet als diejenige für die landwirtschaftlichen Hauptfrüchte. Das zunehmende Desinteresse der Berichterstatter zeigte sich auch in einer starken Abwärtsentwicklung der Beteiligung an der Berichterstattung in der zweiten Jahreshälfte 1949.

Aber andererseits war selbst eine hohe Beteiligung noch kein Beweis für eine ausreichende Repräsentation; denn die einzelnen Fruchtarten waren keinesfalls alle auf den eingesandten Berichtsvordrucken beurteilt worden. Der Repräsentationsgrad der einzelnen Frucht- und Obstarten war weit niedriger als die Beteiligungsprozentsätze. So waren beispielsweise von 840 Berichtsbezirken (Saatenstand) im Oktober 1949 im Lande Sachsen 797 besetzt. Die Beteiligung der eingesetzten Berichterstatter betrug 82 %. Von den eingesandten 655 Berichten enthielten aber nur 95 % Beurteilungen über Spatkartoffeln, obwohl in allen Berichtsbezirken Spatkartoffeln

angebaut wurden. Von 840 Berichtsbezirken lagen demnach infolge Nichtbesetzung, Nichtbeteiligung und unvollständiger Ausfüllung nur 622 Angaben über Spätkartoffeln vor. Das entsprach einer Gesamtpräsentation von nur 74 %.

2. 3. Obstbaumzählung

Angesichts der steigenden Bedeutung der Obsterträge für die Versorgungslage der Bevölkerung und weil zuverlässige Unterlagen nicht vorhanden waren, war es 1948 unumgänglich geworden, eine Obstbaumzählung durchzuführen. Derartige Erhebungen, die zu den schwierigsten überhaupt gehören, haben den Zweck, einen Überblick über die vorhandenen Produktionsvoraussetzungen im Obstbau zu geben, indem sie nicht nur die Zahl der vorhandenen Obstbäume nach Obstarten nachweisen, sondern auch Anhaltspunkte über das Alter und damit die Ertragsfähigkeit der Obstbäume geben. Das sind wichtige Unterlagen für die Planung des Obstbaues. Gleichzeitig wird an Hand der Zahl der vorhandenen Obstbäume, multipliziert mit den eingeschätzten Obsterträgen je ertragsfähigem Baum, getrennt nach Obstarten, die Gesamtmenge des geernteten Obstes ermittelt. Da sich die Zahl der vorhandenen Obstbäume von Jahr zu Jahr nicht wesentlich ändert und in Anbetracht des erheblichen Aufwandes, werden Obstbaumzählungen nur im Abstand mehrerer Jahre durchgeführt.

Um schnell zu einem Gesamtüberblick zu kommen, wurde im Monat März 1948 in der Sowjetischen Besatzungszone im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Berichtsdienst eine Repräsentativerhebung über die Veränderung der Obstbaumbestände veranstaltet. Jeder Obst-, Gemüse- und Saatenstandsberichterstatter sollte etwa 10 Obstbaubetriebe befragen, wieviel Obstbäume sie 1938 (im Jahr der letzten vorausgegangenen Obstbaumzählung) und im Jahr 1948 hatten und wie die Differenzen zwischen den beiden Jahren (Verluste durch Kriegswinter und den sehr harten und langen Winter 1946/47, Neuanpflanzung usw.) zustande gekommen waren. Die ausgewählten Betriebe, die bereits 1938 in derselben Größe wie 1948 vorhanden gewesen sein mußten, sollten alle Betriebe repräsentieren. Diese Erhebung führte nicht zum Erfolg, da die Repräsentation sowohl für die Zahl der Obstbäume und ihre strukturelle Zusammensetzung als auch für die Ursachen der Veränderung der Zahl der Bäume seit 1938 ungenügend war.

Daraufhin hat das Statistische Zentralamt vom 30. 9. bis 15. 10. 1949 eine totale Obstbaumzählung veranstaltet, zu deren Vorbereitung eine Probeerhebung durchgeführt wurde.

Nachfolgend die wichtigsten Kennziffern der Obstbaumzählung 1949

Obstarten

Apfelbäume ¹⁾	Johannisbeersträucher
Birnbäume ¹⁾	Stachelbeersträucher
Quittenbäume	Himbeerenfläche in qm
Süßkirschbäume	Brombeerenfläche in qm
Pflaumenbäume	(Die Erdbeerenfläche wird innerhalb der Bodenbenutzungserhebung erfaßt)
Aprikosenbäume	
Pfirsichbäume	
Walnußbäume	

1) unterteilt nach Hoch-, Halb-, Viertel-, Niederstämmen, Spindelbüschen und Spalierbäumen

Altersaufbau der Obstbäume nach Standortgruppen

- Haus-, Klein-, Schreber- und Laubengärten
- Freies Ackerland, Weiden, Wiesen usw.
- Plantagen
- Öffentliche Straßen, Wege, Kanäle usw.

innerhalb dieser Standortgruppen unterteilt nach Obstarten

innerhalb der Obstarten unterteilt nach

- ertragfähigen Bäumen
- noch nicht ertragfähigen Bäumen
- abgängigen Bäumen

Das Beerenobst wurde nach folgenden Standorten gegliedert:

- Hausgärten
- Unterkulturen
- Geschlossene Pflanzungen

Die Eintragung der gezählten Bäume und Sträucher erfolgte auf Zählbezirkslisten, wobei hier bereits eine Vorgruppierung nach Standorten vorgenommen wurde. Gegenüber den bei früheren Zählungen gebrauchten Einzellisten für die einzelnen Standorte war nur die Hälfte des Papieraufwandes erforderlich. Es hatte sich als zweckmäßig erwiesen, zwei Zähler zusammen einzusetzen, wobei der

eine zählte und beurteilte, der andere die Angaben schriftlich niederlegte und die Vollständigkeit der Zählobjekte überprüfte. Beide Zähler tauschten vor der endgültigen Eintragung in die Zählbezirksliste ihre Meinungen aus und machten im Falle erheblicher Abweichungen Vermerke zwecks Rücksprache mit dem Bürgermeister und gegebenenfalls auch mit Obstsachverständigen. Zuverlässige Zählergebnisse setzten wirklich orts- und sachkundige Zähler voraus. Organisatorisch mußte erreicht werden, daß sich die Besitzer und Pächter am Tage der Zählung auf ihren Grundstücken aufhielten. Das wurde am besten gewährleistet, wenn nicht an ein oder zwei Tagen zu viele Zähler eingesetzt wurden, sondern wenn wenige Zähler an mehreren Tagen im Einsatz waren. Ergänzt wurde die Obstbaumzählung 1949 durch Baumschulerhebungen in den Jahren 1948 ff. Außer Angaben über den Bestand an aufgeschulten Pflanzen (einschließlich ein- und zweijähriger Veredlungen) und verkaufsfertigen Beständen an Obstbäumen und -sträuchern wurden Pflanzen und Bestände an Zierbäumen, Ziersträuchern, Alleebäumen, Wildsträuchern und Edelrosen sowie die Bestände an Mutter-, Vermehrungs- und aufschulfähigen Jungpflanzen, Abrissen, Ablegern und Stecklingen nachgewiesen.

3. Statistik der Tierproduktion

3.1. Viehzählung

Die Viehstatistik ist die Voraussetzung für die Planung der Entwicklung der Tierbestände und die Versorgung der Bevölkerung mit tierischen Erzeugnissen. Man unterscheidet allgemeine Viehzählungen, Zwischenzählungen und Sondererhebungen. Die allgemeinen Viehzählungen zeigen den Stand der Nutz- und Schlachtviehhaltung umfassend auf. Zwischenzählungen finden zwischen den allgemeinen Viehzählungen statt. Sie umfassen nur bestimmte Tierarten. Sondererhebungen beinhalten besondere Aspekte der Tierhaltung, z.B. die Bestände an Edelpelztieren.

Nach Kriegsende wurden - abgesehen von örtlichen Feststellungen im Jahre 1945 - die ersten allgemeinen Viehzählungen im Jahre 1946 durchgeführt. Entscheidend für eine Viehzählung ist der Zeitpunkt der Erhebung; denn Vermehrung und Abgang des Viehbestandes sind schwerpunktmäßig auf bestimmte Zeiten des Jahres konzentriert; auch die Futterverhältnisse sind jahreszeitlich verschieden. Ohne Vergleichsmöglichkeit ist auch die Viehstatistik wertlos; deshalb

muß über Jahre möglichst immer zum gleichen Zeitpunkt innerhalb des Jahres gezählt werden. Nach dem Kriege fanden die allgemeinen Viehzählungen jeweils am 3. Juni zusammen mit der Bodenbenutzungserhebung und am 3. Dezember zusammen mit der Winteraussaatsflächen-erhebung statt. Anfang Juni sind bei vielen Viehartensorten die im Frühjahr erfolgenden Hauptzugänge eingetreten, so daß ein Überblick über den Nachwuchs besteht; Anfang Dezember dagegen ist in der Regel der höchste Bestand des Jahres erreicht, bevor die Hauptschlachtzeit beginnt. Das Vieh befindet sich bereits in den Ställen und ist somit leichter zu zählen. Auch ist die Seuchengefahr geringer, so daß das Betreten der Ställe nur in seltenen Fällen nicht möglich ist.

Gezählt wurde der gesamte Viehbestand des Landes, also auch bei den sogenannten Kleinproduzenten mit weniger als 0,5 ha Betriebsfläche bzw. ohne Land. Gezählt wurden die Tiere in folgender Hauptgliederung:

- | | |
|--|---|
| 1. Pferde | 5. Schweine |
| a) Großpferde (über 140 cm Stockmaß) | a) Zuchteber |
| b) Kleinpferde (bis 140 cm ") | b) Zuchtsauen |
| 2. Maultiere, Maulesel und Esel | c) Ferkel unter 8 Wochen |
| 3. Rindvieh | d) Jungschweine 8 Wochen bis unter 6 Monate |
| a) Kälber unter 3 Monate | e) Schlacht- und Mastschweine |
| b) Jungvieh von 3 Monate bis unter 2 Jahre | 6. Ziegen |
| c) Bullen, Stiere, Ochsen | a) Lämmer unter 1 Jahr alt |
| d) Färsen | b) 1 Jahr und älter |
| e) Kühe | 7. Federvieh |
| 4. Schafe | a) Hühner |
| a) Lämmer unter 1 Jahr alt | b) Gänse |
| b) 1 Jahr und älter | c) Enten |
| | d) Trut-, Perl- und Zwerghühner |
| | 8. Bienenvölker |
| | 9. Zahme Kaninchen |

Teilweise erfolgte eine weitere Unterteilung nach Alter, Geschlecht und Verwendungszweck der jeweils statistisch gezählten Tierarten. Es stand die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Tierbestände rasch zu erhöhen, um die Versorgungslage entscheidend zu verbessern. Das ist biologisch bei den Schweinebeständen wesentlich schneller

möglich als beim Rinderbestand, da die Trächtigkeits- und Mastzeiten bei Schweinen kürzer sind. Um die Entwicklung der Schweinebestände kurzfristig verfolgen zu können, wurden jeweils am 3. März und 3. September Schweinezwischenzählungen eingeführt; die erste vierteljährliche Schweinezählung erfolgte am 3. September 1948. Sie schuf Voraussetzungen für die Planung der Schweinebestände zum Start des Zweijahrplanes 1949/50.

Die technische Durchführung war bei allen Viehzählungen die gleiche. Am Stichtag der Zählungen zählten in allen Dörfern und Städten ehrenamtliche Zähler das Vieh an Ort und Stelle und trugen die festgestellten Bestände in Zählbezirkslisten ein. Es wurde nach dem Standortprinzip gezählt, und zwar an dem Ort, wo das Tier am Stichtag 0 Uhr stand. Wenn z.B. ein Bauer ein Kalb verkauft hatte, das aber am Stichtag noch in seinem Stall stand, so hatte dieser Bauer das Kalb in der Viehzählung anzugeben. Das gleiche galt vom sogenannten Pensionsvieh, d.h. Vieh, das dem Betriebsinhaber, auf dessen Hof oder Betrieb es sich befand, nicht gehörte. So übernahmen Futtermittelbetriebe oft Jungtiere anderer Betriebe zur Aufzucht, um sie danach wieder dem Eigentümer zu übergeben. Verständlicherweise gab es in diesem Zusammenhang viele Unklarheiten, weil die Befragten in erster Linie an die Veranlagung und Ablieferung dachten und es nicht verstanden, daß sie das ihnen nicht gehörende Vieh mit aufführen sollten. Dasselbe galt von Tieren, die kurz nach dem Zählungstag geschlachtet werden sollten. Andererseits brauchten Tiere nicht gezählt zu werden, die erst nach dem Stichtag geboren wurden. Zu dieser Zeit nahmen die Viehzählungskontrollen in den Tagen nach den jeweiligen Zählungen einen großen Umfang an. Nicht nur die örtlichen Organe führten Kontrollen durch, auch viele Mitarbeiter des statistischen Dienstes wurden bei den Viehkontrollen eingesetzt; denn in erster Linie waren die Organe der Statistik für die Realität der Angaben bei diesen statistischen Erhebungen verantwortlich. Verheimlichungen von Viehbeständen kamen zu dieser Zeit in relativ großem Umfang vor. Begünstigt wurde diese Erscheinung durch die sogenannte Stückveranlagung in den ersten Nachkriegsjahren. Der Umfang der Pflichtablieferung tierischer Produkte wurde bis 1948 nach Normen je Stück Vieh, das am Ende des vergangenen Jahres gezählt worden war, festgesetzt. Das war notwendig, da der Viehbesatz der einzelnen Betriebe, auch unter sonst gleichen Umständen, z.B.

der Betriebsgröße, in den ersten Nachkriegsjahren, insbesondere durch Kriegseinflüsse und Bildung von Neubauernbetrieben, unterschiedlich hoch war. Die Viehzählungen mit ihrer organisierten, umfassenden und einheitlichen Ermittlung der Tierbestände bildeten die Basis für die Planung und Veranlagung der Betriebe. Um Fehleinschätzungen einzelner Betriebe durch das Standortprinzip zu vermeiden, war man in der Praxis dazu übergegangen, bei nicht dem Betriebsinhaber gehörendem Vieh Erläuterungen zu geben. In manchen Kreisen waren besondere Viehregister eingeführt worden, bei denen jeder Zu- und Abgang registriert werden sollte. Trotz zahlreicher Mängel beim Nachweis der Tierbestände bei den Viehzählungen waren aber die durch sie nachgewiesenen Bestände meist höher als bei den örtlichen Registrierungen.

Die sogenannte Stückveranlagung genügte bald den volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht mehr, zumal sie einen echten materiellen Anreiz zur Erhöhung der Tierbestände vermissen ließ. Ab 1. Januar 1949 wurde deshalb die Hektarveranlagung eingeführt. Nunmehr waren weder die Anzahl des Viehs noch seine Leistungen mit der festgesetzten Höhe der Pflichtablieferung verbunden. Damit war ein wesentlicher Grund für Viehverheimlichungen gegenstandslos geworden, und die Ergebnisse der Viehzählungen wurden realer.

Die Zähler nahmen nach erfolgter zahlenmäßiger Aufnahme des Viehs eine Aufrechnung der Bestände zum Zählbezirksergebnis vor und gaben es mit einer Reinschrift bei der Gemeindeverwaltung ab. Hier wurde das Gemeindeergebnis, im Statistischen Kreisamt das Kreisergebnis und im Statistischen Landesamt das Landesergebnis gewonnen. Aus den Landesergebnissen errechnete das Statistische Zentralamt das Gesamtergebnis. So einfach dieser Weg der Durchführung erscheint, so groß war die mit ihm verbundene Arbeitslast, die alle Stufen der Verwaltung zu tragen hatten. Das Schwergewicht der Arbeit lag bei den Gemeinden, wo die Zählbezirke eingeteilt, Zähler geworben und geschult, Kontrollen durchgeführt und die ersten Ergebnisse ermittelt wurden. Eine besondere Häufung agrarstatistischer Arbeiten trat im Juni auf, da die Bodenbenutzungserhebung und die Viehzählung zum gleichen Stichtag durchgeführt wurden.

Auch die Viehzählung wurde getrennt nach Eigentumsformen aufbereitet, indem Privatbetriebe und Betriebe der öffentlichen Hand unterschieden

wurden. Bei der Juniviehzählung 1947 und der Dezemberviehzählung 1948 wurden die Betriebe nach Größengruppen aufbereitet. In den Zählbezirkslisten der Viehzählung war für die Viehhalter mit einer Betriebsfläche von 0,5 ha an außer ihrem Viehbestand auch die Größe ihrer Gesamtfläche, landwirtschaftlichen Nutzfläche, Ackerland sowie Wiesen und Weiden einzutragen. Die Gruppierung wurde nach zwei Gesichtspunkten vorgenommen. Einmal erfolgte eine Gruppierung aller Betriebe nach der Größe der Gesamtfläche, wo nur die einzelnen Flächenarten verzeichnet waren. Die zweite Gruppierung erfolgte nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche. In dieser Tabelle wurden die Viehbestände in mehrfacher Kombination aufgenommen; insgesamt umfaßte diese Tabelle 80 Spalten. Die Aufbereitung erfolgte innerhalb der Privatbetriebe und der Betriebe der öffentlichen Hand nach jeweils 16 Größengruppen. Bei den privaten Viehhaltungen mußten außerdem gesonderte Zusammenstellungen nach Altbauern, Neubauern und Anliegesiedlern (Altbauern, die ihren Besitz durch die Bodenreform vergrößern konnten) angefertigt werden.

Bei der Auswertung der Viehzählungsergebnisse spielt der Viehbesatz eine besonders große Rolle, wobei die Viehbestände auf 100 ha bezogen werden. Um eine zusammenfassende Größe für den gesamten Viehbesatz zu erhalten, werden die einzelnen Tierarten, unterteilt nach Alter und Verwendung, in sogenannte Großvieheinheiten umgerechnet und anschließend die errechneten Zahlen zur Summe der Großvieheinheiten addiert; diese wird schließlich zur landwirtschaftlich genutzten Fläche in Beziehung gesetzt.

Die Großvieheinheit (GV) ist ein Maßstab für die zusammenfassende Berechnung des Bestandes an Zug-, Zucht- und Nutztieren. Dabei gelten 500 kg Lebendmasse als 1 GV. Mit Hilfe der GV kann der gesamte Viehbestand eines Betriebes oder Territoriums für ökonomische Berechnungen (Viehbesatz, Futterbereitstellung, Futterverbrauch) und für Analysen in einer Zahl ausgedrückt werden.

Zur Beurteilung des Verhältnisses zwischen Viehbestand und Rauh- sowie Saftfutterfläche wird der GV-Bestand in rauh(grob)futterverzehrende GV = RGV umgerechnet, z.B. 1 GV Pferde = 0,5 RGV bzw. 1 GV Rinder = 1,0 RGV.

Ab Mitte der 70 er Jahre wird eine vom Futterverbrauch ausgehende Umrechnung des Viehbestandes in die futterbedarfsbezogene GV = fGV vorgenommen. Der fGV-Schlüssel ergibt sich für die jeweilige Tier-

kategorie und Nutzungsrichtung aus dem Bedarfsnormativ an Energie des DDR-Futterbewertungssystems je Tier und Jahr. Einer fGV entspricht ein Jahresfuttermittelverbrauch von 2400 Stärkewerten oder 3 dt Getreideeinheiten.

Nachfolgend werden die Umrechnungsschlüssel in GV und RGV mitgeteilt (Stand 1981):

Großvieheinheit (GV)

Umrechnungsschlüssel:

1 Stück = GV

Kälber bis 4 Monate alt	0,15
Jungrinder über 4 bis 12 Monate alt	0,40
Jungrinder über 12 bis 18 Monate alt, weiblich, noch nicht bedeckt oder besamt	0,70
Jungrinder gedeckt oder besamt bzw. über 18 Monate alt, weiblich	0,90
Kühe	1,00
Zuchtbullen	1,50
Übrige Rinder (Schlacht- und Mastrinder, Zugochsen, sonstige Bullen und Ochsen über 12 Monate alt)	0,90
Ferkel bis 2 Monate alt	0,015
Jungschweine über 2 bis 4 Monate alt	0,04
Zuchtsauen über 6 Monate alt, noch nicht abgeferkelt	0,23
Zuchtsauen ab 1. Wurf bis zum Ausscheiden aus der Zucht	0,35
Zuchteber über 6 Monate alt	0,35
übrige Schweine über 4 Monate alt	0,16
Schafklämmer bis 4 Monate alt	0,03
Schafe über 4 Monate bis 1 Jahr alt	0,07
Schafe über 1 Jahr alt	0,11
Geflügel insgesamt (ohne Küken) 100 Stück	0,4
Pferde bis 3 Jahre alt, einschl. Fohlen	0,8
Pferde über 3 Jahre alt	1,0
Ziegen über 6 Monate alt, weiblich	0,09
übrige Ziegen	0,05

Verkürzter GV-Schlüssel:

bei der Nachzucht entsprechendem Bestand

Rindvieh	0,8
Schweine	0,15
Schafe	0,08
Geflügel 100 Stück	0,4
Pferde	1,0
Ziegen	0,06

Umrechnungsschlüssel von GV in RGV:

	RGV
1 GV Rind	1,0
1 GV Zuchtschwein	0,2
1 GV sonstiges Schwein	0,1
1 GV Schaf	0,7
1 GV Pferd	0,5
1 GV Ziege	0,7

Als Sondererhebung zu den Viehzählungen wurden in den ersten Nachkriegsjahren die Bestände an Edelpelztieren erfaßt, beginnend mit dem 15. Februar 1948. Auf den Gemeindelisten der allgemeinen Viehzählung vom 3. 12. 1947 hatten die Bürgermeister die Anschriften der Edelpelztierhalter einzutragen, um den Kreis der zu Befragenden festzustellen. Von der Zählung wurden im allgemeinen Edelpelztiere aller Art mit Ausnahme der Kaninchen erfaßt: also Füchse (gegliedert nach 5 Arten), Marder, Nerze, Iltisse, Nutrias, Waschbären und Karakulschafe. All diese Tierarten wurden unterteilt in

- zur Zucht benutzte
- zur Zucht bestimmte
- zur Fellgewinnung bzw. zum Verkauf bestimmte

Tiere. Daneben wurden der Hauptberuf des Pelztierhalters, Beginn der Pelztierhaltung, Größe der Betriebsfläche sowie Zahl, Größe und Art der Gehege ermittelt.

3.2. Statistik der Schlachtungen und Schlachtgewichte
einschließlich Veterinärstatistik

3.2.1. Schlachtungs- und Veterinärstatistik

Durch das Fleischbeschaugesetz war die Beschaupflicht für Schlachtungen vorgeschrieben. Alle Tiere unterliegen vor der Schlachtung der Schlachtviehbeschau, nach der Schlachtung der Fleischbeschau, auch bei Hausschlachtungen. Das Land Sachsen war nach dem Kriege in etwa 1000 Beschaubezirke eingeteilt, von denen etwa 400 mit Tierärzten und 600 mit Laienbeschauern besetzt waren. Das Fleischbeschaugesetz regelte auch die statistische Meldepflicht. Monatlich mußten sämtliche Tierärzte und Laienbeschauer die Zahl der von ihnen beschauten Tiere, getrennt nach einzelnen Arten, auf einer vorgedruckten Postkarte an den Kreistierarzt melden, der die

gesammelten Karten bis zum 15. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats an das Statistische Landesamt weiterzuleiten hatte, das wiederum das Landes- und die Kreisergebnisse dem Statistischen Zentralamt weiterleitete.

Neben diesen Monatsmeldungen über die beschauten und damit geschlachteten Tiere erfolgte eine umfangreiche Jahreszusammenstellung, die gleichzeitig als Veterinärstatistik diente. Sie beinhaltete außer der Zahl der beschauten Tiere auch eine eingehende Aufgliederung der bei der Beschau festgestellten Mängel, Beanstandungen und Krankheiten. Darüber führten die Fleischbeschauer Tagebücher, die sie am Jahresende statistisch auswerteten. Tierärzte hatten ein großes Formular A auszufüllen, während für die Laienbeschauer ein kleines Formular B bestimmt war, das nur die von ihnen behandelten Fälle enthielt. Die Beschauer mußten die Jahreszusammenstellung bis zum 15. Januar dem zuständigen beamteten Tierarzt einsenden. Die Tierärzte hatten die Zusammenstellungen auf sachgemäße Bearbeitung, Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen und die Beseitigung von Mängeln zu veranlassen; sie konnten dazu die Vorlage der Tagebücher von den Beschauern anfordern. Die geprüften Zusammenstellungen waren von den Tierärzten dem Kreistierarzt zu übersenden, der sie bis zum 15. Februar dem zuständigen Statistischen Landesamt weiterzuleiten hatte. Dort wurden die zugegangenen Jahreszusammenstellungen A und B zu Kreis- und Landesübersichten konzentriert; letztere wurden im Statistischen Zentralamt zum Ergebnis für die sowjetische Besatzungszone aufbereitet. Im Formblatt A wurden folgende Nachweise verlangt:

- 1) Zahl der Schlachttiere, bei denen die Beschau durchgeführt wurde. Diese Zusammenstellung mußte mit der Summe der 12 Monatsmeldungen auf der Postkarte übereinstimmen.
- 2) Im Teil 2 wurden alle für die weitere Verwendung beanstandeten ganzen Tierkörper aufgeführt. Es wurden drei Arten von Beanstandungen unterschieden:
 - untaugliche Tierkörper
 - bedingt taugliche Tierkörper
 - minderwertige Tierkörper

Als Beanstandungsgründe waren 20 verschiedene Krankheiten aufgeführt.

3) Im Teil 3 waren beanstandete veränderte Teile aufgeführt, d.h. wenn nur Köpfe, Zungen, Lungen, Därme usw. als bedingt tauglich oder minderwertig beanstandet worden waren. Die gesunden Teile wurden für den menschlichen Genuß freigegeben. Hier wurden 15 verschiedene Erkrankungen unterschieden.

Neben den genannten Nachweisungen wurden noch einige zusätzliche Angaben verlangt, von denen die wichtigste die Gesamtzahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere war, unterteilt nach ganzen Tierkörpern oder solchen, von denen nur Teile wegen Tuberkulose beanstandet worden waren.

Durch die Schlachtungsstatistik der Tierärzte war die Gesamtzahl der geschlachteten Tiere bekannt, unterteilt nach gewerblichen, Not- und Hausschlachtungen. Dadurch war aber noch nicht die Schlachtmasse bekannt, die noch vom Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere abhängt.

3.2.2. Schlachtgewichtsstatistik

Das Schlachtgewicht konnte nicht von allen geschlachteten Tieren ermittelt werden, da vielfach die technischen Einrichtungen zur Wägung der geschlachteten Tiere fehlten. Deshalb wurde das Schlachtgewicht nur bei Tieren festgestellt, die in Schlachthöfen geschlachtet wurden, z.B. in Sachsen gab es 34 Schlachthöfe. Von den Schlachthöfen waren monatliche Aufstellungen über die erfolgten Schlachtungen und das festgestellte Schlachtgewicht dieser Tiere an die Statistischen Landesämter abzugeben, aus denen dann die Durchschnittsschlachtgewichte der in Schlachthöfen geschlachteten Tiere für das Land bzw. im Statistischen Zentralamt für die sowjetische Besatzungszone errechnet wurden. Diese Durchschnittsschlachtgewichte wurden mit der Zahl der laut Schlachtungsstatistik gemeldeten insgesamt geschlachteten Tiere multipliziert und auf diese Weise die gesamte Schlachtmasse festgestellt. Die ermittelte Schlachtmasse entspricht dem Bruttofleischanfall, d.h. mit enthalten ist das Fett, dessen Anteil bei den Schweinen mit durchschnittlich 20 % des Schlachtgewichts am höchsten ist; die Innereien und das Eingeweidefett sind abgesetzt. Die Ermittlung der Fleischproduktion beruhte demnach auf einer Repräsentativerhebung, indem angenommen wurde, daß das Schlachtgewicht der nicht in Schlachthöfen geschlachteten Tiere dem in

Schlachthöfen festgestellten entsprach. Der Anteil der in Schlachthöfen geschlachteten Tiere betrug in Sachsen bei Rindern ca 60 %, bei Schweinen ca 40 % und dürfte in den übrigen Ländern etwas niedriger gewesen sein. Aber auch bei den in Schlachthöfen geschlachteten Tieren wurden mangels technischer Einrichtungen nicht alle geschlachteten Tiere nach erfolgter Schlachtung gewogen, sondern ihr Schlachtgewicht errechnet. Erfahrungsgemäß liegen die durchschnittlichen Schlachtertragsprozente, d.h. der Anteil der Schlachtmasse an der Lebendmasse, nach Tierarten und Schlachtwertklassen annähernd fest, z.B. bei Schweinen ca 80 %, bei Rindern ca 60%. Der Schlachtertragsprozentsatz ist um so geringer, je magerer die Tiere sind. Für die überwiegende Anzahl der Hausschlachtungen, insbesondere Schweine, ist auch heute noch das Gewicht der Tiere nicht bekannt. Einige wenige Hausschlachtungen wurden in Schlachthöfen vorgenommen. Das dabei ermittelte Schlachtgewicht wurde für alle Hausschlachtungen angewandt; das tatsächliche Durchschnittsschlachtgewicht sämtlicher hausgeschlachteten Schweine dürfte etwas höher gelegen haben.

3.3. Statistik der Milcherzeugung

Die Milcherzeugung ist ein Hauptzweig der landwirtschaftlichen Produktion. In der damaligen Zeit sehr beschränkter Versorgungsmöglichkeiten der Bevölkerung, insbesondere auch mit Fetten, stand die Bereitstellung von Milch und Butter mit im Mittelpunkt der notwendigen Maßnahmen zur Lenkung der Erzeugung, der Verteilung und des Verbrauchs an landwirtschaftlichen Produkten. Ein genauer Überblick über die Produktion von Milch und ihre Verwendung war unbedingt erforderlich. Zudem bildete und bildet auch heute noch die Milcherzeugung mit etwa 20 bis 30 % der Verkaufserlöse eine der Haupteinnahmequellen der Landwirtschaft. Zur Gewinnung der notwendigen Angaben diente die Milcherzeugungsstatistik, die damals als fortlaufende monatliche Erhebung wie folgt durchgeführt wurde: Die Zahlen für die Milcherzeugungserhebung wurden in jedem Kreis durch einen ehrenamtlichen Schätzungsausschuß teils erhoben, teils berechnet und schätzungsweise festgestellt. Die Mitglieder des Ausschusses wurden vom Landrat oder Oberbürgermeister im Einvernehmen mit den zuständigen Kreisstellen aus dem Bereich der Landwirtschaft

ernannt. Je nach den örtlichen Verhältnissen wurden für die Mitarbeit besonders geeignete Fachkräfte, wie Leiter von Molkereien, Tierzucht- und Milchleistungsinspektoren, Leiter von Landwirtschaftsschulen und Wirtschaftsberatungsstellen, Fachkräfte von Handel und Versorgung, Alt- und Neubauern oder sonstige Sachverständige, und nach Bildung der Statistischen Kreisstellen auch deren Leiter bzw. Mitarbeiter, ausgewählt.

Das Meldeverfahren bestand in einer Vormeldung (Eilmeldung) und einem ausführlichen Bericht in Form eines Fragebogens. Mit der Vormeldung wurden zu Beginn des Monats der Milchkuhbestand (einschließlich der trockenstehenden Kühe), der durchschnittliche Milchertrag je Kuh in kg und die Gesamtmilcherzeugung an Kuhmilch in kg als vorläufige Schätzung erfragt. Diese Angaben erfolgten für Kühe, die unter Leistungskontrolle standen (etwa ein Drittel aller Kühe), für Kühe, die nicht unter Leistungskontrolle standen, und für alle Kühe zusammen. Außerdem war mit der Eilmeldung eine Beurteilung der Futterversorgung für den begonnenen Monat abzugeben.

Der ausführliche Bericht für den Kreis insgesamt erfragte nach Abschluß des Monats den Milchkuhbestand (einschließlich der trockenstehenden Tiere), den durchschnittlichen Milchertrag je Kuh in kg und die Gesamtmilcherzeugung als endgültige Schätzung, ebenfalls für Kühe, die unter Leistungskontrolle standen, und alle Kühe. In dem ausführlichen Bericht war die tatsächliche Futterversorgung für den abgelaufenen Monat anzugeben. Anschließend wurde nach der Verwendung der Kuhmilch gefragt. Hier waren anzugeben

- wieviel an Molkereien, Milchsammelstellen sowie an sonstige Milchbe- und -verarbeitungsbetriebe (Käsereien, Vollmilch-Konservenfabriken usw.) abgeliefert
- wieviel an Kälber, Ferkel, Küken usw. verfüttert
- wieviel unmittelbar vom Hof an Verbraucher abgesetzt
- wieviel im Haushalt der Kuhhalter (einschließlich Deputat und Anteil) frisch verbraucht
- wieviel im Haushalt der Kuhhalter zu Butter, Käse, Speisequark usw. verarbeitet

worden war.

Die Erhebung erstreckte sich auch auf Ziegen. Es war anzugeben der Ziegenbestand (einschließlich der trockenstehenden Tiere), der

durchschnittliche Milchertrag je Ziege in kg, die Gesamterzeugung von Ziegenmilch in kg und die Verfütterung an Ziegenmilch in kg und in v.H. der Gesamterzeugung; die Verfütterung an Ziegenlämmer und sonstige Tiere (Ferkel usw.) war getrennt anzugeben.

Die Schätzungsausschüsse benutzten für ihre Arbeit verschiedene Unterlagen. Für die Ermittlung der gesamten Milchkuhbestände wurden die Ergebnisse der Viehzählungen herangezogen; die Zahl der kontrollierten Kühe ging aus den Unterlagen der Leistungsprüfung hervor. Bei der Berechnung der Milcherträge wurden einerseits die Ergebnisse der Milchleistungskontrolle berücksichtigt, wobei eingeschätzt werden mußte, wie hoch der Milchertrag der nicht unter Leistungskontrolle stehenden Kühe war, da deren Ertrag geringer als der der Kontrollkühe war. Andererseits wurden die Meldungen der Molkereien über die Milchablieferung benutzt; die Verfütterung konnte aus den Kälbergeburten geschätzt werden, wofür die Milchleistungsprüfer Unterlagen hatten; die übrigen Verwendungsarten mußten ebenfalls geschätzt werden. Da die Menge der an Molkereien abgelieferten Milch nur etwa 60 % der gesamten Milcherzeugung betrug, aber allein diese Größe als Totalerfassung kontrollierbar bekannt war, und die bekannte Leistung der Kontrollkühe nicht ohne weiteres als repräsentativ für sämtliche Kühe anzusehen war, geht hervor, wie relativ unsicher das statistisch ermittelte Volumen der gesamten Milcherzeugung war. Eine Voraussetzung für relativ reale Ergebnisse bestand darin, daß den Milchschatzungsausschüssen Mitglieder angehörten, die sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe bewußt waren und nicht eine ihren spezifischen Interessen als Bauern oder Verwaltungsangestellte dienende Meldung abgaben. Nach den Erfahrungen waren die Molkereileiter am geeignetsten für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung. Den Statistischen Landesämtern oblag es, jährlich einmal die Milchschatzungsausschüsse zu schulen.

3.4 Statistik der Eier-, Wolle- und Honigerzeugung

Auch die Ermittlung der Eier-, Wolle- und Honigerzeugung konnte selbstverständlich nicht als Vollzählung durchgeführt werden. Hier wurde eine Art Stichprobenverfahren angewandt, das aber einer wissenschaftlichen Auswahlmethode nicht Stand hielt. Es sollte der Eier-, Wolle- und Honigertrag je Tier bzw. Bienenvolk von einigen Betrieben

genau erfaßt werden, und diese Erträge sollten repräsentativ für diejenigen aller Betriebe sein. Da die Zahl der Hennen, Schafe und Bienenvölker durch die Viehzählungen feststand, wurde durch Multiplikation der Zahl dieser Tiere mit den Durchschnittserträgen die Gesamterzeugung an Eiern, Wolle und Honig errechnet. Mit der Auswahl der Betriebe waren die Saatenstands- und Ernteberichterstatter beauftragt worden. Sie hatten einen größeren, mittleren und kleineren Betrieb zu befragen, von denen sie wußten, daß dort Aufzeichnungen über die entsprechenden Produktionsleistungen vorhanden waren. Meistens war der Betrieb des Berichterstatters ebenfalls einer dieser drei Betriebe.

In der Praxis waren die Ergebnisse dieser Befragung anfechtbar. Die nach subjektiven Gesichtspunkten ausgewählten Betriebe schätzten im wesentlichen die Erträge; die Schätzungen waren wiederum subjektiv beeinflusst. In der Zeit der damaligen Lebensmittelbewirtschaftung konnten keine realen Zahlenangaben im Detail erwartet werden. Beim Honigertrag kam hinzu, daß viele Saatenstandsberichterstatter selbst nicht Bienenzüchter waren, von Imkern aber meist keine realen Auskünfte erhielten. Im Lande Sachsen wurde im Jahre 1948 gleichzeitig eine Befragung der örtlichen Imkervereine durchgeführt. Das Ergebnis war noch unrealer als das der Berichterstatter. Außerdem gaben nur etwa 60 % aller Ortsvereine Meldungen ab.

Die in den Abschnitten 2 und 3 behandelten statistischen Erhebungen und Berichterstattungen der Jahre 1945 - 49 umfassten im wesentlichen das Gesamtspektrum der von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik erfaßten landwirtschaftlichen Produktion und ihrer wichtigsten Voraussetzung (Boden und Vieh). Im nächsten Abschnitt wird charakterisiert, wie zu damaliger Zeit versucht wurde, in umfassender Form aus betriebs- und sozialökonomischer Sicht die Struktur und Lage der Landwirtschaftsbetriebe zu untersuchen.

4. Landwirtschaftliche Betriebszählung

4.1 Aufgabenstellung

Im Jahre 1949 wurde für das jetzige Gebiet der DDR die erste Landwirtschaftliche Betriebszählung (LBZ) durchgeführt. Es war im hier betrachteten Zeitraum von 1945 bis 1949 die umfangreichste agrar-

statistische Erhebung. Die LBZ stellte eine Bestandserhebung der wesentlichsten für die Landwirtschaft notwendigen Produktionsvoraussetzungen dar. Bis zum Jahre 1949 waren bereits die Flächenverhältnisse, die Viehbestände und einmalig auch die Zahl der Maschinen (am 1.1.1946) erhoben worden. Deshalb scheint die Betrachtung des weiter unten mitgeteilten Zählungsprogramms die Ansicht zu rechtfertigen, daß die LBZ praktisch bei vielen Kennziffern auf eine Doppelerhebung hinauslief. Doch diese Ansicht ist falsch; denn die Einzelerhebungen erstreckten sich nur auf Teilgebiete der Landwirtschaft, ohne Rücksicht auf betriebswirtschaftliche Zusammenhänge und Verflechtungen. Bei der Bodenbenutzungserhebung bis 1948 wurden beispielsweise alle Flächen nach dem Belegenheitsprinzip derjenigen Gemeinde zugerechnet, in deren Gemarkung sie lagen, auch wenn sie einem auswärtigen Betrieb gehörten. Bei der Viehzählung wurden und werden die Tiere stets nach dem Standortprinzip dort gezählt, wo sie sich am Stichtag befinden. Die Ergebnisse dieser Einzelerhebungen hatten keinen gemeinsamen Nenner und ließen sich deshalb nicht zu betriebswirtschaftlichen Übersichten zusammenfügen. Bei der LBZ dagegen waren sämtliche Fragen von vornherein einheitlich durch das Wirtschaftsprinzip bestimmt. Bodenflächen und Viehbestände wurden bei demjenigen Betrieb ermittelt, von dem sie genutzt wurden, auch wenn sie sich außerhalb des Betriebsortes befanden. Bei den Maschinen wurde nicht nach dem vorhandenen Bestand, sondern nach der Verwendung im letzten Jahr gefragt. Darüber hinaus umfaßte die LBZ Kennziffern, die bisher überhaupt noch nicht erfaßt worden waren, z.B. die Arbeitskräfte, vorhandene Gebäude und Nebenbetriebe. Alle Betriebsmerkmale waren auf einem Fragebogen zusammengefaßt und wurden bei der Aufbereitung in der verschiedensten Weise kombiniert. Die Möglichkeiten hierfür waren äußerst vielgestaltig und vermittelten Erkenntnisse auf breiter Basis, die aus den Spezialzählungen nicht zu gewinnen waren.

Durch die Angabe der Wirtschaftsfläche konnte jeder Betrieb zunächst in die für ihn zuständige Betriebsgrößengruppe eingestuft werden. Dabei konnten die Größengruppen sowohl nach der Gesamtbetriebsfläche als auch nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche gebildet werden. Nach dieser Einteilung wurden alle sonstigen Erhebungsmerkmale aufbereitet, so daß festgestellt wurde, in welcher Größengruppe etwa der Einsatz familienfremder Arbeitskräfte begann oder der Viehbesatz am stärksten war. Eine Vielzahl weiterer Aufbereitungsmöglichkeiten er-

gab sich durch die Kombination der Größengruppen der Flächen mit der Einteilung der Betriebe in Privatbetriebe und Betriebe der öffentlichen Hand. Die ersteren wurden nach Eigentums-, Pacht- und gemischten Betrieben oder nach Altbauern und Neubauern, die letzteren nach volkseigenen und sonstigen Betrieben der öffentlichen Hand unterschieden. Bei der Aufbereitung wurde auf die Ausgliederung der Neubauernbetriebe besonderer Wert gelegt, um den Bestand an Gebäuden, die Verwendung von Maschinen, das Vorhandensein von Vieh usw. gerade dieser Betriebe erkennen zu können. Schließlich konnten auch die einzelnen Merkmalsgruppen unter sich in Beziehung gesetzt werden, so z.B. die Bodenbenutzung der Viehhaltung oder der Maschinenverwendung gegenübergestellt werden.

Hieraus ergaben sich bedeutsame Schlußfolgerungen, die z.B. die Darstellung der Auswirkungen einer vermehrten Viehhaltung auf das Anbauverhältnis vermittelten. Es gab keine andere landwirtschaftliche Erhebung, die in der Lage war, die LBZ auch nur teilweise zu ersetzen.

Hinsichtlich der Zahl des Zeitpunktes der Durchführung der LBZ 1949 waren verschiedene Faktoren maßgebend. Die Erhebung sollte umfassend die nach Kriegsende eingetretenen starken Veränderungen in der Betriebsstruktur sichtbar machen, Veränderungen, die im Gefolge der Durchführung der Bodenreform, aber auch der Kriegsauswirkungen mit dem jahrelangen Kunstdüngermangel, den Viehentnahmen, der Umsiedlung, der Kriegsverluste an Personen usw. verursacht worden waren. Von einem früheren Zeitpunkt der Zählung war jedoch Abstand genommen worden, weil die schwierigen Verhältnisse in der Wirtschaft äußerste Sparsamkeit erforderten; denn die LBZ war mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden, nicht nur im zentralen Apparat, sondern in noch größerem Maße in den unteren Instanzen, den Kreisen und Gemeinden. Außerdem war die Bodenreform noch nicht voll abgeschlossen, und die LBZ sollte dennoch wichtige Auswirkungen der Bodenreform zeigen. Nicht zuletzt wollte man in der damaligen Zeit statistische Erhebungen so großen Stils - analog der Volkszählung - in der sowjetischen Besatzungszone nicht im Alleingang durchführen; die LBZ wurde lt. Kontrollratsbeschluß in allen Besatzungszonen Deutschlands im Jahre 1949 in Angriff genommen.

4.2 Umfang und Inhalt

Die LBZ erstreckte sich auf sämtliche land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens 0,5 ha Betriebsfläche; das waren insgesamt 823 Tausend Betriebe, von denen etwa 225 Tausend Betriebe, d.h. mehr als ein Viertel, nach 1945 neu entstanden waren. Binnenfischereibetriebe mit eigenen oder gepachteten Wasser- und evtl. Landflächen dieser Größenordnung wurden mitgezählt, desgleichen die Erwerbsgartenbaubetriebe unter 0,5 ha. Die übrigen Kleinbetriebe und Kleingärten wurden mit der Volkszählung 1950 statistisch untersucht. Als Betrieb galt jede selbständig bewirtschaftete Bodenfläche, die ganz oder teilweise als landwirtschaftliche Nutzfläche, Wald oder Fischgewässer genutzt wurde, gleichgültig, ob die Nutzung zum Haupt- oder Nebenerwerb oder nur zur Selbstversorgung diente. Neben den genutzten Flächen umfaßte die Betriebsfläche auch noch die zugehörigen Haus- und Hofflächen, Ziergärten, Wirtschaftswege, Kiesgruben, ungenutzten Gewässer usw. Für Staatsforsten galten die Forstämter als Betriebe, Pachtflächen wurden beim Pächter gezählt. Landwirtschaftlich-technische Nebenbetriebe, wie Brennereien, Mühlen, Gastwirtschaften usw. wurden zwar unter Angabe der darin ständig beschäftigten Personen nachgewiesen, weitere Fragen bezogen sich aber nicht auf diese Nebenbetriebe. Wenn Arbeitskräfte, Zugtiere oder Maschinen neben der Landwirtschaft auch im gewerblichen Nebenbetrieb verwendet wurden, waren sie nach ihrer überwiegenden Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Betrieb zu rechnen. Rein gewerbliche Gärtnereien, wie Landschafts-, Friedhofs-, Dekorations- und Handelsgärtnereien (Ladengeschäfte) wurden nicht gezählt, desgleichen nicht Parkanlagen, gewerbliche Tierhaltungen, z.B. Wanderschäfereien, Mästereien usw. Das Erhebungsprogramm der Zählung gliederte sich in

- Vorfragen zur Kennzeichnung des Betriebes und des Betriebsinhabers
- Hauptfragen
- Sonderfragen gemäß den damaligen Zeitverhältnissen und den Besonderheiten in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Vorfragen erstreckten sich auf die Lage und Besitzform des Betriebes (eigener, gepachteter oder gemischter Privatbetrieb; volkseigener, Kirchen- oder sonstiger öffentlicher Betrieb).

Die Hauptfragen gliederten sich in die nachfolgenden Abschnitte:

- Betriebsinhaber, seine Familienangehörigen und Verwandten
- Familienfremde Arbeitskräfte des Betriebes
- Bodenbenutzung
- Viehhaltung
- Verwendung von Maschinen, Geräten und technischen Einrichtungen
- vorhandene Nebenbetriebe.

Folgende Sonderfragen wurden in der LBZ der sowjetischen Besatzungszone gestellt:

- Flächenzugang und -abgang durch die Bodenreform
- Vorhandensein von betriebseigenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden
- Fachausbildung der ständigen Arbeitskräfte
- Zugehörigkeit zu landwirtschaftlichen Kredit-, Waren-, Molkereigenossenschaften usw.
- im letzten Jahr geliehene oder verliehene Maschinen und Geräte
- vorhandene voneinander getrennt liegende Teilstücke der LN.

Die Aufteilung der einzelnen Fragenkomplexe in ca 300 Einzelkennziffern geht aus dem Betriebsbogen für Land- und Forstwirtschaft hervor.

Nachfolgend wird noch auf einige Probleme aufmerksam gemacht.

Bei den Arbeitskräften wurde ähnlich wie bei den Maschinen nicht nach einer Stichtagszahl gefragt, sondern danach, ob sie bei Aufrechnung sämtlicher Arbeitsleistungen mindestens die Hälfte oder weniger als die Hälfte des vergangenen Jahres im Betrieb mitarbeiteten; erstere wurden als ständig beschäftigte, letztere als nichtständig (zeitweilig) beschäftigte Arbeitskräfte bezeichnet. Wie lange sie im Betrieb mitarbeiteten, wurde nicht nachgewiesen. Beim Betriebsinhaber wurde lediglich danach gefragt, ob die Leitung des Betriebes hauptberuflich erfolgte, andernfalls mußte der Hauptberuf nachgewiesen werden.

Die Flächenangaben zur Bodenbenutzungserhebung wurden dieser entnommen, da sie 1949 erstmalig nach dem Wirtschaftsflächenprinzip durchgeführt wurde. Die Fragen, ob Anbau von Gemüse, Obst, Blumen, Zierpflanzen, Sträuchern oder Bäumen zum Zwecke des Verkaufs und ob Gemüseanbau zur Samengewinnung betrieben wurde, dienten zur Ermittlung des Befragtenkreises einer späteren Gartenbauerhebung. Bei der Erfragung der Verwendung von Maschinen, Geräten und tech-

nischen Einrichtungen wurden betriebseigene und betriebsfremde Maschinen usw. unterschieden. Als betriebseigen galten alle im alleinigen Besitz des Betriebes befindlichen Maschinen. Als betriebsfremd wurden neben den geliehenen, gemieteten oder im Lohnauftrag benutzten auch die gemein- oder genossenschaftlich (Maschinen- und Dreschgenossenschaften) gehaltenen Maschinen angesehen. Die Fragen nach der Verwendung betriebsfremder Maschinen erstreckten sich nur auf besonders wichtige und am häufigsten geliehene Maschinen, wie Schlepper, Mäh-, Dreschmaschinen usw. Es wurde nach von öffentlichen Anstalten und von Privatpersonen geliehenen Maschinen unterschieden. Zu den öffentlichen Ausleihstellen rechneten die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die Maschinenausleihstationen, die volkseigenen Betriebe und sogenannte Maschinengenossenschaften. Diese Angaben sowie diejenigen über das Verleihen betriebseigener Maschinen wurden in Maschinentagen (Zahl der Maschinen x Zahl der Arbeitstage jeder Maschine) verlangt und gaben Hinweise in bezug auf die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse in der Landwirtschaft der damaligen Zeit. Sie gestatteten somit relevante sozial-ökonomische Aussagen.

4.3 Organisation der Erhebung

Die Vorarbeiten für die LBZ waren in den einzelnen Besatzungszonen Deutschlands mehrere Jahre im Gange. Zu ihrer Koordinierung wurde 1947 ein "Arbeitskreis der deutschen Sachverständigen für Statistik in den vier Besatzungszonen Deutschlands" gebildet, dessen Fragebogen vom 26. bis 29. 1. 1948 auch in der sowjetischen Besatzungszone in einer oder zwei Gemeinden jeden Landes erprobt wurde. Die Probeerhebung wurde von Vertretern des Statistischen Zentralamtes und des zuständigen Statistischen Landesamtes überwacht. Die Probeerhebungen wurden so organisiert, daß in einigen Betrieben die Betriebsbogen von den Betriebsinhabern ohne Anleitung von Zählern auszufüllen waren, während in anderen Betrieben die Ausfüllung mit Hilfe von Zählern stattfand. Auf diese Weise konnte festgestellt werden, wie sowohl die Betriebsinhaber als auch die Zähler die Fragestellungen verstanden hatten. Nur wenige Bogen waren von den Betriebsinhabern richtig ausgefüllt worden. Auch den Zählern bereiteten manche Fragegruppen Schwierigkeiten, und an Hand der konkreten Ver-

hältnisse in den befragten Betrieben wurde festgestellt, daß eine Reihe von Fragen unklar formuliert war. In der Gemeinde Zabeltitz (Kreis Großenhain), in der im Land Sachsen die Probezählung stattfand, waren z.B. durchschnittlich 15 % der Fragen nicht oder falsch beantwortet worden.

Die nach der Probeerhebung weiterentwickelten Fragebogen und die sonstigen weiteren Vorbereitungen sowie die endgültig verwandten Fragebogen waren in der sowjetischen Besatzungszone unterschiedlich zu denen in den Westzonen. Später wurden die endgültigen Fragebogen zwischen den Zonen ausgetauscht, um zu gewährleisten, daß die Hauptfragen in den Betriebsbogen aller Zonen aufgenommen und vergleichbar waren. Lediglich die zusätzlich gestellten Sonderfragen trugen die Merkmale zonaler Besonderheiten.

Der Erhebungstermin war in der sowjetischen Besatzungszone auf den 15. Juni 1949 festgesetzt worden. Die Zählung wurde im Anschluß an die Bödenbenutzungserhebung vom 3. Juni durchgeführt, die sich selbst auf die Vorerhebung zur Feststellung der Wirtschaftsflächen vom 14. März (siehe Abschnitt 2.1) stützte. Soweit sich die Wirtschaftsflächen gegenüber der Vorerhebung geändert hatten, wurden sie bereits bei der Bodenbenutzungserhebung berücksichtigt.

Gesetzliche Grundlage der LBZ in der sowjetischen Besatzungszone war der Beschluß S 50/49 der Deutschen Wirtschaftskommission vom 23. Februar 1949. Die Leitung lag beim Statistischen Zentralamt, die Durchführung bei den Statistischen Landesämtern sowie bei den Kreis- und Gemeindeverwaltungen. Wegen des großen Arbeitsanfalls - die unmittelbare Vorbereitung und Durchführung der Zählung nahm etwa 3 Monate, die anschließende Aufbereitung in den Statistischen Landesämtern etwa 15 Monate in Anspruch - wurden bei den Statistischen Landes- und Kreisämtern besondere Beauftragte für die Zählung eingestellt, die unter der verantwortlichen Leitung der Landes- und Kreisämter arbeiteten. Außerdem hatte das Statistische Zentralamt vorgesehen, für etwa je 20 Gemeinden noch einen sogenannten Bezirksbeauftragten einzusetzen, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, die Zählung zu überwachen, Zweifelsfragen zu klären und die ausgefüllten Fragebogen zu prüfen. Die unmittelbare Durchführung der Zählung war Aufgabe der Gemeinden, die hierfür Zähler heranzogen. Für alle Beteiligten fanden zwei eingehende Schulungen an Hand des Betriebsbogens und einer ausführlichen Anweisung für die Durchführung der Zählung statt.

Im Gegensatz zu allen anderen landwirtschaftlichen Erhebungen, die mit einem großen Stab ehrenamtlicher Zähler durchgeführt wurden, hatte die Deutsche Wirtschaftskommission für die Durchführung der LBZ Sondermittel zur Verfügung gestellt, die vor allem für die Vergütung der eingesetzten Zähler Verwendung fanden, aus denen aber auch die Landes-, Kreis- und Bezirksbeauftragten und die für die Aufbereitung eingesetzten Aushilfskräfte vergütet wurden. Die Zählung konnte in den Gemeinden nicht an einem Tag abgeschlossen werden, sondern zog sich über eine bis drei Wochen hin. Ohne speziell eingesetzte Kreisbeauftragte, die in der Zeit der Zählung sich ausschließlich mit dieser beschäftigten, hätte die Erhebung nicht erfolgreich durchgeführt werden können. Von der Möglichkeit des Einsatzes von sogenannten Bezirksbeauftragten (Bezirk hier = mehrere Gemeinden eines Kreises) haben nicht alle Länder Gebrauch gemacht. Die für sogenannte Bezirksbeauftragte zweckgebunden vorgesehenen finanziellen Aufwendungen konnten dadurch den Zählern und den Kreisbeauftragten (z.B. zur Prämierung guter Leistungen der Zähler) zur Verfügung gestellt werden.

Damit die Kreisbeauftragten nicht zu viele Zähler zu betreuen hatten, wurde den Kreisen vorgeschlagen - und so wurde es auch von den meisten Kreisen gehandhabt - nur verhältnismäßig wenige Zähler zu bestellen, dafür aber jeden Zähler in der Regel die Zählaufgaben in mehreren Gemeinden durchführen zu lassen mit der Voraussetzung, daß der Zähler selbst in einer der von ihm zu betreuenden Gemeinden ansässig war.

An Zählpapieren wurde neben dem Fragebogen - dem Betriebsbogen für Land- und Forstwirtschaft - auch eine Anweisung für die Zähler mit ausführlicher Erläuterung der Aufgaben des Zählers und der im Betriebsbogen gestellten Fragen sowie ein Wegweiser für die Prüfungsarbeiten ausgegeben. Dazu kamen Anweisungen für die Kreis- und Gemeindeverwaltungen, Bekanntmachungen zum Aushang in den Gemeinden, Kontroll- und Begleitlisten.

Die Zählpapiere wurden den Statistischen Landesämtern vom Statistischen Zentralamt zur Verfügung gestellt und über die Kreise an die Gemeindeverwaltungen versandt. Die Betriebsbogen wurden nach der Zählung auf dem gleichen Wege bis zum Statistischen Landesamt wieder eingezogen.

Für die eigentliche Zählung wurden die Fragebogen einige Tage vor dem Stichtag vom Zähler an die Betriebe ausgegeben. Die Betriebsinhaber füllten den Betriebsbogen nicht selbst aus. Sie unterrichteten sich an Hand dessen über die gestellten Fragen und wurden zu einer bestimmten Zeit in die Gemeindeverwaltung bestellt, wo der Zähler in einem gesonderten Zählbüro zusammen mit dem Betriebsinhaber und unter Heranziehung von Unterlagen, die der Betriebsinhaber selbst mitbringen mußte bzw. die in der Gemeindeverwaltung vorhanden waren, den Betriebsbogen ausfüllte. Der Betriebsinhaber übernahm durch seine Unterschrift die Gewähr für die Richtigkeit der Eintragungen. Dieses Verfahren bezweckte eine sorgfältige Ausfüllung der Bogen und eine gute Qualität der Angaben.

4.4 Gruppierungs- und Tabellenprogramm

Wie schon in Abschnitt 4.1 angedeutet worden war, bestand der Schwerpunkt der Aufbereitung in einer weitgehenden Gruppierung der Betriebsergebnisse. Die Gruppierung erfolgte nach sozial-ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, wobei sehr viele Gruppen gebildet wurden. Die Tabellen nahmen nur absolute Zahlen auf, die durch Aggregation der in die entsprechenden Gruppen fallenden Betriebsergebnisse gewonnen wurden. Demnach stellte das gesamte Tabellenwerk an sich ein Ausgangsmaterial für die Auswertung dar. Diese setzte eine Zusammenfassung von Einzelgruppen zu Hauptgruppen sowie die weitere Ermittlung von Beziehungszahlen voraus.

Als unterste regionale Einheit bei der Aufstellung der Tabellen wurden die Ergebnisse der Länder der sowjetischen Besatzungszone dargestellt; zum Teil erfolgte eine weitere Unterteilung nach Kreisen. Die Aufbereitung erfolgte in den Statistischen Landesämtern. Die Landesergebnisse wurden im Statistischen Zentralamt zum Zonenergebnis konzentriert. Insgesamt wurden 30 Tabellen aufgestellt, die teilweise aus mehreren Blättern bestanden. Im Tabellenkopf waren die Kennziffern des Betriebsbogens untergebracht, die Vorspalte nahm die Größengruppen auf. Für jede Eigentums- bzw. Besitzform wurden gesonderte Blätter aufgestellt.

Über das Gruppierungs- und Tabellenprogramm orientiert folgende Übersicht:

A. Eigentums- bzw. Besitzformen

1. Private Eigentumsbetriebe (nur eigenes Land) insgesamt
 - 1.1 Altbetriebe
 - 1.2 durch die Bodenreform neu entstanden
2. Private gemischte Betriebe (Eigentum mit Pachtflächen) insgesamt
 - 2.1 Altbetriebe
 - 2.2 durch die Bodenreform neu entstanden
3. Private Pachtbetriebe (nur Pachtland)
4. Private Altbetriebe (1.1 + 2.1 + 3)
5. Privatbetriebe, durch die Bodenreform neu entstanden
6. Privatbetriebe, insgesamt
7. Öffentliche Betriebe, insgesamt
 - 7.1 Volkseigene Betriebe
 - 7.2 Betriebe der Kirchen und kirchlichen Anstalten
 - 7.3 Öffentliche Betriebe (ohne volkseigene Betriebe, Betriebe der Kirchen und kirchlichen Anstalten)

B. Größengruppen

1. nach der Betriebsfläche

0,5 ha bis unter 1 ha	20 ha bis unter 30 ha
1 " " 2 "	50 " " 100 "
10 " " 15 "	100 " " 200 "
15 " " 20 "	200 " " 500 "
	500 ha und darüber

2. nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche

unter 0,5 ha	20 ha bis unter 30 ha
0,5 ha bis unter 1 ha	50 " " 100 "
1 " " 2 "	100 " " 200 "
10 " " 15 "	200 " " 500 "
15 " " 20 "	500 ha und darüber

C. Tabellenwerk

- Tabelle 1 Betriebe mit LN
Zahl, Betriebsfläche, LN
kombinierte Gruppierung:
innerhalb der Betriebsfläche nach der LN
- Tabelle 2 Betriebe mit Waldflächen
Zahl, Waldfläche
außer den genannten Eigentumsformen nach Staatswald
kombinierte Gruppierung:
innerhalb der Betriebsfläche nach der Waldfläche
- Tabelle 3 Besitzverhältnisse
Zahl der Betriebe, Betriebsfläche, Fläche des eigenen
Landes, des gepachteten Landes
Betriebe mit gepachteten Flächen weiter unterteilt nach:
- ehemaligem Reich, Ländern, Kreisen
- Gemeinden
- Kirchen und kirchlichen Anstalten
- Gesellschaften, Körperschaften und juristischen Personen
- Privatpersonen
Gruppierung nach der Betriebsfläche
- Tabelle 4 Betriebe mit eigenem Land und mit Pachtland nach
Größengruppen des eigenen Landes und des Pachtlandes
Gruppierung nach der Betriebsfläche
- Tabelle 5 Betriebe mit Landzulage
nach Größengruppen der Landzulage
Gruppierung nach der Betriebsfläche

Alle weiteren Tabellen gruppiert nach der LN.

- Tabelle 6 Nutzungs- und Kulturarten der LN,
bei jeder Flächenart: Zahl der Betriebe und Fläche
- Tabelle 7 Betriebe mit Ackerland
Zahl der Betriebe, unterteilt nach Gruppen der
Größe des Ackerlandes
- Tabelle 8 Betriebe mit Ackerland nach Fruchtarten:
bei jeder Flächenart: Zahl der Betriebe und Fläche
- Tabelle 9 Betriebe mit Anbau von Getreide
Zahl der Betriebe, unterteilt nach Größengruppen
der Getreidefläche

Tabelle 10	Tabelle 9: Betriebe mit Anbau von Kartoffeln				
Tabelle 11	"	"	"	"	Zuckerrüben
Tabelle 12	"	"	"	"	Ölfrüchten
Tabelle 13	"	"	"	"	Gemüse und anderen Gartengewächsen
Tabelle 14	Viehhaltung Zahl der Betriebe mit Haltung einzelner Tierarten und Zahl der Tiere				
Tabelle 15	Betriebe mit Pferdehaltung, gruppiert nach der Zahl der Pferde				
Tabelle 16	Tabelle 15: Betriebe mit Haltung von Kühen				
Tabelle 17	"	"	"	"	Schweinen
Tabelle 18	"	"	"	"	Schafen
Tabelle 19	Tierische Arbeitskraft, gruppiert nach Betrieben, die nur mit Pferden arbeiten, die nur mit Arbeitsrindern arbeiten, die mit Pferden und Arbeitsrindern arbeiten, mit Zahl der Tiere				
Tabelle 20	Das Personal der Betriebe Betriebsinhaber, unterteilt nach Geschlecht und nach Altersgruppen, weiter nach der Leitung des Betriebes als Haupt- oder Nebenberuf, Nebenberuf unterteilt nach Arten, im Haushalt lebende Personen, unterteilt nach im Betrieb ständig, nicht ständig und überhaupt nicht beschäftigte und Geschlecht, familienfremde Arbeits- kräfte, darunter Betriebsleiter nach Geschlecht und männlich nach Altersgruppen				
Tabelle 21	Vorgesehener Inhalt dieser Tabelle nicht bekannt (Tabelle wurde nicht erarbeitet)				
Tabelle 22	Fachliche Bildung der ständig beschäftigten Personen, gruppiert nach abgeschlossener Hochschul-, Fachschul- und Lehrlingsausbildung, innerhalb darin gruppiert nach Altersgruppen				
Tabelle 23	Zugehörigkeit zu Kredit-, Waren-, Molkerei- usw. -genossenschaften, unterteilt nach Genossenschaftsarten, Zahl der Betriebe				
Tabelle 24	Verwendung von betriebseigenen Kraftmaschinen Zahl der Betriebe mit jeweiligen Maschinen, Zahl der Maschinen und Gesamtleistung in PS				

Tabelle 25	Wie Tabelle 24, aber für Arbeitsmaschinen und Geräte
Tabelle 26	Verwendung geliehener Kraftmaschinen, unterteilt nach Maschinenarten, und ob von öffentlichen Ausleihanstalten oder Privatpersonen geliehen Zahl der Betriebe
Tabelle 27	Wie Tabelle 26, aber für Arbeitsmaschinen und Geräte
Tabelle 28	Gebäude und technische Einrichtungen Zahl der Betriebe und Art der Gebäude und Anlagen
Tabelle 29	Technische Nebenbetriebe, Gewerbebetriebe und sonstige nichtlandwirtschaftliche Betriebe sowie Zahl der gewerblichen Pferde
Tabelle 30	Zahl der räumlich von einander getrennt liegenden Teilstücke der LN, gruppiert nach der Zahl der Teilstücke

4.5 Erfahrungen bei der Aufbereitung

Die Statistischen Landesämter führten die Arbeiten an Hand zentraler Richtlinien durch. Die Abteilungen Landwirtschaft der Landesämter waren personell nicht in der Lage, die große Zahl der Betriebsbogen zu bearbeiten. Deshalb wurden Aushilfskräfte eingestellt. Im Lande Sachsen waren in der Zeit von August 1949 bis November 1950 90 Aushilfskräfte beschäftigt, während nur 15 Mitarbeiter ständig in der Abteilung Landwirtschaft tätig waren.

Die Arbeiten bestanden in:

- der Vollständigkeitsprüfung der von den Kreisen angelieferten Betriebsbogen (z.B. in Sachsen 138 000)
- der sachlichen und rechnerischen Prüfung der Betriebsbogen
- der Signierung für die verschiedenen Gruppierungen
- Sortierarbeiten zur Bildung der Betriebsgruppen
- Aufstellung eines Tabellenwerks durch Auszählungen bzw. rechnerische Konzentration der Ergebnisse der Betriebsbogen
- Rechnerische Weiterverarbeitung in den Tabellen
- Rechnerische und sachliche Prüfung der Tabellen
- Anfertigung von Reinschriften der Tabellen.

Für diese Arbeiten standen nur wenige Handrechenmaschinen zur Verfügung, die für Prüfzwecke eingesetzt wurden. Die Masse der Kon-

zentrationen erforderte ohne Rechenmaschinen durch manuelle Aufbereitung mittels Strichelfverfahren und Kopfrechnen. Wenn man bedenkt, daß unter diesen Bedingungen das umfangreiche Tabellenwerk erarbeitet wurde, kann man ermessen, welche konzentrierte Arbeit geleistet worden ist. Voraussetzung war eine planmäßige Arbeitsorganisation, eine disziplinierte Arbeitsweise und die Stimulation guter Arbeitsleistungen mit Hilfe des Wettbewerbs und materieller Interessiertheit durch Anwendung des Prämiensystems. Die Aushilfskräfte im Statistischen Landesamt Sachsen wurden in 7 Arbeitsgruppen zu je etwa 10 bis 15 Personen eingeteilt, wobei eine Gruppe ausschließlich die Arbeiten der anderen Gruppen prüfte. Vor der Aufbereitung wickelte diese besondere Gruppe den Schriftverkehr mit den Kreisen für die notwendigen Rückfragen ab. Interessant ist es, noch darauf hinzuweisen, daß die Arbeiten in Dresden in einem Großraumbüro, aber ohne dafür vorgesehenen Bedingungen, vor allem klimatischer Art, vor sich gingen; nur die Prüfgruppe mit den Handrechenmaschinen arbeitete in einem gesonderten Raum.

Der intensiven Schulungs- und Kontrolltätigkeit während der Durchführung der Zählung in den Kreisen und Gemeinden war es zu verdanken, daß weit mehr Bogen ordnungs- und sachgemäß ausgefüllt worden waren als zunächst vermutet worden war. Im Lande Sachsen mit ca 138 000 Betriebsbogen mußten 5445 Rückfragen gehalten werden, d.h. 4 %, wobei der beste Kreis nur 1,2 %, der schlechteste dagegen 13 % Rückfragen hatte. Ursachen für die unterschiedliche Qualität der ausgefüllten Betriebsbogen waren verschiedene Faktoren, so die Größe der Kreise und damit die Zahl der Betriebe, die Eignung des Kreisstatistikers und dessen Beauftragten für die LBZ, die Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, z.B. bei der Gestellung von Fahrzeugen für die Schulungs- und Kontrolltätigkeit. Zu dieser Erkenntnis ist man damals in allen Ländern der sowjetischen Besatzungszone gelangt.

5. Berichterstattung zur Erfassung landwirtschaftlicher Produkte

Die umfangreichste und in ihrer Periodizität am häufigsten durchgeführte statistische Berichterstattung in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse war und ist auch heute noch diejenige zur Abrechnung der Erfassung landwirtschaftlicher Produkte.

Sie beinhaltet diejenigen Mengen an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, die von Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte für die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung, zum Teil auch für die Weiterverarbeitung zu gewerblichen Erzeugnissen, bereitgestellt werden.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß in den Jahren nach 1945 der Gewährleistung der notwendigen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern volkswirtschaftlich erstrangige Bedeutung und Priorität vor allen anderen Maßnahmen zukam. Es ist deshalb folgerichtig, daß sich die Sowjetische Militäradministration dieser Aufgabe ganz besonders widmete. Das geschah bereits durch eine Anordnung der SMAD vom 18. 6. 1945.

Zunächst waren für die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und ihre weitere Verwendung die deutschen örtlichen Organe verantwortlich, also die Bürgermeister und Landräte direkt. Nach Bildung der Landesverwaltungen und der Deutschen Zentralverwaltungen oblag die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Deutschen Zentralverwaltung für Handel und Versorgung und in deren nachgeordneten Organen den Abteilungen bzw. Ämtern für Handel und Versorgung auf Landes- und Kreisebene. In den Gemeinden führten Erfassungsbetriebe den Einkauf im Rahmen der Pflichtablieferung durch. Als Annahmestellen fungierten entsprechende Genossenschaften oder Privatpersonen, z.B. Molkereien, Mühlen, Handelsbetriebe, Schlachthöfe usw., in der Regel also Stellen, wo die erfaßten landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiterverarbeitet wurden.

Um einen ständigen Überblick über die erfaßten Mengen zu erhalten, zu prüfen, ob damit die notwendigen auf Lebensmittelkarten bereitzustellenden Produkte abgedeckt werden konnten, Austausche zwischen (ländlichen und städtischen) Gebieten vornehmen zu können und die Arbeit der Erfassungsorgane zu kontrollieren, war eine ständige statistische Abrechnung erforderlich. Diese regelte der SMAD-Befehl Nr. 86 vom 2. Oktober 1945. Er ordnete eine Berichterstattung der Landräte und Bürgermeister der kreisfreien Städte an den Präsidenten des Landes (bzw. der Provinz) und an den Gebietsmilitärkommandanten bzw. vom Präsidenten an den Chef der SMAD und an die DZV für Handel und Versorgung an.

Danach mußten die erfaßten Mengen wie folgt gemeldet werden:

- Brotgetreide und Ölsaaten alle 5 Tage telegrafisch
- und alle 10 Tage durch Kurier;

- Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Zuckerrüben, Heu, Stroh, Flachs, Hanf und Tabak sowie Tierprodukte alle 10 Tage durch Kurier. Außerdem war über die bei den Erfassungsorganen befindlichen Bestände an landwirtschaftlichen Produkten 2 mal monatlich durch Kurier zu informieren.

Im Befehl Nr. 10 der SMAD vom 11. Januar 1946 wurde vorgeschrieben, welche Abrechnungsblätter zu verwenden waren mit entsprechenden Anweisungen.

Die statistische Berichterstattung erfolgte also nicht über den Apparat der statistischen Dienststellen, sondern als ständige kurzfristige Berichterstattung des Bereichs Handel und Versorgung.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Aufgabenstellung, der die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zukam, wurden laufend Kontrollen auch seitens höchster Organe der SMAD und deutscher Stellen durchgeführt. Ein Resultat dieser Kontrollen war der Befehl des Obersten Chefs der SMAD- des Oberbefehlshabers der GSBd Nr. 276 vom 13. 9. 46.

Darin wurden Verletzungen der vorangegangenen Befehle betreffs Abrechnung und Berichterstattung über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse festgestellt, so z.B. tägliche statt, wie vorgeschrieben, 10tägliche Meldungen; Verwendung anderer statt der vorgeschriebenen Ablieferungsbescheinigungen; Weitergabe der Ablieferungsbescheinigungen von den Erfassungsbetrieben an die Bürgermeister statt an die Landräte; keine betriebsweise Übersicht und demzufolge keine Einziehung von Rückständen bzw. Anrechnung von Überschüssen. Es heißt dann wörtlich "Diese Lage führt zu einer Entstellung der Erfassungspolitik der SMA und kann des weiteren die gewissenhaften Ablieferer dazu verführen, die Pflichtablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zurückzuhalten." Zur Beseitigung dieser Entstellungen wurde u.a. befohlen, bei den Ämtern für Handel und Versorgung der Landräte Gruppen für die Abrechnung und Kontrolle der Erfassung zu bilden, wobei je einem Sachbearbeiter 300 bis 400 Wirtschaften und je einem Prüfer 5 bis 10 Gemeinden zuzuteilen waren. Die Verwendung nicht bestätigter Formulare wurde untersagt. Die Chiefs der Verwaltungen der SMA der Länder und Provinzen wurden beauftragt, zusammen mit den Kreis-Militärkommandanten eine Prüfung des Systems der Abrechnung und Berichterstattung durchzuführen. Die Präsidenten der Länder und Provinzen wurden verpflichtet, die Arbeits- und Prüfgruppen durch antifaschistische Fachleute zu ergänzen. Die DZV für Handel und Versorgung wurde verpflichtet, ein Statut

über die Rechte und Pflichten dieser Arbeits- und Prüfgruppen zu erarbeiten. Als Anlage zum Befehl Nr. 276 vom 13. September 1946 wurde eine Anweisung zur Abrechnung und Berichterstattung der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der SBZ erlassen, die vom stellvertretenden Chef der Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD unterzeichnet war. In dieser Anweisung wird im einzelnen das Verfahren bei der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte festgelegt, es wird das Abrechnungsverfahren beschrieben, und es erfolgen Weisungen über die Kontrolle der Abrechnungen.

Bei der Abnahme landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurden - außer bei Vollmilch - von den Abnahmestellen Ablieferungsbescheinigungen ausgestellt, und zwar in 3 Ausfertigungen. Das erste Exemplar erhielt der Ablieferer, das zweite das Amt für Handel und Versorgung des Landrats, das dritte verblieb beim Erfassungsbetrieb. Bei Milch trat an die Stelle der Ablieferungsbescheinigung die Eintragung in das Milchablieferungsbuch.

Bei vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurde zwischen Ablieferungs- und Anrechnungsgewicht unterschieden. Das Ablieferungsgewicht ist das tatsächliche Gewicht bei der Abnahme, z.B. bei Schlachtvieh das tatsächliche Lebendgewicht. Das Anrechnungsgewicht berücksichtigt die Qualität der Erzeugnisse oder den Zeitpunkt der Ablieferung. Einige Beispiele:

- Bei Rindvieh, Schafen und Ziegen mittlerer Mast entsprach das Ablieferungs- dem Anrechnungsgewicht; bei fetter Mast wurden bei 900 g Ablieferungsgewicht 1000 g angerechnet; bei Hühnern, Gänsen, Enten und Puten wurden bei 700 g Ablieferungsgewicht 1000 g angerechnet.
- Bei je 100 kg abgelieferter Gemüseart wurden angerechnet, z.B.

bei Spargel	300 kg	bei Rhabarber	65 kg
bei grünen Erbsen	250 kg	bei Kohlrüben	40 kg
bei grünen Bohnen	200 kg	bei Kürbis	25 kg
- 100 kg Frühkartoffeln wurden angerechnet im Juli mit 125 kg, im August mit 110 kg.

So wurde nicht nur vom Preis die Ablieferung höherwertiger Produkte bzw. Lieferung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt (bei Kartoffeln) begünstigt, sondern auch durch die Umrechnung vom Ablieferungs- auf das Anrechnungsgewicht.

Die Abrechnung über Schlachtvieh, Vollmilch, Eier, Wolle, Getreide

Ölsaaten, Kartoffeln, Gemüse, Heu, Stroh, Flachs, Hanf, Zuckerrüben, Obst, Nüsse und Tabak erfolgte in Dekadenmeldungen, und zwar am jeweils 3., 12. und 22. jeden Monats. Ergänzt wurden diese Angaben durch eine Übersicht über die Abnahme bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse an Stelle der Pflichtablieferung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Monatlich wurde nochmals Vollmilch abgerechnet. Bei allen Abrechnungen wurde unterschieden

- Abrechnung für das laufende Jahr
- " zur Tilgung der Rückstände aus dem Vorjahr
- " der Voraus-Ablieferung für das nächste Jahr.

In den Ämtern für Handel und Versorgung der Landräte wurden die zusammenfassenden Berichte an Hand der einzelnen Ablieferungsbescheinigungen überprüft, und es erfolgten auch Kontrollen der Ausstellung der Ablieferungsbescheinigungen, insbesondere über die ordnungsgemäße Umrechnung der Ablieferungs- in die Anrechnungsgewichte. Die Dekaden- und Monatsmeldungen der Erfassungsstellen an die Landräte wurden auf 15 verschiedenen Formblättern vorgenommen; auf weiteren 11 Formblättern waren die zusammengefaßten Abrechnungen vorzunehmen

- von den Landräten bzw. kreisfreien Städten an die Abteilungen für Handel und Versorgung der Verwaltungen der Präsidenten der Länder oder der Provinzen und die Kreiskommandanten am 13., 23. und 4. jeden Monats;
- von den Abteilungen für Handel und Versorgung der Länder oder der Provinzen an die Deutsche Verwaltung für Handel und Versorgung und die Abteilung für Handel und Erfassung der Verwaltungen der SMA der Länder oder der Provinzen am 15., 25. und 6. jeden Monats;
- von den Abteilungen für Handel und Versorgung der Verwaltungen der SMA der Länder und Provinzen an die Abteilung für Erfassung der Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD am 16., 26. und 7. jeden Monats;
- von der Deutschen Verwaltung für Handel und Versorgung an die Verwaltung für Handel und Versorgung der SMAD am 16., 26. und 7. jeden Monats.

Dieser Berichterstattungsweg zeigt die Doppelgleisigkeit der Berichterstattung über die Instanzen der SMAD und die deutschen Behörden sowie die äußerst kurzen Termine der Berichterstattung. Dabei ist

zu beachten, daß - auch dekadentmäßig - nicht nur die zusammengefaßten Ergebnisse für das jeweilige Territorium zu übergeben waren, sondern für jede Gemeinde bzw. für jeden Kreis.

Wie diszipliniert und streng die Berichterstattung über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der genannten Anlage zum Befehl 276 vom 13. 9. 46 vorgeschrieben war, geht u.a. daraus hervor, daß die Abrechnungen an die betreffenden Dienststellen in der ersten Tageshälfte zu den angegebenen Terminen eingereicht werden mußten, daß Fehler bei früher vorgelegten Abrechnungen außer der zahlenmäßigen Berichtigung schriftlich zu erläutern waren und daß es, "strengstens verboten war, die Menge der erfaßten landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch irgendwelche Abschreibungen zu verringern (Verderb, Diebstahl, Schwund usw.)".

Diese strengen Maßstäbe waren erforderlich, denn die Erfassungsorgane waren zu dieser Zeit noch stark vom kapitalistischen Landhandel, von zum Teil noch mit kapitalistischen Methoden handelnden Genossenschaften, privaten Viehhändlern, Getreidehändlern usw. durchsetzt.

Um diese Einflüsse, die sich in spekulativen Handlungen niederschlugen und sich auch in Ausbeutungserscheinungen gegenüber den werktätigen Bauern auswirkten, zu beseitigen, wurden durch Anordnung der DWK vom 29.3.49 die volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VEAB) geschaffen. Damit wurde ein völlig neues Landhandelsorgan ins Leben gerufen, das sowohl die Interessen der gesamten Gesellschaft an einer besseren Versorgung der Bevölkerung wahrzunehmen vermochte, als auch die materiellen Interessen der werktätigen Bauernschaft an einer echten Steigerung der Produktion und an einer Erhöhung des Lebensstandards förderte. Ohne ein volkseigenes staatliches Handelsorgan als Bindeglied zwischen Arbeiterklasse und werktätiger Bauernschaft war eine planmäßige und straff geleitete Versorgung der Bevölkerung nicht möglich. Damit wurden auch bessere Bedingungen für die Exaktheit und Terminalsicherheit der statistischen Berichterstattung geschaffen.

6. Operative Kontrolle der Anbaupläne sowie der Bestellungs- und Erntearbeiten

Ein weiteres umfangreiches Gebiet der Agrarstatistik bei der Produktion pflanzlicher Erzeugnisse, die Kampagnecharakter hat, sind kurzfristige Informationen über den Beginn, Fortgang und Abschluß der Feldarbeiten. Während bei der Viehwirtschaft die Produktion laufend während des ganzen Jahres geschieht und somit die Versorgung der Bevölkerung durch ständige Produktionsleistungen erfolgt, was aus der Statistik der Pflichtablieferung und des freien Aufkaufs tierischer Erzeugnisse hervorging, resultiert die Produktion pflanzlicher Erzeugnisse ganz überwiegend nur aus einer einmaligen Ernte im Jahr. Die Versorgung der Bevölkerung und anderer Bedarfsträger kann deshalb auch nur über die jährlich einmal anfallenden Erntemengen vorgenommen werden. Die staatlichen Organe können sich deshalb nicht begnügen, nur nach der Ernte zu erfahren, welche Mengen produziert worden sind bzw. einige Wochen vorher informiert zu werden, wie hoch schätzungsweise die Erntemengen sein werden. Voraussetzungen für die Versorgung sichernden Erntemengen sind einmal der Anbau der notwendigen Fruchtarten im geplanten Maßstab, zum anderen die den natürlichen Produktionsbedingungen gemäße Durchführung der Bestellungs- und Erntearbeiten. Hierüber müssen kurzfristig während der einzelnen Arbeitsgänge statistische Informationen gegeben werden. Diese wurden - ebenso wie die Berichterstattung über die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse - nicht durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik organisiert, sondern waren und sind bis heute Aufgabe der landwirtschaftlichen Fachorgane in Verantwortung der Zentralverwaltung für Landwirtschaft, später des zuständigen Ministeriums.

In der Zeit des Bestehens hunderttausender landwirtschaftlicher Privatbetriebe konnte nicht ständig über die Bestellungs- und Erntearbeiten gefragt werden. Meldepflichtig waren in dieser Zeit die Bürgermeister, die - vor allem in den vielen Landgemeinden - einen ständigen Überblick über den Fortgang der einzelnen Feldarbeiten hatten. Nach Bildung der MAS im Jahre 1949 stützten sich die Räte der Gemeinden dabei auch auf Auskünfte der MAS-Agronomen. Die nach diesen Verfahren gewonnenen zahlenmäßigen Ergebnisse

hatten demnach keinen völlig exakten Charakter, gaben aber die tendenziellen Entwicklungen und regionalen Unterschiede hinreichend genau wieder, um seitens der übergeordneten Stellen regulierend und helfend eingreifen zu können. Nach Bildung der sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe gaben diese selbst entsprechende Informationen. So läuft die Operativberichterstattung bei den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben auch noch heute. Die Ergebnisse werden im Kreis und im Bezirk zu entsprechenden Regionalergebnissen verdichtet und im Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft zu einem DDR-Ergebnis konzentriert.

Die meisten Informationen werden während der Zeit der entsprechenden Arbeitsgänge bei normalem Arbeitsablauf zweimal wöchentlich gegeben, manche Positionen auch öfters oder einmal wöchentlich bzw. nur nach Abschluß der Arbeiten. Beim Eintritt meist witterungsbedingter Verzögerungen der erforderlichen Arbeiten wurden und werden zeitweilig die Termine verkürzt.

In den 70 er Jahren wurde in die Operativberichterstattung auch eine Abrechnung staatlicher Planaufgaben zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Pflanzenproduktion aufgenommen, worüber jedoch nur einmal im Jahr nach Abschluß der Arbeiten zu berichten ist, z.B. Halmstabilisierung in Getreide, zeitweilige Folienabdeckung bei frühem Gemüse, Frühkartoffelvorkeimung.

Nachfolgend werden die wichtigsten Positionen der Operativberichterstattung mitgeteilt (aus den Jahren 1980/81):

I. Verlauf der Feldarbeiten - Frühjahr

Anbau Sommergetreide	ha	2 x wöchentlich
davon Sommerweizen	ha	Abschlußmeldung
Sommergerste	ha	"
Hafer	ha	"
Gemenge	ha	"
" Grün- und Silomais	ha	2 x wöchentlich
" Zuckerrüben	ha	2 x "
" Kartoffeln	ha	2 x "
" Gemüse, insgesamt	ha	2 x "
darunter nach 7 Arten	ha	2 x "
" Sommerölfrüchte	ha	1 x "

noch I. Verlauf der Feldarbeiten - Frühjahr

Schäden an Winterkulturen, insgesamt	ha	1 x	wöchentlich
darunter Wintergetreide	ha	1 x	"
Winterölfrüchte	ha	1 x	"
Winterzwischenfrüchte	ha	1 x	"
mehrjähriges Feldfutter	ha	1 x	"
Ernte Winterzwischenfrüchte	ha	2 x	"
1. und 2. Schnitt Wiesen/Weiden	ha	2 x	"
Staatliches Aufkommen Gemüse, insgesamt	t	1 x	"
davon Treibgemüse nach 4 Arten	t	1 x	"
Freilandgemüse nach 13 Arten	t	1 x	"

II. Verlauf der Ernte- und Herbstarbeiten

Ernte Winterraps	ha	5 x	wöchentlich
" Getreide	ha	5 x	"
darunter Wintergerste	ha	2 x	"
Winterroggen	ha	2 x	"
Winterweizen	ha	2 x	"
Sommergerste	ha	2 x	"
Hafer	ha	2 x	"
" Stoppelzwischenfrüchte	ha	1 x	"
" Gemüse (Freiland)	ha	2 x	"
darunter 4 Arten	ha	1 x	"
" Kartoffeln	ha	5 x	"
" Grün- und Silomais	ha	2 x	"
" Zuckerrüben	ha	5 x	"
" Wiesen/Weiden	ha	2 x	"
" mehrjähriges Feldfutter	ha	2 x	"
Anbau Stoppelzwischenfrüchte	ha	2 x	"
" Winterölfrüchte	ha	2 x	"
" Winterzwischenfrüchte	ha	2 x	"
" Wintergetreide	ha	2 x	"
davon Wintergerste	ha	1 x	"
Winterroggen	ha	1 x	"
Winterweizen	ha	1 x	"
Staatliches Aufkommen Gemüse, insgesamt und Arten	t	1 x	"
Staatliches Aufkommen Obst, insgesamt und Arten	t	1 x	"
Schälfurche	ha	1 x	"
Herbstfurche	ha	1 x	"

7. Forststatistik

7.1. Forsterhebung

Seit 1945 vollzog sich in der sowjetischen Besatzungszone ein grundlegender Strukturwandel auch in der Forstwirtschaft. Die demokratische Bodenreform hatte zur Folge, daß der Waldbesitz der Junker und Rittergutsbesitzer enteignet wurde und daß die übrigen Privatforsten an viele kleine Betriebe aufgeteilt wurden. Schließlich erfuhr das Verhältnis von Staatswald zu Gemeindewald stärkere Verschiebungen, da zahlreiche Gemeinden, teils aus dem Staatswald, teils aus dem Privatwald mit Waldflächen ausgestattet wurden. Außerdem hatte sich die Möglichkeit der Holznutzung weitgehend verändert. Erhöhter Einschlag während des Krieges, direkte Kriegseinwirkungen, umfangreiche Waldbrände und schließlich Insektenschäden hatten sehr viele ursprünglich voll bestockte Waldbestände entweder vernichtet oder im Bestockungsgrad entscheidend herabgesetzt. Sämtliche vorhandenen forstlichen Planungsgrundlagen, insbesondere die Forsteinrichtungswerke in den Forstämtern, boten demzufolge nicht mehr die Möglichkeit, die Flächen der forstlichen Eigentumsarten sowie die Massen der Holzvorräte und des Zuwachses nach dem neuesten Stand festzustellen. Die Kenntnis dieser Faktoren ist aber für eine zentrale forst- und holzwirtschaftliche Planung unerlässlich.

Normalerweise lassen sich aus den Forsteinrichtungswerken, d.h. den Betriebsregelungen, die in jedem Forstamt vorliegen und meist in zwanzigjährigem Turnus aufgestellt werden, die Ziele der Bewirtschaftung und die dazu erforderlichen Anweisungen für die praktische Betriebsführung erkennen. Um neue Übersichten zu erhalten, konnte jedoch nicht gewartet werden, bis die Forsteinrichtungswerke auf den neuesten Stand gebracht worden waren. Deshalb wurde in der sowjetisch besetzten Zone in den Jahren 1948 / 1949 eine Forsterhebung durchgeführt. Dabei waren Wege zu finden, auf denen man möglichst kurzfristig zu brauchbaren Feststellungen über Waldflächen und Holzmassen gelangte. Die Forsterhebung 1948/1949 war eine Gemeinschaftsarbeit der Zentralverwaltungen für Land- und Forstwirtschaft und für Statistik, deren Ergebnisse nicht nur der damaligen Planung dienen sollten, sondern die auch eine Grundlage für

die spätere Neuaufstellung der Forsteinrichtung bot. Das Statistische Zentralamt wurde bereits bei den Aufnahmen in den Forstwirtschaftsbetrieben eingeschaltet und hatte die Aufgabe, das Material aufzubereiten, die Ergebnisse übersichtlich darzustellen und eine statistisch einwandfreie Auswertung sicherzustellen.

Bei der Forsterhebung handelte es sich um eine Betriebszählung nach Größengruppen. Es wurde festgestellt, welche Waldflächen überhaupt vorhanden waren und auf welche Eigentumsformen sie sich verteilten.

Unterschieden wurden hierbei:

- Staatswald
- Wald sonstiger öffentlicher Körperschaften
- Privatwald mit einer Waldfläche von über 5 ha
- Privatwald bis einschließlich 5 ha

Innerhalb der Eigentumsformen wurden die Flächen nach Holzarten aufgegliedert. Ebenso wurden die Derbholzmassen für die Holzarten getrennt berechnet. Eine besondere Art der Flächenaufteilung nach Verjüngungsklassen ermöglichte es, zwei- und mehrstufige Bestände nach Fläche und Masse getrennt zu erfassen. Man war dadurch in der Lage eine Altersklassenübersicht zu gewinnen. Die Altersübersicht, die für die Fläche und die Holzmasse aufgestellt wurde, gab Einblick, ob der Altersaufbau eines forstlichen Betriebes normal war.

Aus den Ergebnissen der Forsterhebung wurde auch eine Ertragsklassenübersicht zusammengestellt. Die Ertragsklassen wurden für die einzelnen Holzarten nach der Höhenentwicklung der Bestände gebildet.

Andere Beobachtungsmerkmale waren Unterteilungen

- nach Bestockungsdichte
- nach Hoch-, Mittel- und Niederwald
- kombiniert nach der Bodeneigenschaft in Verbindung mit der Holzartenbestockung.

Weitere Fragenkomplexe waren die Saatgutbestände, die geschädigten Bestände, die Holzgüteklassen sowie Zusammenstellungen der Kahlfächen.

7.2. Forstwirtschaftliche Produktionsstatistik

Schwerpunkt der forstlichen Produktionsstatistik ist die Produktion von Rohholz, Rinden und Harz. Die Berichterstattung hierüber oblag- und so wird es auch jetzt noch gehandhabt - dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft. Diese operative Berichterstattung, die außerdem der Abrechnung des Aufforstungsplanes dient, wurde vierteljährlich durchgeführt.

Meldepflichtig waren die im Jahre 1949 eingerichteten Kreisforstämter. Sie meldeten an die Landesforstämter und diese wiederum an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, das die Ergebnisse dem Statistischen Zentralamt übergab. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die einheitliche Nomenklatur aller Walderzeugnisse für das gesamte Gebiet der Republik, die in Verbindung mit den gleichfalls festgelegten Plannummern eine klare Begriffsbestimmung der Holzsorten und der Nebennutzungsarten des Waldes ermöglichte. Gerade bei einem Produktionszweig wie der Forstwirtschaft, dessen Erzeugnisse aus einem stark nach verschiedenen Richtungen verarbeitungsfähigen Stoff bestehen, war und ist die unmißverständliche und allgemeingültige Sortenbezeichnung von entscheidender Bedeutung.

Beim Derbholzeinschlag wird nach Nutzderbholz und Brennderbholz unterschieden, wobei die Mengen in Erntefestmetern ohne Rinde (bei Brennholz mit Rinde) angegeben werden. Derbholz ist alles Holz über 7 cm Stärke;

ein Erntefestmeter entspricht 1 cbm des im Walde stehenden Holzes, abzüglich Rinde und Fällungsverlust.

Das Nutzderbholz wird unterteilt in:

- Nadelsägeholz und -schälholz
- Eichensägeholz und -furnierholz
- Buchensägeholz und -furnierholz
- Sonstiges Laubsägeholz und -furnierholz
- Grubenholz
- Fichtenfaserholz
- Kiefernfasernholz
- Buchenfaserholz
- Sonstiges Nutzholz

IV. Entwicklung und Organisation der Industriestatistik
von 1945 bis zum Abschluß des Zweijahresplanes 1950

	<u>Seite</u>
1. Die Entwicklungsphase von 1945 bis 1946	116
1.1. Die ersten Schritte zur statistischen Widerspiegelung der Wiederingangsetzung der Wirtschaft und die statistische Ermittlung der Kapazitäten und Leistungen der Industriebetriebe der sowjetischen Besatzungszone	116
1.2. Maßnahmen zur Schaffung einer einheitlichen Industrieberichterstattung	119
2. Die Produktionsberichterstattung in den Jahren 1947 bis 1948, der Zeit der Vorbereitung der langfristigen Planung	123
3. Die Produktionsberichterstattung in den Jahren 1949 bis 1950, der Periode des Zweijahresplanes	130

Autor: Siegfried Meyrich

Wesentliche Passagen des Hauptabschnittes IV beruhen im Einverständnis mit dem Verfasser auf der 1956 geschriebenen Diplomarbeit des Genossen Dr. Wolfgang Haacke "Die Entwicklung und die Organisation der Produktionsstatistik der Industrie der DDR" (Hochschule für Ökonomie und Planung, Institut für Statistik).

Quellen: Diplomarbeit des Genossen Dr. Wolfgang Haacke (siehe oben), Archiv der SZS Berlin und der Bezirksstelle Dresden, Zentrales Staatsarchiv Potsdam sowie des Betriebsteiles Coswig/Anhalt, Staatsarchiv Dresden, Fachzeitschrift "Statistische Praxis" 1946/1947 bis 1950 - Publikationsorgan der SZS -.

Entwicklung und Organisation der Industriestatistik der DDR von 1945 bis zum Abschluß des Zweijahrplanes 1950

Vorbemerkungen

Die Ausführungen über die Entwicklung und Organisation der Industriestatistik der DDR von 1945 bis zum Abschluß des Zweijahrplanes 1950 beschränken sich in ihrer 1. Folge im wesentlichen auf die Industrieproduktion, weil unter den damaligen Bedingungen die statistische Erfassung und Kontrolle der Industrieproduktion eine der wichtigsten Voraussetzung für die Leitung und Planung der Versorgung sowohl der Bevölkerung als auch der Wirtschaft darstellte und vielfältige Grundfragen der mengen- und wertmäßigen Erfassung der Produktion, einheitlicher Begriffsbestimmungen, der Systematisierung, des Aufbaus von Warenverzeichnissen und weiterer Nomenklaturen gelöst werden mußten. Die schrittweise Herausbildung einer für die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft brauchbaren Produktionsstatistik und die dabei aufgetretenen Probleme und deren Lösung wurden deshalb an den Anfang der Entwicklung der Industriestatistik der DDR gestellt. Daraus ist keine Minderung der Bedeutung und Wichtigkeit anderer Teilgebiete der Industriestatistik, wie z. B. die Material-, die Arbeitskräfte- oder die Finanzberichterstattung, deren Entwicklung in weiteren Beiträgen zur Geschichte der Statistik der DDR dargestellt werden wird, abzuleiten.

1. Die Entwicklungsphase von 1945 bis 1946

1.1. Die ersten Schritte zur statistischen Widerspiegelung der Wiederingangsetzung der Wirtschaft und die statistische Ermittlung der Kapazitäten und Leistungen der Industriebetriebe der sowjetischen Besatzungszone

Ende des zweiten Weltkrieges lag die Wirtschaft völlig darnieder. Die Betriebe waren entweder durch die Kriegseinwirkungen zerstört oder durch die Kriegswirtschaft desorganisiert.

In dieser Zeit vollbrachten viele namenlose Helden, an ihrer Spitze die bewußtesten deutschen Arbeiter, vor allem die Kommunisten, unterstützt durch Offiziere und Soldaten der Roten Armee, wahre Pioniertaten, um das Leben zu schützen. Sie zeigten zugleich, daß die völlige Niederlage Nazi-Deutschlands der Ausgangspunkt der Entwicklung zu einem neuen Deutschland war. Es begann der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, von Selbstverwaltungsorganen in den einzelnen Ländern, Provinzen, Kreisen, Städten und Gemeinden. Die Genossen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) leisteten zu dieser Zeit eine umfangreiche politische, wirtschaftliche und organisatorische Arbeit. Die Hauptaufgabe bestand darin, die politische und wirtschaftliche Führung von allen Nazis und Kriegsverbrechern zu säubern und die Produktion in Gang zu bringen, um die ärgste Not zu lindern. Die gewaltige wirtschaftliche Arbeit der SMAD kommt besonders in ihren Produktionsbefehlen zum Ausdruck. Über alle wichtigen Fragen der Wirtschaft wurden solche Produktionsbefehle ausgearbeitet und durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Produktionsbefehle erhielten die Betriebe ihre Produktionsauflagen. Diese Befehle waren äußerst konkret, mit Anweisungen und Festlegungen der Verantwortlichkeit versehen und beinhalteten eine strenge Kontrolle, mit der das Statistische Büro der SMAD beauftragt war. Für die Kontrolltätigkeit wurden auch die deutschen statistischen Stellen mit herangezogen.

Für die SMAD ergab sich insbesondere die Notwendigkeit, sofort eine Produktionsberichterstattung zu organisieren und damit für genaue Unterlagen über die Situation in der Industrie zu sorgen. Die erste Grundlage für die Produktionsberichterstattung gab der Befehl Nr. 9 vom 21.7.1945. Dieser Befehl betraf die Ingangsetzung wichtiger Industriezweige. Den Präsidenten der Provinzialverwaltungen und dem Oberbürgermeister der Stadt Berlin wurde befohlen, bis zum 15.8.1945 die Betriebe im einzelnen genannter Industriezweige in Gang zu bringen, und von den Betrieben war bis zum 10.8.1945 ein Bericht über die Waren- und Materialbestände von 92 Positionen Industriewaren und 10 Lebensmittelpositionen an die SMAD der Provinzen einzureichen. Der

Befehl regelte ferner die Reihenfolge (Rangordnung) der Abgabe dieser Materialien an Betriebe und die Bevölkerung und schrieb vor, daß der Verkauf zu Preisen zu erfolgen hat, die innerhalb Deutschlands im Jahre 1944 Geltung hatten.

In Bezug auf die Produktionsberichterstattung wurde folgendes angeordnet:

- a) Im IV. Quartal 1945 sollte eine große Industrieerhebung durchgeführt werden. Diese Industrieerhebung erfragte die Kapazität der Betriebe und ihre Ausrüstung mit Produktionsmitteln und Arbeitskräften und stellte vorrangig eine Inventuraufnahme dar.
- b) Der Befehl schrieb vor, in welcher Form die Ergebnisse der Industrieproduktion an die SMAD zu liefern waren.
- c) Die Meldung der Produktionswerte sollte mit den Abgabepreisen des Jahres 1944 (sogenannte Stoppreise) erfolgen.

Die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik erhielt vom Statistischen Büro der SMAD die Anweisung, monatlich über die Ergebnisse der Produktion zu berichten. Dazu mußten die einzelnen Länderergebnisse zusammengefaßt werden. Die Präsidenten der Länder und Provinzen wurden mit Runderlaß vom 29.11.1945 (siehe Anlage Nr. 1) beauftragt, zu folgenden Punkten, gegliedert nach Industriezweigen, statistisches Material zur Verfügung zu stellen:

1. Zahl der insgesamt vorhandenen Betriebe,
darunter produzierende Betriebe;
2. Zahl der insgesamt beschäftigten Personen,
darunter: Angestellte,
in der Produktion tätige Arbeiter;
3. Wert der abgesetzten Erzeugnisse;
4. Mengenmäßige Erzeugung, in erster Linie von Grund- und Rohstoffen, von Gas und Elektrizität, von Kraftstoffen;
darüber hinaus auch, soweit vorhanden, von Fertigwaren,
wie Schuhe, Gewebe, Papier u. a.

Das war der Anfang einer Industrieberberichterstattung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), womit jedoch noch keine umfassenden Erhebungen erfolgen sollten, da eine solche durch das Statistische Zentralamt erst vorbereitet wurde.

1.2. Maßnahmen zur Schaffung einer einheitlichen Industrieberberichterstattung

Für den Beginn der einheitlichen Industrieberberichterstattung war charakteristisch, daß dieser Entwicklungsgang in der zentralen Ebene seinen Anfang nahm. Das ergab sich aus den Zeitumständen, da zunächst keine einheitliche Berichterstattung vorhanden war, andererseits aber zusammengefaßte statistische Unterlagen dringend benötigt wurden.

Auf Grund der Anstrengungen in den Ländern und Provinzen konnte trotz aller Schwierigkeiten die Kontrolle der Produktionsbefehle und der ersten Pläne durchgeführt werden. Die Schwierigkeiten bestanden vor allem in folgendem:

1. Im vierten Quartal 1945 hatten in den Ländern bzw. Provinzen monatliche Berichterstattungen eingesetzt. In der Anweisung der SMAD an die Deutsche Zentralverwaltung für Statistik war festgelegt, daß mit dem Jahr 1946 eine Industrieberberichterstattung einheitlich in jeder Beziehung durchzuführen wäre. Es zeigte sich aber, daß es nicht möglich war, in so kurzer Zeit eine einheitliche Produktionsberichterstattung zu schaffen, weil damit viele Fragen, wie die Erarbeitung von Formblättern, methodischen Anweisungen, Nomenklaturen und anderes, verbunden waren, die nicht so schnell gelöst werden konnten.
2. Es bestand folgender Zustand:
 - a) In den Ländern bzw. Provinzen bis hin zu den Kreisen und Städten gab es die unterschiedlichsten Erhebungsformulare, die sich nicht nur durch ihre äußere Form, sondern auch in der Behandlung des Inhalts konkreter Fragen voneinander unterschieden.

- b) Bei der Erfassung und Zusammenfassung wurden die verschiedensten Nomenklaturen der Industriezweige, die unterschiedlichsten Warenverzeichnisse mit unterschiedlichen Mengeneinheiten angewandt.
 - c) Die Produktionsstatistik wurde von den Landesverwaltungen (den Abteilungen Wirtschaft bzw. Wirtschaftsplanung) durchgeführt; das Statistische Landesamt war hierbei überhaupt nicht eingeschaltet.
 - d) Im Erhebungskreis der befragten Betriebe gab es große Unterschiede. Teilweise wurden nur die Betriebe in die Berichterstattung einbezogen, die früher zu einer bestimmten Reichsgruppe der Industrie gehörten, teilweise wurde zwischen Industrie- und Handwerksbetrieben nach Größengruppen unterschieden und nur die Industrie erfaßt; es wurden aber in einigen Fällen auch grundsätzlich alle Industrie- und Handwerksbetriebe erfaßt.
 - e) Es bestanden keine Festpreise, sondern es wurde nach Stoppreisen abgerechnet, wobei davon ausgegangen wurde, durch eine energische Preiskontrolle die Produktion vergleichbar zu halten.
3. Eine entscheidende Frage war ferner die der Kader.

Das Denken und die Einstellung der damaligen Mitarbeiter überhaupt und zur Produktion, zur Produktionsstatistik im besonderen, war stark aus der Zeit des bürgerlichen Staates geprägt, als sich die Statistik mit der Produktion kaum bzw. nur als nachträglich registrierende Statistik beschäftigte. Die damals im statistischen Apparat Tätigen wandten in ihrer Arbeit weitgehend die formalen Arbeitsmethoden der bürgerlichen Statistik an. Vom Studium der marxistischen politischen Ökonomie und der Erfahrungen der Sowjetunion war damals noch keine Rede. Die Unterschätzung der Industrieproduktion kommt auch in der Gliederung der Statistischen Zentralverwaltung zum Ausdruck, in der keine Abteilung enthalten war, die sich direkt mit der Industrieproduktion zu befassen hatte. Sie drückt sich ferner

darin aus, daß in der am 25.10.1945 stattgefundenen 1. Tagung des Statistischen Zentralausschusses vor allem solche Probleme, wie Personenstandaufnahme, Gebäude- und Wohnungszählung, Landwirtschaft und Viehzählung behandelt wurden, während die Industrieproduktion und ihre statistische Erfassung und Kontrolle für die Ingangsetzung der Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle spielte.

Der Einfluß der SMAD auf die Entwicklung der Statistik drückt sich neben Befehlen und Anweisungen auch in Äußerungen des Leiters des Statistischen Büros der SMAD, Genossen Logatschew, in solchen Tagungen aus. Genosse Logatschew erklärte in der bereits erwähnten 1. Tagung des Statistischen Zentralausschusses:

"Es wird die Aufstellung eines Planes der deutschen Wirtschaft für 1946 vorbereitet, und hierzu müssen wir alle geforderten Zahlen und Pläne haben."

In der 2. Tagung, die vom 16. bis 18.1.1946 stattfand, definierte er die Aufgaben der Statistik wie folgt:

"Deutschland soll gutmachen, was die Naziherrschaft in allen Ländern verschuldet hat, und soll daneben die eigene Lage verbessern, denn es will und soll existieren. Die Statistik wird dabei eine wichtige Rolle spielen, ... Das ist unsere Sorge ebenso wie die Ihrige, meine Herren Statistiker. Die angeschnittene Planungsfrage ist in diesem Zusammenhang eine der wichtigsten und für uns Sowjetmenschen sehr klar und verständlich. Wir treiben seit 20 Jahren wissenschaftlich begründete Planung, deren wichtigste Stütze die Statistik ist und bleibt. Aber bei uns hat die Statistik Ordnung, bei Ihnen nicht, ..."

Die Kaderfrage war natürlich nicht sofort lösbar. Erst die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur Arbeiter-und-Bauernmacht bewirkte, daß man sich völlig von den alten Kräften trennen konnte.

Die bestehende Lage auf dem Gebiet der Industrierichterstattung konnte nicht länger geduldet werden. Große Schwierigkeiten ergaben sich bei der Zusammenfassung der Daten; die ermittelten Angaben waren bis auf die Beschäftigtenzahlen in ihrer Genauigkeit äußerst problematisch. Eine Vereinheitlichung der Produktionsberichterstattung war dringend geboten und mit ihr mußten zugleich die Betriebe von der bestehenden Befragungsflut befreit werden. Es galt

- einheitliche Erhebungsformulare mit eindeutiger inhaltlicher Klarheit,
 - eine einheitliche Industriesystematik,
 - ein einheitliches allgemeines Warenverzeichnis,
 - eine klare Abgrenzung der zu erfassenden Betriebe und
 - eine feste Preisbasis
- zu schaffen.

Am 17.8.1946 wurden mit dem Befehl Nr. 86 der SMAD Maßnahmen zur "Ausarbeitung eines einheitlichen Systems und einer einheitlichen Form der statistischen Berichterstattung für die Industrie in der sowjetischen Besatzungszone" erlassen (siehe Anlage Nr. 2). Mit der Vorbereitung und Einführung der neuen einheitlichen Produktionsberichterstattung endete diese erste Periode der Entwicklung der Produktionsstatistik. Sie wurde charakterisiert durch die Tatsache, daß die Statistik unter der Anleitung der SMAD sofort eine grundsätzlich neue Aufgabe erhielt. Sie wurde ein Teil der wirtschaftlich-organisatorischen Tätigkeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zunächst verkörpert in zentraler Gestalt durch die SMAD. Ihre grundlegenden Aufgaben waren:

1. die alten Erhebungen aus der Zeit vor 1945 auszuwerten und andere Sonderarbeiten für die SMAD anzufertigen (siehe Anlage Nr. 3).
2. eine Inventur der gesamten Industrie durchzuführen,
3. die Kontrolle über die Erfüllung der Produktionsbefehle vorzunehmen.

2. Die Produktionsberichterstattung in den Jahren 1947 bis 1948, der Zeit der Vorbereitung der langfristigen Planung

Diese Periode auf dem Gebiet der Produktionsberichterstattung wurde eingeleitet mit dem Befehl der SMAD Nr. 357 vom 26.12.1946 (siehe Anlage Nr. 4). Diesen Befehl und seine Durchführung kann man als die eigentliche Geburt der Produktionsberichterstattung in der sowjetischen Besatzungszone ansehen, wenn man unter Produktionsberichterstattung ein einheitliches System versteht, in dem die einzelnen Ebenen, vom Betrieb bis zu den zentralen Organen, fest verankert sind.

Das Neue in der Produktionsberichterstattung bestand

1. in einem einheitlichen Formblatt der Betriebsberichterstattung, dem Formblatt 1PR,
2. in der Einführung einer einheitlichen Industriezweigsystematik und eines einheitlichen Warenverzeichnisses,
3. in einheitlichen Aufbereitungsrichtlinien und -vordrucken in Gestalt der Formblätter 1 SP bis 7 SP und
4. durften nur noch genehmigte Erhebungen durchgeführt werden.

Mit der Lösung dieser Fragen bekam die Industrieberberichterstattung einen einheitlichen Rahmen, mit dem die Gewähr gegeben war, in richtiger Gruppierung genauere Daten zu den festgelegten Terminen zu erhalten. Im Einzelnen wurden diese Fragen wie folgt gelöst:

1. Das Charakteristische am Formblatt 1 PR war die Tatsache, daß es einheitlich für alle Eigentumsformen die wesentlichsten Seiten der Tätigkeit der Betriebe erfaßte. Es wurden Angaben über die Produktionskapazität der Betriebe, mengen- und wertmäßige Erzeugung, die Bewegung der Fertigwaren, Rohstoffe und Materialien, über die Beschäftigten und über die Bewegung und den Verbrauch von Brennstoffen und Elektroenergie verlangt. Der Vorteil dieses Systems bestand darin, daß auf einem Formblatt die gesamte Tätigkeit des Betriebes zum Ausdruck kam. Lediglich finanzielle Ergebnisse wurden mit

diesem Formblatt noch nicht erfaßt, weil selbst in den volkseigenen Betrieben die Finanzplanung erst im 2. Halbjahr 1948 eingeführt wurde.

2. Die Erzeugnisse wurden nach den Warennummern eines neu herausgegebenen Allgemeinen Warenverzeichnisses der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie und den darin festgelegten Mengeneinheiten gemeldet. Dieses Warenverzeichnis enthielt gleichzeitig eine Nomenklatur der Industriezweige. Die Frage der Nomenklatur war eine der wichtigsten, die man unbedingt lösen mußte, um zu gewährleisten, daß alle Erzeugnisse erfaßt und in der richtigen Zuordnung und Gruppierung zusammengefaßt werden konnten.

Die vor dem Kriege begonnene Entwicklung einer "Reichswarennummer" war nicht abgeschlossen und konnte nach 1945 nicht weitergeführt werden, weil Inhalt und Aufbau dieser Nomenklatur weitgehend von den Bedürfnissen der faschistischen Kriegswirtschaft und des imperialistischen Staates beeinflußt war. Aus Vertretern aller Zonen wurde deshalb ein Ausschuß für Warennummerung gebildet, der die Aufgabe haben sollte, auf der Grundlage einer neuen "Volkswirtschaftlichen Grundsystematik" ein für Deutschland einheitliches Warenverzeichnis auszuarbeiten. Die Entwicklung einer solchen umfangreichen Nomenklatur war natürlich sehr zeitaufwendig, und so wurde für die sowjetische Besatzungszone das erwähnte Warenverzeichnis Ende 1946 herausgegeben. Es war nach Industriezweigen aufgebaut und umfaßte ca. 2 870 Warennummern in einer fünfstelligen Klassifikation. Dieses Warenverzeichnis war zu einer Zeit erarbeitet worden, als noch keine ausgereiften praktischen Vorstellungen über die Planung der Volkswirtschaft sowie über die Klassifikation der Industriezweige entsprechend den Grundsätzen der Politischen Ökonomie bestanden, und es konnte deshalb auch nur als ein Provisorium angesehen werden. Auch einige in der Folgezeit vorgenommene Veränderungen konnten das Warenverzeichnis noch nicht so komplettieren, daß es als vollständig gelten konnte.

3. Der Kreis der meldepflichtigen Betriebe wurde durch die Anlage Nr. 8 zum Befehl Nr. 357 bestimmt. Er wurde nach den einzelnen Industriezweigen festgelegt und umfaßte mindestens alle Betriebe mit über 10 Beschäftigten. In einzelnen Industriezweigen waren jedoch alle Betriebe und in manchen die mit über 3 bzw. 5 Beschäftigten meldepflichtig. Unabhängig von dieser Festlegung wurden alle die Betriebe erfaßt, die eine Produktionsauflage erhalten hatten.

So wichtige Industriezweige, wie der Kohlebergbau und die Lebensmittelindustrie wurden im Rahmen der Betriebsberichterstattung nach Befehl Nr. 357 nicht erfaßt. Über diese Industriezweige waren Sonderregelungen getroffen worden.

Für den Kohlebergbau war sofort nach 1945 eine besondere Berichterstattung eingeführt worden, die mit den Befehlen Nr. 7 vom 14.7.1945 und Nr. 9 vom 21.7.1945 ausgelöst wurden.

Für die Lebensmittelindustrie galt der Befehl Nr. 108 vom 8.4.1946, der Maßnahmen zur verstärkten und verbesserten Leistung der Lebensmittelindustrie festlegte. Der Punkt 6 dieses Befehls drückte aus:

"Die Formen und Termine für die Berichterstattung über die Arbeit der Betriebe der Lebensmittelindustrie gemäß Anlagen Nr. 2, 3 und 4 sind zu bestätigen".

Hierzu wurden zwei Formblätter festgelegt. Formblatt 1 behandelte die Arbeit der Betriebe und Formblatt 2 stellte das Aufbereitungsformular für die Länder dar. Außerdem war eine gesonderte Warennomenklatur bestätigt worden.

Durch Befehl Nr. 11 vom 8.1.1947 über die Berichterstattung der Lebensmittelindustrie wurde noch einmal ausdrücklich bestimmt, daß für die Lebensmittelindustrie die Berichterstattung nach Befehl Nr. 357 nicht anzuwenden ist.

Aus diesen Sonderregelungen ist abzuleiten, daß für einige wichtige Industriezweige ein einheitliches System der Produktionsberichterstattung bereits früher eingeführt worden war.

4. Der Abgabetermin der Meldung 1 PR für die Betriebe war ursprünglich der 26. des Monats. Laut Befehl Nr. 132 vom 2.8.1948 wurde ab September 1948 für die Betriebsberichterstattung der volle Monat als Abrechnungszeitraum festgelegt und der Abgabetermin auf den 3. des dem Monatsmonat folgenden Monats verlegt. Damit wurde den Betrieben unnötige Arbeit erspart; denn am Monatsende nahmen sie sowieso einen Abschluß vor. Die Daten wurden dadurch realer und außerdem der Berichtszeitraum an den Planungszeitraum angeglichen.

Durch die richtungsweisende Arbeit der SMAD wurde erstmals in Deutschland ein einheitliches System der Produktionsberichterstattung geschaffen, dessen Aufgabe darin bestand, die Kontrolle über die Erfüllung der Produktionsbefehle und der Wirtschaftspläne auszuüben und der Planung sowie der operativen Leitung der Volkswirtschaft genaue Unterlagen zu liefern. Ein wesentlicher Erfolg kam in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Ergebnisse bald nach Beendigung des Berichtszeitraumes vorlagen. Die Produktionsberichterstattung war somit von Beginn an nicht Selbstzweck, sondern geboren aus der Notwendigkeit der planmäßigen und proportionalen Entwicklung, wobei natürlich auch die allgemeine Notlage und die sich daraus ergebenden Verteilungs- und Bewirtschaftungsgesichtspunkte eine straffe Leitung, Lenkung und Überwachung verlangten.

Mit der bisherigen Organisation und den getroffenen Regelungen waren jedoch bei weitem noch nicht alle Fragen gelöst; es tauchten neue auf, und es stellten sich gewisse Nachteile heraus. So wurde festgestellt, daß der Vorteil des Formblattes 1 PR zwar darin bestand, daß alle wichtigen Angaben über die Arbeit der Betriebe auf einem Formblatt zusammengefaßt waren, aber dies zugleich zu Terminschwierigkeiten bezüglich des Einzuges und der Aufbereitung führte. Auch war die Möglichkeit gegeben, daß die Angaben der Betriebe infolge der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und der Vielzahl der zu beantwortenden Fragen ungenau waren. Die operative Leitung und Lenkung der Wirtschaft verlangt aber, daß bestimmte Daten schnell und mit hoher Zuver-

lässigkeit vorliegen. Gegenüber diesem Erfordernis war das Formblatt noch zu kompliziert aufgebaut und zu umfassend. Die Fachdienststellen hatten alle ihre fachlichen Belange möglichst genau und ausführlich in das Formblatt gebracht, so daß es einen Umfang annahm, der 6 DIN A 4-Seiten umfaßte und seitenlange Erläuterungen erforderte. Trotzdem waren viele Fragen zweideutig und ließen verschiedene Auslegungen zu. Das traf besonders bei den Leistungsarten "Lohnarbeiten und Reparaturen" zu, die wertmäßig als Summe insgesamt zu melden waren. Dem Bestreben, die Arbeit der Betriebe vollständig zum Ausdruck zu bringen, stand die Gefahr von "Doppelzählungen" gegenüber. Im März 1947 wurde deshalb in einer Fußnote festgelegt: "Reparaturen für eigene Rechnung dürfen nicht gemeldet werden".

Auch das noch primitive und lückenhafte Warenverzeichnis zeigte seine Nachteile, so daß man sich im April 1947 entschließen mußte, alle Erzeugnisse, die sich nicht in eine Warennummer eingliedern ließen, unter einer Behelfsgruppe (50 000 - sonstige Warennummern) melden zu lassen.

Ein weiterer Mangel war der, daß die Produktionsberichterstattung nicht in den Händen des statistischen Apparates lag. Das Grundprinzip bei der Aufbereitung und Zusammenfassung in allen Ländern, trotz einiger Besonderheiten, war folgendes:

Die Berichtsformulare gingen über die Gemeinden an die Wirtschaftsabteilungen der Räte der Kreise und von diesen an die Landesregierungen und wurden dort aufbereitet. Die Statistischen Landesämter waren hierbei nicht einbezogen. Lediglich in Sachsen führte das Statistische Landesamt die hollerithmäßige Aufbereitung durch, aber die Industrieabteilung des Landesamtes bestand nur aus 2 Personen. In den Kreisen gab es bei den Abteilungen für Wirtschaft besondere "Sachbearbeiter für Befehl 357" bzw. bei den Abteilungen für Handel und Versorgung "Sachbearbeiter für Befehl 108".

Erst im Statistischen Zentralamt liefen die Ergebnisse der einzelnen Länder zusammen.

Dieser Aufbereitungsweg beinhaltete vielfältige Quellen für negative Auswirkungen auf die Genauigkeit der Ergebnisse.

Abgerechnet wurde immer noch nach effektiven Abgabepreisen (Stoppreisen). Durch eine starke Preiskontrolle, basierend auf den Befehlen der SMAD Nr. 9 vom 21.7.1945, Nr. 63 vom 26.2.1946, Nr. 357 vom 9.12.1946 und Nr. 267 vom 4.12.1947, die zugleich gegen die Gefahr einer drohenden Inflation gerichtet war, sollte u. a. auch gewährleistet werden, das Produktionsvolumen über die einzelnen Jahre hinweg vergleichbar zu halten. Diese Vergleichbarkeit wurde jedoch immer problematischer; denn inzwischen waren viele Preiserhöhungen genehmigt worden. Dadurch trat auf, daß für dasselbe Produkt unterschiedliche Preise existierten, und es war nicht möglich, alle Betriebe zu kontrollieren, ob sie richtig meldeten. Vor allem aber war das Preissystem im wesentlichen das aus der Zeit der faschistischen Kriegswirtschaft und entsprach in keiner Weise den notwendigen Anforderungen.

Als ein Mangel wurde ferner betrachtet, daß das Formblatt 1 PR nichts über die Abnehmergruppen der hergestellten Erzeugnisse aussagte. Diese Meinung resultierte vor allem aus der Einstellung und Denkweise der damaligen Mitarbeiter im statistischen Apparat, war aber für operative Zwecke, wie z. B. die Leitung der Materialversorgung oder des Absatzes der Erzeugnisse nicht erforderlich, sondern nur um sogenannte "bereinigte Bruttoproduktion" berechnen zu können.

Daß Erkenntnisse der Politischen Ökonomie noch ungenügend Beachtung fanden, zeigt sich u. a. auch in den Erläuterungen. Sie waren zwar sehr lang, aber sie beschränkten sich im wesentlichen auf technisch-organisatorische Fragen. Eine Erläuterung der zusammenfassenden Berichte der Länder vom 12.12.1947 umfaßte z. B. 5 Seiten nebst 5 Anlagen. Die einzige "ökonomische Definition" darin war die über die Produktion. Sie lautete:

"Produktion im Sinne der Berichterstattung ist alles, was der Betrieb hergestellt hat, unabhängig davon, ob es abgesetzt worden ist."

Von solchen Begriffen wie Bruttoproduktion im Sinne der marxistischen Politischen Ökonomie war noch keine Rede. Selbst die "Statistische Praxis", das Organ des Statistischen Zentralamtes, läßt die damalige Haltung und Denkweise erkennen. Unter den zahlreichen Artikeln zu vielen Fragen der statistischen Erfassung und Aufbereitung waren nur wenige enthalten, die sich mit der Produktion beschäftigten, ganz zu schweigen von Artikeln über die marxistische Politische Ökonomie oder die Auswertung sowjetischer Erfahrungen.

Neben allen Mängeln und Schwächen ergab sich zum Ende dieser Periode die Notwendigkeit einer Änderung der Berichterstattung auch deshalb, weil das Prinzip durchbrochen worden war, daß die Meldung nach Formblatt 1 PR die einzige Berichterstattung bleiben sollte. Manche Betriebe hatten oft mehr zu berichten als früher. So schrieb z. B. ein Betrieb aus Brandenburg/Havel am 29.4.1948 an die Zentralverwaltung, daß er folgende Meldungen anzugeben habe, deren Angaben im Formblatt 1 PR enthalten waren:

1. Über Autoersatzteile eine zusätzliche Produktionsmeldung in dreifacher Ausfertigung.
2. Eine Kohlemeldung in dreifacher Ausfertigung.
3. Eine Buntmetall- und Schrottmeldung.

Dazu noch andere monatliche Meldungen und Sonderberichte.

Bei der Veränderung der Produktionsberichterstattung galt es deshalb, folgende Hauptrichtungen einzuschlagen:

1. Die Berichterstattung mußte in eine monatliche (Kurz-) Meldung und in einen Quartalsbericht getrennt werden.
2. Die einzelnen Gebiete (wie Produktion, Arbeitskräfte, Materialversorgung usw.) sollten möglichst über besondere Berichterstattungen abgerechnet werden.
3. Der statistische Apparat mußte viel stärker in die Berichterstattung einbezogen werden.
4. Die Schaffung einheitlicher, umfassender und diszipliniert anzuwendender Nomenklaturen und Planpreise erforderten dringend eine Lösung.

5. Vor allem galt es, die Einstellung insbesondere der leitenden Kader der Industriestatistik zur Nutzung der Erkenntnisse der marxistischen Politischen Ökonomie für die Statistik grundlegend zu ändern. Das ergab sich auch aus der Tatsache, daß die Planung einen relativ hohen Stand erreicht hatte und daran ging, den ersten langfristigen Wirtschaftsplan, den Zweijahrplan, aufzustellen. Die Statistik durfte hier nicht zurückbleiben.

3. Die Produktionsberichterstattung in den Jahren 1949 und 1950, der Periode des Zweijahrplanes

Mit dem Beginn des Zweijahrplanes nahm eine neue Periode der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR ihren Anfang, die vor allem durch die Gründung der DDR gekennzeichnet war. Die Organe der antifaschistisch-demokratischen Ordnung hatten sich zu Organen der Arbeiter-und-Bauernmacht entwickelt, die demokratischen Kräfte waren erstarkt, und die SMAD legte immer mehr Rechte in die Hände der deutschen Verwaltung.

Diese Entwicklung übte auch auf die Statistik einen progressiven Einfluß aus. In dieser Periode wurde ernsthaft das Studium der marxistischen Politischen Ökonomie und der sowjetischen Erfahrungen betrieben. In den statistischen Apparat wurden systematisch neue Kräfte übernommen. Das hatte natürlich sehr positive Auswirkungen auf die gesamte Arbeit, und viele noch offene Fragen wurden in dieser Zeit gelöst.

Von ausschlaggebender Bedeutung war, den Anforderungen der Planung durch die Statistik voll gerecht zu werden. Es galt, die Arbeit der Statistik darauf auszurichten, und die entsprechenden Bedingungen dafür zu schaffen, um

- die für die Planaufstellung erforderlichen konkreten Unterlagen in der benötigten Gliederung und Detailliertheit bereitzustellen,
- die Planabrechnung und damit die Kontrolle der Planerfüllung zu gewährleisten,

- die ständige Kontrolle des Planaublaufes zu sichern und damit die Voraussetzungen für die operative Einflußnahme durch die Organe der Leitung und Lenkung der Wirtschaft zu schaffen und
- die Kontrolle des Planes selbst zu ermöglichen, um ihn auf Grund neuer Erkenntnisse bzw. auftretender Disproportionen während des Planablaufes gegebenenfalls zu präzisieren.

Vor der Statistik, insbesondere der Produktionsstatistik, standen damit vorrangig folgende grundlegende Aufgaben:

1. Mitarbeit bei der Aufstellung des Zweijahrplanes durch Zusammenstellung und Gruppierung entsprechenden statistischen Materials.
2. Abrechnung der Kennziffern und Kontrolle über die Erfüllung des Zweijahrplanes.
Für die Industrie war dazu insbesondere notwendig,
 - eine Neuordnung der Produktionsberichterstattung vorzunehmen,
 - neue, den Grundsätzen der Politischen Ökonomie entsprechende Nomenklaturen auszuarbeiten und
 - neue Festpreise einzuführen.
3. Um den neuen Bedingungen und Aufgaben gerecht werden zu können, mußte das Problem einer Reorganisation des statistischen Dienstes gelöst werden.

Die Vorbereitungen zu einer grundlegenden Umgestaltung der Industrie- bzw. Produktionsberichterstattung waren folgendermaßen getroffen worden.

Bereits im September 1947 fanden erste Vorbesprechungen statt. Die SMAD drängte nach genauen und schnellen Ergebnissen und schlug vor, die Industrieblicherterstattung in einen monatlichen Kurzbericht, der die Auftragsentwicklung sowie die Produktion und den Absatz enthalten sollte, und in einen umfassenden Quartalsbericht zu teilen. Die Forderung der SMAD lautete, für die Zwecke der operativen Lenkung ist es unbedingt erforderlich,

daß nur die wichtigsten Daten erfragt werden, die dafür pünktlich, zuverlässig und schnell vorliegen. Außerdem sollte die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), durch Befehl Nr. 132 vom 2.8.1948 angewiesen, eine neue Betriebsberichterstattung ausarbeiten (siehe Anlage Nr. 5).

Über das Ergebnis dieser Ausarbeitung fand im III. Quartal 1948 eine Probeerhebung statt, deren Erkenntnisse in die Berichterstattung ab 1949 einfließen.

In der am 19.1.1949 von der Deutschen Wirtschaftskommission beschlossenen Einführung einer neuen Industrieberberichterstattung in der sowjetischen Besatzungszone war festgelegt (Beschluß S 15/49, ZVObl. 36/1949 - siehe Anlage Nr. 6):

1. Die Industrieberberichterstattung sollte eine staatliche Berichterstattung sein, für deren Durchführung die statistischen Ämter jeweils für ihren Bereich und das Zentralamt für die gesamte sowjetische Besatzungszone verantwortlich sind.
2. In der Industrieberberichterstattung (ohne Lebensmittelindustrie) wurde eine Dreiteilung eingeführt, bestehend aus
 - der monatlichen Meldung IM,
 - dem vierteljährlichen Bericht IQ und
 - dem Jahresbericht IR.
3. Berichtet werden sollte auf der Grundlage eines neuen Warenverzeichnisses.

Mit dem Formblatt IM war die eigentliche Produktionsberichterstattung geboren, denn es erfragte ausschließlich die Produktionsleistungen des Betriebes. Als Erhebungseinheit galt die "örtliche Einheit"; die Betriebsleistungen wurden nach "technischen Einheiten" aufgegliedert.

Unter "örtlichen Einheiten" verstand man alle auf einem räumlich zusammenhängenden Grundstück liegenden Einrichtungen eines Betriebes. Unter einer "technischen Einheit" war praktisch die einzelne Abteilung eines Betriebes zu verstehen, womit eine

genaue Erfassung der Industriezweige erreicht werden sollte.

Der Abgabetermin für die Betriebe war der 3. Werktag des dem Monatsmonat folgenden Monats. Die Kreisergebnisse lagen am 10., die Landesergebnisse am 14. bis 16. und das Gesamtergebnis am 20. bis 22. vor.

Zu den "örtlichen" und den "technischen Einheiten" sei bemerkt, daß diese Definition noch Einflüssen der bürgerlichen Statistik unterlag und mit Mängeln behaftet war. Die Meldung nach "örtlichen Einheiten", die in "technische Einheiten" zergliedert werden, war vor 1945 üblich. Diese Methode wurde in der bürgerlichen Statistik als "Individual-Methode" bezeichnet. Der Mangel lag vor allem darin, daß durch die Erfassung nach "örtlichen Einheiten" die Produktion überhöht dargestellt wurde, weil man damit die innerbetriebliche Arbeitsteilung teilweise in die Bruttoproduktion einbezog. Auch kann bei der Zusammenfassung nach Industriezweige nicht von einzelnen Abteilungen ausgegangen werden, weil diese kein Erzeugnis im Sinne eines gesellschaftlichen Produktes herstellen. Richtiger wäre die Erfassung des Betriebes als sogenannte "wirtschaftliche Einheit" gewesen, und die Gliederung nach Industriezweigen hätte entweder vom Erzeugnis ausgehend oder indem der Betrieb entsprechend seiner Hauptproduktion einem Industriezweig zugeordnet wird erfolgen müssen. Daß die sowjetische Statistik nach "wirtschaftlichen Einheiten" erfaßte, war zwar bekannt, wurde jedoch nicht beachtet.

Für 1950 wurden am Formblatt IM einige Änderungen vorgenommen, so u. a. nicht mehr nach den "technischen Einheiten" gefragt.

Alle Eigentumsformen meldeten noch auf einem einheitlichen Formblatt.

Die Quartalsberichterstattung behandelte im wesentlichen die Fragen, die mit den Arbeitskräften zusammenhingen. Das dazu gestaltete Formblatt war in das Blatt A (Fragen des Absatzes, der Betriebsleistungen, der Bestände und der Bewegung der Materialien) und das Blatt B (Fragen der Arbeitskräfte) unterteilt. Gegen das Blatt B wurden wegen seiner Kompliziertheit

(siehe Anlage Nr. 6) starke Einwände erhoben, so daß es bald eine Änderung erfuhr.

Im Formblatt der Jahresmeldung sollten jeweils besondere Fragen behandelt werden.

Wie bereits erwähnt, sollte ein Ausschuß für Warennummerung ein neues Warenverzeichnis ausarbeiten, der jedoch seine Arbeit bald einstellte, weil inzwischen eine neue volkswirtschaftliche Grundsystematik ausgearbeitet worden war, auf deren Grundlage das Statistische Zentralamt ein neues Warenverzeichnis erarbeitet. Nach den in diesem neuen Warenverzeichnis enthaltenen Warennummern wurde die Produktion erfaßt und gemeldet, und es galt in seiner ersten Fassung, von Ergänzungen abgesehen, bis zum Ende des Zweijahrplanes. Es war nach dem Prinzip der Dezimalklassifikation aufgebaut, weitgehend nach technologischen Gesichtspunkten gegliedert und enthielt rund 15 000 sechsstellige Warennummern. Die Entwicklung der Produktion und die Herstellung neuer Erzeugnisse und erweiterter Sortimente erforderten sehr bald Ergänzungen des Warenverzeichnisses, so daß es bereits im Dezember 1949 ca. 25 000 Warennummern umfaßte.

So wurde die Grundlage für eine bessere Erfassung und Zuordnung der einzelnen Erzeugnisse gegeben. Das neue Warenverzeichnis war außerdem spezialisierter als das alte provisorische und trug den Bedürfnissen der Planung Rechnung.

Zur Planung der Produktion wurde nach sowjetischem Vorbild eine "Schlüsselliste zur Produktionsplanung" geschaffen, die entgegen der Volkswirtschaftlichen Grundsystematik und dem Warenverzeichnis nach den Grundsätzen der Politischen Ökonomie aufgebaut war. In dieser Schlüsselliste werden die Warennummern zu Planpositionen zusammengefaßt, nach denen geplant und in der Regel auch abgerechnet wurde. Mit dieser Schlüsselliste ergab sich auch die Möglichkeit, den sich ändernden volkswirtschaftlichen Schwerpunkten in der Planung von Jahr zu Jahr Rechnung zu tragen, wobei zu gewährleisten war, daß die Planpositionen jeweils in ihrer Gesamtheit alle Warennummern erfaßten, d. h. die Planpositionen der Schlüsselliste müssen alle

Erzeugnisse, die in der Gesellschaft hergestellt werden, umfassen.

Die Schlüsselliste war nach folgendem Prinzip aufgebaut:

Bei den siebenstelligen Planpositionen drückt die

1. Stelle die Erzeugnishauptgruppe,
 2. Stelle die Erzeugnisgruppe und die
 3. Stelle die Erzeugnisuntergruppe
- aus. Die weiteren Stellen der Planpositionen unterscheiden die einzelnen Erzeugnisse innerhalb der Erzeugnisuntergruppe.

Dazu folgendes Beispiel:

1. Stelle 1 = Grundstoffindustrie
2. Stelle 15 = Baumaterialien
3. Stelle 151 = Steine und Erden

Zur Erzeugnisuntergruppe 151 = Steine und Erden gehören unter anderen solche Erzeugnisse (Planpositionen) wie

- | | |
|-----------|--|
| 15 11 110 | Rohkalk |
| 15 11 130 | Eisenschüssiger Kalk |
| 15 11 200 | Rohdolomit |
| 15 12 100 | Sande für die Metallindustrie |
| 15 12 200 | Schleifsand und Sande für die Glas- und Keramikindustrie |
| 15 13 100 | Rohton |
| 15 14 100 | Rohschiefer |
| 15 18 990 | Sonstige nicht genannte Steine und Erden. |

Für die Planung und Planabrechnung sind in der Schlüsselliste sogenannte Oberpositionen jeweils in Klammer gesetzt, die eine Zusammenfassung von Planpositionen einer bestimmten Erzeugnisart darstellen, z. B.

- | | |
|-------------|-----------------------|
| (15 31 300) | Zement |
| 15 31 310 | Portlandzement |
| 15 31 320 | Hochofenzement |
| 15 31 330 | Sulfathüttenzement |
| 15 31 340 | Eisenportlandzement |
| 15 31 390 | sonstige Zementsorten |

Die Schlüsselliste schreibt zu jeder Planposition vor, nach welcher Mengeneinheit sie zu planen bzw. abzurechnen ist, und es sind alle Warennummern des Warenverzeichnisses aufgeführt, die einer Planposition zugeordnet sind. Es gibt Planpositionen, in denen sehr viele Warennummern zusammengefaßt sind, aber auch solche, die jeweils nur 1 Warennummer (1 Erzeugnis) verkörpern.

Der unterschiedliche Aufbau der Schlüsselliste gegenüber dem Warenverzeichnis erforderte ein Hilfsmittel für die richtige Zuordnung der Warennummern zu den jeweiligen Planpositionen. Als Bindeglied zwischen Warenverzeichnis und Schlüsselliste diente ein "Nummernschlüssel", mit dem zugleich gewährleistet wurde, daß ein bestimmtes in mehreren Betrieben hergestelltes Erzeugnis auch immer der gleichen Planposition zugeordnet wurde.

In der Zeit des Zweijahrplanes wurde mit der Lösung einer weiteren wichtigen Frage begonnen, nämlich die Frage der einheitlichen Festpreise.

Wie bereits erwähnt, war davon ausgegangen worden, durch Verwendung der Stopppreise Preisveränderungen mit ihren Auswirkungen auf das Produktionsvolumen ausschalten zu können. Das war jedoch nicht mehr gewährleistet, weil

- durch zahlreiche Preisgenehmigungen sich die Effektivpreise teilweise erheblich verschoben hatten und für das gleiche Erzeugnis, selbst wenn keine Preisgenehmigungen gegeben wurden, unterschiedliche Stopppreise bestanden;
- Preisgenehmigungen nicht nur generell für bestimmte Erzeugnisse, sondern auch betriebsweise erteilt wurden.

Es wurden deshalb Planpreise pro Planposition der Schlüsselliste ausgearbeitet und auch angewandt. Diese Planpreise beruhten auf den Stoppreisen und teilweise auf den Preisen des Jahres 1936. Den Betrieben wurden die Planpreise nicht mitgeteilt, sondern sie hatten weiterhin nach effektiven Abgabepreisen zu melden. Erst bei der Zusammenfassung wurden

vierteljährlich zentral die einzelnen Planpositionen mit den Planpreisen bewertet. Eine Ausnahme bildeten die Betriebe des Bergbaus und der Energiewirtschaft, denen die Planpreise für die betreffenden Planpositionen genannt wurden und die ihre Produktion danach selbst entsprechend bewerteten.

Dieses Planpreissystem kann nur als erster Versuch zur Aufstellung eines ökonomisch begründeten Festpreissystems betrachtet werden; denn es hafteten ihm einige nicht unbedeutende Mängel an, so z. B., daß die Planpreise pro Planposition Verschiebungen im zusammengefaßten Sortiment einer Planposition nicht zum Ausdruck brachten, die Planpreise die tatsächlich bestehenden Wertverhältnisse nicht widerspiegelten und für verschiedene Eigentumsformen unterschiedliche Planpreise für gleiche Produkte existierten. So galten z. B. für die Betriebe der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) andere Planpreise.

Die mit dem erwähnten Beschluß S 15/49 der DWK geltende Sonderregelung für die Berichterstattung der Lebensmittelindustrie, die weiterhin gemäß dem Befehl Nr. 108 der SMAD aus dem Jahre 1946 zu berichten hatten und deren Ergebnisse in den Jahren 1949 und 1950 erst zentral den Ergebnissen der Industrierichterstattung der anderen Industriezweige hinzugefügt wurden, ist Ende 1950 aufgehoben worden. Zunächst meldete die Lebensmittelindustrie im IV. Quartal 1950 zusätzlich auf dem Formblatt IM, und ab 1951 war sie dann voll in die einheitliche Produktionsberichterstattung einbezogen.

Mit Beginn der Periode des Zweijahrplanes fand eine weitere wichtige Frage ihre Lösung.

Bis Ende 1948 führten diejenigen Organe die Produktionsberichterstattung durch, die auch für die Aufstellung des Planes und seine Realisierung verantwortlich waren. Ausgehend davon, daß die Berichterstattung über volkswirtschaftlich wichtige Gebiete des Staatsplanes und damit über entscheidende Seiten des gesellschaftlichen Lebens unabhängig von den Stellen erfolgen muß, welche mit der Ausarbeitung und Durchführung des Planes beauftragt sind, wurde gemäß Beschluß S 15/49 der DWK die Produktions-

berichterstattung aus dem Verantwortungsbereich der Ministerien für Wirtschaft bzw. Wirtschaftsplanung der Länder herausgelöst und auf allen Ebenen in die Hände des statistischen Dienstes gelegt. Damit waren die Voraussetzungen für eine genaue und vor allem objektive Kontrolle über die Erfüllung des Planes gegeben. Trotzdem verlangte die Gewährleistung einer objektiven statistischen Kontrolle der Durchführung der Pläne und die Aufdeckung der bei der Plandurchführung auftretenden positiven und negativen Erscheinungen nach einer neuen Organisationsform der Statistik. Noch waren die statistischen Dienststellen den Landes- bzw. Kreisverwaltungen unterstellt, und zwar das Statistische Landesamt direkt dem Ministerpräsidenten als besondere Hauptabteilung, und auf der Kreisebene war das Statistische Kreisamt eine Unterabteilung innerhalb der Abteilung Planung, Materialversorgung und Statistik und damit dem Leiter der Gesamtabteilung unterstellt. Dieses Unterstellungsverhältnis wirkte sich hemmend auf die der Statistik übertragenen neuen Aufgaben aus. Die Statistischen Kreisämter wurden weiterhin zu Sonderaufgaben herangezogen und auch in materieller und finanzieller Hinsicht benachteiligt.

Mit der "Verordnung über die Reorganisation des statistischen Dienstes vom 16. Februar 1950" (GBl. 15/1950) wurden die statistischen Organe in den Ländern und Kreisen direkt dem Statistischen Zentralamt unterstellt.

Durch diese neue Verordnung wurde den neuen Aufgaben der Statistik Rechnung getragen, unabhängig von den Organen, die mit der Planung und Plandurchführung beauftragt sind, mittels der statistischen Berichterstattungen die Abrechnung der Volkswirtschaftspläne vorzunehmen, damit eine Kontrolle über die Plandurchführung auszuüben und ein objektives Bild über die Entwicklung der Wirtschaft zu vermitteln. Diese zentrale Unterstellung der Statistischen Landes- und Kreisämter unter das Statistische Zentralamt schließt ein, daß auf Landes- und Kreisebene eine enge Zusammenarbeit zwischen den territorialen statistischen Organen und den örtlichen Staatsorganen gewährleistet bleibt. Eine Voraussetzung dazu wurde mit der vorge-

nannten Verordnung gleich dadurch geschaffen, daß die Ergebnisse der Planabrechnung von den Statistischen Landes- und Kreisämtern für ihr Territorium auch an die Landesregierungen und Landräte zu übermitteln waren.

Die Periode des Zweijahrplanes sowohl in seiner Vorbereitung als auch in seiner Durchführung stellte eine wichtige Entwicklungsetappe der Industriestatistik und ihrer Organisation, insbesondere der Produktionsberichterstattung, dar. In vieler Hinsicht war diese Zeit ein Abschnitt, in dem neue Wege beschritten wurden. Vieles hatte sich dabei aber auch gezeigt, was es weiter zu verbessern, zu entwickeln bzw. zu klären galt. So z. B.

- die inhaltliche Verbesserung der Formblätter und der dazugehörigen Richtlinien und Erläuterungen,
- die Weiterentwicklung des Allgemeinen Warenverzeichnisses und der Schlüsselliste,
- die klare und eindeutige Definition der Kennziffer "Bruttoproduktion",
- das System der Planpreise verlangte nach einer straffen Ordnung, Einheitlichkeit und Angleichung an die tatsächlichen Wertverhältnisse,
- die Qualität der Berichterstattungen und Berichtsergebnisse, die noch viele Ungenauigkeiten enthielten, mußte weiter verbessert werden.

Trotz der noch vorhandenen Mängel und Schwächen war die Zeit der Vorbereitung und Durchführung des Zweijahrplanes ein Abschnitt in der Entwicklung der Industriestatistik, der für die Ausarbeitung und Vorbereitung des ersten Fünfjahrplanes sowohl für die Planung selbst als auch für die Planabrechnung wesentliche Voraussetzungen schuf.

V. Entwicklung und Organisation der Investitionsstatistik 1950 - 1960

	<u>Seite</u>
1. <u>Hauptaufgaben der Investitionsstatistik</u>	142
2. <u>Der Aufbau einer zentralisierten Investitionsberichterstattung in der Phase des Beginns der sozialistischen Umgestaltung und des ersten Fünfjahrplanes der DDR</u>	145
2.1. Der Beginn der zentralen staatlichen Planung und Abrechnung von Investitionen	145
2.2. Inhalt und Organisation der Investitionsberichterstattung im Jahre 1950	146
2.3. Die statistische Abrechnung der Investitionen im ersten Fünfjahrplan (1951-1955)	148
3. <u>Die Weiterentwicklung der Investitionsstatistik in der Periode des zweiten Fünfjahrplanes der DDR</u>	156
3.1. Aufgaben zur Qualifizierung des Inhalts und der Aussage der Berichterstattung	156
3.2. Die Erhöhung der Aktualität der Ergebnisse	158
3.3. Die Neugliederung des Investitionsplanes und der Abrechnung ab 1958	159
3.4. Der Nachweis der bis 1957 fertiggestellten Betriebe	161
3.5. Die Erfassung der Leistungen im Nationalen Aufbauwerk (NAW)	162
3.6. Erfassung des Projektierungswesens	163

Autor: Siegfried Hocke

Quellen: Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Publikationen in der Fachzeitschrift "Statistische Praxis", auf vorliegende Erhebungsunterlagen und Ergebnisberichte sowie auf Notizen und Erinnerungen des Autors

1. Hauptaufgaben der Investitionsstatistik

Beobachtungskomplex der Investitionsstatistik ist der Prozeß der intensiven und extensiven Reproduktion der Grundfonds. Hierunter fällt die Gesamtheit der materiellen und finanziellen Aufwendungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft, die für die Erneuerung (Ersatz) verbrauchter, die Modernisierung vorhandener und die Schaffung neuer Grundmittel eingesetzt werden. Diese Aufwendungen werden als "Investitionen" bezeichnet. Sie umfassen Vorhaben oder Maßnahmen sehr unterschiedlicher Art, Größe, Zielstellung und Bedeutung, wie beispielsweise die Errichtung neuer oder die Erweiterung, Rekonstruktion bzw. technische Neuausrüstung bestehender Betriebe, die Anschaffung einzelner Arbeitsmittel (Ersatzinvestitionen), den Bau neuer Wohnkomplexe oder einzelner Wohnhäuser, Einrichtungen der Volksbildung, des Handels oder des Verkehrswesens.

Mit der seit Gründung der DDR beginnenden sozialistischen Umgestaltung ergab sich auch die Möglichkeit und die Notwendigkeit, die für Investitionen zur Verfügung stehenden materiellen Fonds an Investitionsgütern, Bau- und Montagekapazitäten sowie an finanziellen Fonds planmäßig im Interesse der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen und im Plan festzulegen, wer, was und wie investiert.

Partei und Regierung haben die Investitionspolitik der DDR stets darauf gerichtet, die Investitionen als einen entscheidenden Faktor zur Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes entsprechend den Erfordernissen der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft einzusetzen und mit hoher Effektivität durchzuführen.

Mittels dieser Investitionen wurde in einem historisch kurzen Zeitraum die materiell-technische Basis geschaffen, die es ermöglichte, die DDR in die Reihe der 10 höchstentwickelten Industrienationen der Welt einzureihen und ihren Bürgern einen ständig steigenden Lebensstandard zu sichern.

Die Investitionsstatistik hat diese Entwicklung nicht nur beobachtet und registriert, sondern von Anfang an aktiv dazu beigetragen, die in den einzelnen Entwicklungsetappen gestellten Ziele zu erreichen. Sie hat die Parteiführung und die Regierung jederzeit umfas-

send und zuverlässig über den Realisierungsstand und die Erfüllung der in den Plänen festgelegten Aufgaben in der gesamten Volkswirtschaft wie auch in den einzelnen Bereichen und Territorien informiert. Ihre mit hoher Aktualität bereitgestellten Ergebnisse ermöglichen operative Entscheidungen und konkrete Maßnahmen zur Überwindung aufgetretener Schwierigkeiten und von Disproportionen. Sie diene und dient ferner als eine wichtige Grundlage für die Ausarbeitung des Plananteiles Investitionen der Fünfjahrpläne und Jahresvolkswirtschaftspläne, deren Erfüllung sie kontrolliert und analysiert. Diese vielfältigen Aufgaben erfordern u.a. die inhaltliche und methodische Übereinstimmung zwischen den Kennziffern der Investitionsplanung und der Investitionsberichterstattung sowie ein straff organisiertes Berichtssystem.

Ein weiteres Aufgabengebiet der Investitionsstatistik ist die Bereitstellung von Daten zur Darstellung der Dynamik, des Niveaus und der Struktur der Investitionen in der gesamten Volkswirtschaft für nationale Erfordernisse, u.a. für das Statistische Jahrbuch der DDR sowie für internationale Vergleiche, insbesondere im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Seit der im Jahre 1962 erfolgten Bildung der "Ständigen Kommission des RGW für Statistik" beteiligte sich die DDR aktiv an der Erarbeitung und ständigen Weiterentwicklung von Kennziffern und Methoden zum Vergleich der Investitionen der Mitgliedsländer des RGW.

Die vergleichbare Darstellung der dynamischen Entwicklung und der Struktur der seit Gründung der DDR durchgeführten Investitionen wird wesentlich begünstigt durch die Tatsache, daß die Beobachtungskomplexe und Hauptkennziffern sowie die Methodik der Investitionsstatistik seit 1950 im wesentlichen konstant blieben.

Zu dem bisher dargelegten Standardprogramm der Investitionsstatistik der DDR kamen einmalige oder zeitweilige Erhebungen zur Untersuchung besonderer Probleme, über die spezifische Informationen an die Partei und Regierung erforderlich waren.

Bei zurückschauender Betrachtung zeigt sich bei einer relativen Stabilität in den Grundkennziffern und der Methodik eine ständige Qualifizierung der gesamten Investitionsberichterstattung. Dies betrifft insbesondere deren Organisation, den Datenfluß, die Prüf- und Aufbereitungstechnologien, den Auswertungsgrad und die Aktualität der Ergebnisbereitstellung. Seit vielen Jahren liegen die wich-

tigsten Ergebnisse über den Realisierungsstand und die Planerfüllung der Investitionen der materiellen Bereiche insgesamt und nach Verantwortungsbereichen, Territorien sowie nach Strukturpositionen monatlich bereits am 3. Werktag nach dem Berichtsstichtag vor. Voraussetzung dafür war die stets zuverlässige und in sämtlichen Etappen termingetreue Arbeit tausender Mitarbeiter in den investierenden Betrieben und Einrichtungen, die die Primärdaten ermitteln, der Mitarbeiter in den Bezirks- und Kreisstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS), die den Einzug, die Prüfung und Weiterleitung der Daten vornehmen einschließlich der Mitarbeiter in den Rechenstationen, die mit der jeweils zur Verfügung stehenden Technik die Ergebnisse aufbereiten. Diese kurzfristige Ergebnisbereitstellung konnte bisher trotz des von Jahr zu Jahr steigenden Investitionsvolumens und zusätzlicher Aufgaben wie z.B. der monatlichen Abrechnung mehrerer hundert zentralgeplanter Einzelvorhaben kontinuierlich gesichert werden.

Diese Rückschau zeigt ferner, daß der Informationsbedarf von Partei und Regierung wie auch der aller anderen Leitungsebenen über das Investitionsgeschehen entsprechend den ständig wachsenden Aufgaben und der damit immer komplizierter werdenden Realisierung der Investitionen kontinuierlich wächst. Wenn es bisher gelungen ist, die sich aus nationalen und internationalen Erfordernissen ergebenden Anforderungen an den Umfang, die Qualität und Aktualität der Investitionsstatistik zuverlässig und ohne wesentliche "Fehlinvestitionen" zu lösen und gleichzeitig die Konstanz in den Methoden und Aussagen bei den Grundkennziffern zu erhalten, so ist dies zu einem erheblichen Teil der Nutzung der Erfahrungen und Erkenntnisse der Vergangenheit zu verdanken. Dies auch in der Perspektive zu ermöglichen, ist ein Hauptanliegen der folgenden Ausführungen. Sie sollen die Entwicklung der Investitionsstatistik seit Gründung der DDR darstellen. Behandelt werden Fragen des Inhalts, der Methodik und der Organisation der Investitionsstatistik.

2. Der Aufbau einer zentralisierten Investitionsberichterstattung in der Phase des Beginns der sozialistischen Umgestaltung und des ersten Fünfjahrplanes der DDR

2.1. Der Beginn der zentralen staatlichen Planung und Abrechnung von Investitionen

In den ersten Jahren nach Kriegsende fehlten jegliche materiellen und finanziellen Voraussetzungen für eine nennenswerte Investitionstätigkeit. Es gab auch noch keine zentralen Leitungen zur Organisation eines volkswirtschaftlichen Investitionsprozesses. Die primären Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet, insbesondere die Reparatur vieler Betriebe zur Aufnahme von Friedensproduktion wurden durch Weisungen und Befehle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) organisiert. Damit wurden erste Voraussetzungen für die Aufstellung von Wirtschaftsplänen geschaffen, die zunächst nur die Produktion und die Materialversorgung betrafen. Die in diesen Jahren zur Verfügung stehende relativ geringe Akkumulationskraft diente vor allem der Beseitigung der Trümmer, der Reparatur bzw. dem Wiederaufbau der vorhandenen Betriebe in der Industrie und im Bauwesen, der Reparatur der verbliebenen Substanz an Wohnungen und an infrastrukturellen Einrichtungen.

Im Jahre 1947 erfolgte die Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), die die Entwicklung der Territorien auf wirtschaftlichem Gebiet koordinierte. Für das erste Halbjahr 1948 wurden erste verbindliche Pläne in einfachster Form aufgestellt, die die Ausgangsbasis für einen längerfristigen Plan - den Zweijahresplan 1949/50 - bildeten, dessen Zielstellung die Erreichung des Vorkriegsproduktionsniveaus war.

Bis zur Gründung der DDR im Jahre 1949 wurden die zur Durchführung von Investitionen vorhandenen Kapazitäten dezentral unter Leitung der regionalen Verwaltungen eingesetzt. Lediglich für die SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) gab es intern eine zentrale Planung und Abrechnung von Investitionen.

Nach Gründung der DDR und der Konstituierung ihrer Machtorgane wurde der Aufbau einer zentralen Planung und damit auch die Ausarbeitung eines Investitionsplanes möglich. Daraus ergab sich für die Statistik die Aufgabe der einheitlichen Erfassung und Abrechnung der Investitionstätigkeit zur Kontrolle der Plandurchführung und der Planerfüllung.

Im Jahre 1949 erfolgte bereits eine statistische Abrechnung von Investitionen durch die investierenden Betriebe und Einrichtungen (Investitionsträger¹⁾). Zentrale Ergebnisse, aus denen Inhalt, Umfang und Aussage dieser Abrechnung ersichtlich wären, liegen jedoch nicht vor. Es handelte sich dabei um eine von den Fachorganen - insbesondere den Bauämtern - der einzelnen Länder organisierte Abrechnung. Im Laufe des Jahres 1950 wurde diese in die Regie des "Statistischen Zentralamtes beim Ministerium für Planung der DDR (der späteren "Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik") übernommen. Diese schaltete die ihr unterstellten statistischen Landes- und Kreisämter ab Mai 1950 in die Berichterstattung ein und organisierte den Berichtsweg über sie. Die Abteilung Statistik des Magistrats von Groß-Berlin, die auf Grund des damaligen Viermächtestatus dem Statistischen Zentralamt nicht unmittelbar unterstellt war, übernahm Ende 1950 die bis dahin von der Abteilung Aufbau des Magistrats durchgeführte Investitionsberichterstattung der Berliner Betriebe und Einrichtungen.

Die Zentralisierung der Investitionsberichterstattung und die Einschaltung der Statistischen Landes- und Kreisämter führte kurzfristig zu einer wesentlichen Qualitätsverbesserung. Neben einer vollständigeren Ausfüllung der Erhebungsunterlagen wurde die Berichtsdisziplin entscheidend verbessert. Während noch im März 1950 (unter der Regie der Fachorgane) 43 % der Berichtspflichtigen säumig waren und nicht in die Ergebnisse einbezogen werden konnten, lag diese Quote im August 1950 (nach Übernahme durch die Organe der Statistik) nur noch bei 6 %.

2.2. Inhalt und Organisation der Investitionsberichterstattung im Jahre 1950

Die vorliegenden statistischen Informationen über das Investitionsgeschehen im Jahre 1950 zeigen auch aus heutiger Sicht bereits ein hohes Niveau. Methodik, Inhalt und Aussage dieser damaligen Investitionsberichterstattung gewährleisten zumindest in den Grundzügen und Hauptkennziffern den Vergleich mit den Ergebnissen der Investitionsberichterstattungen der folgenden Jahre. Die Ursache hierfür liegt in der konstruktiven Hilfe und Unterstützung, die die sowjetische Statistik bereits bei den ersten Schritten zum Aufbau und bei der ständigen Weiterentwicklung der Investitionsstatistik unter den Bedingungen und Erfordernissen einer sozialistischen Planwirt-

1) Diese werden später mit "Investitionsauftraggeber" (IAG) bezeichnet.

schaft gegeben hat.

Mit der Gründung der DDR im Jahre 1949 ergaben sich für die Statistik gegenüber der bürgerlichen Statistik völlig neue Aufgaben hinsichtlich der Konzentration der statistischen Arbeiten auf die Erfordernisse der Ausarbeitung, Durchführung, Kontrolle und Abrechnung der Pläne. Diese Aufgaben waren mit den Kenntnissen und Methoden der bürgerlichen Statistik nicht zu lösen. Theoretische Grundlagen aus Lehre und Forschung oder der Literatur lagen nicht vor. In dieser komplizierten Entwicklungsetappe waren es wiederum die langjährigen sowjetischen Erfahrungen, die auf allen Ebenen und Fachgebieten der Statistik genutzt wurden. So ist es auch zu verstehen, daß auf dem Gebiet der Investitionsstatistik nicht erst lange experimentiert werden mußte, sondern von Anfang an das Investitionsgeschehen mittels in der Sowjetunion bewährter Kennziffern und Methoden erfaßt und kontrolliert wurde. Der Autor dieses Materials erinnert sich noch aus seiner Tätigkeit in der Abteilung Statistik des Magistrats von Groß-Berlin an die vielen Konsultationen mit Vertretern der Sowjetischen Standortkommandantur Berlin, die in der Regel in Auswertung der monatlichen Ergebnisse der Berliner Investitionsberichterstattung erfolgten. Die dabei gegebenen Hinweise und Empfehlungen zur Methodik der Erfassung und zur analytischen Bewertung der Ergebnisse trugen wesentlich bei zur Qualifizierung der Mitarbeiter auf dem Gebiet der Investitionsstatistik.

Die statistische Kontrolle des Investitionsplanes 1950 erfolgte in Form eines monatlichen Kurzberichtes, mit dem die wichtigsten Daten aus einer umfassenderen monatlichen finanziellen (wertmäßigen) Abrechnung telegraphisch vorweg gemeldet wurden. Dieser vorwiegend operativen Zwecken dienende Kurzbericht lag den zuständigen Organen am 15. Werktag des Folgemonats vor. Die finanzielle Abrechnung informierte über die Erfüllung der Investitionsarbeiten nach der Kostenstruktur (Bau- und Montagearbeiten, Ausrüstungen, Sonstiges), über die Anzahl der für die Investitionsarbeiten eingesetzten Beschäftigten und über die an sie gezahlten Lohnsummen. Diese finanzielle Abrechnung wurde vierteljährlich ergänzt durch eine sogenannte technische Abrechnung, die den materiellen Fortgang der Investitionsarbeiten zum Gegenstand hatte und die u.a. den durch die Investitionen erreichten Kapazitätzugang nachwies.

Der für 1950 vorliegende Jahresbericht enthält folgende Kennziffern (die in der monatlichen finanziellen Abrechnung dargestellten Strukturpositionen wurden in den Jahresbericht nicht mit aufgenommen):

- a) Jahresplan
- b) Zahlungen aus dem Sonderbankkonto der Deutschen Investitionsbank (DIB)
- c) Unbezahlte Rechnungen und noch nicht abgerechnete durchgeführte Leistungen
- d) Erfüllung insgesamt (Summe b + c)
- e) Anzahl der für die Durchführung der Investitionsvorhaben beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Die Gliederung der Abrechnung erfolgte für die örtlichgeleiteten Investitionen je Land (Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Berlin) nach Verantwortungsbereichen, für die zentralgeleiteten Investitionen nach den Zweigen der Volkswirtschaft (darunter sind im Prinzip zentrale Verantwortungsbereiche zu verstehen).

Ferner wurden die Investitionen folgender Zusatzpläne ausgewiesen:

- Sonderplan Berlin
- Nachwuchsplan
darunter Industrie
- Neubauern
- Neubauernkredit für Überhangbauten.

Eine gesonderte Abrechnung erfolgte vierteljährlich über die Generalreparaturen, die aus den an die DIB abzuführenden Amortisationen finanziert wurden,

2.3. Die statistische Abrechnung der Investitionen im ersten Fünfjahrplan (1951-1955)

Die wichtigsten Aufgaben des Zweijahrplanes 1949-1950 wurden bereits in eineinhalb Jahren erfüllt. Die Industrieproduktion der DDR hatte den Vorkriegsstand erreicht, das Übergewicht des volkeigenen Sektors, eine entscheidende sozialökonomische Aufgabe, war hergestellt, die Lebenslage der Werktätigen konnte schrittweise verbessert werden. Die für diese Periode von der SED vorgeschlagene

Wirtschaftspolitik hatte sich bewährt.

In dem relativ kurzen Zeitraum und bei den äußerst begrenzten Investitionsmitteln war es jedoch noch nicht möglich gewesen, die größtenteils veralteten Produktionsmittel zu erneuern, neue Betriebe zu errichten oder mit dem Neuaufbau der zerstörten Städte zu beginnen.

Dem Beispiel der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten folgend, schlug der III. Parteitag der SED im Juli 1950 vor, zur langfristigen sozialistischen Wirtschaftsplanung überzugehen. Der Parteitag beschloß den ersten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR für die Jahre 1951 - 1955. Auf dem Gebiet der Investitionen bestand seine grundlegende Aufgabe darin, die durch die Spaltung entstandenen Disproportionen schrittweise zu verringern und die materiellen und finanziellen Investitionsmittel zu konzentrieren auf

- die Wiederherstellung und Erweiterung der energetischen Basis (insbesondere der Brikettfabriken, Kraftwerke, Braunkohlentagebaue),
- die metallurgische Basis,
- die chemische Industrie,
- die schnelle Entwicklung des Maschinenbaus als materielle Basis für höhere Investitionen in den Folgejahren.

Wichtigstes Investitionsvorhaben des ersten Fünfjahrplanes war die Errichtung des Eisenhüttenkombinates Ost. Weitere Schwerpunktvorhaben waren der Aufbau der Eisenwerke West bei Calbe, die Erweiterung der Stahl- und Walzwerke Brandenburg, Gröditz, Henningsdorf und Unterwellenborn sowie die Rekonstruktion von 24 Betrieben des Schwermaschinenbaus, darunter Bergmann-Borsig, Schwermaschinenbau Wildau, Transformatoren- und Röntgenwerke Dresden.

Die Investitionsstatistik mußte diesen neuen Aufgaben gerecht werden. Es galt, die noch relativ geringen Erfahrungen aus der Abrechnung des Investitionsplanes 1950 zu nutzen und die Berichterstattung schrittweise zu qualifizieren. Dies mußte in Übereinstimmung mit der sich ebenfalls von Jahr zu Jahr weiterentwickelnden Planmethodik erfolgen. Ein Problem bestand darin, daß zwar mit dem ersten Fünfjahrplan die längerfristige Investitionspolitik festgelegt war, die Planung und Abrechnung der Investitionen jedoch fast ausschließlich nach Jahresvolkswirtschaftsplänen erfolgte. Investitionsvorhaben werden aber in der Regel (kleinere Maßnahmen ~

wie z.B. Ersatzinvestitionen ausgenommen) nicht im gleichen Kalenderjahr begonnen und fertiggestellt. Somit beinhaltet der Jahresinvestitionsplan wie auch dessen statistische Abrechnung nur die in dem jeweiligen Kalenderjahr zu realisierenden materiellen und finanziellen Leistungen, d.h. also von längerfristigen Vorhaben nur die jeweilige "Jahresscheibe". Diese für die Bilanzierung der Investitionsaufgaben mit den im jeweiligen Jahr zu realisierenden Produktionsleistungen der Investitionsgüterindustrie und des Bauwesens erforderliche Planungs- und Abrechnungspraxis wurde seinerzeit noch nicht durch eine Kontrolle und Analyse der Erfüllung der langfristigen Investitionsaufgaben des Fünfjahrplanes ergänzt. Ferner gab es in dieser Planperiode auch noch keine vorhabenbezogene kumulative Abrechnung der Schwerpunktvorhaben. Die Berichterstattung erfolgte ausschließlich betriebs- und jahresplanbezogen.

Komplexe der Planung und Abrechnung

Der Investitionsplan sowie dessen Abrechnung enthielt in den Jahren 1951 - 1956 die sogenannten staatlichen Investitionen, d.h. die Investitionen der volkseigenen Betriebe und staatlichen Einrichtungen, deren Finanzbedarf aus den im Staatshaushalt zentralisierten Akkumulationsmitteln gedeckt wurde. Ab 1953 wurden in die statistische Abrechnung auch die auf Grund von Lizenzen und Baugenehmigungen durchgeführten Investitionen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft einbezogen. Zur exakten Kontrolle der Investitionspläne wurden die statistischen Ergebnisse getrennt in

a) Staatliche Investitionen,

b) Investitionen aus Lizenzen und Baugenehmigungen.

Zusätzlich zu den aus dem Staatshaushalt finanzierten Investitionen erhielten die Betriebe der volkseigenen Wirtschaft ab 1955 die Möglichkeit, weitere Investitionen aus eigenen Mitteln und Krediten zu finanzieren. Der Investitionsplan 1955 gliederte sich in folgende Positionen:

Investitionen insgesamt

davon: - Staatliche Investitionen

- Investitionen aus Eigenmitteln und Krediten

darunter: Lizenzen (bei der Istabrechnung wurden hier auch die Baugenehmigungen einbezogen).-

Zum Aufgabengebiet der Investitionsstatistik gehörte seit dem Jahre 1950 auch die Abrechnung des Generalreparaturplanes. Im Rahmen dieses Planes hatten die amortisationspflichtigen Betriebe die Möglichkeit, ihre an die DIB abgeführten Amortisationen für die Durchführung von Generalreparaturen oder auch für Ersatzinvestitionen zu verwenden.

Analog hierzu erfolgte ab 1955 auch die Abrechnung der im Plan der Werterhaltungen geplanten Hauptinstandsetzungen von Einrichtungen der zentralen und örtlichen Haushaltsorganisationen wie z.B. Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser.

Die Methodik der Abrechnung des Planes der Generalreparaturen und des Planes der Werterhaltungen entsprach im Prinzip der des Investitionsplanes, jedoch mit einem erheblich reduzierten Kennziffernprogramm.

Inhalt und Aussage wichtiger Kennziffern der Berichterstattung

Das Kennziffernsystem der Investitionsberichterstattung in der Periode des ersten Fünfjahrplanes gewährleistete eine präzise Darstellung und Analyse des Realisierungsstandes des jeweiligen Jahresplanes.

Für die Planung und Abrechnung der Investitionen wurde u.a. eine Kennziffer benötigt, mittels derer der Umfang der im jeweiligen Planungs- und Abrechnungszeitraum geplanten bzw. tatsächlich realisierten Leistungen unabhängig von ihrer unterschiedlichen Art und Zielstellung (Bauleistungen, Maschinen und Ausrüstungen, Projektierungsarbeiten u.a.) auf allen Ebenen vergleichbar und aggregierbar dargestellt werden kann. Hier bot sich das Wertvolumen der Investitionskosten an. Seinerzeit wurden die finanziellen Mittel in Höhe des materiellen Leistungsumfanges eines Zeitraumes geplant, auf den Investitionskonten der DIB gesammelt, vom Auftragnehmer in der Regel monatlich nach einem sogenannten "gemeinsamen Aufmaß"¹⁾ der im Monat realisierten Leistungen mit dem Investitionsauftraggeber eingeschätzt, in Rechnung gestellt und vom IAG bezahlt.

Inhaltlich entspricht die seinerzeitige Kennziffer "Investitionskosten" der späteren Kennziffer "materielles Investitionsvolumen".

1) Messung bzw. Berechnung, die in der Regel im Rahmen einer gemeinsamen Baustellenbesichtigung vorgenommen wurde

Die Mitte der sechziger Jahre vorgenommene Neuregelung der Finanzierung (diese wird später erläutert) beeinflusst nicht den Inhalt des in der Kennziffer dargestellten Volumens an materiellen Leistungen.

Der Kennziffer "materielles Investitionsvolumen" (bzw. vordem "Investitionskosten") kommt für die Planung, Abrechnung und Analyse der Investitionen eine zentrale Bedeutung zu. Als eine Art Leistungskennziffer der Volkswirtschaft ist sie von großer Bedeutung bei der Beurteilung der Entwicklung und der Struktur der Investitionen, bei der Einschätzung der Planerfüllung, der Kontinuität der Durchführung und des Niveaus der Investitionen. Die Grenzen dieser Kennziffer bestehen darin, daß sie als Kennziffer des Investitionsaufwandes keine Aussage über die gebrauchswertmäßige Fertigstellung der Investitionen oder über deren Nutzeffekt ermöglicht.

Zahlreiche Untergliederungen und Gruppierungen der Kennziffer "materielles Investitionsvolumen" wurden bisher vorgenommen, um differenzierte Aussagen oder Einschätzungen über den Stand, die Entwicklung oder die Verwendung der Investitionen zu ermöglichen. Bereits in der Periode des ersten Fünfjahrplanes wurde z.B. das Istvolumen insgesamt wie folgt untergliedert:

Materielles Investitionsvolumen
insgesamt

davon:

- . Zahlungen aus dem Sonderbankkonto der DIB
- . Unbezahlte Rechnungen für ausgeführte Lieferungen und Leistungen
- . Zahlungsverpflichtungen aus ausgeführten, noch nicht in Rechnung gestellten Aufträgen

Die Summe dieser 3 Positionen zeigt den jeweiligen materiellen Fertigungsstand. Darüber hinaus wurde das Volumen der Zahlungsverpflichtungen aus noch nicht ausgeführten Aufträgen ausgewiesen. Damit war die Einschätzung der vertraglichen Sicherung des Jahresplanvolumens gegeben.

Der Jahresplan sowie die vorstehend genannten Kennziffern zur Charakterisierung des Realisierungsstandes wurden nach der Kostenstruktur (Strukturpositionen) wie folgt untergliedert:

- Bauarbeiten
- Montagearbeiten
- Ausrüstungen
- dar.: mit Montagen verbundene
- Sonstiges

Besondere Aufmerksamkeit richteten Partei und Regierung auf die Schaffung ständig verbesserter Arbeitsbedingungen in den sozialistischen Betrieben. Aus der einseitig profitorientierten Investitionspolitik der kapitalistischen Vergangenheit resultierte ein erheblicher Nachholebedarf an entsprechenden Einrichtungen für die Werktätigen. Zur Kontrolle der Entwicklung auf diesem Gebiet wurde die Planung und Abrechnung der zentralgeleiteten Wirtschaft ab 1951 untergliedert nach

- a) Hauptanlagen
- b) Nebenanlagen
 - davon: betriebliche Kultureinrichtungen
 - betriebliche Sozialeinrichtungen
 - betriebliche Gesundheitseinrichtungen
 - betriebliche Nachwuchseinrichtungen.

Die Erfassung dieser Zweckbestimmungen des Investitionsaufwandes erfolgte - mit geringen Veränderungen - bis zum Jahre 1957.

Organisation der Investitionsstatistik

Um die Verwaltungsstruktur der DDR mit den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus besser in Einklang zu bringen, verabschiedete die Volkskammer am 23. Juli 1952 das "Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe". Dementsprechend wurden ab 1952 auch die Ergebnisse der Investitionsberichterstattung nicht mehr nach den bisherigen fünf Ländern, sondern nach den neugeschaffenen 14 Bezirken zuzüglich Berlin gruppiert.

Nach Konsolidierung der aus den bisherigen 5 Statistischen Landesämtern gebildeten 14 Bezirksstellen und der über 100 neu aufgebauten Kreisstellen der Statistik verstärkte sich der Einfluß der statistischen Organe auf die Qualifizierung der zentralisierten Berichterstattungen, darunter auch der Investitionsberichterstattung.

Diese erfaßt die Investitionen aller Bereiche und Zweige, wobei - besonders in den nichtproduzierenden Bereichen- der Kreis der Berichtspflichtigen starken Veränderungen unterlag. Berichtspflichtig ist der Betrieb oder die Einrichtung, die im jeweiligen Jahr Investitionen durchführt; aber nicht jeder Betrieb und jede Einrichtung hatte in jedem Jahr die Möglichkeit zu investieren. Zur Gewährleistung einer vollständigen Erfassung aller im Planjahr vorgesehenen Investitionen hat sich in diesen Jahren die Zusammenarbeit mit den Filialen und Zweigstellen der Deutschen Investitionsbank (DIB) bewährt. Viele Zweigstellen der DIB machten die Freigabe der Investitionskonten von einem Sichtvermerk der zuständigen Kreisstelle für Statistik auf der "Titelliste wichtige Kennziffern der Investition" abhängig. Diese Titelliste (Planungsvordruck 0724) ist entsprechend den planmethodischen Bestimmungen von den IAG bei der Ausarbeitung des Planvorschlages für den Volkswirtschaftsplan des folgenden Jahres gesondert für jedes Investitionsvorhaben auszuarbeiten und gilt nach Bestätigung des Volkswirtschaftsplanes als Grundlage für die Durchführung, Finanzierung sowie die statistische Abrechnung der geplanten Investitionsleistungen. Sie enthält die wichtigsten Plankennziffern über den materiellen und finanziellen Aufwand der Investition sowie über deren Ergebnisse insgesamt sowie in dem jeweiligen Planjahr.

Bewährt hat sich ferner die Führung von Karteikarten für die einzelnen Investitionsvorhaben in den Kreisstellen. Sie wurden auf der Grundlage der vorgelegten Titellisten aufgestellt und enthielten neben den allgemeinen Angaben Plan- und Istdaten für den Kapazitätswachstum und die materiellen Leistungen im Berichtsjahr, die monatlich auf Grund der Berichterstattung fortgeschrieben wurden. Damit wurde nicht nur die Eingangs- und Vollzähligkeitskontrolle sondern auch eine Fortschreibungskontrolle der kumulativen Istdaten ermöglicht.

Als besonders wirksam auf die Gewährleistung der Vollzähligkeit, die Termintreue und die ständige Qualitätsverbesserung der Investitionsberichterstattung hat sich der jahrelang praktizierte konsultative Einzug der Berichte unter Beteiligung der DIB erwiesen. In Berlin erfolgte dieser konsultative Einzug auf Weisung des Oberbürgermeisters in den einzelnen Stadtbezirken unter der Leitung

des 1. Stellvertreters des jeweiligen Bürgermeisters. Beteiligt waren Vertreter der zuständigen örtlichen Organe (Plankommission, Fachabteilungen des Rates), der DIB und der Statistik. Die Investitionsauftraggeber wurden zeitlich gestaffelt zur Konsultation geladen. Sie waren verpflichtet, die Investitionsberichterstattung durch einen verantwortlichen Mitarbeiter - in der Regel durch den Hauptbuchhalter -, der zu allen Fragen des Investitionsablaufes Stellung nehmen konnte, zu übergeben. Während dieser dem Gremium eine allgemeine Einschätzung vortrug, prüften die Vertreter der DIB und der Statistik die Berichterstattung sachlich und rechnerisch und forderten bei Fehlern deren unverzügliche Berichtigung. Die wichtigsten Plan- und Erfüllungsdaten wurden noch während der Konsultation in von der Statistik vorbereitete Listen übertragen und bei Vollzähligkeit der Berichte eines Verantwortungsbereiches aggregiert. Nach Beendigung der Konsultation erfolgte eine Abschlußberatung, bei der die Statistik den Vertretern der örtlichen Organe bereits den Realisierungsstand der Investitionen im gesamten Territorium sowie in den einzelnen Verantwortungsbereichen vortrug. Am Tage nach der Konsultation wurde der Plankommission des Magistrats das aus den 8 Stadtbezirksergebnissen errechnete Gesamtergebnis übergeben. Diese damals noch ungewohnt hohe Aktualität und Qualität statistischer Informationen und Ergebnisse trug wesentlich dazu bei, die seinerzeit z.T. noch zu verzeichnende Voreingenommenheit anderer Organe gegenüber der Statistik zu überwinden. Zur innerbetrieblichen Kontrolle sowie als Primärdatenbasis u.a. für die betrieblich zusammengefaßte Investitionsberichterstattung war jeder IAG gesetzlich verpflichtet, eine Investitionsbuchhaltung (Investitionsrechnung) zu führen. Als einheitliches Instrumentarium waren hierfür sogenannte "Obligokarten" vorgegeben. Diese je Investitionsvorhaben bzw. -objekt aufzustellenden Karten enthielten alle wichtigen Plan- und Istdaten sowie sämtliche Verbindlichkeiten (Obligo) der an der Realisierung des Vorhabens bzw. Objektes beteiligten Auftragnehmer nach Art, Wertumfang und Termin der mit ihnen vertraglich vereinbarten Investitionslieferungen bzw. -leistungen.

Die Ergebnisaufbereitung entsprach den derzeitigen Möglichkeiten zur kurzfristigen Zusammenfassung des umfangreichen Datenmaterials.

So wurden die Berichte der örtlichgeleiteten IAG durch die Kreis- und Bezirksstellen der Statistik aggregiert. Die Bezirksstellen übergaben das Bezirksergebnis - nach örtlichen Verantwortungsbe- reichen gegliedert - an die Zentralstelle. Die Berichte der zentral- geleiteten IAG wurden von ihren übergeordneten Organen (Planträger) aggregiert und mittels des damaligen Formblattes P 27 an die SZS gemeldet. Diese bereitete maschinell (mittels Hollerithanlagen) das DDR-Ergebnis insgesamt sowie in der Untergliederung nach Plan- trägern (Z) und nach Bezirken auf.

3. Die Weiterentwicklung der Investitionsstatistik in der Periode des zweiten Fünfjahrplanes der DDR

3.1. Aufgaben zur Qualifizierung des Inhalts und der Aussage der Berichterstattung

Partei und Regierung widmeten dem Investitionsgeschehen stets große Beachtung. Auf der Grundlage der statistischen Ergebnisse, von Analysen der Staatlichen Plankommission, der DIB und zuständiger zentraler Fachorgane wurde die Investitionstätigkeit insbesondere in den Tagungen des Zentralkomitees der SED kritisch bewertet, Ursachen für aufgetretene Mängel aufgezeigt und Schlußfolgerungen für die weitere Entwicklung gezogen. In Auswertung dieser Materi- alien unterbreiteten die Mitarbeiter der Investitionsstatistik Vorschläge zur weiteren Qualifizierung des Inhaltes und der Aussage der Investitionsberichterstattung.

So wurde von der Parteiführung bereits in der Periode des ersten Fünfjahrplanes und auch in der Folgezeit der Umfang und die Entwicklung der unvollendeten Investitionen wiederholt kritisiert. Über diese Problematik lagen jedoch nur Angaben aus der Buchhaltung der volkseigenen Industriebetriebe vor. Lediglich die ehemaligen SAG-Betriebe berichteten in ihrer Bilanz über den Bestand und die Entwicklung ihrer unvollendeten Investitionen. Die Investitions- statistik zog daraus die Schlußfolgerung, die Erfassung der unvoll- endeten Investitionen sowie die Beobachtung und Auswertung ihrer Entwicklung als eine vordringliche Aufgabe der Investitionsbericht- erstattung anzusehen. Erste, noch unbefriedigende Ansätze gab es dazu in der "INV"-Berichterstattung¹⁾ 1956, in der halbjährlich für

1) Bezeichnung des Formblattes

fortzuführende Überlimitvorhaben"¹⁾ Kennziffern über deren Gesamtentwicklung ausgewiesen wurden. Daraus konnte das Volumen der unvollendeten Investitionen dieser Vorhaben berechnet werden. Präzisere und vollständigere Angaben über den Bestand an unvollendeten Investitionen enthält die Investitionsberichterstattung jedoch erst ab 1959.

Weitere Vorschläge sowie Untersuchungen zur Verbesserung und zur Vervollständigung der Investitionsstatistik mit dem Ziel einer problemgerechten, exakten und umfassenden Information der Partei und Regierung über das Investitionsgeschehen bezogen sich Mitte der fünfziger Jahre insbesondere auf nachstehende Probleme:

- Einführung einer statistischen Berichterstattung zur Einschätzung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Projektierungsbetriebe. Damit sollte der Stand der Vorbereitung der Investitionen exakter und umfassender kontrolliert werden als mit der bisherigen "Projektierungsmeldung" der Plan- bzw. Investitionsträger, die seit 1952 durchgeführt wurde. Trotz ständiger Weiterentwicklung ihrer Kennziffern gelang es mittels dieser Berichterstattung nicht, eine volkswirtschaftlich zusammengefaßte auswertbare Information über den Vorbereitungsstand der Investitionen zu erhalten. Die Ursache dafür liegt insbesondere in der ständigen Veränderung der Anzahl, der Zielstellung und des Wertumfanges der Investitionen in der Vorbereitungsphase. Über die 1959 erfolgte Einführung der vorgeschlagenen Projektierungsberichterstattung wird in Abschnitt 3.6. berichtet.
- Einführung einer Schlußabrechnung nach Fertigstellung einer Investition mit der Zielsetzung, deren Effektivität nach Inbetriebnahme in den verschiedensten Auswirkungen zu untersuchen, wie z.B. den Einfluß auf die Erhöhung der Produktion, auf die Rentabilität oder die Senkung der Selbstkosten. Als besonders wichtig wurden Untersuchungen darüber angesehen, ob die ursprünglich geplante Kapazität auch tatsächlich erreicht wurde.

In Theorie und Praxis wurden die Fragen der Ermittlung und Darstellung des Nutzeffektes von Investitionen jahrelang

1) Vorhaben, deren Gesamtwertumfang (Beginn bis Fertigstellung) über einer für den jeweiligen Bereich festgelegten Höhe liegt

untersucht und diskutiert. Es gab zahlreiche theoretische Abhandlungen über diese Problematik jedoch noch keine praktikablen Lösungen. Es bedurfte noch eines längeren Reifeprozesses, bis die SZS Anfang der sechziger Jahre erste Erfassungen über den ökonomischen Nutzen von Investitionen vornehmen konnte.

3.2. Die Erhöhung der Aktualität der Ergebnisse

Wirksame operative Entscheidungen von Partei und Regierung zur Überwindung aufgetretener Schwierigkeiten und zur Gewährleistung einer plangerechten Investitionsdurchführung erfordern eine hohe Aktualität der Ergebnisbereitstellung. Bei der 1956 monatlich durchgeführten Totalabrechnung sämtlicher Investitionen lag das Ergebnis frühestens nach 4 Wochen, d.h. erst nach dem Stichtag der folgenden Erfassung vor. Um dies zu verbessern, wurde die Totalabrechnung ab 1957 nur noch vierteljährlich vorgenommen. In den ersten beiden Monaten eines Quartals wurden nur Vorhaben ab einer festgesetzten Wertgrenze erfaßt. Durch die damit verbundene erhebliche Reduzierung der Anzahl der Berichtspflichtigen konnte ein monatlicher Schnellbericht organisiert werden, der 14 Tage nach Monatsende vorlag. Durch Veränderungen im Datenfluß und in der Aufbereitungstechnologie konnte dieser Zeitraum im Laufe des Jahres weiter auf 10 Tage reduziert werden. In der Folgezeit wurden in Zusammenarbeit mit den Berichtspflichtigen sowie mit ausgewählten Bezirks- und Kreisstellen Möglichkeiten zur weiteren Verkürzung des Zeitraumes zwischen dem Berichtsstichtag und der Übergabe der zentralen Ergebnisse untersucht. Das Ziel war die Erarbeitung eines monatlichen Kurzberichtes, dessen Ergebnisse am 5. bzw. spätestens 6. Werktag vorliegen und zusammen mit den Ergebnissen der Produktionsstatistik und anderen wichtigen Kennziffern der Volkswirtschaft übergeben und analysiert werden können. Das wurde im Jahre 1959 erreicht.

3.3. Die Neugliederung des Investitionsplanes und der Abrechnung ab 1958

Auf dem IV. Parteitag der SED im April 1954 wurden als vordringliche Aufgaben bei der weiteren Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus die beschleunigte Entwicklung des Braunkohlenbergbaues, der Energieerzeugung sowie die Modernisierung des allgemeinen Maschinenbaues festgelegt. In der von der 3. Parteikonferenz im März 1956 gebilligten Direktive für den zweiten Fünfjahrplan der DDR wurden erhebliche Investitionsmittel für diese Zweige und Bereiche vorgegeben sowie für den beginnenden Aufbau oder Ausbau jener Industriezweige, die für die künftige Entwicklung der Volkswirtschaft zunehmende Bedeutung erlangten, wie die Elektrotechnik, den wissenschaftlichen Gerätebau und bestimmte Zweige des Maschinenbaues.

Im Jahre 1956 begann der Bau eines der größten Kraftwerke der DDR bei Hagenwerder-Berzdorf, eines neuen Schwefelsäurewerkes in Coswig und des Kombinats "Schwarze Pumpe".

Diese ständig steigenden Aufgaben, der erreichte Entwicklungsstand sowie die bisherigen Erfahrungen erforderten straffe gesetzliche Regelungen für die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitionen. Am 22.12.1955 beschloß der Ministerrat die "Verordnung zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen" (GBI.I/1956, S.83).

Die sich daraus ergebende Plangliederung wurde durch den "Beschuß des Wirtschaftsrates vom 17.4.1957 über die Trennung des Investitionsplanes in einen Plan der Erhaltung der Grundmittel und einen Plan der Erweiterung der Grundmittel" (GBI.I/1957, S.517) neu geregelt.

Die Investitionsberichterstattung wurde in Übereinstimmung mit der Planmethodik ab 1958 in folgende Komplexe gegliedert:

1. Abrechnung des Planes der Erweiterung der Grundmittel der volkseigenen Wirtschaft (Z + Ö)
2. Abrechnung des Planes der Erhaltung der Grundmittel der amortisationspflichtigen Wirtschaft (Z + Ö)
3. Abrechnung der Lizenzen und Baugenehmigungen der genossenschaftlichen und privaten Wirtschaft
4. Abrechnung der Werterhaltungen der Haushaltsorganisationen

Ab 1959 werden in der Berichterstattung zusätzlich die Istdaten der "Investitionen der volkseigenen Wirtschaft aus sonstigen Mitteln und Krediten" ausgewiesen. Hierunter fallen entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften für Investitionen verwendete Mittel aus Rationalisierungskrediten, aus dem betrieblichen Prämien-, Kultur- und Sozialfonds sowie aus sonstigen Quellen.

Grundlage für die Trennung zwischen dem Plan der Erhaltung und dem Plan der Erweiterung war die Finanzierungsmethodik und nicht ausschließlich die Verwendung der Mittel für die einfache oder die erweiterte Reproduktion. So konnten im Rahmen des Planes der Erhaltung u.a. auch

- Erweiterungsmaßnahmen einschl. Kleininvestitionen,
- Arbeitsschutzmaßnahmen,
- Werkwohnungsbau

und im Plan der Erweiterung

- Rekonstruktionen

geplant, durchgeführt und finanziert werden.

Bei der statistischen Abrechnung des Planes der Erhaltung und des Planes der Erweiterung der Grundmittel wurde auch die Verwendung der Mittel nach den o.g. Positionen ausgewiesen.

Finanzierungsquellen für den Plan der Erhaltung waren die Amortisationen (aus eigenem Aufkommen oder aus der Umverteilung durch den Planträger), für den Plan der Erweiterung Zuführungen aus dem Gewinn, von Liquiditätsdarlehen oder von Haushaltszuschüssen. In der Investitionsberichterstattung wurden die geplanten sowie die tatsächlich erfolgten Zuführungen zu dem jeweiligen Sonderbankkonto ausgewiesen.

Die Investitionsberichterstattung erfolgt vorwiegend betriebs- und planteilbezogen, d.h., daß sämtliche Vorhaben oder Maßnahmen des jeweiligen Plananteiles (Erhaltung oder Erweiterung) eines Betriebes zusammengefaßt ausgewiesen werden. Die zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung bestimmter Investitionsvorhaben erfordert aber auch den gesonderten Nachweis des Realisierungsstandes dieser Einzelvorhaben. Mit der Investitionsberichterstattung 1959 (Formablatt 472 - 1) wurde damit begonnen, den Realisierungsstand wichtiger Einzelvorhaben des Planes der Erweiterung nachzuweisen. Die einzelnen abzurechnenden Vorhaben wurden vom jeweiligen Planträger (übergeordnetes Organ des IAG) festgelegt.

3.4. Der Nachweis der bis 1957 fertiggestellten Betriebe

Die Investitionstätigkeit wurde bisher überwiegend auf der Grundlage von Aufwandskennziffern über das materielle Investitionsvolumen bewertet. Das Wertvolumen der im jeweiligen Zeitraum in Anspruch genommenen materiellen Mittel verglichen mit dem Planvolumen ergab die Höhe der Planerfüllung. Wertkennziffern zur Darstellung der gebrauchswertmäßigen Fertigstellung von Investitionen, wie insbesondere die Kennziffer "Aktivierte Investitionen" wurden zwar in der Investitionsberichterstattung erfaßt, jedoch nur unzureichend ausgewertet.

Die seit 1950 an laufende Erfassung des Kapazitätswachses durch Investitionen ist für die Kontrolle der gebrauchswertmäßigen Fertigstellung wie auch für volkswirtschaftliche Reihen zur Darstellung der Kapazitätsentwicklung bis zum heutigen Tage von großer Bedeutung. Sie kann jedoch nur Teilergebnisse der Investitionstätigkeit aufzeigen, da bei der Vielzahl von möglichen Kapazitätsarten die Planung wie auch die statistische Erfassung auf ausgewählte Kapazitätsarten eingeschränkt werden muß.

Die Investitionsstatistik hat wiederholt Möglichkeiten untersucht, die Ergebnisse der Investitionstätigkeit anschaulich und überzeugend darzustellen. Hierzu diente auch die im Jahre 1957 vorgenommene Erfassung der seit Gründung der DDR durch Investitionen errichteten Betriebe und Einrichtungen. Dabei wurde jedoch der Erfassungsgegenstand weiter präzisiert, da die Anzahl von Betrieben bei deren unterschiedlichen Größe und Bedeutung von geringer Aussagekraft gewesen wäre. Ausgewiesen wurden demzufolge die durch Investitionen errichteten, fertiggestellten Objekte für Produktionshauptanlagen bzw. die in einer vorgegebenen Nomenklatur festgelegten Nebenanlagen und sonstigen Einrichtungen, z.B. Kindergärten, Brücken, Straßen, Schulen usw.

Bei jedem Objekt bzw. jeder Nebenanlage war anzugeben, ob es sich um einen Neubau, Wiederaufbau oder um eine Erweiterung handelt. Ferner war das Fertigstellungsjahr und der erreichte Kapazitätswuchs nach Art und Menge anzugeben.

Mit dieser Erfassung wurden zusätzliche Erkenntnisse über das Investitionsgeschehen gewonnen, die den damaligen Möglichkeiten entsprachen. Der spätere Übergang zur vorhabenbezogenen Bericht-

erstattung für volkswirtschaftlich bedeutende Investitionsvorhaben sowie die statistische Kontrolle des ökonomischen Nutzens dieser Vorhaben stellt eine Weiterentwicklung der 1957 vorgenommenen Erfassung mit einem wesentlich höheren Aussagegehalt dar.

3.5. Die Erfassung der Leistungen im Nationalen Aufbauwerk (NAW)

Im Jahre 1951 rief das ZK der SED die Bevölkerung Berlins auf, durch freiwillige Mitarbeit zu helfen, den Wiederaufbau der Stadt zu beschleunigen. Dieser historische Aufruf fand ein breites Echo. Bereits im Jahre 1952 wurden in Berlin 1,5 Millionen freiwillige, unbezahlte Aufbaustunden geleistet. Im Juli 1952 schlug die zweite Parteikonferenz der SED vor, das Berliner Beispiel auf die gesamte DDR auszudehnen.

Aus den Einzelaktionen der ersten Jahre entwickelte sich das NAW in der gesamten Republik immer mehr zu einer breiten Volksbewegung. Die Leistungen und die durch das NAW geschaffenen Werte wuchsen von Jahr zu Jahr. In der Programmklärung der Nationalen Front vom November 1955 wurde die Aufgabenstellung des NAW stärker darauf orientiert, die Durchführung der staatlichen Pläne zu unterstützen. In den Kreisen sollten Pläne aufgestellt werden, welche die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes, des Haushaltsplanes und des NAW vereinigten. Damit ergab sich auch die Notwendigkeit einer exakten statistischen Erfassung und Zusammenstellung der Ergebnisse des NAW durch die SZS. Die "NAW-Berichterstattung" wurde von 1956 bis 1964 durchgeführt.

Die NAW-Leistungen bezogen sich anfangs vorwiegend auf die Entrümmerung als Voraussetzung für den vorgesehenen Wiederaufbau sowie auf die Gewinnung von Ziegelsteinen und Metallschrott. Sie konnten somit in Naturalkennziffern wie "Anzahl der geleisteten Stunden", "beseitigte Trümmermasse in Kubikmetern" oder "Tonnen gewonnener Ziegelsteine bzw. Schrott" bewertet werden. Die Mitte der fünfziger Jahre wesentlich erweiterte Aufgabenstellung machte die Erfassung und Bewertung aller unterschiedlichen Leistungen auf Wertbasis erforderlich. Wichtigste Kennziffer der Berichterstattung war das Wertvolumen aller Leistungen im NAW. Dieses wurde ferner auf die wichtigsten Leistungsarten untergliedert, wie z.B. die Unterstützung des Baugeschehens auf dem Lande oder im Wohnungsbau, für Einrichtungen der Volksbildung, der Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens, den Straßen- und Wegebau, für

Grün- und Sportanlagen.

Die NAW-Berichterstattung stellte erhebliche Anforderungen an die Organisation der Primärdatenerfassung sowie die Verdichtung und Weiterleitung der Ergebnisse. Einbezogen waren neben den Kreis- und Bezirksstellen der SZS die Ausschüsse der Nationalen Front, die NAW-Beauftragten der einzelnen Objekte, die Bürgermeister der Städte und Gemeinden.

Durch freiwillige NAW-Leistungen unterstützten Werktätige in erheblichem Umfang auch die Durchführung planmäßiger Investitionsvorhaben ihrer Betriebe. Ein Ministerratsbeschluß stellte im Juni 1959 dem NAW z.B. die Aufgabe, 25 % der für das Schulbauprogramm erforderlichen Mittel und Materialien aufzubringen. Die Berichterstattung kontrollierte auch die Realisierung solcher Sonderaufgaben.

3.6. Erfassung des Projektierungswesens

Mit steigendem Investitionsvolumen stieg auch die Bedeutung des Projektierungswesens für eine termingerechte und qualifizierte Vorbereitung der Investitionen. Auf diesem Gebiet zeigten sich jedoch schwerwiegende Mängel. Die sogenannte "gleitende Projektierung" parallel zur Investitionsdurchführung wurde fast zum Regelfall. Hauptursache dieser die Effektivität der Investitionen wesentlich beeinträchtigenden Mängel war das Fehlen einer einheitlichen Leitung und Planung der den unterschiedlichen Verantwortungsbereichen unterstehenden Projektierungsbetriebe und -einrichtungen. Es gab auch keine Übersicht über die in der Volkswirtschaft vorhandenen Projektierungskapazitäten, die Ansätze für eine Bilanzierung des Projektierungsbedarfes ermöglicht hätte.

Aus den genannten Gründen wurde eine grundsätzliche Neuordnung des Projektierungswesens vorbereitet und durch Anordnungen der Staatlichen Plankommission und des Ministeriums der Finanzen vom März 1959 über die Organisation, Planung, Finanzierung und Abrechnung des Projektierungswesens (GBI.SDr.Nr.299) gesetzlich geregelt.

In Vorbereitung dieser Neuordnung führte die SZS im IV. Quartal 1958 eine Ersterhebung auf diesem Gebiet durch, mit der Kennziffern über die Kader (Bestand, Einsatz, Bedarf), über die Leistungen (Zeitaufwand in 1000 Stunden und projektierter Wertumfang) sowie

über die Wirtschaftlichkeit (Kosten, Erlöse) der bestehenden Projektierungseinrichtungen ermittelt wurden. Befragt wurde der überwiegende Teil dieser Einrichtungen, und zwar technologische Projektierungsbetriebe (VEB), Entwurfsbüros für Hoch-, Industrie- und Straßenbau (Haushaltsorganisationen) sowie Projektierungsabteilungen, -büros und -gruppen in volkseigenen Betrieben, staatlichen Einrichtungen und Organen.

Die Ergebnisse der Befragung vermittelten erstmalig Übersichten über die Projektierungskapazitäten in der DDR und informierten über die Situation auf diesem Gebiet.

Die bereits erwähnte Neuordnung legte u.a. die Berichterstattungspflicht der Projektierungseinrichtungen fest. Ab 1. April 1959 wurde die Projektierungsberichterstattung eingeführt. Sie gliederte sich in je eine

- Finanzberichterstattung der volkseigenen Projektierungsbetriebe,
- Arbeitskräfteberichterstattung der " " ,
- Leistungsberichterstattung sämtlicher Projektierungsbetriebe und -abteilungen.

Diese Berichterstattung (Fbl.495) wurde in den folgenden Jahren weiter qualifiziert und mit einem detaillierten Kennziffernprogramm bis zum Jahre 1971 weitergeführt. Sie wurde eingestellt, nachdem nahezu sämtliche bisher selbständigen Projektierungsbetriebe in die General- bzw. Hauptauftragnehmerbetriebe des Anlagenbaus und der Bauwirtschaft eingeordnet waren. Auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 28. März 1973 über Grundsätze der Leitung und Planung der Projektierung wurde im Jahre 1974 die neue Berichterstattung der ständigen Projektierungseinrichtungen (Fbl. 495/N) eingeführt und in den folgenden Jahren fortgesetzt. Inhalt und Organisation dieser Berichterstattung werden im Rahmen des Berichtswesens 1971 - 1975 dargestellt.

VI. D i e _ V o l k s - _ u n d _ B e r u f s z ä h l u n g
a m _29._Oktober_1946

Seite

1. Zur Bedeutung und Entwicklung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR	166
2. Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946 ...	171
2.1. Bedeutung und Zielstellung der Zählung	171
2.2. Gesetzliche Grundlagen	173
2.3. Zählpapiere	180
2.4. Organisation	182
2.5. Öffentlichkeitsarbeit	194
2.6. Aufbereitung	196
2.7. Auswertung	199

Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Teiles I
- "Volks- und Berufszählung am 29.10.1946" - des vom
Zentralen Zählbüro der SZS im Oktober 1979 herausgege-
benen Materials "Zusammenfassende Darstellung und Materi-
alien zu den Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen
der Deutschen Demokratischen Republik".

Autoren: Fritz Hagemann, Erich Krauß, Otto Wendt

Quellen: Materialien des Zentralen Zählbüros der SZS,
des Staatsarchivs Dresden und der Sächsischen
Landesbibliothek Dresden sowie Veröffentli-
chungen in der "Statistischen Praxis".

1. Zur Bedeutung und Entwicklung der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählungen in der DDR

In den sozialistischen Staaten gehören exakte und umfassende Daten über die Anzahl, Zusammensetzung, Verteilung und Entwicklung der Bevölkerung zu den wichtigsten statistischen Kennziffern, die für die Leitung und Planung der Ökonomie, Kultur und der materiellen Lebensverhältnisse direkt zugrunde gelegt oder als Kennwert bei der Ausarbeitung der Jahres- und Fünfjahrpläne hinzugezogen werden.

Die hauptsächlichste Informationsquelle über die Bevölkerung sind die Volkszählungen und die auf sie aufbauende laufende Bevölkerungsstatistik (Statistik der Geburten, Sterbefälle, Bevölkerungsbewegung, Eheschließungen und Scheidungen) und Mikrozählungen.

Vorrangige Aufgabe der Volkszählung ist die stichtagsbezogene genaue Ermittlung der wichtigsten demografischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Merkmale der Einwohner und der Familien. Mit der kombinierten Auswertung der Daten in ihrem territorialen Bezug, mit der Bildung von Kennziffern und der Durchführung von Zeitvergleichen erfolgen komplexe Aussagen über das zum Zählungstermin vorhandene Niveau und die seit der letzten Zählung eingetretenen Verbesserungen wichtiger Seiten des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus.

Durch die Verbindung von Volks- und Berufszählung mit einer Wohnraum- und Gebäudezählung werden die wesentlichen Zusammenhänge zwischen der Haushalts- und Familienstruktur und der Zusammensetzung des Wohnfonds mit dem Ziel ermittelt, vor allem die Wohnverhältnisse als wesentlichen Bestandteil des Lebensstandards in ihrem Niveau und ihrer Differenziertheit einschätzen zu können.

Aus der Aufgabenstellung der Volkszählungen erklärt sich, daß sie in den sozialistischen Ländern nicht als statistisch-administrative, sondern als politische Maßnahme von gesamtstaatlicher Bedeutung geplant und durchgeführt werden. W.I. Lenin maß den Volkszählungen eine große Bedeutung bei, indem er darauf verwies, daß die Volkszählung nicht die Angelegenheit der Behörde, sondern Sache der Republik, Sache aller Sowjetinstitutionen ist.

Dieser bereits in den 20er Jahren geäußerte Grundsatz ist auch heute aktuell und anerkannte Praxis bei den Zählungen in den sozialistischen Ländern.

Im großen Umfang werden die Bürger in die Vorbereitung und Durchführung der Zählung einbezogen, mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und durch die Gespräche der Zähler in den Familien wird eine Atmosphäre des Vertrauens zum Zählungsvorhaben und zur bewußten Mitarbeit geschaffen, und damit werden wesentliche Anforderungen der sozialistischen Demokratie verwirklicht.

Verantwortliches Organ der Ministerrates der DDR für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Zählungen ist die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik. Sie hat die Zählungskonzepte entsprechend den Anforderungen aus der gesellschaftlichen Weiterentwicklung ständig vervollkommen und immer besser in das Gesamtsystem der staatlichen Statistik eingeordnet.

Das war ein Prozeß im Gefolge der historischen Ereignisse auf deutschem Boden.

Wie bei nur wenigen anderen statistischen Aufgaben widerspiegelt sich die konkrete historische Situation so nachhaltig wie in den Volkszählungen. Die Erhebungsprogramme, Organisation und vor allem Inhalt und Methode der Öffentlichkeitsarbeit bei den seit Gründung der DDR durchgeführten bzw. der seit 1945 vorangegangenen Zählungen sind hierfür Zeugnis.

Nach dem totalen Zusammenbruch des Hitlerfaschismus im Mai 1945 standen die fortschrittlichen Kräfte, allseitig unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, vor der Aufgabe, das Leben schrittweise zu normalisieren und neue demokratische Verwaltungsorgane zu schaffen. Die Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Lebensmitteln, Wiedereinsatz der vielen tausend beschäftigungslosen Menschen zum Ingangbringen der Friedenswirtschaft und zur Beseitigung der Kriegsschäden und viele andere vordringliche Aufgaben erforderten dringend aktuelle statistische Materialien über die Bevölkerungszusammensetzung in möglichst großer territorialer Differenziertheit. Diesem Ziel dienten die ersten Nachkriegsvolkszählungen in Berlin und den Ländern der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Sie waren erste große Bestandsaufnahmen.

So die Volks- und Berufszählungen

am 12.8.1945 in Berlin

3.11.1945 in Sachsen

1.12.1945 in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg

und die Grundstücks- und Wohnungszählung

am 13.4.1946 in Berlin.

Obwohl sie dringende Aufgaben erfüllten, schränkte ihr lokaler Charakter die gesellschaftlichen Erfordernisse nach Gesamtergebnissen für die Besatzungszone bzw. das Land ein. Dadurch wurde die Volks- und Berufszählung am 29.10.1946 begründet die erste allgemeine Nachkriegszählung in Deutschland.

Die Zählungsergebnisse widerspiegelten sowohl die im Ergebnis des verbrecherischen Krieges entstandenen riesigen Menschenverluste als auch die erfolgte Umschichtung der Bevölkerung.

Auch die Folgejahre waren durch große Wanderungsprozesse gekennzeichnet; besonders durch die große Zahl der Umsiedler und Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft. 1950 hatte diese Entwicklung im allgemeinen ihren Abschluß erreicht.

Dank der Unterstützung und Hilfe durch die UdSSR hatte sich das Leben weitgehend normalisiert, die antifaschistisch-demokratische Ordnung gestärkt und zur Bildung unserer Deutschen Demokratischen Republik geführt. Nun standen Fragen der gesamtgesellschaftlich geplanten Entwicklung auf der Tagesordnung, so, wie sie sich aus den Bedürfnissen des entstandenen Volkseigentums und den politischen Zielsetzungen der DDR ergaben. Unter diesem Aspekt erhielt die am 31. August 1950 durchgeführte Volks- und Berufszählung, die mit einer Arbeitsstättenzählung verknüpft war, die Aufgabe, Ausgangsdaten und Beurteilungsgrundlagen für die Volkswirtschaftspläne zu schaffen.

Eine gleiche Zielsetzung hatte die einige Monate zuvor am 20.6.1950 durchgeführte Wohnraumzählung. Diese Erhebungen trugen dazu bei, daß die Deutsche Demokratische Republik sowohl sachlich als auch territorial detailliertes Grundlagenmaterial für die Leitung und Planung verfügbar hatte.

Diese Einschätzung hat allerdings zu berücksichtigen, daß 1950 die Beziehungen zwischen solchen Erhebungen und der gesamtstaatlichen Planung noch sehr lose waren. Das zeigt sich z.B. an der Tatsache, daß es keine Übereinstimmung zwischen der Nomenklatur der Wirtschaftszweige, so, wie sie in der Planungssystematik Anwendung fand, auch bei der Volks- und Berufszählung vorlag.

Die Zählung, vom gemeinsamen Ausschuß deutscher Statistiker methodisch vorbereitet, war diesbezüglich sehr stark auf beabsichtigte, wie es damals hieß "Deutschlandzusammenfassungen" orientiert und erst in zweiter Linie auf die in der DDR zur Anwendung gelangten Zweiggliederungen.

Der natürliche Alterungsprozeß, denen Strukturdaten aus Volks- und Berufszählungen sowie Wohnungszählungen unterliegen sowie neue, sich aus der langfristigen Planung ergebende Anforderungen bewirkten, daß eine Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung für den Stichtag 15.1.1959 vorbereitet wurde. Das war eine Zeit härtester internationaler Klassenauseinandersetzungen, die die DDR unter den Bedingungen der offenen Staatsgrenze führen mußte.

Diese Situation, die keine Möglichkeiten der exakten Durchführung und Auswertung der Zählung erscheinen ließ, war maßgebend für die Entscheidung der Volkskammer der DDR, die bereits vorbereitete Zählung abzusetzen. Sie erfolgte dann mit Stichtag 31.12.1964 als Volks- und Berufszählung, nachdem am 15.3.1961 eine Wohnungszählung durchgeführt worden war.

Die im Jahre 1964 durchgeführte Volks- und Berufszählung erbrachte wichtige und neue Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Bevölkerung und Haushalte sowie über ihre regionale Verteilung. Diese Ergebnisse fanden auf zentraler und örtlicher Ebene, insbesondere in Form prognostischer und analytischer Einschätzungen, Berücksichtigung bei den geleisteten Arbeiten zur langfristigen Planung.

Mit den Ergebnissen über die wahrscheinliche Entwicklung der Berufstätigen bis zum Jahr 1975, über die Unterschiede in der regionalen Beschäftigungssituation, die Kreisgrenzen überschreitenden Arbeitspendler sowie über die Struktur der nichtberufs-

tätigen Hausfrauen nach Alter, Ausbildung an Hoch- bzw. Fachschulen, Anzahl und Alter ihrer Kinder wurden Voraussetzungen für eine wesentliche Qualifizierung der Territorialplanung geschaffen.

Die Ämter für Arbeit waren dadurch in der Lage, exaktere Bilanzen der Bevölkerung, Berufstätigen und der Arbeitskräfte-reserven aufzustellen, und es konnten gezieltere Maßnahmen für die Lösung des Arbeitskräfteproblems in Schwerpunktgebieten eingeleitet werden.

Bei der Entscheidung vieler Standortfragen und bei Arbeiten an den Generalbebauungs- und Generalverkehrsplänen bildeten die Zählungsergebnisse wesentlichen Ausgangspunkt.

Der mit der Zählung 1964 begonnene Weg der konsequenten Ausrichtung des Zählungsinhalts auf die Bedürfnisse der zentralen und örtlichen Leitung und Planung wurde durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik dann mit der Vorbereitung der 71er Zählung fortgesetzt. Sie erfolgte zum ersten Mal als Einheit von Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung und wurde vom Standpunkt des Frage- und Auswertungsprofils in das System von Rechnungsführung und Statistik eingeordnet.

Vor der Volkskammer der DDR begründete der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik die Zählung am 1.1.1971 u.a. wie folgt:

"Informationen über den Menschen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung müssen Gegenstand eingehender Untersuchungen sein, wobei es besonders darauf ankommt, eingetretene Veränderungen zu beobachten, um daraus Rückschlüsse für perspektivische Entwicklungstendenzen zu ziehen. Dazu bedienen wir uns eines ganzen Systems statistischer Informationen, die in der Hauptsache durch Befragung staatlicher Einrichtungen und Betriebe gewonnen werden, so z.B. über Geburten und Todesfälle, Eheschließungen, Wohnsitzwechsel oder die Ausbildung und Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Grundsatz ist, diese für Planung und Leitung notwendigen Aussagen mit dem geringsten Aufwand und möglichst ohne direkte Befragung der Bevölkerung zu erlangen. In größeren Abständen ist es jedoch unumgänglich, durch eine an die gesamte Bevölkerung gerichtete Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung

allseitige Angaben über die Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung, Haushalte und Familien, über die Berufsstruktur, die Ausbildung, das Qualifizierungs- und Bildungsniveau sowie die Wohnverhältnisse in der notwendigen Komplexität zu gewinnen, um zu einer umfassenden Einschätzung der Struktur und Lage der Bevölkerung zu gelangen.

Solche Zählungsergebnisse dienen der wissenschaftlichen Fundierung von Planungs- und Prognoseaufgaben und bilden zugleich den Ausgangspunkt für weitere periodische Beobachtungen und Informationen auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet.

Das Jahr 1971 wurde für die nächste Zählung deshalb gewählt, um bereits in den Jahren 1972/73 aktuelle, den Erfordernissen der Planungsorgane Rechnung tragende Ergebnisse zur Verfügung stellen zu können, die für die Erarbeitung des langfristigen Planes für den Zeitraum ab 1976 benötigt werden."

(Stat. Praxis 1/68 S. 4)

2. Die Volks- und Berufszählung am 29. Oktober 1946

2.1. Bedeutung und Zielstellung der Zählung

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges ordnete der Alliierte Kontrollrat mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 33 gleichzeitig in allen vier Besatzungszonen und in Groß-Berlin eine Volks- und Berufszählung an. Diese Maßnahme war sehr wichtig, weil ohne das Vorhandensein der notwendigen Unterlagen, die nicht nur über die Anzahl der Bevölkerung, sondern auch über ihre Zusammensetzung nach Geschlecht, Alter, Wohnort, Beruf, Bildung usw. Auskunft geben, eine geregelte Verwaltung nicht möglich war. Diese Zählung bildete somit eine wichtige Grundlage für eine richtige Planung wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen.

Obwohl unter normalen Verhältnissen Volkszählungen etwa alle 10 Jahre durchgeführt werden und die Bevölkerungszahl durch die laufende "Fortschreibung" annähernd gesichert werden soll, konnten die erst 7 Jahre vorher im Jahre 1939 durch eine Volkszählung gewonnenen Angaben nicht mehr verwendet werden, weil durch die katastrophalen Ereignisse des Hitlerkrieges mit den darauffolgenden gewaltigen Verschiebungen der Bevölkerung alle alten

Angaben nicht mehr verwendbar waren. Da auch der gesamte Verwaltungsapparat des faschistischen Deutschen Reiches vollkommen zusammengebrochen war, machte es sich erforderlich, auf neuem demokratischem Wege auch neue Grundlagen für den Aufbau zu schaffen.

Die vorhandenen laufenden Angaben, die sich aus bereits vor dem 29.10.1946 durchgeführten Teilzählungen - so z.B. in der sowjetischen Besatzungszone am 1.12.1945, im Land Sachsen am 3.11.1945 und in der Stadt Berlin am 12.8.1945 - sowie aus Daten des Lebensmittelkartensystems ergaben, waren unvollständig, nicht systematisch, oft zufällig und waren deshalb kein umfassendes brauchbares Material.

Somit ergab sich die Notwendigkeit, trotz noch bedeutender Veränderungen in der Bevölkerungszahl durch Rückführung von Kriegsgefangenen und weiteren Maßnahmen der Umsiedlungsaktion, eine Volks- und Berufszählung in ganz Deutschland durchzuführen. Die in allen vier Zonen vor dem 29.10.1946 stattgefundenen ersten Nachkriegswahlen, die den gesamten Verwaltungsapparat in Anspruch genommen hatten, rechtfertigten die Annahme eines ordnungsgemäßen Verlaufs einer Volkszählung.

Mit dem Befehl Nr. 277 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration wurden für die sowjetische Besatzungszone konkrete Maßnahmen festgelegt. Sie verfolgten das Ziel, mit der Vorbereitung und Durchführung der Zählung, u.a. auch durch die Einbeziehung vieler ehrenamtlicher Helfer, das Vertrauen in die neue demokratische Ordnung zu stärken, um die vielen zu lösenden Aufgaben, so z.B. Sicherung der Versorgung, Herstellung der Stabilität der Wirtschaft, bewältigen zu können.

Die Volks- und Berufszählung vom 29.10.1946 entsprach in ihrem Umfang etwa den deutschen Volkszählungen zwischen den beiden Weltkriegen.

Ein umfangreiches und für alle Besatzungszonen sowie die Stadt Berlin einheitliches Frageprogramm war ihr zu Grunde gelegt worden.

Die in den folgenden Ausführungen gebrachten Angaben können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die lückenhaften Unterlagen wurden aus Archiven und Bibliotheken sowie Dienststellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik herausgesucht, dürften aber trotzdem genügen, um ein einigermaßen reales Bild von der Durchführung der ersten großen Volkszählung nach dem 2. Weltkrieg zu geben.

2.2. Gesetzliche Grundlagen

In der 46. Sitzung des Koordinierungskomitees des Alliierten Kontrollrates am 22.3.1946 in Berlin wurde lt. veröffentlichtem Kommuniqué unter anderem beschlossen, den Zeitpunkt der Zählung der deutschen Bevölkerung, die für den 1.6.1946 vorgesehen war, zu verschieben. Die "Volkszählung" sollte gleichzeitig in allen vier Zonen sowie in der Stadt Berlin am 1.11.1946 durchgeführt werden.

Bereits am 6. und 7. Juni 1946 wurden in Berlin im Auftrage des Kontrollrates die ersten Vorbereitungen zu einer für ganz Deutschland angesetzten Volks- und Berufszählung getroffen. Die Vertreter aller Besatzungszonen tagten unter der Leitung der Deutschen Verwaltung für Statistik im Hause des Statistischen Zentralamtes und brachten die vorbereitenden Arbeiten zum Abschluß.

Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 33 vom 20.7.1946 über eine "Volkszählung in Deutschland" wurden schließlich die Voraussetzungen für eine Zählung der Gesamtbevölkerung in der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone sowie in Berlin nach dem Stande vom Dienstag, dem 29.10.1946, 24 Uhr, geschaffen (Artikel I).

Im Artikel II dieses Gesetzes wurde festgelegt, welche Personen nicht von der Zählung erfaßt wurden. Dabei handelte es sich um Angehörige der Besatzungsarmeen und anderer Dienststellen, die im Zusammenhang mit der Besetzung in Deutschland weilten sowie um Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Kriegsgefangene, Verschleppte in Lagern und internierte Zivilpersonen wurden gleichfalls nicht von den deutschen Behörden erfaßt (Artikel III).

14 für alle vier Zonen obligatorische und bei den Volkszählungen zum größten Teil übliche Fragen wurden in das Frageprogramm aufgenommen. Der damaligen politischen Situation entsprechend und um zu erfahren, woher die jetzt in den Gemeinden lebende Bevölkerung stammt, wurde auch nach dem ständigen Wohnort am 1.9.1939 gefragt, also dem Tag des Kriegsbeginns, sowie Auskunft gefordert, ob die betreffende Person in der Deutschen Wehrmacht oder in einem militärähnlichen Verband, gegebenenfalls von wann bis wann und mit welchem Dienstgrad, gedient hat.

Im Haushaltsbogen waren nach Artikel IV folgende Fragen vorgesehen:

1. Vorname
2. Familienname
3. Stellung zum Haushaltungsvorstand .
4. Geschlecht
5. Geburtstag, -monat, -jahr, -ort
6. Familienstand
7. Staatsangehörigkeit
 - gegenwärtige Staatsangehörigkeit
 - wie erworben
 - seit wann (Datum)
 - Land des Ursprungs

(Hierzu gab es im Gesetz besondere Erläuterungen.)
8. Nationale Abstammung, z.B. Griechen, Rumäne, Russe, Italiener

(Diese Frage brauchte nur von denjenigen Personen beantwortet zu werden, deren nationale Abstammung mit ihrer Staatsangehörigkeit lt. Frage 7 nicht übereinstimmte.)
9. Muttersprache
10. Religionszugehörigkeit

11. Bildungsgrad

- des Lesens und Schreibens kundig oder unkundig
(War nur auszufüllen von Personen, die vor dem 1.1.1932 geboren, also zum Zeitpunkt der Zählung 14 Jahre und älter waren.)
- abgeschlossene Hoch- oder Fachschulausbildung und ggfs.
- in welcher Hoch- oder Fachschule die Staats- oder Abschlußprüfung abgelegt wurde

12. Beruf

- gegenwärtig ausgeübter Beruf oder andere Erwerbsquellen
- Berufsstand (Stellung im Beruf: Arbeiter, Angestellter, Selbständiger usw.)
- Arbeitsstätte unter Angabe des Namens und der Anschrift

13. Gegenwärtiger Wohnort sowie ständiger Wohnort am 1.9.1939

14. Dienst in der Deutschen Wehrmacht oder in einem militärähnlichen Verband unter Angabe der Zeitdauer und des Dienstgrades

Über diese 14 vom Kontrollrat festgelegten Fragen konnten die Zonenbefehlshaber nach ihrem Ermessen noch zusätzliche Fragen hinzufügen. Außerdem bestimmten sie die Form und Ausführung der Zählkarte, die als "Haushaltsliste" in der sowjetischen Besatzungszone offiziell so benannt wurde (Artikel V).

Im Artikel VI war festgelegt, daß den örtlichen deutschen Behörden unter der Kontrolle der Militärregierung jeder Zone die Ausführung dieses Gesetzes oblag und diese deutschen Behörden alle zur Vorbereitung und Durchführung der Zählung erforderlichen Vollmachten erhielten.

Die Pflicht zur genauen Beantwortung aller in der Haushaltsliste enthaltenen Fragen für sich selbst und alle Haushaltsangehörigen regelte der Artikel VII.

Im gleichen Artikel waren Strafbestimmungen enthalten für Fälle, in denen die Beantwortung einer dieser Fragen absichtlich verweigert oder gefälscht wurde. Das Gesetz sah dafür eine strafrechtliche Verfolgung durch Gerichte der Militärregierung oder deutsche Gerichte vor und drohte Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten und eine Geldstrafe von 100 RM bis 1 000 RM oder eine dieser beiden Strafen an.

Weiter wurden Strafen mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafen von 1 000 RM bis 20 000 RM oder eine dieser beiden Strafen für alle mit der Zählung betrauten Personen (im Gesetz heißt es: Beamte oder andere mit der Durchführung der Zählung beschäftigte Personen) angedroht, die absichtlich ungenaue oder falsche Angaben dulden und weitergeben oder Angaben in den Haushaltungslisten absichtlich wahrheitswidrig entstellen, abändern oder eine Haushaltungsliste verschwinden lassen. (Siehe Anhang Nr. 1)

Die weiteren Ausführungen beziehen sich nur auf die Vorbereitung, Durchführung, Aufbereitung und Auswertung der Volks- und Berufszählung in der sowjetischen Besatzungszone und, soweit es sinnvoll erscheint, in Einzelfällen auf die Stadt bzw. den sowjetischen Sektor von Groß-Berlin.

In Übereinstimmung mit dem Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 33 vom 20.7.1946 über die Durchführung der Volks- und Berufszählung in Deutschland befahl der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, daß diese Zählung in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Stand vom 29.10.1946 zu erfolgen hatte.

Der Befehl Nr. 277 vom 13.9.1946 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands - des Obersten Befehlshabers der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland - legte differenzierte Festlegungen für die sowjetische Besatzungszone fest.

Die Durchführung dieser Zählung wurde dem Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) sowie den Präsidenten der Provinzen und Länder übertragen. Der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Statistik wurde gleichzeitig verantwortlich gemacht für

- den Druck aller Formulare und Anweisungen und deren Versand an die Provinzen und Länder bis zum 25.9.1946
- die Unterweisung der Mitarbeiter der Verwaltungen in den Provinzen und Ländern
- die Bereitstellung qualifizierter Mitarbeiter für die Provinzen und Länder zu ihrer Unterstützung.

Den Präsidenten der Provinzen und Länder wurde befohlen,

- Zählbüros auf Provinz- und Länderebene zu bilden und die Landräte sowie Bürgermeister anzuweisen, örtliche Zählbüros zu schaffen und Zähler zu gewinnen und für die Stadt- und Landkreise zu bestätigen,
- Zählerschulungen zu organisieren und durchzuführen sowie qualifizierte Mitarbeiter (Instruktoren) zur Unterstützung der Arbeit in den Kreisen bereitzustellen,
- zu sichern, daß die Stadt- und Landkreise alle Drucksachen spätestens bis zum 8.10.1946 und die Gemeinden bis zum 15.10.1946 erhalten,
- die Sicherheit des Zählmaterials zu gewährleisten,
- die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung der Zählung zu schaffen (geeignete Räumlichkeiten, Fahrzeuge einschließlich Treibstoff),
- die Öffentlichkeitsarbeit unter Einschaltung der Presse, des Rundfunks und anderer Informationsmittel zu gewährleisten,
- die Bevölkerung in geeigneter Form aufzuklären, daß bei verspäteter Ausfüllung und Ablieferung der Haushaltungsliste sowie bei falschen Angaben die Schuldigen nach den Militärgesetzen bestraft werden.

Den Chefs der Verwaltungen der Sowjetischen Militäradministration (SMA) der Provinzen und Länder wurden spezifische Aufgabenstellungen befohlen, wie z.B. Benennung eines verantwortlichen Mitarbeiters, Schulung der für die Kontrolle der Volks- und Berufszählung vorgesehenen Mitarbeiter der SMA sowie der Kommandanten der Bezirke und Städte.

Bemerkenswert ist in diesem Befehl, daß die Chefs der SMA der Provinzen und Länder den deutschen Selbstverwaltungsorganen "alle erdenkliche Hilfeleistung hinsichtlich der Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung zu gewähren" hatten.

In weiteren Punkten erhielten die Militärkommandanten, Landräte und Bürgermeister den Befehl, auf ihrem jeweiligen Territorium die entsprechenden Schulungen durchzuführen (Bürgermeister- und Zählerschulungen). Gleichzeitig wurden für die Ablieferung des Zählmaterials und der territorialen Ergebnisse konkrete Termine für die

- Zähler an die Bürgermeister bis zum 4.11.1946,
- Bürgermeister an die Landräte bis zum 7.11.1946,
- Landräte und Oberbürgermeister an die Präsidenten der Provinzen und Länder bis zum 9.11.1946,
- Präsidenten der Provinzen und Länder an die SMA der jeweiligen Provinz bzw. des Landes, der Deutschen Verwaltung für Statistik in der SBZ, dem Statistischen Büro der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMA Deutschlands bis zum 11.11.1946,
- Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der SBZ an das Statistische Büro der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD bis zum 12.11.1946

festgelegt.

Die Gesamtleitung der Volkszählung und Aufbereitung des Zählmaterials, die notwendigen Schulungen von Mitarbeitern der SMA, der Druck des Zählmaterials in russischer Sprache für diese Mitarbeiter, die Bestätigung des Programms der Aufbereitung und die Kontrolle über die Durchführung dieses Befehls oblag dem Chef des Statistischen Büros der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMA Deutschlands.

Die Chefs der Finanzabteilung und der Autowirtschaftlichen Verwaltung der SMAD waren für die Bereitstellung der finanziellen Mittel in der sowjetischen Besatzungszone sowie der Fahrzeuge für das Statistische Büro der Planwirtschaftlichen Abteilung der SMAD verantwortlich gemacht worden. (Siehe Anhang Nr. 2)

Das Kontrollratsgesetz Nr. 33 sowie der Befehl Nr. 277 mit seinen konkreten Festlegungen bildeten damit die Ausgangspositionen für eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Volks- und Berufszählung.

Die Hilfe und Unterstützung, aber auch das Vertrauen, das die sowjetische Besatzungsmacht sowohl der Bevölkerung als auch den neuen örtlichen Verwaltungsorganen entgegenbrachte, ist aus diesem Befehl zu erkennen.

Bereits am 23.9.1946, also 10 Tage nach Veröffentlichung des Befehls Nr. 277, übersandte der Präsident des Statistischen Zentralamtes Berlin an die "Herren Präsidenten der Landesverwaltungen in der sowjetischen Zone" eine Übersetzung des Befehls Nr. 277 und gab gesonderte Hinweise. Darin wurde aufmerksam gemacht, daß Einzelheiten über die Durchführung der Zählung bereits mit den Leitern der Statistischen Landesämter eingehend besprochen und der Druckauftrag für die Zählpapiere vergeben worden war, deren Lieferung bereits im Gange ist. Hervorzuheben ist die Bitte, daß die Präsidenten der Landesverwaltungen auf die ordnungsgemäße und rechtzeitige Durchführung achten sollten und daß sie die Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Schulen anweisen sollten, die Gemeinden bei der Gewinnung von Zählern zu unterstützen, insbesondere durch Dienstbefreiung der Behördenangestellten an beiden Tagen nach der Zählung.

Entsprechend dürfte verfahren worden sein. Das geht z.B. aus einer "Anordnung zur Durchführung der Volkszählung" des Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen vom 19.10.1946 hervor. Darin wird zur rechtzeitigen und zuverlässigen Sicherstellung zu den von den Besatzungsbehörden festgesetzten Terminen angeordnet, daß alle als Zähler herangezogenen Lehrer und sonstigen Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie Schüler am 30. und 31.10. dienst- und schulfrei zu stellen und alle anderen als Zähler herangezogenen Personen, die in einem privaten Beschäftigungsverhältnis stehen, für den 30. und 31.10. unter Fortzahlung ihrer Löhne zu beurlauben sind. (Siehe Anhang Nr. 3)

2.3. Zählpapiere

Als Zählpapiere standen zur Verfügung:

Drucksache I - Haushaltungsliste (Siehe Anhang 4)	7 800 000 Stück
(ausgefüllt wurden	5 824 172 ")
" II - Kontrollliste (Siehe Anhang 5)	600 000 "
" III - Anweisung für die Zähler	300 000 "
" IV - Anweisung für die Bürgermeister	30 000 "
" V - Gemeindebogen	60 000 "

Der Inhalt der Drucksachen III und IV soll an dieser Stelle nicht näher behandelt werden, da sie überwiegend organisatorische Fragen behandeln und im Abschnitt "Organisation" einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen.

Zur Haushaltungsliste (Drucksache I):

Nach dem jetzigen Sprachgebrauch wird "Haushalt" und "Haushaltsliste" gesagt.

Die Haushaltung galt als Erhebungseinheit. Wie es bereits bei allen Volkszählungen in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg üblich war, wurde demzufolge für die Befragung wieder eine Haushaltungsliste verwendet. Alle Personen, die sich am Zählungstage in der betreffenden Haushaltung aufhielten, mußten somit in diese Haushaltungsliste eingetragen werden. Eine nur vorübergehende Anwesenheit war unter Angabe des ständigen Wohnortes und des Grundes der Anwesenheit gesondert auszuweisen, ebenfalls solche Personen, die vorübergehend oder längere Zeit abwesend waren.

Damit war sichergestellt, zu einem späteren Zeitpunkt die Wohnbevölkerung territorial genau zu ermitteln, also die Zahl der Personen, die an einem bestimmten Ort bzw. in einer bestimmten territorialen Einheit (Gemeinde, Kreis usw.) ihren ständigen Wohnsitz hat.

Verantwortlich für die richtige und vollständige Beantwortung aller zu einer Haushaltung gehörenden Fragen war der Haushaltungsvorstand.

Die Haushaltungsliste hatte ein Format von A2, gefalzt auf A3.

Die nach Artikel V des Kontrollratsgesetzes Nr. 33 mögliche Erweiterung der obligatorischen Fragen wurde in der sowjetischen Besatzungszone in Anspruch genommen. So wurde

- bei der Frage "Familienstand" (Spalte 7 der Haushaltungsliste) unter "verheiratet" auch gefragt "seit wann",
- die Frage "Sind Sie arbeitslos" (Spalte 14) neu aufgenommen,
- bei der Frage "Ständiger Wohnort am 1.9.1939" (Spalten 17, 18, 19) zusätzlich die Auskunft nach dem Gebietsstand des Landes bzw. Staates des Jahres 1937 gefordert,
- bei der Frage "Haben Sie in der Deutschen Wehrmacht (Heer, Kriegsmarine, Luftwaffe) oder in irgendeinem militärähnlichen Verband gedient?" (Spalten 23, 24) darüber hinaus eine genaue Angabe der einzelnen Dienstzeiten verlangt.

Zur Kontrollliste (Drucksache II):

Sie war in zweifacher Ausfertigung zu erarbeiten und war erforderlich, damit die ordnungsgemäße Austeilung und Wiedereinsammlung der Haushaltungslisten im Zählbezirk eines Zählers kontrolliert werden konnte. Sie gab eine zusammenfassende Übersicht über

- die im Zählbezirk vorhandenen bewohnten Gebäude
- die Zahl der im Zählbezirk grundstücksweise eingesammelten Haushaltungslisten, also damit der Haushaltungen
- die Zahl der im Zählbezirk ortsanwesenden Personen nach Geschlecht.

Die Kontrollliste stellte somit nach Abschluß der Zählung einen Gesamtbericht des Zählers dar.

Er hatte auf ihr abschließend zu bescheinigen, daß die Zählung in seinem Zählbezirk ordnungsgemäß durchgeführt worden war und daß die Haushaltungslisten vollständig und geprüft sind. Unter "vollständig" dürfte auch die Vollzähligkeit der Listen zu verstehen sein.

Zum Gemeindebogen (Drucksache V):

Er diene dazu, das vorläufige Gesamtergebnis der am Zählungstag ortsanwesenden Personen aus den Spalten 5 und 6 der Kontrolllisten nach Abschluß der Prüfarbeiten an ihnen festzuhalten. Aus der Summenzeile der einzelnen Kontrolllisten waren unter Berücksichtigung der bei der Prüfung notwendig gewordenen Korrekturen die Angaben in den Gemeindebogen zu übernehmen. Durch seine Unterschrift auf dem Gemeindebogen hatte der Bürgermeister die "Vollständigkeit der Zählung und ordnungsgemäße Prüfung der Zählpapiere" zu bescheinigen.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß für die Vorbereitung der Kontrolllisten von der Gemeindebehörde formlos ein Verzeichnis der Zählbezirke anzulegen war. Nach dem Zählungstag diene dieses Verzeichnis dazu, durch Vergleich festzustellen, ob jeder Zähler auch den ganzen ihm zugewiesenen Zählbezirk erfaßt hatte.

2.4. Organisation

Den organisatorischen Ablauf der Zählung in den Gemeinden sowie Stadt- und Landkreisen regelten die Drucksachen III - Anweisung für den Zähler - und IV - Anweisung für die Bürgermeister sowie gesonderte Anweisungen der Statistischen Landesämter, der Landräte bzw. Oberbürgermeister. Weisungen oder Richtlinien über die organisatorischen Aufgaben der Statistischen Landesämter und des Statistischen Zentralamtes in der Vorbereitung und Durchführung der Zählung liegen nur in sehr begrenztem Umfang vor.

In der "Anweisung für den Bürgermeister" (Drucksache IV), aus der sich die konkreten Aufgaben für den Zähler (Drucksache III) ableiten lassen, wurden die durchzuführenden Arbeiten genau erläutert.

In der Vorbemerkung wurde u.a. darauf hingewiesen, daß

- diese Zählung wichtige Grundlagen für die Beurteilung der Bevölkerungs-, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse schaffen soll,

- die Durchführung der Zählung innerhalb jeder Gemeinde dem Bürgermeister obliegt und er persönlich dem Zählgeschäft seine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen hat,
- der Bürgermeister für die unbedingte Einhaltung der im Terminkalender angegebenen Fristen und Termine verantwortlich ist, weil einmal hiervon vor dem Zähltag die exakte Vorbereitung der Zählung in der Gemeinde und nach dem Zähltag die unverzügliche Ermittlung der "Ergebnisse der Zählung nach den geprüften Kontrolllisten" auf dem Gemeindebogen (Drucksache V) - wir würden heute dazu "Schnellergebnis" sagen - abhängig gemacht werden mußte,
- die Bürgermeister und alle von ihm mit der Durchführung der Zählung betrauten Personen, insbesondere Zähler, Verschwiegenheit zu wahren hatten.

Die Aufgaben der Bürgermeister gliederten sich in 3 Abschnitte:

- Die Aufgaben vor dem Zählungstag,
- Die Aufgaben am Zählungstag,
- Die Aufgaben nach dem Zählungstag.

Die Darstellung der Arbeiten vor dem Zählungstag nahm entsprechend dem Umfang der Aufgabenstellung in der Drucksache IV auch den größten Raum ein.

Der Bürgermeister war vor allem erst einmal verpflichtet, die vom zuständigen Landratsamt (in Stadtkreisen vom Statistischen Landesamt) übergebene Drucksachensammlung (Drucksachen I bis V) gründlich zu studieren, um sich persönlich ein Bild vom technischen Aufbau und dem Gang der Zählung sowie der Art und Weise ihrer Durchführung zu gewinnen.

Entsprechend der Wichtigkeit und den Festlegungen im Terminplan mußte in größeren Gemeinden bis zum 16.9. zur Unterstützung des Bürgermeisters ein Zählungsausschuß gebildet werden. Wieviele Einwohner zu einer größeren Gemeinde gehörten und wieviele Mitglieder dem Zählungsausschuß anzugehören hatten, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor.

Für die Durchführung der Zählung waren die Gemeinden bis zum 25.9. in Zählbezirke von je etwa 30 Haushaltungen einzuteilen. Diese Einteilung sollte sich zweckmäßigerweise an vorhandene Einteilungen, wie z.B. Bezirke der Polizei oder der Lebensmittelkartenstellen anlehnen. Gebäude mit einer besonders großen Anzahl von Bewohnern (Erziehungs-, Kranken-, Strafanstalten usw.) sollten gesonderte Zählbezirke sein, auch wenn die Anzahl von 30 Haushaltungen nicht erreicht wird. Besondere Beachtung mußte Haushaltungen in schwierigen Wohngegenden (Anlegeplätze von Schiffen, Plätze für öffentliche Schaustellungen, Laubengelände usw.), aber auch solchen in öffentlichen Betrieben und Anstalten (Hausmeister u.a.) geschenkt werden.

Vor der Einteilung der Gemeinde in Zählbezirke hatte der Bürgermeister formlos ein genaues Verzeichnis aufzustellen, das die Nummern der Zählbezirke, die Bezeichnung der zu den einzelnen Zählbezirken gehörenden Grundstücke nach Straße und Hausnummer, Name und Anschrift des Zählers sowie eine Spalte für Bemerkungen enthalten mußte (ähnlich dem jetzigen Verzeichnis der Zählbereiche und Zählabschnitte).

Weiter war in der Anweisung für den Bürgermeister dargelegt, welche Personen von der Zählung nicht erfaßt und welche Personen durch die Besatzungsbehörden und nicht durch die deutschen Behörden gezählt werden. Dieser Personenkreis entspricht dem, der in den Artikeln II und III des Kontrollratsgesetzes aufgeführt ist.

Die Zählerwerbung war gleichfalls bis zum 25.9. abzuschließen. Für jeden Zählbezirk war ein ehrenamtlicher Zähler vorgesehen. Ihre sorgfältige Auswahl vor allem unter den Straßen- und Hausobleuten, Lehrern, Angestellten von Behörden, Studierenden und Schülern der oberen Klassen von höheren Lehranstalten sollte den Erfolg der Zählung sicherstellen. Durch die Landes- bzw. Provinzialbehörden waren ihre nachgeordneten Dienststellen angewiesen worden, die an der Zählung beteiligten Mitarbeiter mindestens für die beiden Tage nach der Zählung von anderen Arbeiten freizustellen.

Vor der eigentlichen Durchführung der Zählung hatte jeder Zähler einen Ausweis zu erhalten. Dieser Ausweis wurde nicht durch das Statistische Zentralamt zur Verfügung gestellt, sondern mußte von den Gemeinden selbst hergestellt werden. So hatte beispielsweise der Landrat des Kreises Osthavelland in Nauen folgende Form vorgeschrieben:

Ausweis

Inhaber dieses Ausweises ist von der Gemeindeverwaltung
..... als ehrenamtlicher Zähler für die Volks- und Be-
rufszählung am 29./30. Oktober 1946 eingesetzt.
Er ist befugt, die ausgeschriebenen Haushaltungslisten
auf die ordnungsgemäße Ausfüllung zu prüfen und unvoll-
ständige Ausfüllungen nachzutragen.
Der Zähler ist ein ehrenamtlicher Helfer und zur Verschwie-
genheit gegen jedermann verpflichtet worden.

(Siegel)

Der Bürgermeister
(Unterschrift)

Die vorgesehenen ehrenamtlichen Zähler wurden von der Übertragung dieses Ehrenamtes benachrichtigt und erhielten zur eigenen Unterrichtung die Drucksachen I Haushaltungsliste
II Kontrollliste
III Anweisung für den Zähler.

Gleichzeitig sollte ihnen die genaue Bezeichnung ihres Zählbezirktes mitgeteilt werden.

Zwischen dem 7. und 25.10.1946 fanden Zählerversammlungen
- sie werden heute Zählerschulungen genannt - statt, in denen die Zähler über ihre Obliegenheiten belehrt und auf besondere Schwierigkeiten bei der Ausfüllung der Haushaltsliste aufmerksam gemacht wurden. Soweit in "größeren Gemeinden" ein Zählungsausschuß bestand, hatten dessen Mitglieder diese Schulungen durchzuführen, sonst war der Bürgermeister dafür verantwortlich. Aber auch Mitarbeiter der Gemeindebehörde oder andere hierfür geeignete Personen konnten diese Schulung durchführen. Dabei waren die Zähler auf die Pflicht zur Verschwiegenheit gegen jedermann ausdrücklich hinzuweisen.

Alle zur Zählung erforderlichen Papiere mußten spätestens am 10.10.1946 bei der Gemeinde eingegangen sein. Der voraussichtliche Bedarf einschließlich eines "angemessenen Zuschlages" konnte in der Regel mit Hilfe der Einwohnerkartei, die damals noch in jeder Gemeinde geführt wurde, der letzten Personenstandsaufnahme oder der Volkszählung vom 1.12.1945 mit "hinreichender Genauigkeit" festgestellt werden. Eventuelle Fehlmengen an Haushaltungslisten, Kontrolllisten und Anweisungen für die Zähler mußten sofort beim zuständigen Landrat, bei Stadtkreisen beim zuständigen Statistischen Landesamt, angefordert werden.

Offensichtlich traten bei der Feststellung des Bedarfs vereinzelt doch größere Schwierigkeiten auf. Das geht aus einer "Niederschrift über die Besprechung mit den Kreisstatistikern und Sachbearbeitern der Landratsämter und Stadtkreise am 20.9.1946 des Statistischen Landesamtes Sachsen" hervor. Dort wird u.a. festgestellt, daß die Anzahl der Haushaltungen ständig wechselt bzw. steigt, besonders in Großstädten, weil dort laufend Umsiedler aufzunehmen waren. Beispielsweise brauchte die Stadt Görlitz 36 000 und der Landkreis Weißwasser 38 500 Haushaltungslisten. Auch die Stadt Leipzig brauchte eine größere Anzahl als bei der Zählung am 1.12.1945. Als weiterer Grund wurde angegeben, daß bei der Zählung am 1.12.1945 diejenigen Haushalte als selbständige Haushalte gezählt wurden, die über eigne Möbel verfügten, während am 29.10.1946 nur diejenigen als Haushalt galten, die selbständig kochten.

Ob diese Definition allgemeingültig oder nur eine Interpretation war, konnte nicht festgestellt werden.

In der "Anleitung zur Ausfüllung der Haushaltungsliste", Absatz I der Drucksache I (Haushaltungsliste), aber auch in der Drucksache III (Anweisung für die Zähler) steht nichts dergleichen.

In der Zeit vom 15. bis 30.10.1946 war die Bevölkerung durch Rundfunk und Presse von der Zählung zu unterrichten. Auf die Öffentlichkeitsarbeit wird an anderer Stelle näher eingegangen werden.

Die Bürgermeister hatten dafür zu sorgen, daß bis zum 22.10.1946 die Zählpapiere in den Händen des Zählers waren, der wiederum bis zum 26.10.1946 die Haushaltungslisten an die Haushaltungen

zu verteilen hatte. Gleichzeitig vermerkte er in der Kontrollliste, an wen er die Haushaltsliste verteilt hatte. Am Zählungstag und dem ihm folgenden Tag (also am 29. und 30.10.1946) hatte das Büro des Zählungsausschusses bzw. das Gemeindeamt bis in die Abendstunden geöffnet zu sein, um den Zählern und den Bürgern Auskünfte geben zu können, oder sofort eingreifen zu können, falls Zähler ausfallen.

Vom 30.10. bis 2.11.1946 waren die Haushaltslisten durch die Zähler an Hand der Kontrollliste wieder einzusammeln und einer ersten Prüfung auf vollständige Ausfüllung zu unterziehen. Bis zum 4.11.1946 waren sie bei der vom Bürgermeister angegebenen Stelle abzuliefern, die nach Vergleich der Angaben der vom Zähler erarbeiteten Kontrollliste mit dem vorher von der Gemeindebehörde aufgestellten Verzeichnis der Zählbezirke bis zum 7.11.1946 den Gemeindebogen aufzustellen und bis zum gleichen Tag eine telefonische oder telegrafische Übermittlung der Gesamtzahl der ortsanwesenden Einwohner sowie nach dem Geschlecht an den zuständigen Landrat (von Stadtkreisen an das Statistische Landesamt) vorzunehmen hatte.

Diese Meldung war schriftlich zu bestätigen.

Vom 7. bis zum 18.11.1946 mußten die Haushaltslisten einer möglichst eingehenden Prüfung unterzogen werden. Fehlerhafte und fehlende Angaben waren durch Rückfragen zu bereinigen. Für diese Prüfarbeiten galten analog die gleichen Richtlinien wie für die Prüfaufgaben des Zählers in der Drucksache III (Anweisung für die Zähler) auf Seite 3 und 4. Entscheidend war, daß in den Haushaltslisten keine Fehler blieben, da sich sonst später zeitraubende Rückfragen durch das zuständige Statistische Landesamt notwendig machten. Falls sich bei der Prüfung notwendige Korrekturen der Kontrolllisten ergaben, waren sie in die Gemeindeliste zu übernehmen. Nach Beendigung aller Prüfarbeiten war eine Reinschrift des Gemeindebogens anzufertigen.

Am 18.11.1946 war das gesamte Zählmaterial, also Haushaltslisten, Reinschrift der Kontrolllisten und vom Bürgermeister unterschriebener Gemeindebogen, nach Zählbezirken und Nummern der Haushaltslisten geordnet an den Landrat bzw. von Stadtkreisen an das Statistische Landesamt abzusenden.

Auf die Drucksache III - Anweisung für die Zähler - soll nicht näher eingegangen werden. In dieser Anweisung werden die für

die Gemeinden geltenden Aufgaben für den Zähler konkretisiert, insbesondere die Aufgaben nach dem Zählungstag, also das Einsammeln und die erste Prüfung der Haushaltslisten. Weiter werden nähere Erläuterungen gegeben, die sich aus den Fragestellungen in der Haushaltsliste ergeben.

Außer diesen Drucksachen gab es noch weitere Richtlinien, Hinweise, schriftliche Anleitungen usw. vom Statistischen Zentralamt, den Statistischen Landesämtern sowie den Landratsämtern, die zur Qualifizierung der Zählung beitragen sollten.

So gab das Statistische Zentralamt einen allumfassenden Terminplan, beginnend bei den Statistischen Landesämtern und endend bei den Zählern, heraus. Allerdings waren in diesem Plan nicht enthalten die Termine für die Aufbereitungsarbeiten in den Statistischen Landesämtern sowie die abschließenden Arbeiten im Statistischen Zentralamt.

Aus diesem Terminplan geht außer den in den Drucksachen III und IV genannten Terminen hervor, daß am bzw. ab

- 10.9.1946 die Statistischen Landesämter über die Durchführung der Zählung zu unterrichten waren,
- 13.9.1946 der Befehl Nr. 277 der SMAD erlassen wurde,
- 25.9.1946 die erste Meldung über gebildete Zählbezirke und Zahl der geworbenen Zähler an das Statistische Zentralamt zu geben war,
- 1.10.1946) weitere Meldungen über die Zahl der geworbenen bzw. Zähler an das Statistische Zentralamt zu
- 5.10.1946) geben waren,
- bzw.
- 7.10.1946)
- 10.11.1946 die Schlußmeldung der Zählerwerbung bei der SMAD in Berlin sein mußte,
- 27.9.1946) qualifizierte Kräfte des Statistischen Zentralamtes zur Unterstützung der Arbeiten in den Statistischen Landesämtern bzw. zur Beobachtung
- 6.10.1946) der Zählerversammlungen und der Durchführung
- und
- 26.10.1946) der Zählung in den Gemeinden weilten,

- 9.11.1946 die Eilmeldung der Kreisergebnisse an das Statistische Landesamt und die Zusammenstellung zum Landesergebnis fällig war,
- 11.11.1946 die Eilmeldung des Ergebnisses der Statistischen Landesämter an das Statistische Zentralamt, die SMAD in Berlin sowie die SMA des Landes fällig war,
- 12.11.1946 die Eilmeldung des Zonenergebnisses an die SMAD in Berlin gegeben werden mußte,
- 25.11.1946 die Absendung der Zählpapiere der Kreise an das Statistische Landesamt zu erfolgen hatte.

Vorhanden war auch ein "Terminkalender" für die Kreise und Gemeinden, in dem eine terminliche Staffelung für diese Territorien spezifiziert war.

Zwei Rededispositionen des Statistischen Zentralamtes sollten einen bestimmten Personenkreis über den Sinn und Zweck sowie über die Durchführung der Zählung informieren.

Aus der einen vorliegenden Disposition ist nicht ersichtlich, für welchen Personenkreis sie gedacht war. Anzunehmen ist jedoch auf Grund der Kürze der Darlegungen, daß leitende Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen sowie des Staatsapparates mit der Zählung am 29.10. bekannt gemacht werden sollten.

Die andere Disposition ist klar umrissen. Sie gibt auf 9 Seiten "Anhaltspunkte für die Unterweisung der Bürgermeister über die Volks- und Berufszählung vom 29.10.1946".

Die damalige Zählung hatte auch Besonderheiten, die es zu berücksichtigen galt.

So mußte beispielsweise die Erfassung aller Umsiedler und Kriegsgefangenen entsprechend Artikel III, Abs. 1 und 2 des Kontrollratsgesetzes Nr. 33 geregelt werden. Wie das zu erfolgen hatte, geht aus einer dem Schreiben der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg - Amt für Umsiedler - in Potsdam vom 14.10.1946 beigelegten Abschrift der SMAD vom 9.10.1946

"Instruktion über die Durchführung der Volkszählung in den Umsiedler- und Kgf.-Lagern" (Kriegsgefangenenlagern) an die "Herren Oberlandräte, Landräte und Lagerleiter" hervor. Obwohl in dem genannten Artikel III des Kontrollratsgesetzes Nr. 33 festgelegt war, daß "Kriegsgefangene" und "Verschleppte," nicht der Zählung durch die deutschen Behörden unterliegen, regelte der Absatz 5 der Instruktion: "Die Volkszählung wird von Zählern durchgeführt, welche aus dem Bestande des deutschen Lagerpersonals abgestellt werden". Sofern daraus nicht die nötige Anzahl von Zählern gestellt werden konnte, mußte entsprechend Absatz 7 der jeweilige Bürgermeister die fehlenden Zähler stellen. Während das Schnellergebnis über die SMA der Provinz bzw. des Landes an die SMAD weitergeleitet werden mußte, wurden die Haushaltungslisten, Kontrollisten und Gemeindebogen nach Prüfung vom Lagerleiter bis zum 7.11.1946 durch Kurier dem deutschen Umsiedleramt der jeweiligen Provinz bzw. des Landes übergeben, die dieses Material an das "statistische Büro der Provinz bzw. des Landes" (Statistisches Landesamt) bis zum 12.11.1946 abliefern mußte.

Diese von der sowjetischen Besatzungsmacht angeordnete Regelung entsprach zwar nicht dem Artikel III des Kontrollratsgesetzes Nr. 33, sie bewies aber das in die deutschen Verwaltungsbehörden der sowjetischen Besatzungszone gesetzte Vertrauen zur Erfassung des genannten Personenkreises. Unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen mußten unsere Menschen im Gegensatz zur verflochtenen Nazi Herrschaft lernen, entsprechend gegebener Befehle eigenverantwortlich zu handeln und sie konsequent und richtig auszuführen.

Auch das Statistische Landesamt Sachsen informierte mit Schreiben vom 21.10.1946 die Landratsämter sowie die Stadträte der Stadtkreise und übrigen kreisfreien Städte über von der SMAD angeordnete zusätzliche Erläuterungen, die sich auf die

- Dienstzeit in der Wehrmacht,
- Kriegsgefangenschaft,
- Bildung,
- Staatsangehörigkeit,
- Religion

bezogen.

Wie wichtig die Besatzungsmacht die Volkszählung nahm, geht aus der in diesem Schreiben enthaltenen Anordnung hervor, daß dem Statistischen Landesamt am 27.10.1946 die bis zum 26.10.1946 vollzogene Verteilung der Haushaltungslisten bestätigt werden mußte, und daß diese ausgefüllten und geprüften Listen bis spätestens 18.11.1946 von den Bürgermeistern persönlich auf den Landratsämtern abzuliefern waren.

Zahlreich waren sicherlich die Hilfestellungen und Unterstützungen, die seitens der Statistischen Landesämter und Landräte den Bürgermeistern gegeben worden waren. So hat beispielsweise der Landrat des Kreises Osthavelland in Nauen in den "Anleitungen I und II vom 12.10.1946" zusätzliche Hinweise für die Zählerunterweisungen gegeben und in einer weiteren "Anleitung III vom 23.10.1946" organisatorische Fragen behandelt.

Die Kontrollfunktion der SMA ist erkennbar aus Berichten des Landratsamtes Zittau - Kreisstatistik - vom 11. und 29.10.1946 an die Militärkommandantur Zittau. Im ersten Bericht wird auf den zur Durchführung von Instruktionen und Kontrollen der Zähler erforderlichen Treibstoff für PKW hingewiesen, der trotz Bereitstellung von 100 l nicht ausreicht, da zur Abholung der Zählpapiere allein schon 140 l verbraucht worden waren. Im einzelnen wurde nachgewiesen, daß zur Sicherung der Durchführung der Volkszählung im Landkreis Zittau mindestens 500 l benötigt werden und gebeten, daß die Kommandantur entsprechend der Versicherung von Berlin und Dresden auch Fahrzeuge zur Verfügung stellt.

In einem anderen Bericht vom 26.10.1946 an die Militärkommandantur Zittau wird ganz konkret unter Anführung der Daten über die zur Durchführung der Volkszählung im Landkreis Zittau geleistete Arbeit berichtet.

Anzunehmen ist, daß es auch in den übrigen Land- und Stadtkreisen eine so gute Zusammenarbeit mit den regionalen Kommandanturen gegeben hat.

Unter welchen Umständen und mit welchen Schwierigkeiten die Zählung durchgeführt wurde, geht aus zwei Beiträgen der Zei-

tung "Tägliche Rundschau" vom 30. und 31.10.1946 hervor. In dem einen Artikel mit der Überschrift "Volkszählung auch auf den Bahnhöfen - Die Nacht der Statistik" wurde dargestellt, wie in der Nacht vom 29. zum 30.10.1946 in Berlin auf den Bahnhöfen Alexanderplatz, Friedrichstraße und dem Stettiner Bahnhof die Zählung erfolgte. Durch 30 Sonderzähler, bereitgestellt vom Bezirksamt Mitte, und mit Unterstützung von Beamten der Kriminalinspektion, wurden alle Personen, die sich zur Nachtzeit auf diesen Bahnhöfen aufhielten, erfaßt. In Verbindung mit dieser Aktion nahm die Polizei eine genaue Personalkontrolle vor. Auch die Übernachtungsheime, Krankenhäuser, Strafanstalten usw. wurden erfaßt.

Der andere Artikel mit der Überschrift "Eine Nacht auf Bahnhöfen und Polizeirevieren - Im Zeichen der großen Volkszählung" zeigt, wie notwendig diese Aktion gewesen war. Dargestellt wurde die "Razzia auf dem Bahnhof Friedrichstraße" und wie die "Drückeberger auf dem Stettiner Bahnhof" gefunden wurden. Tausende von ausgefüllten Haushaltungslisten konnten von den Zählern zur weiteren Bearbeitung mitgenommen werden. Außerdem wurde die von den Zählern geleistete "gewaltige Arbeit" lobend hervorgehoben.

Grundlage für diese Maßnahmen war eine "Anweisung für die Bezirkszählbüros für die Durchführung der Polizeiaktion in der Nacht vom 29. zum 30.10.1946" vom Hauptamt für Statistik und Wahlen der Stadt Berlin.

Nach Abschluß der Zählung in der sowjetischen Besatzungszone wurde festgestellt, daß in den 12 364 Gemeinden (einschließlich 69 Stadtkreise) insgesamt 232 103 Zähler einschließlich Reservezähler für das Zählgeschäft "verpflichtet" worden waren, die in 9 124 Zählerversammlungen von den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern bzw. durch ihre Beauftragten für ihre Zählaufgabe vorbereitet wurden.

2.5. Öffentlichkeitsarbeit

Im Punkt 3L des Befehls Nr. 277 der SMAD war den Präsidenten der Provinzen und Länder befohlen worden, "zwecks rechtzeitiger Information der Bevölkerung über die Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Zählung stehen, den Rundfunk, die Presse und alle anderen Informationsmittel heranzuziehen".

Terminlich war vorgesehen eine Unterrichtung der Bevölkerung durch Rundfunk und Presse vom 15. bis 30.10.1946. Obwohl sich der genannte Befehl nur an die Provinzen und Länder richtete, erfolgten auch in zentralen Publikationsorganen in relativ großer Zahl Veröffentlichungen zur Volks- und Berufszählung. Daran waren beteiligt die Zeitungen Tägliche Rundschau, Neues Deutschland, Der Morgen, Neue Zeit. Von in Landeszeitungen oder regional erfolgten Veröffentlichungen liegen nur wenige Beispiele vor, so z.B. von der "Lausitzer Rundschau" und vom "Nacht-Express".

Einer der ersten Beiträge in der Zeitung "Tägliche Rundschau" informierte bereits 5 Tage nach Erlaß des Befehls Nr. 277 der SMAD am 18.9.1946 in kurzer Form über eine "Volkszählung in der sowjetischen Besatzungszone". In der Folgezeit erschienen im Umfang und in der Aussage weitaus umfangreichere Beiträge in den verschiedenen Zeitungen berichteten in den Tagen unmittelbar vor dem 29.10.1946 über Sinn und Aufgabe dieser vom Kontrollrat angeordneten Zählung, über die die Bevölkerung interessierende organisatorische Aufgaben, z.B. Zähler und Zählbezirke, und erläuterten u.a. Besonderheiten in der Haushaltungsliste. Sehr aufschlußreich war der Leitartikel in der Täglichen Rundschau vom 29.10.1946, der besonders das gesellschaftliche Anliegen dieser Zählung hervorhob.

Die damals erschienenen Artikel, überhaupt die gesamte Öffentlichkeitsarbeit, sollte der Bevölkerung das Neue, das Fortschrittliche zeigen. Die Erkenntnis sollte gewonnen werden, daß diese Zählung im Interesse der Einwohner erfolgt, daß die "neue" Verwaltung mit der Bevölkerung und für die Bevölkerung arbeitet, daß gegenüber der vergangenen Zeit eine neue Einstellung der Bevölkerung zu staatlichen Maßnahmen erforderlich wurde, um all die künftigen großen Aufgaben meistern zu können.

Nur unzulängliches Material liegt darüber vor, in welchem Umfang der Rundfunk und andere Informationsmittel in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen worden waren. Aus einer Niederschrift, archiviert im Staatsarchiv Dresden, ist zu erkennen, daß anläßlich der Volkszählung 12 Kurzberichte und ein längerer Vortrag "Über das Wesen und die Durchführung einer Volkszählung" durch den Landessender Dresden ausgestrahlt wurden. Der Vortrag wurde vom Direktor des Statistischen Landesamtes Sachsen gehalten.

Die Kurzberichte behandelten folgende Komplexe:

- Gesetzliche Grundlage der Zählung
- Zweck und Ziel der Zählung
- Begründung und Organisation der Zählung
- Haushaltungen
- Wer wird gezählt?
- Technik des Ausfüllens
- Gegenwärtiger Beruf

Auch darüber, wie und in welchem Umfang örtliche Bekanntmachungen die Bevölkerung auf diese Zählung hingewiesen haben, gibt es nur spärliches Material. Der Landrat des Kreises Osthavelland in Nauen z.B. hatte in seiner Anleitung III zur Volks- und Berufszählung vom 23.10.1946 das Muster einer Bekanntmachung veröffentlicht. Sie hatte folgenden Inhalt:

Durchführung einer Volks- und Berufszählung

"Am 29./30. Oktober 1946 wird in sämtlichen Zonen Deutschlands eine Volks- und Berufszählung durchgeführt. Die Durchführung der Zählung dient nur statistischen Zwecken. Daneben wird es möglich sein, mit Hilfe der gewonnenen Angaben Familien, deren Familienmitglieder sich noch nicht gefunden haben, wieder zusammenzuführen. Im Interesse eines guten Gelingens der Zählung müssen die Haushaltslisten vollständig und gewissenhaft ausgefüllt werden.

Die Zählung wird durch Mithilfe ehrenamtlicher Zähler durchgeführt. Die Austeilung der Zählungspapiere (Haushaltslisten) an die Bevölkerung erfolgt am 26. Oktober 1946. In der Zeit vom 30. Oktober bis spätestens 2. November 1946 sind die

sorgfältig ausgefüllten Haushaltslisten für die Abholung durch die Zähler bereit zu halten.

Zum Einsammeln der Haushaltslisten sind nur Personen befugt, die folgenden Ausweis vorzeigen können ..."

2.6. Aufbereitung

Nach dem Terminplan mußten die Haushaltslisten am 25.11.1946 durch die Kreise an das Statistische Landesamt abgesandt werden, nachdem vorher vom 18. bis 25.11.1946 eine "Prüfung der Zählpapiere sämtlicher Gemeinden des Kreises auf Vollzähligkeit" erfolgt war.

Erst jetzt konnte die eigentliche Arbeit der Statistik beginnen: die Auszählung all der vielen der von der Bevölkerung zu beantwortenden Fragen; die Aufstellung der etwa 25 zum Teil recht umfangreichen Tabellen und ihre Auswertung.

Unterlagen über das geplante Aufbereitungsprogramm liegen nicht vor. Aus Berichten, Publikationen usw. soll aber versucht werden, darüber Auskunft zu erhalten, wie und in welcher Form die Aufbereitung erfolgte.

In einer informativen Unterlage der Statistischen Zentralamtes wurden "Anhaltspunkte für die Unterweisung der Bürgermeister über die Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946" gegeben.

Daraus geht hervor, daß das bei den Statistischen Landesämtern in Schwerin, Potsdam, Halle, Weimar und Dresden nach geschlossenen Kreisen eingegangene Material sofort aufzubereiten war. Vor der Bearbeitung der einzelnen Haushaltslisten war zunächst eine Kontrolle vorzunehmen, ob die Zählpapiere aller Gemeinden "vollständig" vorhanden waren. Erst dann konnte mit der eigentlichen Aufbereitungsarbeit begonnen werden, bei der bei den 5 Statistischen Landesämtern in der sowjetischen Besatzungszone allein über 1 000 Personen beschäftigt waren (in einer anderen Quelle wird von rund 900 Angestellten und 8 Aufbereitungsstellen gesprochen), die ein dreiviertel Jahr voll zu tun hatten, um die Ergebnisse "verwertungsreif", also ablochreif, zu machen.

Nach der Vollzähligkeitskontrolle wurde die Wohnbevölkerung festgestellt, d.h. es wurden aus den bei der Zählung anwesenden Personen im Teil A der Haushaltsliste diejenigen herausgestrichen, die nur vorübergehend anwesend waren (Teil D der Liste), und zu dem Rest diejenigen hinzugezählt, die im Teil B als vorübergehend abwesend aufgeführt waren. Gleichzeitig wurde die Art und Größe der Haushaltungen festgestellt. Diese Arbeit mußte im April 1947 beendet sein.

Bereits ab Januar konnte jedoch bei den fertigen Kreisen mit der Signierung der Haushaltslisten begonnen werden, d.h. zur Feststellung der Häufigkeit der einzelnen Merkmale mußten die wortmäßigen Eintragungen in den Haushaltslisten durch Kennziffern (Signaturen) ersetzt werden, die später auf die für jede einzelne Person herzustellende Lochkarte übertragen wurden. Die Signierung war mit einer nochmaligen Prüfung der Eintragungen verbunden. Insgesamt wurden 153 Millionen Signierungen vorgenommen.

Grundlage für die Signierung waren vorher erarbeitete Verzeichnisse, z.B. "Kennziffern der Verwaltungseinheiten der sowjetischen Besatzungszone" oder die "Systematik der Berufe".

Weitere Verzeichnisse wurden genutzt beispielsweise für die Signierung des Geburtsortes, der Muttersprache, der nationalen Abstammung sowie der Staatsangehörigkeit und der Religion.

Mit 165 Seiten war die "Systematik der Berufe", die aus Gründen der Zweckmäßigkeit bereits damals in einen systematischen und einen alphabetischen Teil gegliedert war, die umfangreichste Systematik. Bei allen Systematiken wurde das Dezimalsystem angewandt.

Nach der Beendigung der Signierung eines Kreises wurden die Haushaltslisten zum Lochen gegeben. Die gewonnenen Lochkarten gelangten anschließend zur maschinellen Aufbereitung im Statistischen Zentralamt in die Hollerithmaschinen, mit deren Hilfe die Auszählung nach den vorgegebenen verschiedenen Merkmalen erfolgte. Der letzte Arbeitsgang war schließlich die Tabellierung. Die Aufstellung der Tabellen erfolgte nach einem Programm, das in gemeinsamen Besprechungen der deutschen Sachverständigen sämtlicher Besatzungszonen entworfen und vom

Alliierten Kontrollrat genehmigt worden war. Ehe jedoch die Zahlen aus den von der Maschine gelieferten Hollerithbändern auf die Tabellen übertragen wurden, erfolgte nochmals eine kritische Prüfung auf die wahrscheinliche Richtigkeit, indem versucht wurde, Fehler der Signierung oder Lochung zu finden. Es wurde also eine Bereinigung der Bänder vorgenommen.

Der unerwartet lange und strenge Winter beeinträchtigte den Ablauf der manuellen Aufbereitungsarbeiten nicht unerheblich und "machte einen großen Teil der vorausschauenden Planungen zunichte", weil "die meisten Büros wegen Kohlenmangels längere oder kürzere Zeit geschlossen" werden mußten. Dadurch und infolge der daraus resultierenden "unerträglichen Finanzschwierigkeiten" mußten die Arbeiten im Volkszählungsbüro der Mark Brandenburg am 8.3.1947 abgebrochen und der weitaus größere Teil des Materials zur Durchführung der Signierarbeiten vom Statistischen Zentralamt übernommen werden.

Auch aus den Aufbereitungsbüros der anderen Provinzen und Länder mit Ausnahme des Landes Sachsen-Anhalt wurden ähnliche Schwierigkeiten berichtet. Daraus resultierte, daß die Signierung in den Landesämtern nicht wie vorgesehen am 30.4., sondern erst gegen Mitte Juni bis Anfang Juli 1947 beendet werden konnte. Das hatte eine entsprechende Verschiebung der nachfolgenden maschinellen Arbeiten zur Folge.

Sehr informativ berichtete der Nacht-Express vom 1.8.1947 in einem Artikel "50 000 Tastenanschläge am Tag" über die "mühevollste Kleinarbeit, so recht geeignet für geschickte Frauenarbeit", die in der Locherei im Statistischen Zentralamt in der Klosterstraße geleistet wurde. Es ist zu lesen, daß sehr Geschickte 2 000 Karten am Tage lochten; der Durchschnitt betrug etwa 1 100 Stück, wobei jede Einzelne 50 000 mal während des 8-Stunden-Arbeitstages die Tastatur des Lochers zu drücken hatte.

2.7. Auswertung

Nach Abschluß der Aufbereitungsarbeiten erfolgte die Auswertung der Volks- und Berufszählung vom 29.10.1946. Bereits 1947 erschienen im Heft 3 der "Statistischen Praxis" die ersten Volkszählungsergebnisse.

Entsprechend der terminlichen Staffelung (Siehe 2.4. Organisation) mußten bereits 2 Wochen nach dem Zähltag einige der wichtigsten Zahlen gewonnen werden, und zwar die Anzahl der ortsanwesenden männlichen und weiblichen Bevölkerung sowie deren Gesamtzahl.

Folgende tabellarische Übersicht zeigt das Ergebnis der Zählung

	<u>Wohnbevölkerung</u>			Veränderung zu 1939 in Prozent
	männlich	weiblich	insgesamt	
Sowjetische Besatzungs- zone	7 796 193	10 558 796	18 354 989	+ 9,6
Sowjetischer Sektor von Groß-Berlin	479 999	694 583	1 174 582	- 26,0
Land Brandenburg	1 060 368	1 454 308	2 514 676	+ 4,2
Land Mecklenburg	398 957	1 209 778	2 108 735	+ 50,0
Land Sachsen- Anhalt	1 790 687	2 345 155	4 135 842	+ 20,2
Land Thüringen	1 250 713	1 659 623	2 910 336	+ 19,7
Land Sachsen	2 315 469	3 195 349	5 510 818	+ 0,8

Trotz des Bevölkerungszuwachses zeigt diese Bilanz mit erschreckender Deutlichkeit die Auswirkungen des 2. Weltkrieges. Die Zunahme von rund 1,6 Millionen Personen mehr als vor dem Kriege erklärt sich vor allem aus dem Zustrom von Evakuierten und Umsiedlern.

Auch wenn in der Folgezeit durch Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft die Relationen etwas verbessert wurden, weist das Geschlechtsverhältnis von 135 weiblichen Personen auf je 100 männliche Personen die hohen Verluste an Soldaten aus, die der faschistische Krieg dem deutschen Volk gebracht hatte.

Das unterschiedliche Wachstum der Bevölkerung in den 5 Ländern der sowjetischen Besatzungszone und des sowjetischen Sektors von Berlin erklärt sich aus der vor der Kapitulation vorhanden gewesenen Bevölkerungsdichte und der dadurch bedingten Aufnahmefähigkeit. Während das überwiegend industrielle Land Sachsen einen Bevölkerungszuwachs von nur 0,8 % gegenüber 1939 zu verzeichnen hatte, kamen am 29.10.1946 jedoch 324,3 Einwohner auf 1 km².

Den größten Zuwachs mit 50,0 % hatte zwar das eine landwirtschaftliche Struktur aufweisende Land Mecklenburg-Vorpommern aufzuweisen, erreichte aber trotzdem nur eine Bevölkerungsdichte von 91,9 Personen je km².

Aus den 25 gewonnenen Ergebnistabellen wurden Veröffentlichungen erarbeitet, die in vier Broschüren des Statistischen Zentralamtes herausgegeben worden waren.

Diese Broschüren hatten einen spezifizierten Inhalt:

Band 1: "Amtliches Gemeindeverzeichnis", gegliedert nach Gemeinden, Kreisen und Ländern

Band 2: "Gemeindestatistik", bestehend aus 5 Länderheften mit gemeindeweisen Ergebnissen der Volks- und Berufszählung nach ausgewählten Merkmalen

Band 3: "Landes- und Kreisstatistik", bestehend aus 5 Länderheften mit 24 Tabellen für die Länder sowie Stadt- und Landkreise

Band 4: Zusammenfassung der Länderergebnisse zu Gesamtergebnissen für die sowjetische Besatzungszone

Die im Band 3 erwähnten Tabellen umfassen folgende Komplexe:

Wohnbevölkerung: 18 Tabellen - Fläche, Einwohnerzahl, Bevölkerungsentwicklung
- Gemeinden nach Gemeindegrößengruppen
- Altersgruppen

- Religionszugehörigkeit
- früherer und jetziger Wohnsitz
- Erwerbstätigkeit
- Geburts- bzw. Altersjahre und Familienstand
- Verheiratete nach Geburts- und Eheschließungsjahren
- Muttersprache, Geburtsland
- Staatsangehörigkeit, Abstammung nach Ländern

Umsiedler: 4 Tabellen

- Geburts-/bzw. Altersjahre nach Ländern
- Herkunftsgebiete, Familienstand, Religion
- Berufe

Haushaltungen: 2 Tabellen

- Art und Größe

In der "Statistischen Praxis" des Jahres 1948 wurden ab Heft 5 bis zum Heft 12 in gesonderten Beilagen insgesamt 12 Ergebnistabellen sowohl der Volks- als auch der Berufszählung veröffentlicht. (Siehe Anhang Nr.6)